

Klaus Steinitz
Dieter Walter

Plan – Markt – Demokratie



Prognose und langfristige
Planung in der DDR –
Schlussfolgerungen
für morgen

Klaus Steinitz/Dieter Walter
Plan – Markt – Demokratie

Prof. Klaus Steinitz, Lehre und Forschung an der Hochschule für Ökonomie Berlin, der Karl-Marx-Universität Leipzig und am Ökonomischen Forschungsinstitut der Staatlichen Plan-Kommission (SPK). 1966-1979 Abteilungsleiter Prognose und Hauptabteilungsleiter Wissenschaft und Bildung der SPK, in den 1980er Jahren als Stellvertretender Institutsleiter am Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften (AdW) tätig. 1990 bis 1993 Mitglied im Parteivorstand und Präsidium der PDS, langjähriger Vorsitzender der Hellen Panke – rls Stiftung Berlin; Publikation u.a. »Das Scheitern des Realsozialismus«, Hamburg 2007.

Prof. Dieter Walter, Lehre und Forschung an der Humboldt Universität Berlin, Ende der 1960er Jahre bis 1980 Mitarbeiter und Sektorenleiter in der Abteilung Prognose der SPK, in den 1980er Jahren Mitarbeiter und Forschungsgruppenleiter im Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaft der AdW der DDR, mit Studienaufenthalten an der AdW der ČSSR (Praha) und der UdSSR (Moskau), nach 1990 Managementtrainer.

Klaus Steinitz/Dieter Walter

Plan – Markt – Demokratie

Prognose und langfristige Planung in der DDR –
Schlussfolgerungen für morgen

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode).

Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons License oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Inhalt

Einleitung: Ausgangspunkte und Zielstellungen	9
Kapitel 1	
Beziehungen zwischen Plan, Markt und Demokratie	17
Generelle Beziehungen von Plan – Markt – Demokratie	17
Nachteile/Defizite von Marktregulierung bzw. Planung	24
Spezifische Vorteile der Marktregulierung und der Planung – Widersprüche und Hemmnisse bei ihrer Realisierung	26
Anforderungen an eine zukunftsfähige Synthese von Markt und Planung	32
Produktion und Regulierung jenseits von Plan und Markt	39
Kapitel 2	
Grundfragen der Wirtschaftsreform in der DDR in den 1960er Jahren	43
Anforderungen an die Wirtschaftsreform	43
Probleme des NÖS in seiner zweite Etappe	46
Ökonomische Experimente	58
Probleme der Qualifizierung der Planung im NÖS	60
Beziehungen zwischen Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik	64
Kapitel 3	
Prognose und langfristige Planung in der DDR	73
Kapitel 4	
Probleme makroökonomischer Prognose am Beispiel der Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren 1970	95
Systemübergreifende Probleme langfristiger Wirtschaftsprognosen	105
Exkurs: Die existierenden Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamt- rechnung – Möglichkeiten sowie Grenzen ihrer Aussagefähigkeit	115

Kapitel 5

Ziele der Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren (PWF)

bis 1990 – und die Realität	121
Entwicklung der Akkumulationskraft	124
Entwicklung des Nationalreichtums	128
Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit	128
Kostenentwicklung und Preisdynamik (bis 1980)	133
Entwicklung der Produktionsstruktur	133
Entwicklung der Wissenschaft als Wachstumsfaktor (Hauptrichtungen, Effektivität, Potenzial)	141
Entwicklung der Bildung als Wachstumsfaktor	142
Entwicklung der Bevölkerung und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens	143
Entwicklung der Grundfonds und der Investitionen	145
Entwicklung der Territorialstruktur und der zunehmende Einfluss der Umwelt auf den Reproduktionsprozess	147
Außenwirtschaft und internationale sozialistische ökonomische Integration	149
Entwicklungstendenzen der Arbeits- und Lebensbedingungen	151
Exkurs: Ein begleitendes Material zur PWF	154
Korrekturen der prognostizierten Ziele bei abnehmendem Zeithorizont ...	156
Die Rohstoffkonzeption vom März 1975	158
Ausgewählte Probleme der langfristigen Entwicklung der wichtigsten Proportionen der Volkswirtschaft der DDR bis 1990/1995	162
Fazit und Schlussfolgerungen	171

Anlagen	183
1. Die Planung im Staatssozialismus am Beispiel der DDR – Schlussfolgerungen	183
2. Aussagen bekannter Wirtschaftsreformer zu Problemen der Planung, des Markts sowie notwendiger Wirtschaftsreformen in den staatssozialistischen Ländern	194
<i>Fritz Behrens</i> : Abschied von der sozialen Utopie.....	194
<i>Włodzimierz Brus/Kazimierz Laski</i> : Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem	197
<i>Jewsei Grigorjewitsch Liberman</i> : Plan – Gewinn – Prämie	198
<i>Radovan Richta</i> und Kollegen (Hrsg.): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse	199
<i>Ota Šik</i> : Plan und Markt im Sozialismus	202
<i>Ota Šik</i> : Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg	204
3. In der Prognose und langfristigen Volkswirtschaftsplanung der DDR genutzte mathematisch-statistische Modelle und Methoden vor dem Hintergrund von Reformversuchen im Realsozialismus	210
Literatur	217

Einleitung: Ausgangspunkte und Zielstellungen

Es gehört zu unserem Leben und unserer Arbeit, uns immer wieder zu fragen, wohin die Zukunft uns führen wird. ... Doch eine Aussage über die Zukunft muss sich zwangsläufig auf unsere Kenntnis der Vergangenheit gründen. ... Zukünftige Ereignisse müssen mit vergangenen Ereignissen in einem Zusammenhang stehen.

Eric Hobsbawm

Jeder Mensch, jedes Unternehmen, jede Gemeinschaft, auch die Gesellschaft benötigt ein Mindestmaß an Zukunftssicherheit, um zielgerichtet handeln zu können. Deshalb sind Prognosen wichtig, ist die Auswertung der Prämissen und Ergebnisse bisheriger Erfahrungen unverzichtbar. Gerade in Zeiten der Unsicherheit und der Krisen, wie wir sie heute erleben, ist der Bedarf an Prognosen bewusst oder unbewusst besonders groß, andererseits ist ihre Erarbeitung in derartigen Zeiten auch besonders kompliziert.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen großen, multiplen Krise, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ergreift – die tiefe und umfassende Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich weiter verschärfende Umweltkrise, die Krise der Arbeits- und sozialen Verhältnisse, die sich vor allem in ihrer zunehmenden Prekarisierung äußert, und die Eurokrise –, nehmen die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Gesellschaft zu. Charakteristisch für die Mehrheit der Bevölkerung ist die Meinung, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Im Hinblick auf realistische Alternativen herrscht aber eine große Ratlosigkeit. Gegenüber einer sozialistischen Alternative besteht verbreitete Skepsis vor allem infolge der strukturellen Fehlentwicklungen und des Scheiterns sozialistischer Versuche. Dieses Misstrauen wird noch dadurch verstärkt, dass die konkreten Vorstellungen über die Wege zu einer demokratischen und emanzipativen sozialistischen Gesellschaft und über die Funktionsweise einer solchen Gesellschaft, die die Dominanz des Profits und die Allmacht der Marktregulierung überwindet, noch zu wenig konkret und überzeugend ausgearbeitet sind. Zudem finden Überlegungen und Ansätze für eine Transformation in Richtung einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft zu wenig Verbreitung, weil sie diskriminiert und bewusst als die Gesellschaft zerstörend verleumdet werden, denn der Mainstream der öffentlich gemachten Meinungen wird von der Lobby der Nutznießer des Kapitalismus bestimmt.

Welchen Nutzen können unter diesen Bedingungen Erfahrungen aus der Prognosetätigkeit der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts für die Konzipierung notwendiger Transformationen der Wirtschaftsordnungen im 21. Jahrhun-

dert haben? Wir meinen, die Erfahrungen dieser Jahre sind unter verschiedenen Aspekten von besonderem, speziellem Interesse:

Die Wiederaufbauperiode war zwei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg und den anschließenden Reparationen der Sowjetzone und der DDR an die UdSSR im wesentlichen abgeschlossen. Neue Konzepte für die Zukunft waren gefragt, wie auch heute unter veränderten Rahmenbedingungen. Aber auch damals sollten sie in Ansätzen bereits über die Industriegesellschaft in Richtung wissenschaftlich-technischer Revolution hinausweisen.

Die notwendige Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft nach der Teilung Deutschlands und ihre Einbindung in den RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, COMECON) und insbesondere ihre Anbindung an die Rohstoffbasis und die produktive und konsumtive Bedarfsstruktur der UdSSR und der anderen osteuropäischen Staaten hatten Kontur gewonnen. Heute steht nicht nur die deutsche Wirtschaft vor der Notwendigkeit von Strukturveränderungen vor allem für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Das von der UdSSR übernommene wirtschaftspolitische System administrativer Planung und Lenkung eignete sich zur Bündelung von Ressourcen nach Kriegen und Krisen. Dann wurde es aber zum Hemmnis für notwendige Kreativität, Initiative und Innovationen – nicht nur in der DDR. Während die industrielle Revolution des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts die massenhafte Anwendung »einfacher«, wenig qualifizierter Arbeit und rohstoffbasiertes sowie energieintensives Wachstum bedeutete, galt es im ausgehenden 20. Jahrhundert auch für die DDR, »einer neuen Rolle jener Produktivkraft Wissenschaft ... in Gestalt von Computern, Kernenergie, Raketen und nicht zuletzt ihrer Auswirkungen auf die Sozialstruktur, der Massenhaftwerdung der Intelligenz und ihrer wachsenden Rolle in der Gesellschaft« (Bollinger 2005: 77) gerecht zu werden. Deshalb wurde mit dem Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung (NÖS) versucht, eine größere Initiative aller Wirtschaftssubjekte nicht nur zuzulassen, sondern auch zu fördern. Dies scheiterte letztlich am dominierenden Machtstreben der Regierenden. Agieren bei notwendigen Veränderungen der Wirtschaftsordnung ist heute (wieder) ein aktuelles Thema angesichts des Desasters, das die Dominanz des Neoliberalismus angerichtet hat.

Zentralistische Planung und Leitung ignoriert die Interessen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen; entweder weil unter Missachtung der Demokratie eine Diktatur durchgesetzt wird oder weil ein einheitliches Interesse der Bevölkerung und damit ein einziges »Gemeinwohl« vorausgesetzt wird oder beides. Die mit dem NÖS angestrebte größere Eigenständigkeit der Betriebe und die erwünschte Initiative aller verlangte dagegen, in der Prognosetätigkeit die differenzierten Gruppen- und Einzelinteressen in der Gesellschaft einschließlich deren Stärke und Bedeutung für die Zukunft zu berücksichtigen:

Fast ein Jahrzehnt nach dem Mauerbau 1961 und der proklamierten, wenn auch nie realisierbaren »Störfreimachung« vom NSW (Nichtsozialistischer Wirtschaftsraum) forderte die Bevölkerung die versprochene Befriedigung ihrer wachsenden und sich mehr und mehr ausdifferenzierenden konsumtiven Bedürfnisse ein: hochwertige technische Güter, gesunde Ernährung, Kommunikation und Reisen, Mobilitätsstrukturen etc.

In den 1960er Jahren lag eine absolute wirtschaftspolitische Priorität auf dem notwendigen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der Verbesserung der materiellen und immateriellen Infrastruktur. Sie führte aber wegen der aus der Sicht der volkswirtschaftlichen Kapazitätsgrenzen überzogenen Zielstellungen Ende des Jahrzehnts zu wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung und zu Störungen im Reproduktionsprozess.

Die politische und rohstoffseitige Abhängigkeit von der UdSSR verlangte ein Ausrichten der prognostizierten und geplanten Produktionsstruktur an deren Bedürfnissen und zugleich eine – natürlich niemals offen deklarierte – künftig relative »Störfreimachung« auch von der UdSSR.

Die These von der einheitlichen sozialistischen Gesellschaft oder zeitweilig die Behauptung einer »sozialistischen Menschengemeinschaft« ohne antagonistische Widersprüche bzw. der »vollkommenen Übereinstimmung der Interessen« war deshalb eine wirklichkeitsfremde Rechtfertigung zentralistischer Leitung. Damals wie heute gab es kein einheitliches »Gemeinwohl«, sondern Interessenwidersprüche zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung, zwischen gegenwärtigen und Zukunftsansprüchen usw.

In den Prognosezielen und deren Realisierung bzw. Scheitern – wie wir es in Kapitel 5 darstellen – widerspiegeln sich diese Widersprüche deutlich.

Heute steht die Gesellschaft vor der Herausforderung und Notwendigkeit, die reale kapitalistische Wirtschaftsordnung zu transformieren – als erste sehr tiefgreifende Transformation von der neoliberal geprägten, Finanzmarkt dominierten Wirtschaftsordnung zu einer postneoliberalen ökologischen und sozialeren, aber immer noch kapitaldominierten Ordnung.

In den letzten Jahren sind ausgehend von den Untersuchungen Karl Polanyis in »The Great Transformation« (1944) mehrere Publikationen zu Problemen eines Transformationsprozesses vom gegenwärtigen Kapitalismus zu einer sozialistischen Alternative erschienen. Eine Reihe der aktuellen Fragen werden darin aufgegriffen und Anregungen für weitere Untersuchungen gegeben. Die Diskussionen und Auseinandersetzungen werden weitergehen.

Eine umstrittene Frage ist, inwieweit aus dem Analysieren und Auswerten von Erfahrungen des untergegangenen Staatssozialismus nutzbare Erkenntnisse für einen solchen Transformationsprozess und für die Funktionsweise eines modernen Sozialismus gewonnen werden können. Dabei stehen sich

zwei Meinungen gegenüber. Eine geht davon aus, dass der bisherige Staatssozialismus umfassend gescheitert ist und dass es deshalb nicht lohnt, sich näher mit ihm zu befassen.

Die andere, die auch von uns geteilt wird, geht davon aus, dass sowohl die Ansätze sozialer Gleichheit als auch die strukturellen Mängel und Fehlentwicklungen in der Sowjetunion, der DDR und den anderen staatssozialistischen Ländern wichtige Erfahrungen bieten. Deren Auswertung kann zu wichtigen Erkenntnissen und Einsichten führen, die für einen Transformationsprozess des heutigen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus sowohl zu einem »sozial und ökologisch regulierten postneoliberalen Kapitalismus (Green New Deal)«, als auch weiterführend zu einer »solidarisch gerechten Gesellschaft im Einklang mit der Natur oder demokratischem grünem Sozialismus« (Klein 2013: 46 u. 53) von Nutzen sind. Es geht dabei nicht nur um nützliche Erfahrungen, um Fehler zu vermeiden oder zumindest wesentlich einzuschränken, sondern auch darum, Erkenntnisse und Anregungen zu gewinnen, die die Lösung alter ebenso wie neuer Widersprüche unterstützen.

Diese Fragen sollen hier anhand einer heftig umstrittenen Problematik, der Art und Weise der Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Rolle und des Inhalts der Planung sowie der Beziehungen zwischen Plan und Markt am Beispiel unserer Erfahrungen ab Mitte der 1960er Jahre in der DDR als Teil des RGW analysiert und erörtert werden. Dabei geht es um generelle Fragen der Planung im Realsozialismus.

Wir wollen uns aber vor allem auf Fragen der Prognosestätigkeit, den Inhalt von Prognosen und die Organisation der prognostischen Tätigkeit, auf ihre Rolle für die Planvorbereitung im historischen Kontext der Jahre des Neuen Ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR konzentrieren. Dabei sollen die wechselseitigen Verflechtungen zwischen Planungs- und Prognosestätigkeit sowie die damit eng verbundene Problematik einer über den Zeitrahmen der Fünfjahrpläne weit hinausgehenden langfristigen Planung und Strukturpolitik untersucht werden. Auf dieser Grundlage sollen bewahrenswerte Erfahrungen sowie deren notwendige Weiterentwicklung entsprechend den veränderten Bedingungen und neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aufgezeigt und begründet werden.

Mit diesen Untersuchungen wollen wir auch einen Beitrag leisten zur Beantwortung der Frage, welche Versäumnisse und grundlegenden Defizite es gab bei der Verbindung von Demokratie und Partizipation mit sozialer und ökologischer Zukunftsfähigkeit sowie mit Effizienz und Rationalität der Wirtschaft. Dabei soll so weit wie möglich unterschieden werden zwischen Versäumnissen und Fehlern der Politik und der Wirtschaftspraxis, die auch damals hätten vermieden werden können, Fehleinschätzungen, die sich aus dem damaligen

Kenntnisstand ergaben und interessegeleiteten Fehlentwicklungen und daraus resultierenden illusionären Zukunftserwartungen. Beispiele, in denen sich diese unterschiedlichen Ursachen vermischen, sind nicht zuletzt die Fokussierung auf hohe Wachstumsraten, eine ungenügende Orientierung auf notwendige Veränderungen in der Lebensweise und Lebensqualität (ungeachtet der konsequenten Orientierung auf eine allgemeine Erhöhung des Qualifikationsniveaus) und die Vernachlässigung der Umweltproblematik. Im Ergebnis dieser Analysen versuchen wir, wichtige daraus für die Zukunft zu ziehende Konsequenzen aufzuzeigen.

Nicht zufällig konzentrieren wir uns auf die volkswirtschaftliche Prognosestätigkeit in den 1960er und Anfang der 1970er Jahre und konfrontieren sie mit der realen Entwicklung in den 1970er und 1980er Jahren. In den 1960er Jahren wurde das Neue Ökonomische System eingeführt – im Juni 1963 wurde die »Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« vom Ministerrat beschlossen, die in unserer Studie eine besondere Rolle spielen wird. In dieser Zeit trafen ein teilweiser Abbau administrativer Planung, eine größere Rolle so genannter ökonomischer Hebel, eine größere Eigenverantwortung der Betriebe und zugleich auf allen Ebenen der Wirtschaft eine Prognosestätigkeit mit längerem Zeithorizont zusammen.

Diese Gleichzeitigkeit größerer Eigenverantwortung der Wirtschaftseinheiten mit der Prognosestätigkeit über mittelfristige und längere Zeiträume auf allen Ebenen war logisch und wichtig, da Planungssicherheit eine notwendige Voraussetzung für eigenständiges kreatives Handeln ist. Wir werden zeigen, dass Inkonsequenzen und schließlich die weitgehende Rücknahme der NÖS-Prinzipien 1970/71 zwingend Auswirkungen auf die Inhalte und die Rolle der Prognosearbeit und die gesamte Planung hatten.

Nachdem das NÖS nach einer relativ kurzen Lebenszeit (1963 bis 1971) aufgehoben wurde, blieben jedoch einige seiner Regelungen, u.a. die langfristige Planung, vor allem in der Staatlichen Plankommission (SPK), und die Planung strukturbestimmender Aufgaben – mit einigen Korrekturen, speziell um die inflationäre Ausweitung dieser Planungsinstrumente zu verhindern – weiterhin in Kraft. Entgegen vorhandener Vorstellungen wurde auch die Prognosearbeit nicht völlig abgebrochen, sondern ging, vor allem im Rahmen einer eigenverantwortlichen Tätigkeit in Ministerien, Kombinat und wissenschaftlichen Einrichtungen, wenn auch oft auf Sparflamme, weiter.

Der im letzten Drittel der 1960er Jahre forcierte Ausbau der prognostischen Tätigkeit in der DDR enthält bei aller Widersprüchlichkeit der ihr zugrunde liegenden Erwartungen und insbesondere der durch sie erzielten Ergebnisse interessante Erfahrungen, die wert sind, analysiert zu werden, um daraus Erkenntnisse für eine bewusste Einflussnahme auf die Zukunft zu gewinnen.

Die Anforderungen an eine prognostische,¹ vorausschauende Tätigkeit zur Gewinnung von Erkenntnissen über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sind mit Fragen der gesellschaftlichen Regulierung bzw. Planung untrennbar verbunden. Sie können Erkenntnisse liefern zu den wahrscheinlichen Ergebnissen bei Fortsetzung bisheriger Entwicklungstendenzen, zu Möglichkeiten und Bedingungen der Einflussnahme auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere zu notwendigen Veränderungen entsprechend den Bedürfnissen und Interessen der Menschen. Eine sehr wichtige Rolle spielen hierbei die neuen und größeren ökologischen Herausforderungen und die Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, um eine ökologisch nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung sowie eine hohe soziale Sicherheit zu erreichen. Der gesellschaftliche Nutzen der Prognosestätigkeit ist wesentlich davon abhängig, wie es gelingt, die an sie gerichteten inhaltlichen Anforderungen, ihren zweckmäßigen Umfang und ihre Organisation in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Erfordernissen zu bestimmen sowie günstige Bedingungen und Möglichkeiten für die Nutzung ihrer Ergebnisse zu schaffen. All dies hängt eng mit der Art und Weise der Regulierung der Wirtschaft und insbesondere mit der Planung zusammen.

»Eine bislang einzigartige Produktivkraft-Revolution, die wissenschaftlich-technische Revolution, forderte alle Gesellschaften ungeahnt heraus. Deutlich werden die »Disparitäten zwischen den erreichten Stufen der Wissenschaft und Technik und dem Stand der Gesellschaftssysteme.« (Richta-Report, zit. in Bollinger 2005: 80) Diese »Disparitäten« treffen auf unterschiedliche Weise sowohl auf den neoliberal geprägten Kapitalismus der Gegenwart als auch auf den untergegangenen Staats- oder Realsozialismus zu.

Für das Verständnis der Prognosearbeit in der DDR und in den anderen Ländern des Staatssozialismus, darunter auch im Rahmen des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), ist es daher notwendig und zweckmäßig, in dieser Studie auf einige grundlegende Fragen der Planung und auf die Beziehungen zwischen Planung und Marktregulierung der wirtschaftlichen Entwicklung einzugehen. Diese Notwendigkeit wird noch durch zwei Umstände verstärkt. Einerseits wird oft aufgrund des zentralistischen, in wesentlichen Zügen administrativen Charakters der Planung in der DDR die vereinfachende Schlussfolgerung gezogen, dass es daher nicht wichtig sei, sich mit ihren Problemen und Erfahrungen

¹ In der DDR und in den anderen realsozialistischen Staaten bedeutete Prognose nicht nur Voraussicht, sondern war im Unterschied zum Gebrauch dieses Begriffs in den Wirtschaftsberichten der Bundesregierung oder in den Gutachten des SVR immer mit der Vorstellung eines längeren, den Zeitraum der Perspektivpläne überschreitenden Zeithorizonts verbunden.

näher zu beschäftigen. Andererseits werden in den Diskussionen der letzten Jahre über eine notwendige Transformation des kapitalistischen Gesellschafts-systems sehr unterschiedliche und teilweise völlig entgegengesetzte Auffassungen zu den Beziehungen zwischen Plan und Markt sichtbar.

Dabei wird außerdem oft vernachlässigt, dass sowohl in einer Regulierung mittels Plänen als auch über Preise am Markt unterschiedlich starke Wirtschafts-agenten mit unterschiedlichen Interessen entweder im Planungsprozess oder am Markt die Konzepte und Ergebnisse stark beeinflussen:

Im Planungsprozess sind die Betroffenen und Ausführenden unterschiedlich stark involviert: die Zentrale, die Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Betriebe, Genossenschaften), wissenschaftliche Institute bzw. Berater, Parteien und Verbände und andere Lobbygruppen sowie nicht zuletzt die Mitarbeiter der die Pläne ausführenden Wirtschaftseinheiten. Je nach Stärke der Beteiligten (bzw. dem Kräfteparallelogramm zwischen ihnen) bzw. einem demokratischen oder zentralistischen Charakter der Planungs- und Entscheidungsprozesse kann die Regulierung durch Pläne sehr unterschiedliche gesellschaftliche Verhältnisse gestalten. Auch deshalb kann die Beurteilung des NÖS und des damaligen Prognoseprozesses nicht auf die Frage »Plan oder Markt?« reduziert werden.

Auf einem Markt stehen sich Angebot (Verkäufer) und Nachfrage (Käufer) von Gütern und Dienstleistungen gegenüber. Einen Markt gibt es in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen. Sein sozialer Charakter wird jedoch bestimmt durch die herrschenden Eigentumsverhältnisse und die davon wesentlich bestimmte ökonomische Macht der dominierenden Käufer und Verkäufer, die hinter den Angeboten und der Nachfrage stehen. Gegenwärtige kapitalistische Märkte sind weitgehend durch Angebots- und Nachfrageoligopole »vermacht«². Oligopolistische Anbieter manipulieren durch Marketing Nachfrager und Nachfrage und, soweit es ihnen möglich ist, die Höhe der Preise. Oligopolistische Nachfrager wiederum nutzen ihre Stärke aus, um die Anbieter hinsichtlich Angebotsstrukturen und Preisen ihren Interessen unterzuordnen. Hieraus ergeben sich vielfältige, äußerst negative Wirkungen für eine selbstbestimmte und nachhaltige Entwicklung insbesondere in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern. Eine bessere Verständigung über diese Fragen kann dazu beitragen, dass die Notwendigkeit und die Konturen einer gesellschaftlichen Transformation deutlicher sowie auch die im möglichen Zeithorizont nähere und mittelfristig realistischere Zielsetzung einer solchen Transformation fassbarer werden. Damit verbessern sich auch die Chancen für die Gewinnung einer wachsenden Zahl von Interessierten und Mitstreitern für eine solche Perspektive.²

² Zu den Gefahren und Unzulänglichkeiten einer unkontrollierten neoliberalen Marktregulierung findet gegenwärtig eine intensive Auseinandersetzung im nationalen und in-

Die Zeit der Vorbereitung und praktischen Anwendung des NÖS als wichtigste und umfassendste Wirtschaftsreform, die in der DDR im Zeitraum von 1960 bis 1989 durchgeführt wurde, war für die Ökonomen eine äußerst interessante und lebendige Zeit mit vielen Diskussionen auch zu Fragen, die zu anderen Zeiten Tabuthemen waren. Für ostdeutsche Zeitzeugen und vor allem für jahrzehntelang und bis zum Ende der DDR für ihre Entwicklung engagierte, manchmal und mit der Zeit zunehmend kritische Ökonomen war diese Zeit spannend und anregend. Der Inhalt der »Richtlinie«, sowohl die offene Kritik an den Hemmnissen, die vom existierenden Wirtschaftssystem für Effizienz und wissenschaftlich-technische Innovationen ausgingen, als auch die vorgeschlagenen neuen Regelungen, darunter zum Abbau der zentralistischen administrativen Planung, der wirksameren Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der Betriebe, der Einführung eines Systems ökonomischer Hebel, verblüffte oder erfreute je nach Einstellung alle interessierten Menschen.

In unserer Studie nehmen die Arbeiten an der »Prognose der volkswirtschaftlichen Wachstumsfaktoren« als makroökonomische Zusammenfassung der Wirtschaftsprognosen in der DDR, die im letzten Drittel der 1960er Jahre durchgeführt wurden, einen wichtigen Platz ein. Die Auswertung der dabei gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen kann eine zielgerichtete und realistische Prognosetätigkeit auch heute und in Zukunft unterstützen.

In dieser Publikation werden zum ersten Mal der Öffentlichkeit die Ergebnisse dieser Prognosetätigkeit umfassend dargelegt und bewertet. In der DDR waren die »Prognose der volkswirtschaftlichen Wachstumsfaktoren« und die meisten ihrer Quellen geheim und nur sehr wenigen zugänglich.

Mit dem Ende des NÖS und der Ablösung von Ulbricht durch Honecker änderte sich auch der Fokus der Politik in DDR, weg von den strategischen Aufgaben hin zur rasch wirksamen besseren Befriedigung kurzfristiger konsumtiver Bedürfnisse. Das hatte natürlich weitgehende Auswirkungen auf die Prognosearbeit und langfristige Planung. Was können wir trotzdem vor allem aus dieser kurzen Zeit verstärkter vorausschauender Prognose- und strategischer Arbeit für heute und die Zukunft lernen? Dazu wollen wir mit dieser Schrift einen Beitrag leisten.

ternationalen Maßstab statt: vgl. hierzu u.a. Crouch 2013, insbes. Kapitel 2.

Kapitel 1

Beziehungen zwischen Plan, Markt und Demokratie

Der Finanzmarktkapitalismus hat die Wirtschaft und die gesamte Welt in eine tiefe multiple gesellschaftliche Krise gestürzt, die die Zukunft der Menschheit bedroht. In den Auseinandersetzungen um eine Strategie, mit der sich der Finanzmarktkapitalismus durch tiefgreifende Reformen und Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zurückdrängen bzw. »zähmen« und schließlich durch eine andere Produktions- und Reproduktionsweise überwinden lässt, spielen Veränderungen in der Art und Weise der Regulierung der Wirtschaft eine Schlüsselrolle. Wir wollen zunächst versuchen, einige mit der Regulierung der Wirtschaft verbundene generelle Fragen zu klären. Dies erscheint uns notwendig, weil die Art und Weise der Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung in hohem Grad Zielstellung und Inhalt der prognostischen Arbeit sowie die Nutzung ihrer Ergebnisse bestimmen, die im Zentrum unserer Studie stehen. In diesem Kapitel werden vor allem Rolle und Funktion von Plan und Markt, deren Beziehungen zueinander sowie deren Zusammenhang mit der Demokratie analysiert. Damit soll auch eine theoretische Grundlage für die folgenden Kapitel geschaffen werden.

Generelle Beziehungen von Plan – Markt – Demokratie

Die Fragen von Plan, Markt und Demokratie nehmen in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Menschheit einen zentralen Platz ein. Dies betrifft sowohl Reformen im heutigen Finanzmarktkapitalismus, die im Interesse sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, demokratischer Partizipation sowie ökologischer Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung mit hoher Dringlichkeit auf der Tagesordnung stehen, als auch die neue Qualität der Beziehungen zwischen Plan, Markt und Demokratie in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. Dabei sind die vordringlichen Veränderungen im Kapitalismus eng mit den Prozessen verflochten, die in einer langfristigeren Transformation über den Kapitalismus hinaus auf eine neue alternative Gesellschaft gerichtet sind.³

³ Diese Problematik wird u.E. überzeugend unter dem Gesichtspunkt einer doppelten Transformation – »Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus« – in dem Buch von Dieter Klein (2013) behandelt.

Bevor wir näher auf die Probleme eingehen, die mit den Beziehungen von Plan und Markt bei der Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden sind, wollen wir zunächst einige Aspekte der praktizierten Planung im Real- oder Staatssozialismus⁴ analysieren (vgl. hierzu ausführlicher Anlage 1: »Die Planung im Staatssozialismus am Beispiel der DDR – Schlussfolgerungen«).

Das in der Sowjetunion entwickelte Planungsmodell wurde in seinen Grundstrukturen und seiner Funktionsweise nach der Zerschlagung des Faschismus auf die osteuropäischen Länder übertragen, die unter sowjetischem Einfluss standen. Dieses Planungsmodell wurde in starkem Maße durch die Aufgaben der Industrialisierung eines zurückgebliebenen Landes in kurzer Zeit und durch die Mobilisierung der dazu erforderlichen Akkumulationsmittel auf Kosten der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit, eine hiermit verbundene extreme Zentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen sowie die dominierende Orientierung der Wirtschaftstätigkeit auf die extensive Vergrößerung der Produktion geprägt. Weitere damit zusammenhängende grundlegende strukturelle Schwächen und Deformationen waren die fehlende Demokratisierung und Partizipation der beteiligten und betroffenen Menschen an der Planung, die weitgehende Negierung von Marktbeziehungen und ein stark administrativer Charakter der Planung. Dies trug im Zusammenhang mit den veränderten Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung ab Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre zunehmend zu Fehlentwicklungen und Blockaden in der Gesellschaft bei – insbesondere auch in der Ökonomie. Sie zeigten sich vor allem darin, dass es nicht oder nur völlig ungenügend gelang, drei grundlegende Herausforderungen einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft zu erfüllen:

- eine gesellschaftliche und dabei speziell wirtschaftliche Entwicklung unter *bewusster und demokratischer Mitwirkung aller Beteiligten und Betroffenen* zu erreichen. Das von der Sowjetunion übernommene und mit gewissen Einschränkungen für die Zeit des Neuen Ökonomischen Systems von 1964 bis 1970 praktizierte Planungsmodell widerspiegelte, dass die reale Vergesellschaftung des Eigentums nicht vollzogen wurde, es keine reale Wirtschafts-

⁴ Die Begriffe Realsozialismus und Staatssozialismus werden im vorliegenden Buch synonym gebraucht. Eine umfassende Charakterisierung des gescheiterten Versuchs, eine neue sozialistische Gesellschaft zu schaffen, kann nicht Gegenstand dieser Publikation sein. Hier soll hervorgehoben werden, dass sich dieser Real- oder Staatssozialismus in wesentlichen Zügen von der kapitalistischen Gesellschaft und Produktionsweise unterschied, dass er jedoch aufgrund seiner grundlegenden strukturellen Mängel und Defizite nicht als Sozialismus angesehen oder bezeichnet werden kann. Er war sehr stark durch ein zentralistisches, die Wirtschaft und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringendes Staatsverständnis charakterisiert, das gegen demokratische Partizipation, Selbstbestimmung und freie Entwicklung der Individuen gerichtet war.

demokratie gab und die Orientierung der ökonomischen Entwicklung in hohem Grade auf die Erhaltung und Stärkung der politischen Macht gerichtet war. Fritz Behrens hebt in seiner Arbeit »Über Alternativen« (1979) hervor, dass das wirkliche zu lösende Kernproblem darin besteht, »dass ein sozialistischer Plan zwar immer ein zentraler Plan ist, aber kein staatlicher, sondern ein gesellschaftlicher Plan, besser: ein gemeinschaftlicher Plan frei assoziierter Produzenten in einer sich selbstverwaltenden Gesellschaft« (Behrens 2010: 164).

- eine auf die *freie Entwicklung der Individuen, auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und ihren Wohlstand gerichtete Wirtschaftsentwicklung schrittweise zu verwirklichen und mit Naturverträglichkeit und Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts zu verbinden*. Während der gesamten Zeit des Aufbaus und der Existenz des Realsozialismus war das Konsumtionsniveau in der BRD für die DDR eine wichtige Grundlage für die Festlegung konkreter Zielstellungen zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Für die Herausbildung einer neuen, dem Sozialismus entsprechenden Lebensweise gab es zwar die gesellschaftliche Notwendigkeit, aber von den politischen Entscheidungsträgern kaum konkrete Anforderungen an die Ausarbeitung der hierfür notwendigen theoretischen Grundlagen. Probleme einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung und des dazu erforderlichen sozial-ökologischen Umbaus begannen erst in den 1970er und 1980er Jahren in Diskussionen über Entwicklungsprobleme eine gewisse Rolle zu spielen. Sie schlugen sich jedoch in der Politik und in den Plänen nur wenig nieder. Insgesamt war nicht nur in der DDR und in den Ländern des Realsozialismus, sondern auch in den kapitalistischen Industrieländern noch längere Zeit der Glaube bestimmend, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt es ermöglichen würde, das wirtschaftliche Wachstum vom Ressourcenverbrauch abzukupeln und so steigende Umweltschäden zu vermeiden.
- eine *hohe, dem Kapitalismus überlegene Rationalität, Produktivität und Effizienz der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, darunter der Verbindung betriebswirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Rationalität und Effizienz, zu realisieren*. Das administrativ-zentralistische System der Staatsplanung war unlösbar und vielfältig mit dem Gesamtsystem des Staatssozialismus, mit seinen strukturellen Mängeln und Schwächen verbunden und trug seinerseits auch dazu bei, diese noch zuzuspitzen. Die zentrale Festlegung der Preise hatte zur Konsequenz, dass diese die realen Marktbedingungen völlig unzureichend widerspiegeln. Die objektiven Erfordernisse eines marktwirtschaftlichen Systems – die Anerkennung der aufgewandten gesellschaftlichen Arbeit erst mit der Realisierung auf dem Markt, der Ein-

fluss des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage auf die Preise – blieben weitgehend unberücksichtigt. Vor allem war dadurch auch der ökonomische Druck auf bessere Gebrauchswerte, Kostensenkung und höhere Effizienz schwach.

Die Verfügung über die Ressourcen, vor allem Entscheidungen über deren Einsatz und Nutzung, waren im Staatssozialismus der demokratischen Mitwirkung und gesellschaftlichen Kontrolle im wesentlichen entzogen. Dies betraf vor allem auch die Teilnahme der Bevölkerung an der Erörterung und Entscheidung über den Einsatz und die Aufteilung des erzielten Mehrprodukts, des Überschusses der gesellschaftlichen Produktion für die weitere gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere für die produktive Akkumulation, für soziale Aufgaben und für die Infrastruktur. Das zeigte sich u.a. auch darin, dass Entscheidungen zu Verbesserungen im Leben der Menschen, z.B. Rentenerhöhungen, höhere Sozialleistungen für Familien mit Kindern, ansteigende Subventionen für Lebensmittel und andere Waren des Grundbedarfs sowie für Wohnungsmieten, die weit unter den Kosten lagen, nicht im Ergebnis demokratischer öffentlicher Diskussionen, sondern von der Parteiführung getroffen und gewissermaßen als ihr »Geschenk« an die Bevölkerung dargestellt wurden.

Obwohl die Pläne sehr detailliert ausgearbeitet und durch ein umfassendes System von Planbilanzen untersetzt wurden, konnten sie nicht alle notwendigen Verflechtungsbeziehungen erfassen, blieben in wichtigen Zügen inkonsistent und konnten auch infolge der geringen Flexibilität der Wirtschaft nicht in Gänze erfüllt werden (vgl. Brus/Laski 1990: 57f.).

Zur Beurteilung der mit der Bilanzierung im Realsozialismus nicht gelösten Aufgabe, die Übereinstimmung zwischen Aufkommen und Bedarf auch bei veränderten Bedingungen ständig zu sichern, müssen auch die damaligen technischen Voraussetzungen für Planberechnungen und -abstimmungen beachtet werden. Die äußerst zeit- und arbeitsaufwendigen Bilanzabstimmungen, die einen wesentlichen Grund für die Starrheit der Planung waren, sind mit den hierfür heute verfügbaren ungleich größeren und völlig neuen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik nicht vergleichbar.

In der DDR gab es jedoch mit den Fortschritten auf diesen Gebieten einen weitverbreiteten Irrglauben, man könne bald ganze Volkswirtschaften »von oben« wie eine Fabrik steuern. Darin äußerten sich sowohl die Überzeugung einiger Politbüromitglieder, ihr eigenes Wissen darüber, was die Bevölkerung will und braucht, reiche aus, und ein verbreiteter Irrglaube an die unbegrenzten Potenzen der EDV, als auch das Ignorieren unterschiedlicher und auch widersprüchlicher ökonomischer Interessen innerhalb der Gesellschaft – darunter u.a. zwischen zentralen staatlichen Instanzen und den einzelnen Betrieben sowie den Betrieben untereinander (z.B. Finalproduzenten und Zulieferer).

Im Staatssozialismus konnte es auch nicht gelingen, mikroökonomische Effizienz mit makroökonomischer Stabilität zu verbinden (ebd. 155). Die kapitalistische Marktregulierung führt gewissermaßen zu einer Umkehrung dieses Missverhältnisses: Eine hohe betriebswirtschaftliche Effizienz kann tiefe Krisen, Massenarbeitslosigkeit u.ä. Wirkungen nicht verhindern, d.h. insgesamt eine gesamtwirtschaftliche Stabilität und eine gesamtwirtschaftlich rationelle Ressourcennutzung nicht gewährleisten. Im Gegenteil, soziale und ökologische Kosten, die Aufwendungen zur Bankenrettung werden externalisiert, sodass Gewinne privatisiert werden, während die Gesellschaft insgesamt für die Kosten sowie Schäden geradestehen muss.

Dem historischen Platz und den historischen Erfahrungen der Planung in den staatssozialistischen Ländern wird jedoch nicht entsprochen, wenn, wie es häufig geschieht, nur ihre Defizite und Schwächen hervorgehoben werden. Die Planung war untrennbar mit der Sicherung der ökonomischen Grundlagen für die Existenz und Entwicklung des Realsozialismus verbunden, in der Sowjetunion für eine Zeit von über 70 Jahren, in der DDR und den anderen realsozialistischen Ländern Europas über 40 Jahre.

Durch den mit der Planung erreichbaren konzentrierten Einsatz aller Ressourcen, einschließlich der Mobilisierung der notwendigen Akkumulationsmittel, konnte die Industrialisierung der UdSSR – eine unverzichtbare Voraussetzung für die Zerschlagung des Faschismus – durchgeführt werden. Dies darf jedoch nicht mit einer Alternativlosigkeit der Art, wie die Industrialisierung realisiert wurde, gleichgesetzt werden. Neben freiwilliger Arbeit insbesondere von Komsomolzen beruhte die Industrialisierung in der Sowjetunion auch auf massenhafter Zwangsarbeit, auf brutalen Methoden der »Entkulakisierung« und einer Inkaufnahme von Hungersnöten infolge der Art und Weise der Kollektivierung.

In der DDR gelang es in den 1950er Jahren, die durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufenen Disproportionen – wichtige Teile der schwerindustriellen Basis waren auf dem Territorium der DDR kaum vorhanden – und die Folgen der Reparationen und Demontagen weitgehend einzuschränken und ein insgesamt dynamisches Wirtschaftswachstum zu erreichen. Dies erfolgte vor allem durch den konzentrierten Einsatz der Investitionen zur Lösung der hiermit verbundenen Probleme. Der »Neue Kurs« nach dem 17. Juni 1953 und die Zeit des NÖS zeigten, dass es zur Lösung der Probleme durch verstärkten politischen Druck von oben – z.B. bei der Festlegung höherer Arbeitsnormen im Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt – und zu einer vorrangig administrativen Planung durchaus Alternativen gab.

Bei der Bewertung der Rolle, die die Planung trotz ihrer bürokratisch-administrativen Züge für die ökonomische Entwicklung im Realsozialismus spielte,

müssen die verschiedenen positiven Wirkungen der Planung mit beachtet werden, sonst sind einseitige Bewertungen und Fehlschlüsse unvermeidlich.

Dies ist ein Plädoyer für die Notwendigkeit auch einer zentralen Planung, aber keineswegs eine Rechtfertigung für die zentralistische, administrative Planung und Leitung der Wirtschaft, die mit einigen Modifikationen für alle Länder des Realsozialismus typisch waren.

Ohne Abstriche an der Kritik ihrer grundlegenden Defizite und strukturellen Fehlentwicklungen zu machen, wird daher in unserer Studie davon ausgegangen, dass es auch bewahrenswerte, nützliche und für die Zukunft verwertbare Erfahrungen der in den realsozialistischen Ländern praktizierten Planung gibt.

Aus der großen Kluft zwischen dem Potenzial und den Möglichkeiten einer effizienten planmäßigen Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung und den real erreichten Ergebnissen können zwei Schlussfolgerungen abgeleitet werden:

Erstens: Eine demokratische, effiziente Planung als die der vergesellschafteten Produktion entsprechende Art und Weise der Regulierung makroökonomischer Zusammenhänge und grundlegender wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklungsprozesse enthält bedeutende, bisher weitgehend unerschlossene Potenziale für eine gegenüber dem Kapitalismus alternative, gesamtwirtschaftlich effiziente Entwicklung, die von den Interessen der Menschen und den Herausforderungen der Zukunft ausgeht. Dies gilt vor allem für die Aufgaben eines sozial-ökologischen Umbaus und die dazu notwendigen tiefgreifenden Veränderungen in den Wirtschaftsstrukturen. Sie setzen einen gezielten, langfristig geplanten Einsatz der für Innovationen und Investitionen verfügbaren Mittel, aber auch neue Vorstellungen über die in den Industrieländern zu beschreitenden Wege zur Verbesserung des Wohlstands der Bevölkerung voraus (vgl. Reuter/Steinitz 2013: 30ff.). Ota Šik hebt in dem Buch »Humane Wirtschaftsdemokratie« hervor: »Die Bestrebungen des Menschen nach Freiheit und Selbstrealisierung, nach Selbstentscheidung und Mitentscheidung, nach höherem Lebenssinn und aktiver Beeinflussungsmöglichkeit seiner näheren und auch breiteren Gemeinschaftstätigkeit, sind Bestrebungen, denen die Wirtschaftswissenschaften in Zukunft größere Beachtung widmen werden.« (1979: 47)

Zweitens: Um diese Potenziale in einem zukünftigen Transformationsprozess zu realisieren, ist es unerlässlich, die differenzierten, widersprüchlichen Erfahrungen der sozialistischen Planung gründlich auszuwerten. Die Ambivalenz der staatssozialistischen Planung zeigte sich auch darin, dass bestimmte rationelle, erhaltenswerte und weiter zu entwickelnde Methoden und Instrumente infolge der real vorhandenen Defizite und Schwächen ihr fortschrittliches Potenzial nicht oder nur ungenügend entfalten konnten (vgl. hierzu die in der Anlage 1 zur Planung in der DDR enthaltenen kritischen Analysen und Schlussfolgerungen).

Als Resümee zur Planung könnte in Analogie zur Erkenntnis von Rosa Luxemburg »Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie« festgestellt werden: *Keine demokratische, auf die Bedürfnisse der Menschen und die ökologischen Erfordernisse gerichtete Planung ohne Sozialismus; kein Sozialismus ohne demokratische, auf die Bedürfnisse der Menschen und die ökologischen Erfordernisse gerichtete Planung.*

Bei der folgenden Charakterisierung der Beziehungen zwischen Planung und Marktregulierung gehen wir davon aus, dass *Planung und Regulierung durch den Markt keine absoluten, sich gegenseitig ausschließende Gegensätze einer zukunftsorientierten demokratischen sozialistischen Gesellschaft sind.* Diese verlangt vielmehr nach einer Synthese der beiden Grundprinzipien einer Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine solche Synthese im Sinne einer emanzipativen, zukunftsorientierten und sozial-ökologisch nachhaltigen Entwicklung kann nur gelingen, wenn sie die Demokratisierung einschließt. Dies betrifft sowohl die Planung als auch die Marktregulierung. Es geht somit einmal um Schritte zu einer stärker regulierten, demokratiekonformen Wirkung der Märkte im Gegensatz zur Forderung der Bundeskanzlerin Merkel nach »markt-kompatibler Demokratie«. Zum anderen geht es um eine demokratische Planung auf allen Ebenen, vom Betrieb und der Kommune/Region bis zur gesamten Volkswirtschaft und verstärkt auch auf EU- und internationaler Ebene.

Diese Synthese, die unseres Erachtens grundsätzlich möglich ist, jedoch noch viele offene Fragen enthält, ist bisher noch in keinem Land gelungen.

Für ein Konzept eines langfristigen Transformationsprozesses zu einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft gilt es, sowohl einige theoretische Fragen überzeugender und tiefer als bisher zu klären, als auch realisierbare, praktikable Erkenntnisfortschritte für die vielen noch ungelösten Probleme zu finden. Einen gesellschaftlichen Rahmen hierfür könnten die in den Publikationen von Rolf Reißig und Dieter Klein in Anlehnung an Karl Polanyis Buch »The Great Transformation« entwickelten Vorstellungen einer zweiten Großen Transformation (Reißig 2009) bzw. einer doppelten Transformation (Klein 2013) bilden.

Wichtige Ausgangspunkte für eine erfolgreiche, zukunftsorientierte Synthese von Plan, Markt und Demokratie müssten vor allem zwei Erkenntnisse aus der bisherigen Entwicklung des Kapitalismus, des Staatssozialismus sowie aus der Transformation der bis 1989/90 staatssozialistischen Länder in kapitalistische Marktwirtschaften sein. Erstens: Die Verabsolutierung eines der beiden Regulierungsprinzipien führt zu gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, großen Verlusten sowie zum Aufbrechen und zur Verschärfung von Interessenwidersprüchen. Zweitens: Es reicht nicht aus, die marktwirtschaftliche Regulierung durch eine gesellschaftliche Regulierung bzw. Planung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge und Prozesse einzuschränken und zu ergänzen. Es ist entscheidend, dies

mit einer Demokratisierung der Planung und der gesamten Wirtschaft – Wirtschaftsdemokratie – zu verbinden und auch die Marktbedingungen in Übereinstimmung mit demokratischen Grundforderungen zu regulieren. Schließlich gibt es nirgends außer in neoliberalen Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre den »vollkommenen Markt«, schon gar nicht im von den transnationalen Konzernen und großen Finanzmarktakteuren beherrschten Kapitalismus der Gegenwart.

Fortschritte in den Bemühungen um eine praktikable, nutzbringende Lösung für die Menschen, die gesamte Gesellschaft und die gesellschaftlichen Naturbeziehungen erfordern in einem ersten Schritt, die spezifischen Schwächen und Defizite und gleichzeitig die spezifischen Stärken und potenziell positiven Wirkungen der beiden Regulierungsweisen aufzudecken und zu analysieren. In einem zweiten, weit komplizierteren Prozess gilt es, Vorstellungen dazu auszuarbeiten, wie die positiven Wirkungen beider Prinzipien so weit wie möglich erhalten und miteinander verbunden sowie zugleich ihre vielen negativen Wirkungen, die sich bisher in allen Ländern der Welt in unterschiedlicher Art und Weise gezeigt haben, verhindert werden können. Diese Vorstellungen müssten so umgesetzt werden, dass insgesamt eine möglichst umfassende, reale Demokratisierung der Wirtschaft erreicht wird.

Planung und Marktregulierung haben spezifische Bereiche, in denen sie dem jeweils anderen Prinzip überlegen und für eine Entwicklung im Interesse der Menschen und der Zukunft unverzichtbar sind. Einige hiermit verbundene Probleme wollen wir im Folgenden etwas näher betrachten.

Nachteile/Defizite von Marktregulierung bzw. Planung

Eine dominierende Regulierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung durch den Markt ist eng verflochten mit »vermachteten« Märkten, auf denen global agierende Konzerne und Großunternehmen die entscheidenden Einflüsse ausüben. Die von den Konzernen dominierten Märkte sind nur die Kehrseite der neoliberalen Deregulierung der Märkte. Die Folge einer der Profitrealisierung unterworfenen Marktregulierung ist das Zurückdrängen gesellschaftlicher Interessen. Die Missachtung gesellschaftlicher Interessen und Erfordernisse betrifft vor allem die Forderungen nach sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit und nach einer öffentlichen Daseinsvorsorge, die die Grundbedürfnisse aller unabhängig von ihren Einkommen befriedigt. Diese profitorientierte Marktregulierung äußert sich auch im Überwiegen kurzfristiger und der Vernachlässigung langfristiger Interessen, insbesondere an der nachhaltigen Erhaltung der natürlichen Umwelt. Betriebswirtschaftliche Profitinteressen werden auf Kosten gesamtwirtschaftlicher Erfordernisse durchgesetzt. Die Konsum-

mentenachfrage wird in hohem Grade den Einflüssen der Werbebranche und Scheininnovationen zur Erzeugung eines manipulierten, für die Bedürfnisbefriedigung großenteils nicht notwendigen, überhöhten Bedarfs unterworfen. Dazu trägt auch die absichtliche Verkürzung der Lebensdauer der Konsumgüter bei. Dies geschieht auf Kosten der Befriedigung der Bedürfnisse nach einer freien, allseitigen Entwicklung der Fähigkeiten und Anlagen der Menschen. Eine weitere Konsequenz aus der Dominanz des Profitprinzips und der Marktregulierung ist der gegen die Umwelt gerichtete Wachstumszwang.

Dominiert hingegen die Planung als Regulierungsprinzip und geht sie mit einer Negierung oder starken Zurückdrängung der Rolle des Markts bzw. marktwirtschaftlicher Regulierung einher, treten insbesondere folgende Defizite/Nachteile auf, die durch eine zentralistische Leitung der Volkswirtschaft noch verstärkt werden: Die objektiv notwendige Funktion des Markts für die Anerkennung der verausgabten Arbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit wird faktisch negiert; zugleich werden die Selbständigkeit und das Bestehen eigener ökonomischer Interessen der Betriebe und Unternehmen weitgehend ignoriert. Daraus folgt, dass die Wirtschaftssubjekte nur ein schwaches Interesse an Innovationen und einer hohen betrieblichen Effizienz haben. Daraus ergeben sich wiederum negative Wirkungen auf die Bereitstellung der Güter entsprechend dem realen Bedarf der Bevölkerung und der Wirtschaft und die bekannten Tendenzen einer Mangelwirtschaft.

Aus seinen Analysen der Probleme und Widersprüche des Staatssozialismus leitet Šik u.a. ab, dass »ein Marktmechanismus durch keine Planung ersetzt werden« kann (1979: 149). Weiter heißt es bei ihm, dass keine Planungsverbesserung den Widerspruch zwischen Produzenten und Konsumenten lösen kann, denn keine Planung kann die Vielzahl der kurzfristigen Disparitäten zwischen Angebot und Nachfrage voraussehen (ebd. 162). Er hebt dabei hervor: »Wer glaubt, dass immer effektivere Computersysteme und mathematische Modelle einmal die Aufstellung weitaus detaillierterer und präziserer volkswirtschaftlicher Pläne und Effektivitätsrechnungen ermöglichen würden, mit denen die heutigen Schwierigkeiten der ›sozialistischen‹ Wirtschaft dann überwunden werden könnten, hat nichts von der Interessenproblematik begriffen.« (Ebd. 176f.)

Eine weitere Eigenschaft zentralistischer, nicht demokratischer Planung besteht darin, dass sie auch stark auf den Machterhalt gerichtet ist und die notwendige Partizipation der Beteiligten und Betroffenen an den Planungs- und Wirtschaftsprozessen blockiert.

Spezifische Vorteile der Marktregulierung und der Planung – Widersprüche und Hemmnisse bei ihrer Realisierung

Es geht im Folgenden sowohl um reale als auch um nur potenzielle Vorteile und positive Wirkungen, für deren Realisierung entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Marktwirtschaftliche Regulierung verstärkt das Interesse an Innovationen, hoher betriebswirtschaftlicher Effizienz, einer der Nachfrage entsprechenden Produktion von Gütern und Dienstleistungen und begünstigt eine hohe Flexibilität der Produktion bei veränderten oder neuen Anforderungen. Wenn das Profitprinzip und der Finanzmarktkapitalismus dominieren, setzen sich die potenziell positiven Wirkungen des Marktprinzips jedoch nur verzerrt, zunehmend begrenzt und auch stärker mit äußerst negativen Wirkungen verknüpft durch: Massenarbeitslosigkeit wird zu einer Dauererscheinung, prekäre Arbeitsbedingungen breiten sich aus, Scheininnovationen nehmen zu, die Finanzmärkte gewinnen zunehmend Oberhand und führen insgesamt zu einer relativen Lösung der Finanzsphäre von der produzierenden Wirtschaft und zur Destabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Quelle von Vermögenszuwächsen sind zunehmend Finanzmarkttransaktionen, darunter in hohem Grade unübersichtliche Finanzspekulationen. »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter.« (Marx, Kapital I, MEW 23: 532)

Die gegenwärtig vorherrschende neoliberale Deregulierungspolitik ist nicht identisch mit einem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Sie ist vielmehr eng mit dem verstärkten Einsatz staatlicher Ressourcen im Interesse des Finanzkapitals und der Konzerne verflochten. Deutlich wird dies in der Bankenkrise u.a. in der Bereitstellung gewaltiger aus Steuern finanzierter Mittel zur Rettung der Großbanken unter dem Motto »to big to fail«, in der jahrelangen Subventionierung der Atomindustrie, im Verhindern der schnellen Wirksamkeit strengerer Grenzen für den Schadstoffausstoß von Autos im Interesse der Autoindustrie sowie in der Politik zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf den internationalen Märkten. Die Treuhandpolitik zur Privatisierung des in der DDR geschaffenen Volkseigentums, die zu einer faktischen Enteignung der ostdeutschen Bevölkerung führte, zeigte deutlich, wie die Politik im Interesse der weiteren Reichtumskonzentration westdeutscher Unternehmen und zum Nachteil der ostdeutschen Bevölkerung eingesetzt wurde.

Die *Regulierung auf der Grundlage der Planung* kann die wirtschaftliche Entwicklung auf die Lösung wichtiger gesellschaftlicher Erfordernisse orientieren. Vor allem wird es *möglich*, den Mitteleinsatz auf entscheidende Auf-

gaben zu konzentrieren, wie den sozial-ökologischen Umbau und eine dafür notwendige Veränderung von Produktions- und Konsumtionsstrukturen, die Umsetzung volkswirtschaftlich wichtiger Innovationen, die beträchtliche Mittel erfordern, die zielgerichtete Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Infrastruktur. Es können die Bedingungen verbessert werden, um die verfügbaren Ressourcen, insbesondere das gesellschaftliche Arbeitsvermögen und die vorhandenen materiellen Fonds umfassend zu nutzen und ihr Brachliegen zu verhindern. Durch die in den staatssozialistischen Ländern »deformierte« Planung – administrative Zentralisierung und detaillierte Produktionsplanung, fehlende Demokratisierung der Planungs- und Entscheidungsprozesse, geringe Spielräume für eine eigenverantwortliche wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen u.a. – konnten die oben erwähnten Vorzüge der Planung nur unzureichend realisiert werden. Sie wurden zu einem beträchtlichen Teil faktisch konterkariert.

Die Analyse und Auswertung der realen Wirkungen der beiden Regulierungsweisen, zum einen im Kapitalismus – speziell in seiner gegenwärtigen Entwicklungsstufe, dem Finanzmarktkapitalismus – und zum anderen im gescheiterten Realsozialismus, enthalten wichtige Erkenntnisquellen für die Weiterentwicklung der Vorstellungen zur Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies betrifft insbesondere

- die umfassende Demokratisierung des gesamten Planungsprozesses auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene vor allem zur Bestimmung der Zielstellungen der Volkswirtschaftspläne, der grundlegenden Verteilungsproportionen des Nationaleinkommens und des Mehrprodukts sowie der Veränderungen in den Wirtschaftsstrukturen, u.a. durch die Ausarbeitung und öffentliche Diskussion von Grundlinien der volkswirtschaftlichen – ökonomischen, sozialen und ökologischen – Entwicklung einschließlich möglicher Alternativen. Diese Demokratisierung muss sich auch auf die Ebene der Betriebe, Unternehmen und Regionen beziehen.
- die konsequente Berücksichtigung von Zukunftsanforderungen des sozial-ökologischen Umbaus und der Wohlstandsentwicklung. Dabei spielt die von vielen Forschern, u.a. der Glücksforschung, nachgewiesene Feststellung, dass ab einem bestimmten Niveau der Befriedigung materieller Bedürfnisse ein höherer Konsum nicht zu einer höheren Zufriedenheit oder einem stärkeren Glücksgefühl der Menschen führt, eine wichtige Rolle.
- die Konzentration der Planung auf gesamtwirtschaftlich und langfristige entscheidende Aufgaben – vor allem auf die Bestimmung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die eigenverantwortliche Tätigkeit der Wirtschaftssubjekte, auf die langfristige Planung volkswirtschaftlich entscheidender Strukturveränderungen, die Entwicklung der Infrastruktur und

die makroökonomische Verteilungsplanung (vgl. zur Verteilungsplanung Šik 1979: 454ff.).

- Beiträge zu international koordinierten Maßnahmen zur Lösung globaler Probleme (Klimakrise, gerechte Verfügung über die natürlichen Ressourcen, Überwindung von Armut und Hunger, umfassende Bildung).
- wirksame Schritte für eine optimale und engere Verflechtung von Marktregulierung und Planung in einem langfristigen Prozess der doppelten Transformation (vgl. Klein 2013).

Bei der notwendigen *Synthese von Plan und Markt* geht es nicht primär, aber auch um quantitative Veränderungen in den Relationen zwischen beiden Regulierungsweisen, etwa Ausdehnung der Regulierungswirkungen des Markts in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft bzw. Erhöhung demokratischer staatlicher Einflüsse in den kapitalistischen Ländern. Im Vordergrund stehen jedoch Qualität und Wirkungsrichtungen der jeweiligen Veränderungen sowie die gegenseitige Durchdringung und Befruchtung der beiden Regulierungsweisen durch die Befreiung von Einseitigkeiten. So konnte das Neue Ökonomische System u.a. deshalb seine potenziellen Effekte nicht voll entfalten, weil die Preisbildung im wesentlichen weiterhin administrativ erfolgte, zentralisiert blieb und ungenügend mit den Marktbedingungen verknüpft wurde.

Für die Qualität und Wirksamkeit jeder Regulierungsweise ist entscheidend, dass sie entsprechend den Herausforderungen und Bedingungen des 21. Jahrhunderts verändert, ergänzt und weiterentwickelt wird. Dies betrifft insbesondere die Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie, eine qualitativ weit stärkere und konsequenterere Umsetzung der Erfordernisse ökologischer Nachhaltigkeit, die umfassende Regulierung der Finanzmärkte und die durch die Globalisierung und die europäische Integration gestiegenen und teilweise völlig neuen Anforderungen an international koordinierte Maßnahmen in der Umweltpolitik sowie auf den Gebieten der Wirtschafts-, Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik. Die Rolle gegenseitig abgestimmter und gemeinsamer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aktionen und Maßnahmen der Staaten nimmt zu. Damit steigen auch die Anforderungen an eine gleichberechtigte internationale Arbeitsteilung und Kooperation sowie an die dafür zu schaffenden institutionellen Voraussetzungen.

Die Regulierung wird entscheidend von der Qualität, der Wirkungsrichtung und dem Umfang staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einflussnahme auf die Wirtschaftsentwicklung bestimmt. Dies gilt für den Kapitalismus ebenso wie für den Sozialismus. Dabei stehen entsprechend den entgegengesetzten Eigentumsstrukturen und den davon determinierten Zielstellungen der Wirtschaftstätigkeit jeweils sehr unterschiedliche, zum großen Teil entgegengesetzte Probleme und Erfordernisse im Vordergrund.

Bei deren Analyse gilt es zu beachten, dass es weder heute *den* Kapitalismus gibt, noch zukünftig *den* Sozialismus des 21. Jahrhunderts geben wird. Es haben sich heute verschiedene Typen des Kapitalismus herausgebildet. Diese Differenzierung im Rahmen typischer, gemeinsamer Grundeigenschaften kann sich zukünftig noch verstärken in Abhängigkeit insbesondere davon, wie sich die regionalen wirtschaftlichen Integrationsprozesse in den verschiedenen Teilen der Welt weiter vollziehen und welche Szenarien der weiteren möglichen Entwicklung des Finanzmarktkapitalismus und seiner Reformierung in den jeweiligen Ländern bzw. Ländergruppen realisiert werden (vgl. Klein 2013: 35ff.). Die Wege zu einer sozialistischen Gesellschaft und die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse, darin eingeschlossen auch der konkreten Beziehungen zwischen Plan und Markt und auch der Ausgestaltung einer lebendigen Demokratie, werden voraussichtlich noch größere Unterschiede aufweisen. Hieraus erwachsen auch *neue Möglichkeiten* der Völker, auf den verschiedenen Wegen zum Sozialismus voneinander zu lernen und unnötige Umwege zu vermeiden.

Der Beurteilung der staatlichen bzw. gesellschaftlichen Einflussnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung, die vor allem in der Planung und in der Regulierung durch den Markt zum Ausdruck kommt, sollten insbesondere folgende Kriterien zugrunde gelegt werden:

Erstens: In wessen Interesse wird sie durchgeführt? Im Kapitalismus erfolgt eine staatliche Regulierung grundsätzlich zur Profitsicherung, wobei je nach Kräfteverhältnissen und Aktionsfähigkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen soziale und ökologische Erfordernisse – Sozialstaat, gute Arbeit, auf Nachhaltigkeit gerichteter ökologischer Umbau – mehr oder weniger durchgesetzt werden können. Im gegenwärtig herrschenden Finanzmarktkapitalismus breitet sich die Tendenz zum Abbau sozialer Rechte und zur sozialen Polarisierung weiter aus. Der Staat wird zunehmend zur Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals eingesetzt. In einer demokratischen, emanzipativen sozialistischen Gesellschaft muss die Planung und Regulierung darauf gerichtet sein, die lebenswichtigen Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, soziale Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zu erreichen, die Erfordernisse zur Erhaltung der natürlichen Umwelt konsequent umzusetzen sowie die Bedingungen für gleichberechtigte internationale Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern. Zugleich gilt es mit hoher Priorität, die Bedingungen für die Entfaltung der Individualität der Menschen und für die von Marx geforderte freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller zu schaffen und stets weiter zu verbessern.

Zweitens: In welcher Qualität und mit welchen Effektivitätswirkungen erfolgt die Regulierung? Ein Grundproblem der Eurozone und der Bundesrepublik besteht in der einseitigen, auf neoliberalen Dogmen beruhenden Wirtschafts- und

Finanzpolitik, wie sie gegenwärtig konzentriert in der wirtschaftlich und sozial schädlichen rigorosen Austeritätspolitik zum Ausdruck kommt. Besonders verhängnisvoll wirken sich die den südeuropäischen Euro-Ländern von der so genannten Troika (Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank, EU-Kommission) auferlegten Sparprogramme aus.

In der Sowjetunion, der DDR und den anderen staatssozialistischen Ländern wurden wie bereits erwähnt mögliche positive Wirkungen der Planung durch die Art und Weise, wie sie praktiziert wurde, nicht nur geschwächt, sondern teilweise in ihr Gegenteil verkehrt. Die umfassenden staatlichen Reglementierungen und die detaillierte Festlegung stofflich-gebrauchswertmäßiger Produktionsauflagen führten u.a. dazu, dass die Spielräume für eigenständiges und eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln und für Initiativen der Unternehmen und der Individuen stark eingeengt wurden und die Stimuli für Effizienz und innovatives Verhalten schwach waren. Vor allem infolge der unzureichenden Beachtung der Markterfordernisse traten ständig Erscheinungen einer Mangelwirtschaft auf. Es gelang nur unzureichend, Effizienz und Innovationen mit einer sozialen und ökologischen Orientierung der Pläne und Prognosen zu verbinden. Die Verbindung von makroökonomischer Stabilität mit mikroökonomischer Effizienz blieb ein im Staatssozialismus ungelöstes Problem (vgl. hierzu auch Brus/Laski 1990: 155). Zu den offenen und weiter zu untersuchenden Fragestellungen gehört auch: Wie viel Markt und wie viel Lenkung, Plan, Staat werden gebraucht, um wirtschaftliche Effizienz bei gleichzeitiger sozialer und ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft zu erreichen (vgl. u.a. Bollinger in: Helle Panke 2000: 19).

Negative Wirkungen der praktizierten Planung wurden noch durch Wunschvorstellungen und darauf beruhende subjektivistische Entscheidungen der Parteiführung, die sich u.a. in unrealistischen Aufgaben in den Fünfjahr- und Jahrsplänen niederschlugen, verstärkt.⁵

⁵ Siegfried Wenzel, ein Stellvertreter des Vorsitzenden der SPK Gerhard Schürer, führt in seinen Erinnerungen ein aufschlussreiches Beispiel hierfür an: »In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ergaben die volkswirtschaftlichen Berechnungen für das Konzept eines Jahresplanes nicht den gewünschten Zuwachs des Nationaleinkommens von 4%. Die SPK hatte das Plankonzept bereits mehrere Male mit 3% vorgelegt. Vor der erneuten Politbürositzung standen verantwortliche Experten der SPK, die meistens zur Beratung der Planentwürfe hinzugezogen wurden, im Vorraum mit dem Vorsitzenden zusammen. Da kam Honecker und winkte Schürer zu sich heran. Es war zu hören, wie er zu ihm sagte: Ihr habt wieder 3% vorgelegt. Ich muss aber bei 4% bleiben. Gerhard sprich mal nicht dagegen, wenn ich jetzt vorschlage, dem Plan 4% zugrunde zu legen.« (Wenzel 1998: 59)

Diese Defizite der Planung in den staatssozialistischen Ländern sind jedoch nicht ein notwendiges Resultat der Planung, sondern widerspiegeln vielmehr deren strukturelle Schwächen und generelle Fehlentwicklungen im Realsozialismus. Strategien zu ihrer Überwindung sollten in die Arbeiten an einer langfristigen Transformationsstrategie und der Präzisierung der Vorstellungen zur Regulierungsweise im Sozialismus einbezogen werden.

Drittens: Inwieweit trägt sie zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft bei, vor allem zur Durchsetzung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung, zur Überwindung von Armut und Hunger in allen Regionen der Welt und zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte? Auf diesen Gebieten zeigt sich zugespitzt, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die großen Menschheitsprobleme zu lösen. Hier bestehen auch die größten Herausforderungen an die Regulierung und Planung im nationalen und internationalen Rahmen, deren schrittweise Lösung in dem langfristigen Prozess »doppelter Transformation« angestrebt werden müsste.

Viertens: Inwieweit fördert sie die demokratische Teilnahme der Menschen an Entscheidungen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die Partizipation auf den verschiedenen Ebenen? Eine entscheidende Zukunftsaufgabe, die bisher von keinem Gesellschaftssystem gelöst wurde, besteht darin, die Bedingungen zu schaffen, damit gesamtgesellschaftliche demokratische Entscheidungen über die wirtschaftliche Zukunftsentwicklung so vorbereitet und getroffen werden, dass die Verantwortung von den bisherigen schmalen Machtschichten auf breiteste Volksschichten übergehen kann (vgl. Šik 1979: 362).

Bei der notwendigen Synthese von Markt und Planung, den beiden grundlegenden Regulierungsweisen der Wirtschaft, gibt es zwischen einer Transformation innerhalb des Kapitalismus durch Zurückdrängen und Überwinden des gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus und einer Transformation, die in die Herausbildung einer zukünftigen demokratischen sozialistischen Gesellschaft mündet, sowohl einige gemeinsame Grunderfordernisse als auch wesentliche Unterschiede in den Bedingungen sowie im Inhalt und im möglichen Ausmaß ihrer Realisierung. Gemeinsame Forderungen für die Art und Weise der Regulierung und für die Verbindung der beiden Regulierungsprinzipien sollten vor allem darin bestehen, wirtschaftsdemokratische Vorstellungen umzusetzen, den Erfordernissen ökologischer Nachhaltigkeit und der Erhaltung der Natur Rechnung zu tragen, soziale Sicherheit zu gewährleisten und soziale Polarisierung einzuschränken, ein menschenwürdiges Leben für alle zu erreichen und die Bedingungen für die gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten an den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern.

Im gegenwärtig vorherrschenden Finanzmarktkapitalismus und bei fortgesetzter Dominanz neoliberaler Politik fehlen die Bedingungen für die Umset-

zung dieser Forderungen. Dies kann hier nicht weiter erörtert werden. Als konzeptionelle Grundlage für eine Veränderung halten wir, wie bereits erwähnt, die von Dieter Klein entwickelte Vorstellung einer doppelten Transformation in Europa für geeignet. Die erste Seite der doppelten Transformation könnte »eine den Neoliberalismus überwindende, also postneoliberale Transformation zu sozial und ökologisch regulierten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften sein. Revitalisierung der repräsentativen Demokratie und stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, ein unter den veränderten Bedingungen erneuerter Sozialstaat, ein größeres Gewicht der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine verantwortungsvollere Sicherheits- und Umweltpolitik wären erreichbar.« (Klein 2013a)

In den Diskussionen um eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus spielt die Frage, wie die wirtschaftliche Entwicklung in Übereinstimmung mit den sozialen und ökologischen Erfordernissen reguliert wird bzw. werden müsste, eine Schlüsselrolle. Wir sind uns bewusst, dass es heute wenig sinnvoll ist, ein konkretes Modell zukünftiger gesellschaftlicher Regulierung in einer alternativen Gesellschaft zu entwerfen. Dazu sind die Bedingungen, unter denen diese sich herausbilden und entwickeln könnte, zu unklar und unbestimmt. Es gibt auch viele noch unzureichend geklärte Fragen zu den Instrumenten und zur Gestaltung einer solchen Regulierung. Diese offenen Fragen können erst nach dem Vorliegen konkreter Erfahrungen in einem längeren, widersprüchlichen Prozess entschieden werden. Zu diesem Prozess gehören als unverzichtbare Elemente sowohl praktische Erprobungen, darunter auch in größerem Maße als bisher ökonomische Experimente und deren Auswertung, als auch ergebnisoffene Diskussionen.

Anforderungen an eine zukunftsfähige Synthese von Markt und Planung

Wir wollen aber einige Überlegungen dazu darlegen, welchen Anforderungen eine gesellschaftliche Regulierung gerecht werden müsste, welche Rolle dabei einer demokratischen Planung und einer Marktregulierung zukommen und inwieweit in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wesentliche Unterschiede in der Wirksamkeit der beiden grundlegenden Regulierungsweisen notwendigerweise auftreten. Die Auswertung vorliegender widersprüchlicher Erfahrungen der Planung im Realsozialismus ist hierfür eine unerlässliche Grundlage. Zugleich gilt es, die Erfahrungen und verheerenden Ergebnisse auszuwerten, die im Finanzmarktkapitalismus und durch die Ergebnisse neoliberaler Politik deutlich geworden sind. Hierzu gehören die Folgen der rücksichtslosen Deregulierung der Finanz- und Geldbeziehungen, die fehlgeschlagenen

Versuche, die Umweltprobleme auf der Grundlage der Marktmechanismen zu lösen, die verstärkte soziale Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft und die Auswirkungen der zunehmenden Einbeziehung faktisch aller Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in die marktmäßige Regulierung.

Ausgehend von diesen »doppelten« Erfahrungen sollten in einer künftigen Gesellschaft insbesondere folgende Bereiche bzw. Funktionen von einer Marktregulierung ausgenommen werden:

- Bereiche des Gemeinwohls und der öffentlichen Daseinsvorsorge mit der für die Erfüllung ihrer Funktion notwendigen Infrastruktur;
- Bereiche, in denen natürliche Monopole eine bestimmende oder wichtige Rolle spielen (Energie- und Elektrizitätswirtschaft, Wasserwirtschaft, Eisenbahnnetz, Kommunikationsnetz u.ä.);
- die für die Entwicklung einer Volkswirtschaft und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen bestimmenden Finanz- und Geldbeziehungen im nationalen, transnationalen (z.B. Eurozone) und globalen Maßstab;
- die Entwicklung der Erwerbstätigkeit, der Beschäftigungsverhältnisse und der Arbeitsbedingungen. Im Gegensatz zur gegenwärtig dominierenden Tendenz einer zunehmenden Kommodifizierung⁶ aller für die Menschen entscheidenden Beziehungen geht es in einem Transformationsprozess in Richtung einer demokratischen solidarischen Gesellschaft darum, die Arbeitskraft zu de-kommodifizieren, die Arbeitsverhältnisse zunehmend von einer Marktregulierung zu befreien (vgl. hierzu Bischoff/Lieber 2013: 76-87);
- Aufgaben, die vorrangig auf die Erhaltung der natürlichen Umwelt und auf die Verwirklichung ökologischer Erfordernisse gerichtet sind;
- Aufgaben bzw. Bereiche, in denen die geistige bzw. Wissensproduktion im Vordergrund steht, deren Ergebnisse für alle verfügbar sein sollten (vgl. hierzu Thie 2013: 151);
- Aufgaben der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Makroökonomie, des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts, insbesondere der Entwicklung der grundlegenden makroökonomischen Verteilungs- und Verwendungsproportionen des Nationaleinkommens, darunter der Akkumulation und ihrer volkswirtschaftlichen Einsatzstrukturen, speziell zur Entwicklung der Infrastrukturen sowie der Grundstrukturen der Produktion;

⁶ Kommodifizierung bezeichnet in den Sozialwissenschaften die zunehmende Kommerzialisierung der Produktionsfaktoren Arbeit, Natur, Geld sowie aller gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen im Kapitalismus, die Tendenzen des Übergangs zu einer fast alles umfassenden Marktgesellschaft. Die Forderung der Kanzlerin nach einer »marktcompatiblen Demokratie« könnte als Symbol dafür angesehen werden, dass diese zerstörerische Tendenz zunehmend die herrschende Politik bestimmt.

- Aufgaben, die primär von langfristigen ökologischen und sozialen Entwicklungserfordernissen abgeleitet werden. Dass die großen Herausforderungen zur Senkung der CO₂-Emissionen nicht primär mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreicht werden können, hat sich deutlich am Emissionshandel (Handel mit Zertifikaten, die die höchstzulässige Menge an CO₂-Emissionen festlegen), gezeigt. Er hat sich seit seiner Einführung in der EU vor fast zehn Jahren als völlig unwirksam für die Realisierung der in Kyoto festgelegten Senkungsziele dieser Emissionen erwiesen.

In all diesen Bereichen bzw. bei diesen Funktionen müsste der demokratischen Planung die bestimmende Rolle zukommen, da die Marktregulierung auf diesen Gebieten vorhandene Probleme nicht zu lösen vermag, ihren Entwicklungserfordernissen nicht gerecht werden kann und ihre Dominanz auf diesen Gebieten zu verhängnisvollen Folgen führt. Wir halten es jedoch für erforderlich, zwischen *Marktregulierung* und einer *Nutzung* von Marktkategorien oder -mechanismen für eine möglichst rationelle Realisierung gesellschaftlich festgelegter und organisierter Ziele und Aufgaben zu unterscheiden. Mit anderen Worten: Gesellschaftliche Regulierung und Nutzung von Kategorien und Mechanismen des Markts schließen sich nicht aus, sondern können und müssen sich vielmehr ergänzen. Daher ist deren Nutzung auch in einigen dieser oben angeführten Bereiche sinnvoll und kann zu einer möglichst effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben beitragen.

Bei der Herstellung von Waren und Dienstleistungen – Konsumgütern und Produktionsmitteln – einschließlich der hiermit verbundenen Innovationen und Investitionen sollte die Marktregulierung eine wichtige Rolle spielen. Dies betrifft auch generell kurzfristige Prozesse, bei denen es um flexibles, rasches Reagieren auf neue bzw. veränderte Bedürfnisse sowie um die rasche Umsetzung von Innovationen geht. Insgesamt müsste die Marktregulierung für die Gestaltung betriebswirtschaftlicher und mikroökonomischer Prozesse auch in einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielen. Sie müsste grundsätzlich andere, insgesamt weit größere Spielräume für eigenverantwortliche Entscheidungen der Unternehmen erhalten, als es im Realsozialismus der Fall war.

Wir stimmen also Auffassungen, die ein Aufheben der Marktwirtschaft und die generelle Beseitigung von Marktregulierung im Sozialismus fordern,⁷ nicht zu, sondern halten sie für unbegründet und falsch (vgl. Peche/Ettl/Walter 1990, Steinitz 2007: 52ff. und 2012: 47ff.). Wie die Erfahrungen des Realsozialis-

⁷ Dies wird u.a. von Heinz Dieterich in seinen Publikationen zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts (vgl. u.a. Dieterich 2006) und von Heinrich Harbach in seinem Buch »Wirtschaft ohne Markt« (2011) gefordert.

mus gezeigt haben, behindert und bremst der Verzicht auf die Ausnutzung der Marktmechanismen den Innovationsprozess, die Steigerung der Effizienz und die notwendige Flexibilität des Reproduktionsprozesses.

In dem Buch »Rotes Grün« schreibt Hans Thie: »Weltökologie verlangt globale Kooperation. Globale Kooperation fordert universelle Gleichheit. Universelle Gleichheit kann nur mit vorsorgender Planung gelingen.« (Thie 2013: 13) Sosehr wir diese Zusammenhänge für richtig halten, können wir aber nicht seiner hiervon abgeleiteten Konsequenz folgen: »Kooperation statt Wettbewerb, Gleichheit statt Ungleichheit, Planung statt Markt.« (Ebd.) Es geht bei den einander gegenüberstehenden Prinzipien der Regulierung und Motivation der Wirtschaftstätigkeit nicht um eine Entscheidung für das eine Regulierungsprinzip und die Ablehnung des anderen, sondern um Entscheidungen zu deren spezifischen Rolle – gleichberechtigt, dominant oder untergeordnet –, die sie in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik insgesamt, bei der Erfüllung der verschiedenen Aufgaben und Funktionen und auf den verschiedenen Ebenen real spielen bzw. spielen sollten, um die Richtung und Qualität ihrer Nutzung und Wirksamkeit sowie um die Möglichkeiten ihrer Synthese, ihrer gegenseitigen Verflechtung und gemeinsamen, gleichzeitigen Nutzung.

In diesem Zusammenhang wird u. E. auch offensichtlich, dass die Charakterisierung des Inhalts der Planung in einer zukünftigen Gesellschaft als »makroökonomische Verteilungsplanung«, wie sie durch Ota Šik vorgenommen wurde, nicht ausreichend ist (vgl. Auffassungen von Šik 1979 in Anlage 2). In Ergänzung zu dieser Verteilungsplanung müssten auch Aufgaben der planmäßigen Gestaltung *volkswirtschaftlich wichtiger materieller Prozesse* in eine volkswirtschaftliche Planung einbezogen werden. Zu diesen Aufgaben gehören die Planung tiefgreifender materieller Strukturveränderungen der Produktion, die Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur, die Bestimmung von Schwerpunkten der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und der Innovationen und nicht zuletzt die Planung der grundlegenden Aufgaben zur Umstellung der Ökonomie auf die Erfordernisse einer ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft sowie der hierfür entscheidenden Investitionen und Investitionsprogramme. Insgesamt müssten die ökologischen Erfordernisse einen bestimmenden Platz in einer zukünftigen Planung einnehmen. Die Entwicklung des Investitionspotenzials und der Einsatzstruktur der Investitionen sowie die von ökonomischen, ökologischen und sozialen Erfordernissen ausgehenden Investitionsprogramme gehören zu den Schlüsselfragen einer zukunftsorientierten Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie müssen daher auch einen herausragenden Platz in der volkswirtschaftlichen Planung einnehmen.

Über eine Investitionsbeteiligung des Staates, der Länder und der Kommunen kann zielgerichtet auf die weitere Wirtschaftsentwicklung im öffentlichen

Interesse Einfluss genommen werden (Mittelbach 2013: 334). Eine wirksamere staatliche Einflussnahme auf die Investitionstätigkeit hätte über die Möglichkeiten der Investitionsförderung auch zu besseren Ergebnissen im wirtschaftlichen Aufholprozess Ostdeutschlands nach dem Produktionseinbruch 1990/91 beitragen können.

Um eine Umwelt- und Klimakrise zu verhindern, reicht es nicht, sich auf die Wirksamkeit von Marktmechanismen und Wertkategorien zu verlassen. Es müssen auch grundlegende Veränderungen in den stofflichen Proportionen der gesellschaftlichen Reproduktion wie absolute Reduzierung des Einsatzes nicht nachwachsender Energieträger und Rohstoffe, Erhöhung des Anteils regenerativer Energieträger, absolute Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und notwendige Veränderungen in den Produktionsstrukturen, z.B. Umstellungen in der Automobilbranche und Konversion der Rüstungsproduktion, verbindlich festgelegt werden.

Der Fehler der staatssozialistischen Planung bestand nicht darin, dass der Plan materiell-stoffliche Aufgaben enthielt, sondern dass diese gebrauchswertmäßige Planung erstens nur unzureichend mit den wertmäßigen Kategorien und Instrumenten verbunden war und zweitens auf einer detaillierten, verbindlichen Festlegung der herzustellenden Erzeugnisse der Betriebe und Unternehmen durch die Zentrale beruhte, die nur wenig Spielraum für deren eigenverantwortliche Tätigkeit und generell für demokratische Mitgestaltung ließ.⁸

Neue Anforderungen an die Planung ergeben sich aus der notwendigen Vorbereitung und schrittweisen Realisierung des Übergangs zu einer qualitativ neuen Entwicklungsstufe der Wirtschaft und der Gesellschaft, in der Wohlstand und soziale Sicherheit in den Industrieländern bei geringem bzw. ohne ständiges Wirtschaftswachstum erreicht werden können.

In einer Planung, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, kommt Prozessen, die den nationalstaatlichen Rahmen überschreiten, eine entscheidende Bedeutung zu. Hierzu gehören insbesondere die demokratische Gestaltung der weiteren Integrationsprozesse in der EU, die Weiterentwicklung des einheitlichen Binnenmarkts und der Währungsunion durch eine Sozial- und Umweltunion, Schritte zur Herausbildung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und einer internationalen Kooperation und Spezialisierung, die auf die spürbare Einschränkung der Nord-Süd-Polarisation gerichtet sind.

Die widersprüchlichen Globalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte führen zu mehreren, zum großen Teil sehr unterschiedlichen und konfliktreichen

⁸ Fritz Selbmann ging in einer Rede 1947 soweit, eine Planung zu fordern, die »bis zur letzten Maschine, bis zur letzten Produktionseinheit der volkseigenen Industrie« geht (zit. in Roesler 2006: 5).

Herausforderungen an die Regulierung der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Eine entscheidende Rolle spielen hierbei die drohende Umwelt- und Klimakrise sowie die tiefe und anhaltende Nord-Süd-Polarisation. Die damit verbundenen Fragen können hier nicht ausführlich erörtert werden. Es sollen nur einige wichtige Ansatzpunkte für notwendige Veränderungen in der Regulierung gezeigt werden. Sie könnten in drei Richtungen zusammengefasst werden:

Erstens gilt es, die Deregulierung der globalen, größtenteils spekulativen Finanz- und Kapitalströme zu stoppen, die eine entscheidende Ursache der großen und anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise bilden und eine selbstbestimmte Entwicklung der Entwicklungsländer verhindern. Diese Beziehungen bedürfen einer Re-Regulierung. Dazu gehören auch international verbindliche Regeln für einen wirksamen Daten- und Informationsschutz, deren Notwendigkeit besonders durch die Aufdeckung der umfassenden Spionagetätigkeit der Geheimdienste, wie sie sich unlängst in den NSA-Skandalen zeigten, bekräftigt wurde.

Zweitens müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um globale Wertschöpfungsketten bei der Herstellung von Finalerzeugnissen einzuschränken, die auf der Verlagerung von Teilprozessen in Billiglohnländer mit menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen beruhen und zugleich umweltschädliche, lange Transportwege hervorrufen. Hier müsste eine Deglobalisierung durch eine verstärkte Förderung regionaler Wertschöpfungsketten angestrebt werden. Zugleich ergeben sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte, der größeren Vielfalt und Komplexität der Produktion sowie dem beschleunigten Innovationstempo hohe Anforderungen an eine rationelle internationale Spezialisierung und Kooperation in Forschung und Produktion auf gleichberechtigter Grundlage der Partner.

Drittens entstehen qualitativ neue und höhere Anforderungen an eine globale Regulierung aus den weltweiten Gefahren der Umwelt- und Klimakrise sowie der zunehmenden Ressourcenknappheit, denen nur durch gemeinsame koordinierte Maßnahmen begegnet werden kann, die auch darauf gerichtet sein müssen, einen gleichberechtigten Zugang aller Völker zu den Umweltressourcen zu sichern. Neue Herausforderungen an eine globale Regulierung ergeben sich ebenfalls aus der Notwendigkeit, wirksame Maßnahmen zur weltweiten Bekämpfung von Armut und Hunger und zur Sicherung der Menschenrechte auf Bildung und gesundheitliche Betreuung zu ergreifen.

Besonders dringend ist die Suche nach wirksameren Wegen, um kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden und zur friedlichen Lösung von Konflikten beizutragen. Eine entscheidende Herausforderung besteht in diesem Zusammenhang in einer Demokratisierung aller hiermit befassten internationalen Institutionen und Gremien.

Besonders aus der gegenwärtigen tiefen und multiplen Wirtschafts- und Finanzkrise ergeben sich auch weitgehende Konsequenzen für die Regulierung der Finanzmärkte, die Gestaltung der internationalen Währungssysteme und eine vernünftige Politik zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte, die sich von der verhängnisvollen Austeritätspolitik zur kurzfristigen Haushaltssanierung verabschiedet. All dies ist mit Konsequenzen und neuen Aufgaben für eine zwischenstaatliche Regulierung verbunden, deren Anliegen es sein müsste, zunehmend auch internationale Wirtschafts- und Finanzbeziehungen einzubeziehen.

Planung und Marktregulierung sind unseres Erachtens die grundlegenden Regulierungsweisen einer modernen, hoch entwickelten, arbeitsteiligen Wirtschaft. Ihre keineswegs widerspruchsfreie und einfache Synthese, die immer wieder vor neuen Herausforderungen stehen wird, ist eine notwendige Bedingung für eine zukunftsfähige Entwicklung. Es gibt darüber hinaus weitere Aspekte, die für die Regulierung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung sehr wichtig sind. Auf die vielfältigen, widersprüchlichen Beziehungen zwischen der Regulierung und den notwendigen Demokratisierungsprozessen haben wir schon mehrfach hingewiesen. Sie betreffen in jeweils spezifischer Art und Weise sowohl die Markt- als auch die Planregulierung.

Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass die Marktregulierung aus sich heraus weder den Inhalt dieser Regulierungsweise noch die ihr zugrunde liegenden ökonomischen Interessen und Bestimmungsfaktoren erklären kann. Diese werden im gegenwärtigen Kapitalismus vor allem vom Streben nach Höchstprofiten durch die internationalen Konzerne und die größten Finanzmarktakteure und deren Marktmacht sowie von der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bestimmt. Dies gilt sowohl für die Nachfrager als auch für die Anbieter. Zu den Nachfragern gehören ökonomisch mächtige Finalproduzenten gegenüber einer Vielzahl von mittelständischen Zulieferern, ökonomisch und politisch privilegierte Auftraggeber des militärisch-industriellen Komplexes oder meist global organisierte mächtige Konzerne, Großhandelsunternehmen und Einzelhandelsketten, die armen Ländern ein bestimmtes Produktionsprofil und Preise aufzwingen, die deren Unterentwicklung und Armut verfestigen. Sie tragen zu einem großen Teil den Charakter von Nachfrageoligopolen. Bei den Anbietern handelt es sich größtenteils um oligopolistische oder (fast) monopolistische, den Markt beherrschende große transnationale Konzerne, die nicht nur die Preise, sondern häufig auch in enger Verflechtung mit der Werbebranche die Nachfrage bestimmen oder zumindest stark beeinflussen.

Die Marktregulierung unterliegt im Verlaufe der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wesentlichen Veränderungen, vom Kapitalismus der freien Konkurrenz im 19. Jahrhundert zur marktbestimmenden Rolle der verschiedenen Arten mächtiger kapitalistischer oligopolistischer Zusammenschlüs-

se im Verlaufe des 20. Jahrhunderts, von vorwiegend nationalen Konzernen zur zunehmenden Dominanz supranationaler, globaler großer Kapitalgesellschaften, die die internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und die Globalisierung der gesamten Wirtschaft bestimmen. In den letzten Jahrzehnten spielte die Durchsetzung des Finanzmarktkapitalismus eine bestimmende Rolle für die Regulierungsweise der Wirtschaft, die Art und Weise der Umweltnutzung und auch die Entwicklung anderer gesellschaftlicher Bereiche. Die Finanzmärkte – institutionelle Anleger, Hedgefonds, Großbanken u.a. –, besonders ihre spekulative Tätigkeit, üben einen negativen Einfluss auf die Entwicklung sowohl im globalen Maßstab als auch auf Staatengruppen und einzelne Staaten aus.

Die Lösung der drängendsten globalen Probleme, die Beseitigung des Hungers auf der Erde, der Umwelt- und Klimakrise, der zunehmenden Nord-Süd-Polarisation sowie der Eindämmung und schließlich Verhinderung von Kriegen und militärischen Konflikten, erfordern neue Wege, Methoden und Instrumente internationaler Regulierung, die nicht auf eine Regulierung durch den Markt oder auf Grundlage eines Planes reduziert werden können. Sie setzt voraus, dass im Ergebnis gleichberechtigter internationaler Verhandlungen Vereinbarungen mit konkreten, verbindlichen Verpflichtungen der Staaten getroffen werden, die auch durch internationale, kompetente und akzeptierte Gremien kontrolliert werden. Wie schwierig dieser unverzichtbare Weg ist, zeigt sich immer wieder an den mageren Verhandlungsergebnissen und in deren Folge noch mehr in der unzureichenden Durchsetzung der eingegangenen Verpflichtungen. So sind z.B. die Verpflichtungen der Staaten zur Senkung des CO₂-Ausstoßes völlig unzureichend, um die drohende Klima- und Umweltkrise zu verhindern; die Millenniumsziele zur Reduzierung von Armut und Unterentwicklung werden nicht erreicht; kaum ein OECD-Staat erfüllt auch nur annähernd seine Verpflichtung, 0,7% seines BIP für Entwicklungshilfe einzusetzen.

Auch bei der Planung ist die soziale Qualität der Regulierung davon abhängig, wie der Plan zustande kommt, wer seinen Inhalt sowie die Art und Weise seiner Durchsetzung bestimmt. Hier geht es um die Grundfrage zentralistisch administrativer Planung bei zugleich unzureichender ökonomischer Selbständigkeit der Betriebe versus demokratischer Planung kombiniert mit einer hohen ökonomischen Selbständigkeit der Betriebe und Regionen.

Produktion und Regulierung jenseits von Plan und Markt

Ergebnisse und Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben deutlich gemacht, dass ein Bereich selbstorganisierter, selbstbestimmter, *solidarischer oder gemeinwohlorientierter Ökonomie*, die *Ökonomie der Commons* eine zunehmende

Bedeutung und Ausbreitung gewinnt. Dieser wirtschaftliche Bereich und seine Regulierungsweise kann weder der Plan- noch der Marktregulierung zugeordnet werden. Sie wird durch den sozial-ökonomischen Charakter der hierzu gehörenden Zusammenschlüsse interessierter Menschen bestimmt. Deren wirtschaftliches Ziel besteht nicht im Streben nach individuellem Vorteil oder Profit, sondern in der Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder und der menschlichen Gemeinschaft auf der Basis von Solidarität, Kooperation und demokratischer Teilhabe. Die Produkte bzw. Leistungen werden ohne Dazwischentreten des Marktes ausgetauscht. Damit ist ein hoher Grad selbstbestimmter und autonomer Regulierung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit verbunden. Die Projekte hierfür entstehen von unten in einem demokratisch partizipativen Prozess.⁹ Der Bereich der solidarischen, gemeinwohlorientierten Wirtschaft oder der Ökonomie der Commons, umfasst ganz verschiedenartige Tätigkeiten von Personen, Betrieben und Gemeinden, von Tauschbörsen über genossenschaftliche Betriebe, Betriebe, die durch die Belegschaft in Selbstverantwortung übernommen wurden, bis zu kommunalen Zusammenschlüssen zur Selbstversorgung mit Energie, Wasser u.ä. Eine herausragende Stellung im Rahmen dieser Selbstorganisation hat im Internet Wikipedia gewonnen.

Diese Zusammenschlüsse setzen sich vor allem auf lokaler und regionaler Ebene dafür ein, Schritte in Richtung einer solidarischen Gemeinwohl-Ökonomie zu gehen. Dieser Bereich wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem Prozess gesellschaftlicher Transformation ausweiten, ein größeres Gewicht in der Gesamtwirtschaft gewinnen und sich auch in seinen Funktionen weiterentwickeln. Eine gesamtwirtschaftliche Planung muss diese Prozesse der selbstbestimmten, weitgehend autonomen Entwicklung solidarischer und gemeinwohlorientierter Ökonomie unterstützen und ihr die notwendigen Handlungsräume sichern.

Schritte zur Lösung der vielfältigen widersprüchlichen Probleme in der Wirkung von Planung und Marktregulierung sowie ihrer Verflechtungen miteinander setzen auch *neue, praxistaugliche wissenschaftliche Erkenntnisse sowie eine rationale, verantwortungsbewusste Gestaltung der Beziehungen zwischen Wissenschaft und (Wirtschafts-)Politik voraus.* Dies schließt ein, dass zielstrebig an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen geforscht wird, die den gegenwärtigen

⁹ Die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom hat wichtige Grundlage für die Ökonomie der Commons geschaffen, vgl. u.a. »Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt«, übersetzt von Ekkehard Schöller, Tübingen 1999. Zur Problematik der Commons-based Peer Production vgl. u.a. die Beiträge von Friederike Habermann und Benni Bärman in: »Die Eigentumsfrage heute«, Helle Panke Berlin, Pankower Vorträge, Heft 187 (2014).

und zukünftigen Herausforderungen gerecht werden. Dazu ist eine höhere Verantwortung und Mitwirkung der Sozialwissenschaften, und darunter speziell der Wirtschaftswissenschaften, bei der Nutzung und Anwendung ihrer Erkenntnisse notwendig. Bessere Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik verlangen auch, dass die Bedingungen geschaffen werden, dass neue Ergebnisse und Erkenntnisse der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften unverfälscht öffentlichkeitswirksam verbreitet werden können und dass eine offene Diskussion vor allem umstrittener Probleme unter Auswertung praktischer – positiver und negativer – Erfahrungen angestrebt wird. Darauf wollen wir im folgenden Kapitel 2 eingehen.

Kapitel 2

Grundfragen der Wirtschaftsreform in der DDR in den 1960er Jahren

Zu den Problemen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung und des Ökonomischen Systems des Sozialismus der 1960er Jahre in der DDR gibt es eine umfangreiche Literatur, in der die Ziele, der Inhalt, die Probleme der praktischen Umsetzung, die zeitlichen Etappen und die Gründe des Scheiterns der Wirtschaftsreform analysiert und bewertet werden.¹⁰

Anforderungen an die Wirtschaftsreform

Die Forderung, das administrativ-zentralistische Planungs- und Leitungssystem zu ändern, wurde Anfang der 1960er Jahre nicht zufällig in fast allen realsozialistischen Ländern Europas laut. Dafür gab es vor allem zwei Ursachen: Es war gelungen, die Kriegsschäden und ihre Folgen zu überwinden sowie wesentliche Schritte zum Aufbau bzw. Ausbau der industriellen Basis, in der DDR zur Einschränkung der Disproportionen aus der Spaltung des einheitlichen deutschen Wirtschaftsterritoriums, zu gehen; das bisherige Planungs- und Leitungssystem war jedoch von den extensiven und quantitativen Erfordernissen eines möglichst hohen Wachstums bestimmt. Dessen Entwicklungspotenziale waren weitgehend erschöpft. Zugleich traten zunehmend veränderte und neue Bedingungen und Erfordernisse in den Vordergrund, die auf dem beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritt und auf der Notwendigkeit einer erweiterten Reproduktion vor allem durch eine höhere Arbeitsproduktivität und Effektivität der Reproduktion beruhten. *Diesen neuen Erfordernissen widersprachen das bestehende zentralistische Planungs- und Leitungsmodell, insbesondere die unzureichende Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der Wirtschaftseinheiten sowie die sich daraus ergebenden sehr eingeschränkten Spielräume für ihr selbständiges Handeln und ein wirksames Anreizsystem für die Beschäftigten.* Die Folge waren zunehmende Rückstände der Länder des sozialistischen Lagers gegenüber den kapitalistischen Industrieländern, in der DDR gegenüber der Bundesrepublik, die sich insbesondere im Zurückbleiben

¹⁰ Vgl. hierzu u.a. Helle Panke 2000, Pankower Vorträge Heft 23/1 und 23/2 (mehrere Autoren); Koziolk 1996; Roesler 2000, 2012; Steiner 1999; Wolf 1991, 1996.

im Innovationsprozess, speziell bei den Erzeugnisinnovationen, in der Steigerung der Produktivität und Effektivität des Reproduktionsprozesses, beim flexiblen Reagieren auf veränderte Bedarfswünsche und neue Forschungsergebnisse sowie bei der Befriedigung der höheren Ansprüche der Konsumenten an Qualität und Vielfalt der angebotenen Konsumgüter äußerten. Aus diesen Gründen stand eine Veränderung des ökonomischen Systems der Planung und Leitung mit hoher Dringlichkeit auf der Tagesordnung.

Der Einführung des NÖS lagen insbesondere folgende *Grundannahmen* zugrunde:

- Das sozialistische Wirtschaftssystem ist grundsätzlich dem kapitalistischen Wirtschaftssystem überlegen. Diese Überlegenheit muss sich in einer höheren Produktivität und Effizienz der Produktion und Reproduktion sowie in der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung äußern.
- Bisher ist es nur unzureichend gelungen, die objektiven Vorzüge der sozialistischen Produktionsweise zu nutzen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Planung und Leitung der sozialistischen Wirtschaft überzentralisiert, zu starr, zu wenig flexibel und übermäßig administrativ ist und zu wenig auf ökonomischen Methoden und Anreizen beruht.
- Die notwendige Veränderung des Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wird auch durch die wissenschaftlich-technische Revolution verursacht, die eine qualitativ neue Etappe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bedeutet sowie neue und höhere Anforderungen an die Planung und Leitung der hiermit verbundenen Prozesse stellt.
- Veränderungen im Gesamtsystem der Planung und Leitung stehen als vordringliche Aufgaben auf der Tagesordnung. Sie müssen darauf gerichtet sein, die zentralistisch-administrative Planung und Leitung vor allem in zwei Richtungen zu überwinden: Einerseits sollen verstärkt ökonomische Instrumente angewendet werden, die auf der bewussten Ausnutzung ökonomischer Hebel, vor allem des Gewinns und anderer Wertkategorien beruhen und darauf gerichtet sind, die materiellen Anreize zu verstärken. Andererseits sollen der Umfang zentral festgelegter Aufgaben spürbar verringert und gleichzeitig die ökonomischen Spielräume für eine eigenverantwortliche Tätigkeit der Betriebe, einschließlich der Eigenerwirtschaftung der Investitionen für die Modernisierung und erweiterte Reproduktion, ausgedehnt werden.
- Mit einem solchen neuen ökonomischen System der Planung und Leitung wird es möglich sein, die Bundesrepublik in einem absehbaren Zeitraum in der Produktivität und im Konsumtionsniveau der Bevölkerung zu überholen.

Deshalb ging es bei der Einführung des NÖS vor allem darum, das starre, stark durch administrativ-bürokratische Züge geprägte Planungs- und Leitungssystem

tem der DDR durch ein neues System zu ersetzen, das mehr auf ökonomischen Instrumenten anstelle administrativer Festlegungen beruht, Innovationen und Effektivität wirksamer unterstützt und die Eigenverantwortung der Unternehmen fördert. Der Plan sollte eng mit einem System ökonomischer Hebel verbunden werden. Dazu gehörten vor allem Preise, die den objektiven Arbeitsaufwand ausdrücken, der Gewinn als die wichtigste, zusammenfassende Kategorie zur Bewertung der wirtschaftlichen Leistungen der Betriebe und als Anreiz für die Erhöhung der Effektivität leistungsbezogene und stimulierende Löhne und Prämien.

Durch diese ökonomischen Anreize sollte wirksamer dazu beigetragen werden, die ökonomischen Ergebnisse bei der Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu verbessern, die Modernisierung der Volkswirtschaft zu beschleunigen und dadurch bessere Bedingungen zu schaffen, um die Lebenslage der Menschen zu verbessern. Angestrebt wurde eine höhere Selbständigkeit der Betriebe, die stärkere Beachtung ihrer ökonomischen Interessen und eine Perspektiv- und Jahresplanung, die auf einer wesentlich verringerten Nomenklatur zentral vorgegebener, verbindlicher Kennziffern beruht.

In der »Richtlinie für das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« werden die konstituierenden Elemente des NÖS wie folgt charakterisiert: »Es ist die organische Verbindung

- der wissenschaftlichen Führungstätigkeit in der Wirtschaft und
- der wissenschaftlich begründeten, auf die Perspektive orientierten zentralen staatlichen Planung
- mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel.«¹¹

In den meisten Veröffentlichungen stehen die Probleme bei der Schaffung dieses Systems ökonomischer Hebel, der höheren Eigenverantwortung der Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB) und der Einzelbetriebe sowie der stärkeren Berücksichtigung ihrer ökonomischen Interessen, um damit höhere Leistungen, höhere Effizienz und Wachstumsraten zu erreichen, im Vordergrund. Hingegen spielen in den Publikationen zum NÖS Fragen der Qualifizierung der

¹¹ Richtlinie 1963: 10; Stefan Bollinger beschreibt in einem Beitrag aus dem Jahr 1994 das NÖS mit folgenden Worten: »Im Kern zielte das Neue Ökonomische System ... auf das Verbinden von Plan, ökonomischen Hebeln und Markt. Auf der Ebene der Betriebe sollten Gewinn und Rentabilität entscheidende Kriterien werden, ein realistisches Industriepreissystem Leistungen vergleichbar machen, leistungsbezogene Entlohnung und Prämierung die Werktätigen zu neuen Arbeitstaten beflügeln.« (Bollinger 1994: 246)

Planung, die besonders in ihrer zweiten Etappe (1965/66-1967/68) ein größeres Gewicht erhielten, meist eine untergeordnete Rolle.¹²

Probleme des NÖS in seiner zweite Etappe

Die zweite Etappe des NÖS wird vor allem dadurch charakterisiert, dass neben der Weiterführung und teilweisen Präzisierung der ökonomischen Systemregelungen die Aufgaben der Planung und ihre Vervollkommnung stärker in den Vordergrund rückten. Die zentrale Rolle der Planung in einer sozialistischen Gesellschaft wurde wieder deutlicher hervorgehoben. Zugleich wurden die Richtungen festgelegt, um die Qualität der Arbeiten zur Vorbereitung der Pläne und damit auch der Pläne selbst zu verbessern. Auf dem 11. Plenum des ZK der SED (Dezember 1965) forderte Walter Ulbricht, »der Perspektiv- und Jahresplanung eine neue Qualität zu geben«, und charakterisierte dies als wichtigstes Kennzeichen der zweiten Etappe des NÖS. Auf einer zentralen Beratung mit leitenden Wirtschaftsfunktionären im Januar 1966 wurde die Planung von Günter Mittag als »Eckpfeiler« der Wirtschaftsreform bezeichnet (zit. in Steiner 1999: 120).

Die besondere Betonung der zentralen Rolle der Planung hatte vor allem zwei Gründe. Einerseits war sie eine Reaktion und Antwort auf die Kritik konservativer Kräfte in der Partei- und Regierungsspitze am NÖS und auf die mit seiner Einführung verbundenen Schwierigkeiten und Probleme. Es sollte unterstrichen werden, dass an der Planwirtschaft und an den Machtstrukturen festgehalten wird. Andererseits gab es eine Reihe neuer Aufgaben zur Qualifizierung der Planung. Im Vordergrund standen dabei

Erstens: bessere Bedingungen für die Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu schaffen, um auf wichtigen Gebieten den internationalen Höchststand zu erreichen.

Zweitens: eine hierzu notwendige Konzentration der Potenziale auf progressive Strukturveränderungen, »strukturbestimmende Aufgaben« und »Durchbruchstellen« der wissenschaftlich-technischen Revolution zu ermöglichen.

Drittens: die zu realisierenden Aufgaben aus langfristigen Entwicklungstendenzen abzuleiten, um die Übereinstimmung der Pläne mit den Erfordernissen der Zukunft zu sichern und zugleich mit der Strategie »überholen ohne einzuholen« auf ausgewählten Gebieten den internationalen Höchststand zu errei-

¹² Eine gewisse Ausnahme bilden die umfangreichen Untersuchungen von André Steiner, die auf einem gründlichen Studium der vorliegenden Quellen und deren verantwortungsvoller Auswertung beruhen (vgl. Steiner 1999).

chen. Dazu sollte eine umfassende vorausschauende prognostische Tätigkeit organisiert werden und strukturbestimmende Aufgaben einen herausragenden Platz in der Planung einnehmen.

Zugleich sollten die mit dem NÖS angestrebten ökonomischen Reformen zur höheren Wirksamkeit des Gewinns und zur stärkeren Eigenverantwortung der Betriebe für ihre Reproduktion weitergeführt werden.

Eine Schwäche der bisherigen Untersuchungen zur Wirtschaftsreform in der DDR und auch in anderen Ländern des RGW besteht darin, dass sie zu wenig Überlegungen zu den Konsequenzen enthalten, die aus ihrem Inhalt, ihren Problemen und Widersprüchen sowie ihrem Abbruch und Scheitern für die zukünftige Entwicklung abgeleitet werden können. Dies betrifft vor allem die Probleme, die in einem langfristigen Transformationsprozess zu einer demokratischen, emanzipativen und zukunftsorientierten sozialistischen Gesellschaft zu lösen sind. Deshalb konzentrieren wir uns in Bezug auf das NÖS vor allem auf zwei Probleme:

1. Generelle Erfahrungen und Erkenntnisse, die aus der Analyse und Bewertung der Probleme des NÖS für einen langfristigen Transformationsprozess zu einer modernen demokratischen sozialistischen Gesellschaft gewonnen werden können. Einmal gilt es, Schwächen, Defizite und Fehler, die bei der Vorbereitung des NÖS sowie bei der Anwendung bzw. Durchsetzung seiner Grundsätze und seines eigentlichen Anliegens aufgetreten sind, in einem zukünftigen sozialistischen Projekt unbedingt zu vermeiden. Zum anderen wollen wir deutlich machen, welche positiven Erfahrungen und Erkenntnisse für ein solches Projekt genutzt werden können.
2. Spezifische Erfahrungen und Erkenntnisse für eine demokratische Planung, die auch für neue Einsichten offen ist. Sie ergeben sich vor allem aus den Ansätzen zur Qualifizierung der Planvorbereitung und der Pläne selbst sowie aus der Art und Weise, wie diese Ansätze realisiert wurden. Dabei sollen insbesondere Aufgaben und Resultate der prognostischen Tätigkeit, der langfristigen Planung und der Strukturpolitik in der zweiten Hälfte der 1960er und in den 1970er Jahren sowie damit verbundene Probleme im Vordergrund stehen.

Bei der weiteren Auswertung der Erfahrungen des NÖS ist es zweckmäßig, stärker zwischen zwei Ebenen der Debatten zu unterscheiden. Die eine betrifft die Instrumente und Methoden der Prognostik und Planung, mit denen sich die konkreten Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung und die Wege, um diese zu erreichen, besser bestimmen lassen. Die andere betrifft die Theorie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die insbesondere auf Erkenntnisfortschritte bei der Begründung der ökonomischen, sozial-kulturellen und ökologischen Entwicklungstendenzen gerichtet ist.

Die Wirtschaftsreform der DDR in den 1960er Jahren war vor allem durch folgende Schwächen und ungelöste Probleme gekennzeichnet, die in einem zukünftigen sozialistischen Transformationsprozess vermieden werden müssen:

- In allen Phasen der Vorbereitung und Anwendung der Grundsätze des NÖS traten grundlegende *Demokratiedefizite* auf. Sie betrafen sowohl die Art und Weise des Zustandekommens der Regelungen zum NÖS selbst als ein Top-down-Prozess als auch die inhaltliche Ausgestaltung des NÖS, bei der Fragen der Wirtschaftsdemokratie kaum eine Rolle spielten. Die Partizipationsansätze waren durch das unveränderte politische System äußerst eingengt. Das zeigte sich u.a. in der schwachen Rolle der Gewerkschaften bei der Konzipierung und praktischen Implementierung des NÖS und auch darin, dass die neu geschaffenen Produktionskomitees keine wesentliche Rolle spielten – weder für eine wirksame Einbeziehung der Produzenten in den Planungsprozess noch bei ihrer aktiven Mitwirkung an der Planerfüllung zur Verbesserung der Produktionsergebnisse.

In die Arbeiten zur Vorbereitung und Anwendung des NÖS wurden zwar Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspraktiker in einem bisher nicht gekannten Ausmaß einbezogen. Nach dem Abbruch des NÖS gab es – bis zum Herbst 1989 – eine solche Beteiligung der Wirtschaftswissenschaft und -praxis an der Ausarbeitung von Grundlagen für die Wirtschaftspolitik nicht mehr. Charakteristisch war aber, dass Fritz Behrens, der konsequenteste Kritiker der Demokratiedefizite des zentralistischen und starren Wirtschaftssystems der DDR, für die Arbeiten zur Vorbereitung des NÖS nicht herangezogen wurde. Fritz Behrens und Arne Benary hatten in der DDR schon längere Zeit, bevor die Vorbereitungsarbeiten für das NÖS begannen, Fragen der fehlenden realen Vergesellschaftung des Eigentums, der Wirtschaftsdemokratie und der stärkeren Beachtung des Markts und seiner Regulierungsfunktionen aufgeworfen.

- Die Leitlinien und Grundsätze für das NÖS enthielten wichtige Schritte für eine Veränderung und Neuregelung des Wirtschaftsmechanismus. Sie blieben jedoch bei der Lösung der Probleme der realen Vergesellschaftung, der Ausnutzung des Marktmechanismus für eine höhere Effizienz und der höheren Eigenverantwortung der Betriebe *inkonsequent und auf halbem Wege stehen*. Dies betrifft u.a. die Industriepreisreform, die sich im wesentlichen auf die möglichst genaue Erfassung der objektiven Wertgröße bzw. ihrer Modifizierung im fondsbezogenen Preistyp beschränkte und dabei Markteinflüsse auf die Preise außer Betracht ließ. Die Preisfestlegung erfolgte weiterhin zentral auf administrativem Weg unter Verantwortung des Amtes für Preise. Fragen der realen Vergesellschaftung des Eigentums, insbesondere im Hinblick auf die entscheidenden Verfügungs- und Aneignungsfunktionen, spielten bei der

Einführung des NÖS und bei den Diskussionen um seine Vervollkommnung kaum eine Rolle (vgl. Steiner 1999: 318ff.).

Zusammenfassend findet diese Problematik ihren Ausdruck darin, dass das NÖS im wesentlichen auf eine Reform des Wirtschaftsmechanismus beschränkt blieb, und eine Reformierung der Wirtschaftsordnung im Zusammenhang mit einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie nur eine untergeordnete Rolle spielte und, soweit überhaupt vorgesehen, nur inkonsequent in Angriff genommen wurde (vgl. u.a. Busch 2000: 39).

- Die verschiedenen Elemente des Wirtschaftsmechanismus, die von der Wirtschaftsreform betroffen wurden, waren in den Systemregelungen nur *unzureichend untereinander verflochten*. Infolge ungelöster Probleme und der zeitlichen Differenz bei der Praxiseinführung verstärkten sich diese Probleme und führten zu Verzerrungen und Hemmnissen in der Wirksamkeit der einzelnen Elemente und des Gesamtsystems.

Diese Probleme zeigten sich besonders deutlich bei der Einbeziehung der Preispolitik in das NÖS und der in diesem Zusammenhang durchgeführten Industriepreisreform 1964-1967. Die Festlegung neuer Preise übte eine Schlüsselfunktion für die Wirksamkeit des gesamten NÖS aus. Die Preise bestimmten weitgehend die ausgewiesenen Leistungen der Unternehmen und die Höhe ihrer Gewinne. Die zentrale Stellung des Gewinns im NÖS betraf insbesondere die stärkere Interessiertheit der Unternehmen an einer den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechenden Leistungsentwicklung, die Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion und die Möglichkeiten der Zuführungen zu den Prämienfonds. Diese zentrale Funktion des Gewinns sollte mit den auszuarbeitenden langfristigen Gewinnnormativen als Grundlage für die Gewinnverwendung realisiert werden. Um diese Aufgaben zu erfüllen, sollten die Preise so festgelegt werden, dass sie die gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen (Kosten) und die Marktbedingungen berücksichtigen. Zugleich sollten in den Preisen in stärkerem Maße die Veränderungen der Kosten, vor allem infolge steigender Aufwendungen für die Bereitstellung von Energie und Rohstoffen (Preiserhöhungen), und die Wirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowohl auf die Verringerung der Kosten bei der Herstellung der Produkte (Preissenkungen) als auch auf die Verbesserung ihres Gebrauchswerts (differenzierte Preise in Abhängigkeit von Qualitätsstufen und einem höheren Anwendernutzen der hergestellten Produkte) widerspiegelt werden. Die Befugnisse der Unternehmen bei der Festlegung der neuen Preise sollten erweitert werden. Die Ziele der Industriepreisreform, die in drei Stufen durchgeführt wurde, konnten nur stark eingeschränkt erreicht werden. Ihre Wirksamkeit für die Systemregelungen des NÖS wurde

u.a. dadurch geschwächt und teilweise blockiert, dass durch die etappenweise Festlegung der neuen Preise die stark verflochtenen Wechselwirkungen der Preise nicht ausreichend beachten werden konnten, dass die Realisierungsbedingungen auf den Märkten unzureichend berücksichtigt wurden und auch zeitliche Verzögerungen beim Abschluss der Industriepreisreform auftraten (vgl. hierzu Maier 1997).

- Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung blieb weitgehend unwirksam, da die reale Verfügung der Betriebe über die erwirtschafteten Mittel insbesondere für Investitionen angesichts des Fortbestehens von Disproportionen zwischen der möglichen Bereitstellung und dem Bedarf an wichtigen Investitionsgütern nicht oder nur eingeschränkt verwirklicht werden konnte.
- Die Vorbereitung und die Einführung des NÖS erfolgten in einer relativ kurzen Zeitspanne. Im Sommer/Herbst 1962 begannen die Überlegungen und Vorbereitungen für eine Veränderung des Lenkungs- und Koordinationsystems der Wirtschaft. Im Dezember wurden die »Grundsätze eines ökonomischen Systems der Leitung und Planung der Industrie« vom Politbüro der SED und danach von der Regierung beschlossen. Die Grundsätze wurden auf einer im Juni 1963 von der Partei- und Staatsführung einberufenen Wirtschaftskonferenz diskutiert. Die »Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« wurde wenige Tage nach dieser Konferenz vom Politbüro der SED und dem Präsidium des Ministerrats verabschiedet. Anfang 1964 wurde damit begonnen, das Reformkonzept in der gesamten DDR umzusetzen (vgl. Steiner 1999: 52-80). Eine Folge dieser kurzen Zeitspanne der Vorbereitung und Einführung des NÖS war, dass einige Fragen nur unzureichend ausgearbeitet waren und nachträglich Korrekturen durchgeführt werden mussten. »Die einzelnen Glieder dieser Konzeption hatten ihre eigenen Schicksale. Einiges kam nur sehr zögerlich und/oder extrem reduziert bzw. amputiert zum Zuge, anderes überhaupt nicht. Weitere Elemente hatten infolge ihrer unreifen Realisierungsformen nicht die erwarteten praktischen Wirkungen. Demgegenüber wurden wiederum andere mit derart überzogener Hast und so überdimensioniert durchgezogen, dass sich negative statt positive Wirkungen breit machten.« (Wolf in: Elm/Keller/Mocek 1996: 69) Aus all dem ergaben sich sowohl reale Effektivitätsverluste als auch Unzufriedenheit bei den für die Umsetzung Verantwortlichen. Die Hast bei der Einführung der Regelungen wirkte sich natürlich auch hemmend auf die Vorbereitung und Qualifizierung der Wirtschaftsfunktionäre in den Betrieben, VVB und Ministerien aus, von deren Einsatz die Ergebnisse bei der Anwendung des NÖS entscheidend bestimmt wurden.
- Aus den weitgehenden Zielen der Wirtschaftsreform ergaben sich hohe Anforderungen an die Ausarbeitung ihrer theoretischen Grundlagen vor allem

durch die Wirtschaftswissenschaft, die aber nur bedingt erfüllt werden konnten. Es gab zwar beachtliche Fortschritte der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, ihre Ergebnisse und der Gedankenaustausch von Planungspraktikern mit Wirtschaftswissenschaftlern waren gefragt wie nie zuvor. Es wurden aber auch *größere theoretische Defizite* sichtbar. Sie betrafen einmal die Grundrichtung der Reform. Es ging vor allem um die Reformierung und die rationellere Gestaltung der existierenden staatlichen Planwirtschaft und um die größere Wirksamkeit ihres Funktions- und Koordinationsmechanismus. Grundfragen einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft, die auch über die Veränderung der Wirtschaft hinaus Vorstellungen des gesamten Gesellschaftsmodells hätten einbeziehen müssen, waren in der DDR auch zur Zeit der Wirtschaftsreform tabu (vgl. Busch 2000: 36ff.; Steiner 1999: 17). Die Defizite betrafen auch theoretische Probleme. Diese beziehen sich (1) auf den konkreten Inhalt und die *Ausgestaltung der Eigentumsordnung, dabei vor allem auf die Stellung des Betriebes in der sozialistischen Volkswirtschaft*, seine relative Selbständigkeit und Eigenverantwortung sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen, (2) auf die *Rolle des Markts, des Wertgesetzes, des Geldes und des Kredits* sowie die davon *abzuleitenden Konsequenzen für die Anwendung von Marktmechanismen* sowie (3) auf die *Rolle der Planung* und ihre für die Verwirklichung der Ziele der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung *zweckmäßigste konkrete Ausgestaltung* (vgl. hierzu Koziolk 1996: 139-147; Busch 2000: 42).

In diesen Defiziten widerspiegelt sich in einem bestimmten Maße auch das widerspruchsvolle Verhältnis zwischen Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie im Realsozialismus, das hier nur kurz für einige wichtige Fragen betrachtet werden kann. Die Wirtschaftstheorie in der DDR – darunter die für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Bereiche der politischen Ökonomie des Sozialismus, die Planungstheorie und die Reproduktionstheorie – wurde lange Zeit durch die Auffassungen der sowjetischen Wirtschaftswissenschaften bestimmt. Diese waren wiederum durch die Rückständigkeit der Wirtschaft in Russland vor und nach der Oktoberrevolution und den davon abgeleiteten Erfordernissen geprägt, die vor allem in der Industrialisierung zur Herausbildung einer industriellen Basis, der Mobilisierung von Akkumulationsmitteln durch Methoden der ursprünglichen Akkumulation, hohen quantitativen Zuwachsraten der Produktion auf stark extensiven Wegen sowie in der hiermit zusammenhängenden Zentralisierung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft bestanden.

Die wirtschaftsgeschichtliche Situation der DDR unterschied sich davon in entscheidenden Zügen, da sie den staatssozialistischen Entwicklungsweg insgesamt als ein industrialisiertes Land mit einer in wesentlichen Zügen

modernen Produktionsstruktur, qualifizierten Arbeitskräften und erfahrenen Wissenschaftlern und Technikern beschriftet. Daraus erwuchs ein tiefer Widerspruch zwischen den Entwicklungsbedingungen weitgehend moderner Produktivkräfte und Produktionsstrukturen, die in der DDR immer bestimmender wurden, und der offiziellen ökonomischen Theorie, die im Wesentlichen Ausdruck einer vergangenen wirtschaftsgeschichtlichen Etappe war. Dieser Widerspruch wurde mit dem Aufschwung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung im Zusammenhang mit der Einführung des NÖS eingeschränkt und teilweise aufgehoben. Die Wirtschaftstheorie der DDR wies in der Folgezeit weitere Fortschritte auf verschiedenen Gebieten wie Reproduktions- und Wachstumstheorie, Innovationstheorie sowie Geld- und Kredittheorie auf, blieb jedoch auf anderen Gebieten hinter den Erfordernissen der erreichten wirtschaftlichen Entwicklung zurück (vgl. Krause 1998). So ergab sich für die gesamte Folgezeit in der DDR ein ambivalentes, widersprüchliches Verhältnis zwischen Wirtschaftspraxis und institutionalisierter Wirtschaftstheorie.

- Dem Reformkonzept lagen *unrealistische Zielsetzungen zum Einholen und Überholen der Wirtschaft der Bundesrepublik* und den dazu erforderlichen Wachstumsraten der Produktion und der Produktivität zugrunde, die nicht erreicht werden konnten. Überzogene, unrealistische Zielstellungen gab es schon bei der Einführung des NÖS 1964, die sich auch auf die Arbeit am Fünfjahrplan 1966-1970 auswirkten. Sie wurden in der zweiten Etappe des NÖS ab 1965/66 im Zusammenhang mit der prognostischen Tätigkeit und einer forcierten Strukturpolitik noch verstärkt. Daraus ergaben sich wiederum Disproportionen zwischen dem Wachstum der Wirtschaftsleistung (gemessen am Zuwachs der Warenproduktion bzw. des Nationaleinkommens) und ihrer vorgesehenen Verwendung für Konsumtion, Investitionen und Export, die zu vertieften Spannungen, Gleichgewichtsstörungen und Effektivitätsverlusten in der Wirtschaft führten. Sie riefen auch Unzufriedenheit in der Bevölkerung hervor und untergruben das Vertrauen in die positive Wirkung der Reform.

Die Spannungen äußerten sich vor allem in den Beziehungen zwischen den Bestandteilen der volkswirtschaftlichen Endverwendung: *Konsumtion* (individuelle und gesellschaftliche), *Investitionen*, *Veränderung der Bestände und Reserven* und *Export*. Bei den Investitionen gab es vor allem Probleme bei der Festlegung ihrer Einsatzstruktur nach produzierenden Bereichen und Bereichen der Infrastruktur, der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Wohnungsbaus. Zur Lösung akuter Probleme mussten oft Erhöhungen bei einem Bestandteil der Endverwendung beschlossen werden. Diese hatten zwangsläufig Reduzierungen bei anderen Verwendungsarten zur Folge, aber auch

unrealistische zusätzliche Produktions- und Exportauflagen oder die Zahlungsbilanz belastende Zusatzimporte.

Verstöße gegen Erfordernisse des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts gab es schon in den Plänen. Zusätzliche Probleme traten dann im Prozess der Plandurchführung auf. Die Art ihrer Lösung hing von der Größe des jeweiligen Problems, von den verfügbaren – meist zu geringen – Reserven und von den wirtschaftspolitischen Prioritäten ab, die in den einzelnen Etappen wechselten. Störungen in der Versorgung der Bevölkerung führten häufig zu Festlegungen zusätzlicher Importe oder zur Verwendung für den Export vorgesehener Waren für die Konsumtion.

Diese Spannungen waren nicht nur für das NÖS charakteristisch, sondern blieben in der gesamten Zeit der Existenz der DDR ungelöst. Sie schlugen sich vor allem in folgenden Problemen bzw. Störungen nieder: (1) Die Reserven für ein flexibles Reagieren auf kurzfristige Bedarfsänderungen und neue wissenschaftlich-technische Aufgaben waren generell zu niedrig, sodass notwendige Ausgleichsmaßnahmen – wenn überhaupt – nur mit größeren Zeitverzögerungen und Effektivitätsverlusten durchgeführt werden konnten. (2) Die Gesamtinvestitionen blieben in den 1970er und 1980er Jahren tendenziell zunehmend hinter den Erfordernissen zur Erhaltung und Modernisierung des Anlagenvermögens zurück. Dies äußerte sich auch darin, dass sich der Anteil der Investitionen am volkswirtschaftlichen Endprodukt entgegengesetzt zu den eigentlichen Erfordernissen beträchtlich verringerte (vgl. dazu auch die Kapitel 4 und 5). (3) Die Auslandsschulden gegenüber der BRD und dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet wuchsen bis Ende der 1970er Jahre stark an. Zu deren Abbau musste eine beträchtliche Steigerung der Zuwachsraten des Exports festgelegt werden, die wiederum nur mit erheblichen Effektivitätsverlusten – weitere Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Inlandsaufwand und Exporterlösen in freien Devisen – und weiteren Spannungen in der Wirtschaft der DDR realisiert werden konnten. (4) Von der Zentrale wurde ständig in die Pläne – Produktionsauflagen, Verwendung der Produktionsergebnisse u.a. – eingegriffen. Die Gründe für solche Eingriffe waren meist Störungen in der Versorgung der Bevölkerung, z.B. Engpässe bei der Bereitstellung von Toilettenpapier, Windeln oder Schulmaterial, Verzögerungen bei der Fertigstellung volkswirtschaftlich wichtiger Investitionen durch Defizite bei den Baukapazitäten und bei der Bereitstellung der bedarfsgerechten Ausrüstungen. In der Staatlichen Plankommission und im Ministerrat wurde eine Koordinierungsgruppe geschaffen, die die notwendigen, aber die wirtschaftlichen Abläufe meist störenden, operativen Eingriffe beschloss. Zu diesen operativen Fragen, die bei der Plandurchführung auftraten, wurden unter Verantwortung des Staatssekretärs der SPK Heinz Klopfer mit den zuständigen

bzw. betroffenen Ministern oder ihren Stellvertretern Lösungsmöglichkeiten und ihr Für und Wider beraten und im Ergebnis der Aussprachen meistens verbindliche Entscheidungen getroffen: Umverteilung zwischen Bedarfsträgern, erhöhte Bereitstellung durch zusätzliche Auflagen an die Produzenten oder Bereitstellung von Importmitteln durch zusätzliche Kredite, Einsatz von für den Export vorgesehenen Produkten zur Deckung des Inlandbedarfs. Zu manchen Zeiten musste die Koordinierungsgruppe in wöchentlichen Abständen zusammenkommen. Mit den hierfür notwendigen Vorbereitungen wurde ein großer Teil der Arbeitskapazitäten der SPK und der Wirtschaftsleitungen der verschiedenen Ebenen gebunden, der eigentlich für eine bessere Planvorbereitung hätte eingesetzt werden müssen.

- Bei der praktischen Durchführung der Wirtschaftsreform gab es oft Widersprüche zwischen den erhöhten Ansprüchen neuer Instrumente und Mechanismen der Planung und Wirtschaftsführung und den zu ihrer Anwendung erforderlichen Voraussetzungen.
- Insgesamt änderte sich nur wenig an der unbefriedigenden Situation, dass die *Betriebe stärker an der Bereitstellung von mehr Ressourcen (Arbeitskräfte, Investitionen, Material) und weichen Planaufgaben interessiert waren als an einer hohen Effektivität und den dazu erforderlichen stärkeren Produktinnovationen und Ressourceneinsparungen.*
- Auch mit dem NÖS blieb das Wesen einer zentralistischen Planwirtschaft in den Grundzügen erhalten. Je stärker der Zentralismus im Entscheidungsprozess ausgeprägt ist, desto größer ist die *Gefahr des Voluntarismus* bei der Ausarbeitung von Prognosen und Plänen sowie bei der Vorbereitung von Entscheidungen. »In der Atmosphäre eines grenzenlosen Glaubens an die Machbarkeit technischer Entwicklung, wenn man nur genügend Input zur Verfügung stellt, hatten nüchterne Erwägungen kaum eine Chance, vor allem bei denjenigen, die tatsächlich zu entscheiden hatten.« (Steiner 1999: 466) Dies wurde in den weiter oben schon erwähnten unrealistischen Zielstellungen zum Ein- und Überholen der Bundesrepublik in der Arbeitsproduktivität und Konsumtion deutlich. Darüber hinaus ergab sich aus einer nachholenden Entwicklung, dass nicht die voraussichtliche Entwicklung des internationalen Niveaus im Zeitraum der nächsten 10 bis 15 Jahre, sondern meist nur das in den fortgeschrittensten Ländern schon erreichte Niveau und bereits bekannte Entwicklungen den Plänen zugrunde gelegt wurden. Dies betraf besonders die Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie der Produktions- und Konsumtionsstrukturen, weil ein so langfristiger Kenntnisvorlauf nur selten vorhanden war bzw. erreicht werden konnte. Diese Problematik wurde in der DDR durch den starken Einfluss verschärft, den die Bundes-

republik auf die Entwicklungsaufgaben ausübte, die sich die DDR-Führung stellte.

- Dies betraf auch die Konsumtion. Für sie gab es einerseits kaum Vorstellungen über spezifische Konsumtionsstrukturen einer sozialistischen Gesellschaft und über zu erwartende Veränderungen im Konsumverhalten der Menschen. Andererseits galt in der Bevölkerung größtenteils das westdeutsche Konsumverhalten als nachahmenswertes Vorbild. Insgesamt trugen die Rückstände in der wissenschaftlichen Entwicklung und auch die unzureichende Nutzung von Ergebnissen soziologischer Forschung dazu bei, dass es kaum sozialismusspezifische Zukunftskonzepte gab, darunter insbesondere solche für die Herausbildung und Entwicklung einer sozialistischen Lebensweise (vgl. dazu Kapitel 4 und Steiner 1999: 50, 499).

Es gab trotz der Beibehaltung der Grundzüge einer zentralistischen Planung spürbare Schritte zu einer stärkeren Verlagerung der Verantwortung für die Planung und Leitung nach unten. Im Plan für 1967 wurden die durch die SPK vorgegebenen konkreten Produktionsaufgaben für Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen gegenüber dem bisherigen Umfang von 370 Positionen auf 80 eingeschränkt. Die Nomenklatur der auszuarbeitenden Staatsplanbilanzen für Rohstoffe, Zulieferungen und Finalerzeugnisse wurde zugleich von 800 (1966) auf 210 (1967) reduziert (Steiner 1999: 124f.).

- In allen Etappen und Phasen der Einführung und Anwendung der Grundsätze der Wirtschaftsreform zeigte sich ein für die Wirtschaftsentwicklung im Realsozialismus typisches Problem: Ihrem Inhalt nach rationale und vernünftige Überlegungen und Prinzipien wurden verabsolutiert und häufig überzogen angewandt, sodass nicht selten das Gegenteil der angestrebten positiven Wirkung eintrat. Dies wurde in zwei Aufgabengebieten, die besonders in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre an Bedeutung gewannen, sehr deutlich. Einmal in der prognostischen Tätigkeit und der Anwendung des Prinzips der Rückrechnung von den prognostizierten Zielen auf die gegenwärtigen Aufgaben. Zum anderen in der Planung strukturbestimmender Aufgaben als Weg zu einer modernen und effektiven Struktur der Volkswirtschaft und ihrer wichtigsten Branchen. Darauf wird in den folgenden Kapiteln 3 und 4 noch näher eingegangen. Aus der Rückrechnung aus den Prognosen für ein bestimmtes Zieljahr wurden oft unrealistische Wunschvorstellungen abgeleitet und diese dann auch den langfristigen und Fünfjahrplänen zugrundegelegt. Durch die übermäßige Konzentration der Planung auf strukturbestimmende Erzeugnisse bzw. Erzeugnisgruppen und die hierfür notwendigen strukturbestimmenden Investitionen, die vorrangig bilanziert und realisiert werden sollten, ergaben sich beträchtliche Störungen des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts. Die Aufstellung eines realistischen Volkswirtschaftsplans wurde

empfindlich gestört. Die Planerfüllung in den Bereichen und Betrieben, die keine oder nur wenige strukturbestimmende Aufgaben hatten, wurde zusätzlich erschwert und zum Teil direkt verhindert. Eine normale Reproduktion war in vielen Bereichen der Volkswirtschaft nicht mehr möglich.

Der Anteil der strukturbestimmenden Investitionen an den gesamten Investitionen der zentralgeleiteten Industrie sollte nach dem Arbeitsstand im Oktober 1969 von 31% 1969 auf 38% 1970 und 45% in den Jahren 1971-1975 steigen (Steiner 1999: 456). Damit wird schon deutlich, dass eine gleichgewichtige dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft, in der auch die normale Reproduktion der nicht strukturbestimmenden Bereiche einen wichtigen Platz einnimmt, nachhaltig gestört wird und kaum noch möglich war.

- In den Regelungen zur Wirtschaftsreform spielten die *Umweltprobleme, die Erhaltung der natürlichen Umwelt und eine ökologisch nachhaltige Entwicklung keine Rolle*. Die Zeit, in der diese Zukunftsfragen der Menschheit ein immer größeres Gewicht erhielten, war noch nicht angebrochen. Der Bericht des Club of Rome »Grenzen des Wachstums«, der der internationalen Diskussion zu den ökologischen Zukunftsfragen entscheidenden Auftrieb gab, war noch nicht erschienen. Seit 1966 lag der von einem Team tschechoslowakischer Wissenschaftler unter Leitung von Radovan Richta ausgearbeitete Richta-Report vor. In ihm wurden Grundfragen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und der darauf beruhenden Produktivkraftrevolution in einer neuen Art und Weise vorgelegt, die den humanen Charakter einer sozialistischen Gesellschaft, die schöpferischen Potenziale der Menschen und ihre Fähigkeiten zur Selbstregulation sowie die qualitativ neuen Züge einer intensiv erweiterten Reproduktion in den Vordergrund stellte. Diese Schrift, in der auch ökologische Probleme aufgeworfen wurden, fand internationale Beachtung. Sie wurde auf deutsch allerdings nur in der Bundesrepublik veröffentlicht (vgl. hierzu: Bollinger 2005).

Durch diese Probleme und Schwächen der Wirtschaftsreform und der erreichten Ergebnisse wird auch deutlich, dass die Grundannahmen relativiert werden müssen. Einige erwiesen sich im wesentlichen als richtig, andere als stark korrekturbedürftig. Der Nachweis der Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise hinsichtlich Produktivität und Effektivität ist bisher noch nirgends gelungen. Der Weg dahin wird ungleich komplizierter und widersprüchlicher sein als damals angenommen. Auch der Zeitraum, der für das Überholen der Bundesrepublik veranschlagt wurde, erwies sich als illusionär. Das hat natürlich auch mit den fehlenden Erfahrungen zu tun, in welchem Ausmaß und in welcher Zeit es gelingen kann, grundlegende Verbesserungen in der Effektivität und Produktivität in einer sozialistischen Wirtschaft zu erzielen, und wel-

che Begrenzungen es bei der Steigerung der Zuwachsraten dieser Produktivitäts- und Effektivitätskriterien gibt.

Ungeachtet der Defizite und Schwächen der Vorbereitung und Durchführung dieser Wirtschaftsreform in der DDR in den 1960er Jahren waren mit ihr auch wichtige positive Wirkungen und Erfahrungen für die Zukunft verbunden.

Zu den positiven Resultaten zählt u.E., dass es in diesen Jahren gelang, die Wirtschaftsfunktionäre und staatliche Leiter ökonomisch zu qualifizieren, sie besser mit ökonomischen Problemen, Widersprüchen und Zusammenhängen vertraut zu machen und ihr Interesse für theoretische und praktische Fragen der Ökonomie zu wecken. Es wurde deutlich, dass die Qualifizierung und die Interessiertheit der Menschen, insbesondere derjenigen, die für die Durchsetzung grundlegender Reformen mitverantwortlich sind, für deren Erfolg unerlässlich ist. Ebenso wichtig ist, dass in die Ausarbeitung der Vorschläge all jene frühzeitig einbezogen werden, die für ihre Umsetzung verantwortlich sind, und darüber hinaus alle Menschen, deren Arbeit und Leben von den Veränderungen betroffen sein werden. Darin zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen einer effizienten, auf einer aktiven Mitwirkung und Mitgestaltung der Menschen beruhenden Wirtschaftsentwicklung und einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft.

Daraus folgt als eine der wichtigsten Schlussfolgerungen für eine Transformation in Richtung einer ökologisch-sozialen, emanzipativen Gesellschaft, dass die *Vervollkommnung der Wirtschaftsdemokratie* bei jeder Reform oder jeder Änderung des Wirtschaftsmechanismus sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Anwendung mit im Vordergrund stehen muss. Auch die eng damit verbundenen Fragen der weiteren Vergesellschaftung der Eigentumsverhältnisse und der Demokratisierung der konkreten Verfügungs- und Aneignungsweise sollten stets einbezogen werden.

Eine weitere Erfahrung besteht darin, dass die Wirksamkeit von Veränderungen in den Planungs- und Regulierungsmechanismen in hohem Grade davon abhängig ist, dass die Verflechtungen und Wechselwirkungen der verschiedenen Elemente einer veränderten Regulierungsweise schon vor der Anwendung beachtet werden, so weit dies möglich ist. Ökonomische Veränderungen sind eng mit der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung verbunden und erfordern deshalb, soweit es sich um tiefere Änderungen handelt, korrespondierende Veränderungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen und im gesamten Gesellschaftssystem.

Ohne zeitlichen Verzögerungen das Wort zu reden, sollten bei der Einführung wichtiger Neuerungen im ökonomischen Wirkungsmechanismus Gründlichkeit, Komplexität und insgesamt Qualität Vorrang vor Schnelligkeit haben. Auch daraus ergibt sich, dass kontinuierliche und solide Prognosearbeit wich-

tig und für eine langfristig stabile Entwicklung als unverzichtbar anzusehen ist. Übertriebene Hast kann auch dadurch vermieden werden, dass sich anbahnende Probleme möglichst früh erkannt und behandelt werden, anstatt eine krisenhafte Zuspitzung abzuwarten.

Nicht alles kann ohne praktische Erprobung bedacht werden. Deshalb bleiben Experimente vor einer allgemeinen Einführung ebenso notwendig wie die Offenheit gegenüber neuen Erkenntnissen und Kritik bei der praktischen Anwendung.

Linke sollten auch eine Verständigung darüber anstreben, inwieweit sich schon jetzt die Grundzüge einer Regulierungsweise der Ökonomie, insbesondere hinsichtlich der Verbindung von Plan und Markt, in einer zukünftigen demokratischen sozialistischen Gesellschaft klären lassen und welche Fragen erst beantwortet werden können, nachdem auch praktische Erfahrungen bei der Herausbildung, Existenz und Entwicklung einer solchen Gesellschaft vorliegen. In diesem Zusammenhang sollte auch erörtert werden, welche transformatorischen Schritte zur Überwindung des Finanzmarktkapitalismus in der Regulierung der Wirtschaft schon in einem Reformprozess der kapitalistischen Gesellschaft realisiert werden könnten (vgl. hierzu Klein 2013).

Ökonomische Experimente

Für die Vorbereitung des NÖS spielte die Durchführung ökonomischer Experimente eine wichtige Rolle. Auf mehreren Gebieten musste man in neue Räume vordringen und neue Aufgaben in Angriff nehmen, für deren Lösung es keine oder kaum nutzbare Erfahrungen gab. Die Funktion der ökonomischen Experimente bestand vor allem darin, neue Instrumente oder Methoden vor der Anwendung in der ganzen Volkswirtschaft in ausgewählten Betrieben, Zweigen oder Territorien zu erproben. Damit wollte man größere Sicherheit für ihre konkrete Ausgestaltung und auch bessere Einblicke in eventuelle Probleme und Möglichkeiten und Wege zu ihrer Beherrschung gewinnen.

Ökonomische Experimente sind ein spezieller Weg, um neue Methoden so einzuführen, dass vor ihrer umfassenden Anwendung Korrekturmöglichkeiten vorhanden sind. Nur unbefriedigend gelöst wurden Probleme, die sich aus den engen Verflechtungen der verschiedenen Elemente der neuen Systemregelungen und deren unterschiedlicher zeitlicher Realisierung ergaben. Es betraf vor allem die Elemente, die mit den ökonomischen Hebeln (Preise, Gewinn, Produktionsfondsabgabe, Gewinnabführung, Gewinnverwendung im Rahmen der Eigenerwirtschaftung der Mittel des Betriebes für Investitionen, Prämienfonds, sozialkulturelle Aufgaben) zusammenhingen. Ein weiteres Problem für Experimente

mit einer größeren Eigenverantwortung von Betrieben bestand darin, dass sie in eine zentral geleitete Volkswirtschaft eingebettet waren. Auf die Probleme infolge der Realisierung der Industriepreisreform in drei Etappen, die sich über viele Jahre hinzogen, haben wir schon hingewiesen.

In den 1960er Jahren wurden ökonomische Experimente, die in der Regel unter der Verantwortung eines zentralen Staatsorgans standen, u.a. auf folgenden Gebieten durchgeführt:

- Ein umfassendes ökonomisches Experiment zur Einführung wichtiger mit dem NÖS vorgesehenen Systemregelungen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Tätigkeit der VVB¹³ und ihre Beziehungen zu den Betrieben. Die Systemregelungen betrafen insbesondere die Umstellung der VVB auf die wirtschaftliche Rechnungsführung, die Anwendung vereinfachter Kennziffersysteme und Aufkommens- und Verwendungsbilanzen sowie die Zusammenarbeit mit den Außenhandelsunternehmen. Das Experiment wurde in vier VVB und zehn Betrieben 1963 durchgeführt (Steiner 1999: 60).
- Experimente in VVB und Betrieben zur Erprobung einzelner Reformschritte im Zusammenhang mit der Einführung des geschlossenen Systems ökonomischer Hebel in den Jahren 1964/65. Einen herausragenden Platz nahm dabei die Erprobung langfristiger Normative zur Erwirtschaftung und Verwendung des Gewinns ein (ebd. 91).
- Experimente zur Einführung der Produktionsfondsabgabe (1964 in sechs VVB und drei Betrieben), die eine wichtige Grundlage für die Einführung von Normativen zur Gewinnerwirtschaftung bildeten. Die Produktionsfondsabgabe stellte den Teil des Gewinns dar, der von den Betrieben im Verhältnis zu den von ihnen genutzten Produktionsfonds zentral abgeführt werden musste. Die Produktionsfondsabgabe wurde in einer Höhe von 6% des Anlage- und Umlaufvermögens festgelegt (ebd. 237).
- Experimente im Zusammenhang mit der Eigenerwirtschaftung der Investitionen, die einen herausragenden Platz für die Gesamtwirksamkeit des NÖS hatte. Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung wurde zwar in einem gewissen Ausmaß realisiert. Seine Durchsetzung blieb aber zu einem großen Teil bruchstückhaft und inkonsequent.
- Experimente zur Anwendung des fondsbezogenen Preistyps, die unter Verantwortung des Amtes für Preise nach dem Abschluss der Industriepreisreform durchgeführt wurden. Der Übergang zum fondsgebundenen Preistyp sollte

¹³ Die VVB waren wirtschaftsleitende Organe, die bis zur Schaffung der Kombi-
struktur in der gesamten Volkswirtschaft im Auftrage der Ministerien Leitungsfunktionen gegenüber den Betrieben und den schon bestehenden Kombinat eines Zweiges wahrnahmen.

über das Jahr 1970 hinausgehen. Dessen Einführung wurde jedoch nicht abgeschlossen.

- Experimente zur Einführung der ergebnisgebundenen Planung (komplexe Planung aller wesentlichen Zusammenhänge für Entwicklung, Produktion und Absatz ausgewählter volkswirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse), u.a. im Kombinat Robotron für EDV-Anlagen und in der VVB Schiffbau für den Atlantiktrawler.
- Experimente zur Bestimmung der Höhe der Betriebsprämienfonds, um einen möglichst wirksamen Anreiz für die Steigerung der Effektivität der Produktion zu schaffen. Dazu wurde mit jeweils unterschiedlichen Zuführungsbedingungen experimentiert – Abhängigkeit von längerfristigen Normativen bzw. Abhängigkeit von den im jeweiligen Jahr erreichten Fortschritten. Es gelang, einige Teilerfolge zu erzielen, eine wirkliche Lösung des Problems gab es jedoch nicht.

Probleme der Qualifizierung der Planung im NÖS

Im Folgenden werden noch einige spezifische Probleme und Erfahrungen betrachtet. Sie werden abgeleitet aus den Ansätzen zur Qualifizierung der Planvorbereitung und damit der Pläne selbst sowie aus der Art und Weise, wie diese Ansätze realisiert wurden. Die hiermit verbundenen Fragen standen besonders in der zweiten Etappe des NÖS im Vordergrund.

Dieser Etappe des NÖS lagen u.a. folgende, auch für eine zukünftige sozialistische Gesellschaft gültige Vorstellungen für eine Planung zugrunde, die den Bedingungen und Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Verflechtung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen entsprechen. Die Planung kann ihre Wirksamkeit nur dann entfalten, wenn die Pläne eine hohe Qualität aufweisen. Deshalb muss sie von den zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen ausgehen und sicherstellen, dass die notwendigen Bedingungen tatsächlich bestehen oder geschaffen werden können, um die Planaufgaben zu erfüllen. Mit den Plänen sollte eine möglichst stabile Entwicklung der Wirtschaftseinheiten erreicht und ein für die Vorbereitung der zukünftigen Aufgaben erforderlicher Zeitverlauf gesichert werden. Hieraus ergab sich auch die zwingende Forderung, dass nicht der Jahresplan das Hauptsteuerungsinstrument sein dürfe, sondern der Perspektivplan, in der Regel der Fünfjahrplan, zu diesem Hauptsteuerungsinstrument entwickelt werden müsse.

In der Realität des Staatssozialismus wurden diese Erfordernisse nicht konsequent durchgesetzt, vielmehr wurde dagegen mehr oder weniger stark verstoßen. Die Direktive zum Fünfjahrplan 1966 bis 1970 wurde z.B. erst auf dem

VII. Parteitag der SED 1967 beschlossen (vgl. Wenzel 1998: 46), d.h. nachdem schon zwei Jahrespläne dieser Zeitspanne ohne Vorliegen eines Perspektivplans eingereicht werden mussten. Bei der Ausarbeitung der Jahrespläne wurde häufig infolge veränderter Bedingungen von den Aufgaben der jeweiligen Fünfjahrpläne abgewichen. Solche faktischen Korrekturen des Perspektivplans führten dazu, dass die eigentliche Steuerung der wirtschaftlichen Tätigkeit im wesentlichen weiterhin über die Jahrespläne und nicht über die Perspektivpläne erfolgte. Hinzu kam, dass auch die Jahrespläne nicht selten entgegen den vorgesehenen Terminen erst endgültig bestätigt wurden, nachdem schon mehrere Wochen oder sogar Monate des neuen Jahres vorüber waren.

Mit einer umfassenden prognostischen Tätigkeit sollten die Hauptlinien der volkswirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung für einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren im voraus eingeschätzt und grundlegende Aufgaben und Bedingungen zu deren Realisierung begründet werden. Zu diesen Bedingungen gehören die Erhöhung der für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt erforderlichen Forschungspotenziale, die Sicherung bzw. Schaffung der für die Umsetzung der Forschungsergebnisse wichtigen Voraussetzungen – wie qualifizierte Arbeitskräfte, Investitionen und andere Ressourcen – sowie Fortschritte in der internationalen Arbeitsteilung und Kooperation in Wissenschaft und Produktion.

Auch auf diesen Gebieten wurde relativ rasch deutlich, dass die hohen Erwartungen nur bedingt erfüllt werden konnten. Die Schwierigkeiten für einigermaßen zuverlässige Einschätzungen der Hauptlinien der wissenschaftlich-technischen und Strukturentwicklung für 10 bis 15 Jahre im voraus sowie überhaupt die Ungewissheiten der Zukunftsaussagen wurden unterschätzt. Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten, aus den wissenschaftlich-technischen Prozessen ökonomische Aussagen für die Ausarbeitung der Pläne abzuleiten, überschätzt. In den Prognosegruppen wurden auch kaum Voraussetzungen für ökonomische Rechnungen zur Bewertung der Bedingungen sowie der Folgen der wissenschaftlich-technischen und strukturellen Entwicklungsprozesse inklusive der Verflechtungen zu anderen Komplexen geschaffen. So wurden mit den Prognosen zwar wichtige Zukunftsaufgaben vorgelegt. Von diesen wurden viele auch in die Pläne für Wissenschaft und Technik und in die Planaufgaben zur Veränderung der Produktionsstrukturen aufgenommen. Insgesamt konnten jedoch die hochgestellten Erwartungen nicht erfüllt werden. Auf einige hiermit verbundene Probleme der Prognosearbeit in der DDR und auf mögliche Wege zu deren Lösung werden wir an anderer Stelle näher eingehen.

Auch hier gilt, dass die Grundüberlegung zur prognostischen Tätigkeit und zu ihrer Bedeutung für eine vorausschauende, auf die Zukunft orientierte Planung richtig war und erhaltenswert bleibt. Überzogene Erwartungen an die da-

mit zu erreichenden Kenntnisse über zukünftige Entwicklungen müssen ebenso vermieden werden wie Übertreibungen in der Ausbreitung prognostischer Tätigkeiten. Für die Entwicklung einer Planung, die auf der Höhe der Zeit steht, muss ein intensiver, offener und tabuloser Austausch über Probleme und Widersprüche in der Prognosearbeit, über deren Lösungsmöglichkeiten sowie über die Wege, um mögliche positive Effekte der Prognosen zu verstärken, geführt werden. Überhaupt könnte eine intensive, offene Diskussion in einem breiten Kreis von Experten und Verantwortlichen für die Umsetzung prognostischer Vorstellungen dazu beitragen, den Nutzen der Prognosetätigkeit für die Planung spürbar zu erhöhen. Solche Brainstormings könnten dabei helfen, die Bewertung der Verlässlichkeit der prognostischen Aussagen zu verbessern, damit deutlicher wird, welche Aussagen relativ sicher und welche ungewiss sind bzw. stark angezweifelt werden müssen. Die Unsicherheit prognostischer Aussagen hängt auch damit zusammen, dass sich Prognosen über die zukünftige Entwicklung nicht auf vorhandene Erfahrungen stützen können. Eine offene Auseinandersetzung über Prognoseergebnisse könnte auch das Interesse der für die Aufstellung der Pläne Verantwortlichen verstärken, die prognostischen Voraussagen soweit wie möglich zu berücksichtigen.

Je weiter die prognostischen Aussagen sich von gegenwärtigen Prozessen und Strukturen lösen, in Neuland vorstoßen oder auf generelle Aussagen zur gesellschaftlichen Entwicklung und zum Transformationsprozess gerichtet sind, desto größer werden Unbestimmtheit und Ungewissheit. Dies betrifft insbesondere die zeitlichen Dimensionen, in denen prognostizierte gesellschaftliche Entwicklungstendenzen zur Realität werden. Gesellschaftsprognosen betreffen ein interessantes und auch wichtiges Feld ganz spezifischer Art von Annahmen und Voraussagen, die sich jedoch wesentlich von den in dieser Studie behandelten Wirtschaftsprognosen unterscheiden. Sie können hier nicht weiter betrachtet werden.

Die Konzentration der Pläne auf Veränderung in den Strukturen der Volkswirtschaft, einzelner Industriezweige und konkreter Erzeugnisse in Übereinstimmung mit den langfristigen Entwicklungstendenzen von Wissenschaft und Technik und den Bedürfnissen der Menschen war eine tragende Idee des NÖS, die auch in Zukunft ihre Bedeutung haben wird. Die hierfür zu beachtenden Erfordernisse müssten jedoch um die Aufgaben zur Erhaltung der natürlichen Umwelt, die gegenwärtig und zukünftig immer mehr an Bedeutung gewinnen, ergänzt werden. Der sozial-ökologische Umbau zur Sicherung einer nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung muss in einer zukünftigen Strukturpolitik eine tragende Rolle spielen. Eine demokratische Planung böte in Verbindung mit der Überwindung der Dominanz des Kapitaleigentums und des Profitprinzips die Möglichkeit, nicht nur die notwendigen strukturellen Veränderungen für den

ökologischen Umbau zu konzipieren, sondern auch zielgerichtet, durch einen volkswirtschaftlich gelenkten Einsatz der dazu erforderlichen Ressourcen, insbesondere der notwendigen Investitionen, umzusetzen. Darin bestünde einer der größten potenziellen Vorzüge einer sozialistischen Produktionsweise. Echte Reformen im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus könnten in einem längeren Transformationsprozess schon in absehbarer Zeit zu positiven Ergebnissen beitragen, wenn es gelingt, die dazu notwendigen gesellschaftlichen Kräfte und Bündnisse zu mobilisieren. Dies betrifft insbesondere solche Komplexe wie Energiewende, Verkehrswende, biologische Landwirtschaft, energieökonomisches Bauen sowie Veränderung der Konsumtions- und Lebensweise.

Die stärkere Konzentration der Planung auf die Vorbereitung und Realisierung der für die Zukunft entscheidenden Strukturen bleibt auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe. Insofern sind auch die hierzu in der DDR gesammelten Erfahrungen von Bedeutung. Dies betrifft einen ganzen Komplex von planvorbereitenden Maßnahmen, angefangen mit der Ausarbeitung von Prognosen zu wichtigen volkswirtschaftlichen Strukturkomplexen und Querschnittsprozessen, wie der Chemisierung der Volkswirtschaft, der Automatisierung der Produktion und Produktionsvorbereitung. Sie sollten für die Ausarbeitung einer volkswirtschaftlichen Strukturkonzeption als Gerüst für den jeweils vorzubereitenden Perspektivplan eine wichtige Grundlage bilden. In der DDR spielten die Untersetzung und Umsetzung der prognostizierten Erkenntnisse durch wissenschaftlich-technische Konzeptionen für strukturbestimmende Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen sowie die enge Verflechtung strukturbestimmender Aufgaben mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vor allem mit ihren Gleichgewichtserfordernissen, und auch mit anderen gesellschaftlichen Bereichen eine entscheidende Rolle.

Ein Blick auf den ständig gestiegenen Anteil der strukturbestimmenden Aufgaben an der gesamten Produktion, mit der Konsequenz, dass die hierfür notwendigen Investitionen als vorrangig zu realisierende strukturbestimmende Investitionen behandelt wurden, macht schon die Problematik deutlich, die in diesem Herangehen schlummert. Für die DDR war eine völlig überzogene, teilweise von oben erzwungene und teilweise sich unten entfaltende Eigendynamik einer vorrangigen Planung strukturbestimmender Aufgaben typisch. Die vorrangige Planung strukturbestimmender Aufgaben ist, wenn deren Auswahl gut überlegt ist und im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gleichgewichtserfordernisse erfolgt, eigentlich vernünftig und müsste auch zukünftig angewendet werden. Das überzogene Ausmaß der »vorrangigen Planung«, die sich in der Konsequenz gegen eine proportionale Wirtschaftsentwicklung richtete, wurde besonders bei den außerhalb des Plans durchzuführenden Investitionen deutlich. »Allein von März 1968 bis September 1969 wurden verschiedene Inves-

titionsobjekte in rund 30 Beschlüssen außerhalb des Plans festgelegt, die mehr als 20,4 Mrd. Mark umfassten. Das war die Größenordnung eines Gesamt-Investitionsvolumens der DDR-Industrie für ca. zwei Jahre. Die der Volkswirtschaft 1967 bis 1970 zugemuteten Belastungen waren mehr als enorm, *sie waren ruinös*, sowohl für einen halbwegs reibungslos funktionierenden volkswirtschaftlichen Mechanismus wie für die Reform selbst.« (Wolf in: Elm/Keller/Mocek 1996: 73)

Die normale Reproduktion der gesamten Volkswirtschaft erlitt schwere Störungen. Das führte nicht nur zu tiefen Disproportionen, insbesondere zwischen Zulieferungen und Finalproduzenten, in der Verteilung der verfügbaren Investitionen zwischen den Zweigen und Bereichen, zu Importüberschüssen gegenüber den kapitalistischen Ländern, die die Zahlungsbilanz stark belasteten, sondern auch zu einem beträchtlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums. Die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten der Industrieproduktion sanken 1970-1974 gegenüber den Jahren 1966-1969 um ein Drittel, von 6% auf 4% (berechnet nach Heske 2013: 182). Der Rückgang des Wachstums spiegelte aber nur unvollständig die Zuspitzung der Krisenerscheinungen im Jahre 1970 wider: Zunehmende Versorgungsprobleme der Bevölkerung und der Produktion, starkes Anwachsen der unvollendeten Investitionen, Nichterfüllung der zentralen Automatisierungsvorhaben und anderer strukturbestimmender Investitionen. Die Art und Weise, wie die vorrangige Planung strukturbestimmender Aufgaben, darunter der zentralen Automatisierungsvorhaben durchgeführt wurde, war mit Eingriffen in die eigenverantwortliche Wirtschaftstätigkeit der Betriebe verbunden und geriet auch zunehmend in Widerspruch zu den Systemregelungen des NÖS, insbesondere zu einem seiner Grundprinzipien, der Eigenerwirtschaftung der Investitionen. Dadurch wurde auch die gesamte Planung diskreditiert. Die Unzufriedenheit der Belegschaften vieler Betriebe mit der Wirtschaftspolitik der SED nahm zu.

Beziehungen zwischen Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des NÖS, seiner praktischen Anwendung sowie der nach einigen Jahren erfolgten faktischen Rücknahme werden auch Probleme sichtbar, die das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik und in unserem Zusammenhang vor allem zwischen Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik betreffen.

Ein Grundproblem im Realsozialismus ebenso wie im Kapitalismus bestand bzw. besteht darin, dass die praktische Anwendung politikrelevanter wissenschaftlicher Ergebnisse von den Interessen der ökonomischen und politischen

Machteliten abhängig ist. Stimmen die wissenschaftlichen Ergebnisse und die davon abgeleiteten Empfehlungen der Wissenschaftler mit den Interessen dieser Eliten überein, werden sie aufgegriffen. Widersprechen sie hingegen diesen Interessen, werden sie meist nicht zur Kenntnis genommen oder abgelehnt.

Beispiele für eine Übereinstimmung gab es in der DDR insbesondere in der Zeit, als das NÖS in den 1960er Jahren vorbereitet und eingeführt wurde. Grundzüge und konkrete Maßnahmen für die beschlossene Veränderung des Systems der Planung und Leitung der Wirtschaft beruhten weitgehend auf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsergebnissen, wie die Vorschläge zur höheren Eigenverantwortung der Unternehmen für die planmäßige Gestaltung ihres Reproduktionsprozesses, zur Einschränkung der zentral festgelegten Produktionsaufgaben, Bilanzen und anderen Kennziffern, zur stärkeren Orientierung und Bewertung der betrieblichen Arbeit auf der Grundlage qualitativer Ergebnisse, der Effektivität und des Gewinns anstelle des quantitativen Wachstums der Brutto- und der industriellen Warenproduktion u.a.

Bereits in den 1950er Jahren, vor der Einführung des NÖS, in den Hochzeiten der administrativen zentralistischen Planung, übten einige Wirtschaftswissenschaftler (Fritz Behrens, Arne Benary, Gunther Kohlmeier, Herbert Wolf) Kritik daran und forderten eine stärkere Nutzung des Markts und seiner Mechanismen.¹⁴ Die Antwort der Parteiführung war eine scharfe Zurückweisung solcher »revisionistischer« Auffassungen und eine Maßregelung ihrer Träger. Dabei gab es auch zwischen den Reformern Meinungsunterschiede zur Rolle von Markt, Plan und insbesondere zur Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Fritz Behrens vertrat wohl am konsequentesten die Forderungen nach Demokratisierung, einschließlich der Art und Weise, wie die Pläne erarbeitet werden sollten. »Folgerichtig« wurde er nicht zur Erarbeitung der Richtlinie des NÖS 1963 hinzugezogen. Herbert Wolf spielte nach einigen Jahren der »Bewährung« eine herausragende Rolle bei der Ausarbeitung der Grundzüge des NÖS und seiner Umsetzung in konkrete wirtschaftliche Regelungen.

Symptomatisch für das Verhältnis der politischen Macht zur ökonomischen Wissenschaft in den 1980er Jahren, als die Probleme und Schwierigkeiten der

¹⁴ Bei den hier genannten Wirtschaftswissenschaftlern handelt es sich um bekannte Ökonomen, die in Forschung und Lehre tätig waren und vor allem in den 1950er und 1960er Jahren wichtige Grundlagen einer sozialistischen ökonomischen Theorie herausarbeiteten. Ihr kritisches Herangehen an die in wesentlichen Zügen verknöcherte marxistisch-leninistische Politische Ökonomie des Sozialismus und an die Wirtschaftspolitik der SED führte dazu, dass sie in unterschiedlichem Ausmaß gemäßregelt wurden und ständig oder zeitweilig von verantwortlichen Funktionen entbunden wurden. Herbert Wolf nahm aktiv an der Ausarbeitung des NÖS teil und war danach als Stellvertretender Vorsitzender der SPK führend an dessen praktischer Umsetzung beteiligt.

DDR-Wirtschaft zunahmen, war die Reaktion von Günter Mittag auf eine Prognosestudie des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften, in der u.a. auch Änderungen in der Akkumulationspolitik und bei der Subventionierung der Wohnungsmieten vorgeschlagen wurden. Mittag wies diese Studie mit den Worten zurück: Die Autoren sollten sich nicht in Fragen einmischen, die die Arbeit der Staatlichen Plankommission betreffen und sie überhaupt nichts angingen. Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erhielt zudem die Anweisung, den Wissenschaftlern des Akademieinstituts keine vertraulichen Materialien mehr zur Verfügung zu stellen.

Die Wirtschaftswissenschaften mit ihrem Kernstück, der Politischen Ökonomie, waren von Beginn an in allen Phasen der Entwicklung in der DDR fest in das System des Staatssozialismus eingebunden. Sie hatten die Funktion, die SED als die »führende Kraft« der sozialistischen Entwicklung zu unterstützen. Von den Wirtschaftswissenschaftlern wurde erwartet, dass sie die Beschlüsse der SED zur ökonomischen und sozialen Entwicklung als richtige und auch richtungweisende Orientierungen würdigten, popularisierten und ihre Durchsetzung unterstützten. Dieser im Kern apologetische Auftrag hemmte und blockierte die Entfaltung und Nutzung ihrer kritischen und kreativ-produktiven Potenziale. (vgl. Steinitz 2011: 35f.).

Es gab bestimmte Problem- und Fragestellungen, die von vornherein weitgehend tabu waren oder bei denen Diskussionen von der SED mit starkem Argwohn beobachtet wurden. Dazu gehörten insbesondere Probleme oder Vorschläge, bei denen die Gefahr einer Schwächung der Macht der führenden Partei und des sozialistischen Staates gesehen wurde. Weiterhin zählten dazu auch Überlegungen und Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung des Marktes und seiner Regulatorfunktion.

Dies wurde deutlich sowohl bei der Einführung als auch bei der faktischen Beerdigung des NÖS. Mit dem NÖS traten neue Anforderungen an die Wirtschaftswissenschaft in den Vordergrund. Sie sollte daran mitwirken, u.a. die ausgeprägt administrativen und überzentralisierten Züge der Planung einzuschränken, die Selbständigkeit der Betriebe zu erhöhen und die Wertkategorien verstärkt zu nutzen. Ähnliche Fragen waren einige Jahre zuvor von den »Revisionisten« aufgeworfen worden. Jetzt wurden sie ohne jegliche Bezugnahme darauf als neue Aufgaben gestellt.

Noch krasser wurde die Abhängigkeit des »zulässigen« ökonomischen Denkens und Forschens von der jeweiligen Parteilinie offenbar, als im Zusammenhang mit dem Sturz Walter Ulbrichts und seiner Ablösung durch Erich Honecker auch das NÖS weitgehend beseitigt wurde. Das Buch »Die Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR«, in dem grundlegende Zusammenhänge und Vorstellungen des NÖS sowie einer entwickelten sozia-

listischen Gesellschaft dargestellt wurden, verschwand innerhalb kürzester Zeit aus den Buchhandlungen und Bibliotheken. Vorher hatte es die höchstmögliche Weihe der SED durch ein Vorwort ihres Generalsekretärs Walter Ulbricht erhalten. Die ökonomische Forschung erlitt einen herben Rückschlag. Er betraf vor allem die zur Zeit des NÖS vorhandenen größeren Freiräume für selbständige Forschungsarbeiten und die Möglichkeiten, kreative produktive Potenziale zu entfalten, die einen beträchtlichen Innovationsschub für die ökonomische Forschung hervorgerufen hatten (ebd. 40f.).

Interessante *Parallelen und gleichzeitig diametrale Unterschiede* sind in den Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaftspolitik der BRD und der DDR festzustellen. In der Bundesrepublik gab es in den Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik verschiedene Etappen (vgl. hierzu Schanetzky 2007). In den Jahren der »sozialen Marktwirtschaft« Ludwig Erhards gab es enge Verflechtungen zwischen der Wirtschaftswissenschaft und der Politik. Die »soziale Marktwirtschaft« basierte auf einer gesellschaftlich weitgehend akzeptierten Ordnungspolitik, die wiederum auf einer verbindlichen Vorstellung über die gesellschaftliche Ordnung als stabiler Bezugspunkt zur Wirtschaftspolitik beruhte. Dies war eine wichtige Voraussetzung für recht enge Beziehungen der etablierten Wirtschaftswissenschaft zur Wirtschaftspolitik. Diese stützte sich damals häufig auf den Rat wissenschaftlicher Experten (ebd. 9-34).

Spürbare Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sowie der Wertewandel führten in Verbindung mit einer zunehmenden Kritik an der liberalen Ordnungspolitik im Verlaufe der 1960er Jahre zu wesentlichen Konsequenzen in der Wirtschaftspolitik und ihren theoretischen Grundlagen gegenüber den Zeiten Ludwig Erhards. Charakteristisch hierfür waren die auf Keynes' Ideen beruhende Globalsteuerung und die »konzertierte Aktion«, mit deren Hilfe die Gewerkschaften auf eine »moderate« Lohnpolitik festgelegt werden sollten, sowie das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, in dem die vier wirtschaftspolitischen Hauptziele – Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum – als »magisches Viereck« verankert wurden.

Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre vollzog sich in der Bundesrepublik in Verbindung mit der Wirtschaftskrise 1966/67 und ihren Folgen eine »Krise des wirtschaftspolitischen Handlungswissens« und im Zusammenhang damit ein Abschied von der »Verwissenschaftlichung der Politik« (ebd. 112) sowie auch eine wesentliche Änderung in den Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik. Die Zeit der nicht weiter hinterfragten Geltung von Expertenwissen war vorbei. Diese Verunsicherung wurde noch infolge des Ölpreisschocks und der Krise 1974/75 verstärkt (ebd. 162). Der Keynesianismus als Grundlage der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik und damit auch das wirtschafts-

politische Handlungsmodell der 1960er Jahre wurde verabschiedet und zunehmend durch das neoliberale angebotspolitische Konzept ersetzt.

Dieser Prozess hat sich in der Grundtendenz bis heute fortgesetzt. Darüber hinaus werden wesentliche Züge und Elemente der Wirtschaftspolitik direkt von den Finanz- und Konzernzentralen bestimmt. Auf die öffentliche Meinung und die davon beeinflusste Politik der jeweiligen Regierungskoalitionen üben die Medienkonzerne einen entscheidenden Einfluss aus. Der folgende ironische Rat eines bekannten Satirikers an einen Studenten spiegelt die realen Verhältnisse in »unserem« Land treffend wider: »Junger Mann, wenn Sie unbedingt in die Politik gehen wollen, gehen Sie in die Industrie oder in eine Bank und nicht in eine Partei oder eine Regierung oder ein Parlament.« Das Ergebnis ist ein völlig von der herrschenden Ideologie und Politik bestimmter pragmatischer Umgang mit wissenschaftlichen Expertisen: Stimmen sie mit der herrschenden Ideologie überein und unterstützen sie die offizielle Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, werden sie akzeptiert und mehr oder weniger genutzt. Stehen sie dazu im Widerspruch, werden sie abgelehnt oder gar nicht erst zur Kenntnis genommen. Das trifft natürlich in besonderem Maße zu für wissenschaftliche Expertisen und Einschätzungen, die von linken und alternativen Wirtschaftswissenschaftlern, von Attac, der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Institut Solidarische Moderne u.a. vorgelegt werden.

In letzter Zeit zeigt sich eine noch schlimmere, äußerst kritikwürdige Tendenz: Von der Bundesregierung wurden ohne Zustimmung der Autoren wissenschaftliche Gutachten verändert, wichtige Aussagen geschwächt, weggelassen oder sogar direkt gefälscht. Jüngste Beispiele hierfür sind der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013 und das Gutachten zur Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen, das im Juni 2013 vorgelegt wurde. Bei der Beratung des Gutachtens im Familienministerium wurden die Autoren, zum großen Teil renommierte Wissenschaftler, nicht einmal eingeladen. Die arrogante, freche Begründung lautete: »Man lädt doch nicht die Schüler zur Zensurenkonferenz ein.« (Der Spiegel, Nr. 27/1.7.2013, S. 19)

Hinzu kommt ein weiteres Problem, das die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik sowie eine bewusste vorausschauende Wirtschaftspolitik gegenwärtig noch zusätzlich erschwert und negativ beeinflusst: das Bestehen sehr unterschiedlicher, teilweise völlig entgegengesetzter Auffassungen über die Art und Weise, wie große wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Probleme, die die gesellschaftliche Entwicklung stark belasten, gelöst werden können, zumindest welche notwendigen und praktisch-realisehbaren Schritte zu ihrer Entschärfung und Lösung gegangen werden sollten. Dies ist nicht nur ein Resultat der entgegengesetzten Interessen zwischen den politischen und öko-

nomischen Machtgruppen einerseits und der Bevölkerungsmehrheit der Arbeitenden und der sozial Schwachen andererseits. Es hängt auch mit der inneren Widersprüchlichkeit gesellschaftlich relevanter Ereignisse und Prozesse und damit zusammen, dass ihre Entwicklung sowie die Wirkungen oder Folgen von Maßnahmen zur Lösung der immer komplexeren Probleme schwer zu durchschauen und vorauszusehen sind. Die Ver- oder Entschärfung dieser Probleme beruht auf Prozessen, die auf vielfältige Weise untereinander verflochten sind. Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsergebnisse spiegeln häufig die Komplexität und Widersprüchlichkeit wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Prozesse und deren Verflechtungen nur unzureichend wider. Aus all diesen Gründen gibt es sehr unterschiedliche und oft entgegengesetzte Vorstellungen und Konzepte zur Lösung der Probleme nicht nur zwischen den, sondern auch innerhalb der verschiedenen Interessengruppen (auch innerhalb der Kapitalfraktion bzw. der Fraktion des Neoliberalismus) und politischen Bewegungen und Parteien, darunter auch der Linken.

Unter den Linken betrifft dies u.a. folgende Fragen und Probleme:

- Wie sollen die Beziehungen zwischen Marktregulierung und Planung in einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft gestaltet werden?
- Wie müssen die Konzepte und Vorstellungen zum ökonomischen Wachstum und zum Wohlstand in Übereinstimmung mit den ökologischen Erfordernissen und dem erreichten Stand der Befriedigung materieller Grundbedürfnisse in den Industrieländern verändert werden?
- Ist das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens geeignet, um soziale Sicherheit und ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben für alle zu erreichen?
- Wie müssten die Interessen des industrialisierten Nordens mit den Interessen des Südens in einem gemeinsamen Konzept verbunden werden, damit ein realistischer Weg zur Lösung der Klima- und anderer Umweltprobleme und zur Beseitigung von Hunger auf unserem Planeten beschritten werden kann?
- Wie müsste ein Konzept zur langfristigen Lösung der gegenwärtigen Probleme der EU, speziell der Eurozone, darunter der sozialen Sicherheit und der Stabilisierung der öffentlichen Haushalte, aussehen, in welchen Schritten könnte es umgesetzt werden?

Wissenschaftliche Studien und eine ergebnisoffene Diskussion vorliegender Ergebnisse könnten dazu beitragen, eine stärkere Akzeptanz und Wirksamkeit linker Politikvorschläge zu erreichen. Sie würden auch helfen, die Vorstellungen über die Gestaltung der Beziehungen zwischen Planung und Marktregulierung in einer zukünftigen Gesellschaft klarer und überzeugender zu entwickeln. Die Ausarbeitung der konkreten Regelungen und Instrumente einer

modernen, den Möglichkeiten und Herausforderungen der heutigen Zeit entsprechenden Planung ist u.E. jedoch keine aktuelle Aufgabe. Sie kann nur in enger und kontinuierlicher Verflechtung mit praktischen Schritten und den dabei gesammelten Erfahrungen erfolgen. Sie setzt eine offene, kritische Diskussion und die Bereitschaft zur Korrektur von Regelungen voraus, die sich nicht bewährt haben. Auch hier eröffnet sich ein weites Feld für ökonomische Experimente, für deren Durchführung jedoch gegenwärtig im Kapitalismus keine Voraussetzungen bestehen.

Märkte, Staat und Zivilgesellschaft stehen in einem bestimmten Kräfteverhältnis zueinander. Für den Kapitalismus und den Staatssozialismus ist charakteristisch, dass das Verhältnis zwischen diesen drei Elementen einseitig zugunsten des Markts bzw. des Staats verschoben ist und in beiden Wirtschaftsordnungen die Zivilgesellschaft eine zu schwache, untergeordnete Rolle spielt(e) – im Realsozialismus eine noch geringere als im gegenwärtigen Kapitalismus. In einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft wird die Qualität der Regulierung und ihre Übereinstimmung mit den sozialen, ökologischen und ökonomischen Zielstellungen wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, dass diese Elemente in einem ausgewogenen, den jeweiligen Bedingungen und Herausforderungen entsprechenden, d.h. auch sich verändernden Verhältnis zueinander stehen. Diese Kräfteverhältnisse wirken sich auf den Inhalt und auf die Art und Weise der Planung aus. Antonio Gramsci war einer der wenigen Marxisten, der in kritischer Sicht auf den staatszentrierten sowjetischen Entwicklungsweg in der Zwischenkriegszeit – »Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft« (Gramsci 1992: 874) – die Bedeutung einer zivilgesellschaftlichen Sozialismuskonzeption erkannte: »Marx leitet intellektuell eine Geschichtsepoche ein, die vermutlich Jahrhunderte dauern wird, nämlich bis zum Verschwinden der politischen Gesellschaft und dem Aufkommen der regulierten Gesellschaft.« (ebd. 888)

In den verschiedenen Entwicklungsetappen der DDR gab es unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards. Bis 1953 hatten Produktion und Reparationen Priorität vor der Konsumtion über das Notwendigste hinaus. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, moderne Produktions- und Konsumtionsstrukturen standen nach dem Mauerbau zur Zeit des NÖS bis 1970 im Vordergrund. Die Befriedigung von Konsumtionsbedürfnissen erhielt mit der Hauptaufgabe der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« ab 1971 prioritäre Bedeutung. Dabei wurden die Konsumtionswünsche der DDR-Bevölkerung stark von den Konsumtionsstrukturen der kapitalistischen BRD beeinflusst.

Diese jeweils gesetzten Schwerpunkte der Wirtschafts- und Sozialpolitik und die entsprechend ausgestalteten Pläne wurden jedoch entscheidend durch die

Politik der SED geprägt, die wiederum stark von den jeweils dominanten ideologischen Vorstellungen beeinflusst wurde.

Dem Marktwettbewerb wurden in den einzelnen Abschnitten der Existenz der DDR unterschiedlich weite bzw. enge Grenzen gesetzt. Sie waren sehr eng in der Wiederaufbauphase, insbesondere bis 1953. Zur Zeit des NÖS (1964-1970/71) gab es für das Handeln der Unternehmen als Marktteilnehmer größere Möglichkeiten. Dann aber beseitigte im Jahr 1972 die Verstaatlichung von privaten und halbstaatlichen Betrieben sowie von Produktionsgenossenschaften des Handwerks mit überwiegend industrieller Produktion die Pluralität der Eigentumsformen – faktisch zugunsten einer noch stärkeren Dominanz des staatlichen Sektors. Politisch-ideologisch lag dieser weitgehenden Beseitigung privater und gemischter Eigentumsformen eine Fetischisierung des staatlichen Eigentums als höchste Eigentumsform zugrunde. Mit dieser Eingliederung der privaten und halbstaatlichen kleinen und mittleren Unternehmen in den volkseigenen Sektor verschwanden auch die in diesen Eigentumsformen enthaltenen Potenziale für Wettbewerb, Innovationen und Vielfalt des Warenangebots (vgl. hierzu auch Kapitel 4).

Gemeinsam war für die Planung im Staatssozialismus und die Wirtschaftspolitik im Kapitalismus die Orientierung auf hohes Wachstum – der Warenproduktion und des Nationaleinkommens (NE) in der DDR bzw. des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Kapitalismus. Eine solche Wachstumsorientierung ist in den Industrieländern unter Berücksichtigung der erreichten Sättigung der materiellen Grundbedürfnisse und der Umweltprobleme nicht mehr zu rechtfertigen. Sie verengt und verzerrt auch die Sicht auf die zukünftige Wirtschaftsentwicklung. Fragen, wie Lebensqualität, gleiche Zugangsmöglichkeiten für alle zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Schaffung von Bedingungen zur demokratischen Teilhabe an Entscheidungsprozessen, soziale Gerechtigkeit in der Höhe und Entwicklung der Einkommen und Vermögen sollten in den Prognosen und in der Nutzung ihrer Erkenntnisse eine wichtige Rolle spielen.

Im Unterschied zur umfangreichen Diskussion dieser Probleme waren die Realitäten in den realsozialistischen Gesellschaften ernüchternd. Die Prognose, Planung und Abrechnung der volkswirtschaftlichen Entwicklung konzentrierte sich auf die Produktion materieller Güter und Leistungen und der dazu notwendigen Aufwendungen. Erst im Verlaufe der 1980er Jahre verstärkten sich die Anstrengungen europäischer RGW-Länder, auch die Dienstleistungen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einzubeziehen, ein größeres Gewicht auf die qualitativen Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung zu legen sowie die Zusammenhänge zur Umweltökonomie umfassend sichtbar zu machen.

Die Schwierigkeit, den Einfluss trendverändernder naturwissenschaftlicher Erfindungen und technischer Innovationen vorherzusehen, ist beiden Wirtschafts-

systemen eigen. Die Pläne und die Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konnten sich unzureichend auf zwei mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung verflochtene wichtige Bausteine stützen: einmal auf den verändernden Einfluss der Naturwissenschaften und neuer Technologien auf die Sozialstruktur und damit auf Freiräume und Zwänge für politisches Handeln, zum anderen auf die politischen Möglichkeiten zur langfristigen Strukturierung von Naturwissenschaften und neuer Technologien im Interesse künftiger Entwicklungen.

Dies hängt auch damit zusammen, dass systemübergreifend der wissenschaftlich-technische Fortschritt als extern gegeben in den Planungsprozess und in die Prognosen einfließt und die Möglichkeiten, ihn strukturell zu gestalten, u.E. unterschätzt werden. Die verstärkte Nutzung dieser Möglichkeiten müsste seinen Niederschlag in der Ausarbeitung und Diskussion unterschiedlicher Szenarien finden. Dabei müsste auch die Qualität und Geschwindigkeit der Realisierung des Zyklus »Invention – Innovation – Investition – Realisation« berücksichtigt werden.

Aus der Analyse der Entwicklung des Staatssozialismus ergeben sich in diesem Zusammenhang drei Schlussfolgerungen: Soziologische Gesellschaftsanalysen müssen in die Planung und in Wirtschaftsprognosen einbezogen werden; alternative Szenarien sind auszuarbeiten und öffentlich zu diskutieren, und die wissenschaftlichen Grundlagen der Prognostik müssten als eine praxisorientierte und -relevante Theorie so weiterentwickelt werden, dass ihre Nutzungsmöglichkeiten für die Gestaltung der Zukunft in Richtung einer nachhaltigen Lösung der großen Menschheitsprobleme erhöht werden.

Hier wird auch deutlich, dass für die Ausarbeitung realitätstauglicher Prognosen die politischen Machtverhältnisse und deren Änderungsmöglichkeiten bzw. -wahrscheinlichkeiten zu berücksichtigen sind. Im Realsozialismus bestimmten zentralistische Entscheidungen über Ressourcenflüsse die künftigen Entwicklungs- und Wachstumschancen von Branchen und die Bedingungen zur Verwirklichung gesellschaftlicher Ziele.

In kapitalistischen Marktwirtschaften siegt allzu oft eine starke Lobby über wissenschaftlich fundierte Begründungen bzw. Prioritäten. Aktuelle Beispiele sind die unzureichende Unterstützung der Energiewende, Bankenrettung versus Kampf für die Stärkung sozialer Sicherungssysteme und das Fehlen wirkungsvoller globaler Strategien zur Überwindung von Armut und Hunger in der Welt.

Kapitel 3

Prognose und langfristige Planung in der DDR

In Fortführung der vorangegangenen Darlegungen zur Stellung der Prognose-tätigkeit, der langfristigen und der Strukturplanung im Planungssystem sollen hier einige spezifische Fragen dieser Formen der planmäßigen Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR näher betrachtet werden, die die Volkswirtschaftspläne vorbereiteten und teilweise konkretisierten. Im Zentrum sollen die Prognosen stehen. Zunächst wollen wir die Ausgangspunkte, Ziele und Inhalte der prognostischen Tätigkeit, ihre Organisation, die erreichten Ergebnisse, die aufgetretenen Probleme und Widersprüche sowie die aufhebenswerten, für die Zukunft nutzbaren Erfahrungen charakterisieren.

Prognosen sind Vorhersagen über die Zukunft, über zukünftige Ereignisse und Entwicklungstendenzen. Es handelt sich dabei immer um bedingte Voraus-sagen mit Wahrscheinlichkeitscharakter. Ihre Grundlage sind Analysen der ver-gangenen und gegenwärtigen Entwicklung, sich abzeichnende neue oder ver-änderte Trends und Ereignisse vor allem aufgrund neuer wissenschaftlicher, technisch nutzbarer Erkenntnisse, Veränderungen in den Bedürfnissen, in der Lebensweise und den Lebensstilen und in der Arbeit der Menschen. Von ent-scheidender und weiter zunehmender Bedeutung sind die Erfordernisse nach-haltiger Entwicklung, um eine ökologisch zukunftsfähige menschliche Gesell-schaft, in der alle ein menschenwürdiges Leben in Wohlstand führen können, zu erreichen und zu erhalten. Zu den Grundlagen einer wissenschaftlich begrün-deten prognostischen Tätigkeit gehören auch Einschätzungen über die voraus-sichtliche weltwirtschaftliche Entwicklung und die hiermit verbundenen Kon-sequenzen für die internationale Arbeitsteilung und Kooperation sowie für die Export- und Importentwicklung.

Ökonomische Prognosen werden für verschiedene Zeiträume ausgearbeitet, kurzfristig: für ein Jahr oder für noch kürzere Zeiträume, mittelfristig: etwa für einen fünfjährigen Zeitraum, und langfristig: für 10-20 Jahre oder noch länge-re Zeiträume. Für die DDR war die Ausarbeitung von Prognosen für längere Zeiträume von 15 bis 20 Jahren charakteristisch. Die prognostische Tätigkeit war mit der Planung eng verflochten und darauf gerichtet, die wissenschaft-lichen Grundlagen der Pläne zu qualifizieren. In diesem Sinne kann die sozia-listische Wirtschaftsprognostik als »eine organische Weiterentwicklung der The-orie und Praxis der gesellschaftlichen Planung« angesehen werden (Haustein 1969: 24).

Die Prognosetätigkeit rückte in der DDR in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in enger Verflechtung mit der Wirtschaftsreform (NÖS) stark in den Vordergrund. Dafür gab es vor allem folgende Gründe:

- Eine neue Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution zeichnete sich deutlich ab, in der Wissenschaft und Technik für die Steigerung der Produktivität und die Effizienz der Wirtschaft, für die Veränderung der Wirtschafts- und speziell der Produktionsstrukturen sowie für die Entwicklung und Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und ihre Lebensweise eine immer größere Bedeutung erhielten. Es wurde davon ausgegangen, dass es nicht ausreiche, der Entwicklung von Wissenschaft und Technik hinterherzulaufen, indem man die in den fortgeschrittensten Ländern schon realisierten Innovationen zur Grundlage nahm. Vielmehr setze eine konsequente Nutzung der Effektivitätspotenziale von Wissenschaft und Technik voraus, dass deren voraussichtliche Entwicklung, speziell die Veränderung des internationalen wissenschaftlich-technischen Höchststands und dessen mögliche Umsetzung in der eigenen Wirtschaft, für längere Zeitspannen aufgedeckt und möglichst auch praktisch antizipiert würden. Hierdurch sollten auch Voraussetzungen für die Qualifizierung der Planung geschaffen werden. Gerade diese Funktion sollte die prognostische Tätigkeit in der DDR ausüben.
- Für die Planung und die Wirtschaftspolitik in der DDR spielte der Vergleich mit der BRD und das Ziel, den vorhandenen Rückstand in der Arbeitsproduktivität und im Konsumtionsniveau aufzuholen, eine bestimmende Rolle. Mit der prognostischen Tätigkeit sollten wichtige Bedingungen dafür geschaffen werden, indem aus der eingeschätzten Entwicklung in der BRD die Wachstumsraten abgeleitet wurden, die für das Erreichen von deren voraussichtlichem Entwicklungsstand erforderlich waren. Die notwendige Steigerung der Produktivität, der Effektivität und der Konsumtion der Bevölkerung in der DDR hing dann davon ab, wie hoch der aktuelle Rückstand der DDR war, von welcher wahrscheinlichen Entwicklung dieser Indikatoren in der BRD auszugehen war und für welchen Zeitpunkt dieses Einholen vorgesehen wurde. Dabei wurde in den Prognosen vor allem die Methode der Rückrechnung angewandt. Ausgehend von einem fixierten Zielniveau für ein bestimmtes Jahr wurden die für die jeweiligen Zeitabschnitte bis zu diesem Jahr notwendigen Steigerungsraten und Niveaus abgeleitet. Hier wird schon deutlich, dass diese Methode viele Fehlermöglichkeiten und Unsicherheitsfaktoren enthielt und zu Überforderungen der Potenziale für das Erreichen der Zielvorgaben neigte. Diese Zielvorgaben ergaben sich aus der Qualität und Genauigkeit der Berechnung des real existierenden Rückstands, der in der Regel zu niedrig ausgewiesen wurde, aus dem zugrundegelegten Wachstum der entsprechenden Indikatoren in der BRD in einem bestimmten Zeit-

raum (im wesentlichen als Fortsetzung der Trends der Vergangenheit), und vor allem aus dem stark subjektiv bestimmten Tempo und der erforderlichen Zeit, in dem die Rückstände aufgeholt werden sollten. Die Realität richtete sich natürlich nicht nach den Wünschen der Träger der politischen Macht. So sind die tatsächlichen Rückstände der DDR gegenüber der BRD in den 1970er und 1980er Jahren entgegen den festgelegten Zielen nicht geringer, sondern insgesamt größer geworden.

Anstöße und Anregungen für die Prognostik und die Art der Gewinnung prognostischer Erkenntnisse ergaben sich aus der Ausweitung und dem gewachsenen Stellenwert der Zukunftsforschung und Prognosetätigkeit in vielen Ländern. Die Prognos AG Basel wurde 1959 gegründet und ist seitdem durch zahlreiche Prognosen zu gesellschaftsbestimmenden Zukunftsthemen bekannt geworden, wie demografischer Wandel, Globalisierung und Klimawandel, Entwicklung von Branchen, Märkten und neuen Technologien. In den USA spielte die RAND Corporation als Denkfabrik vor allem in den Zeiten des Kalten Krieges eine wichtige Rolle. Das erste Werk des bekannten Zukunftsforschers Robert Jungk »Die Zukunft hat schon begonnen« erschien bereits 1952. 1964 gründete er das Institut für Zukunftsfragen in Wien. In Japan bildete sich eine intensive Zukunftsforschung heraus, in deren Zentrum vor allem Probleme der mikroelektronischen Revolution, die Entwicklung und Anwendung der EDV und Fragen von Systemlösungen für künstliche Intelligenz standen. Eine herausragende Rolle in der Zukunftsforschung spielte der 1968 gegründete Club of Rome. Als dessen Ziel wurde von den Gründern dieses weltweiten Zusammenschlusses von Wissenschaftlern festgelegt: »Unser Ziel ist die gemeinsame Sorge und Verantwortung um bzw. für die Zukunft der Menschheit!« Dazu sei »building a global society in the 21st century« notwendig. Eine wichtige Rolle in der internationalen Diskussion spielten insbesondere die Publikationen des Club of Rome über die Umweltbedrohungen und die Grenzen des Wachstums.

Eine wichtige Rolle für eine komplexe, interdisziplinäre und für neue Entwicklungstendenzen offene gesellschaftliche Zukunftsforschung spielte das vor allem auf Initiative und unter maßgeblicher Beteiligung von Carl Friedrich von Weizsäcker am Starnberger See im Jahre 1970 gegründete Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt.¹⁵ Prägend für die Gründung und Entwicklung des Instituts waren die Ideen

¹⁵ Wir stützen uns in den folgenden Ausführungen auf die Publikation von Hubert Laitko, Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess, in: Klaus Fischer/Hubert Laitko/Heinrich Parthey (Hrsg.), Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft, Wissenschaftsforschung, Jahrbuch 2010, Sonderdruck.

und das Verständnis von Weizsäckers über die Entwicklung der Wissenschaft und ihre möglichen Einflüsse auf die Zukunft der Menschheit. Danach ist diese Zukunft nicht deterministisch festgelegt, sondern optional. Daraus folgt, dass die Menschheit innerhalb bestimmter Grenzen die Wahl zwischen verschiedenen Zukünften hat. Die Gründung des Instituts erfolgte vor allem mit der Zielstellung, die größten Anstrengungen zu unternehmen, um das scheinbare Chaos der Zukunft gedanklich zu durchdringen und Konsequenzen für mögliche Entwicklungen aufzuzeigen. Damit sollten Voraussetzungen für eine höhere Bewusstheit und Verantwortlichkeit des menschlichen Handelns geschaffen werden. Das Institut sollte nach den Vorstellungen von Weizsäckers seine wissenschaftliche Tätigkeit auf drei Komplexe konzentrieren: Politik (Weltfrieden, Industriegeellschaft, Entwicklungsländer), Physik (Systemtheorie, Grundlagen der Physik, Biologie und Medizin) und Philosophie (Psychologie und Anthropologie, Religion, klassische Philosophie).

Die Gründung des Instituts war stark vom Geist der 1968er beeinflusst. Es kamen mehrere linke, talentierte junge Wissenschaftler an das Institut, in dem eine sehr offene demokratische Atmosphäre für den Gedankenaustausch und für die Konzipierung der Projekte bestand. Von Weizsäcker konnte Jürgen Habermas als Co-Direktor für die sozialwissenschaftliche Forschung am Institut gewinnen. Die Gründung und Tätigkeit des Instituts stieß auf Widerstand aus der Wirtschaft und der herrschenden Politik, da die im Institut verfolgten Projekte deren Vorstellungen und Interessen widersprachen. Mit der Emeritierung von Weizsäckers wurde das Institut 1980 aufgelöst, ohne dass es in der Zeit seines Bestehens seine Aufgabe, die interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen Wissenschaftsgebiete für die Erforschung und Prognose der Zukunft, ausreichend erfüllen konnte.

In der Sowjetunion beschäftigte sich der Kybernetiker Wiktor M. Gluschkow mit Fragen der Prognosetätigkeit und speziell mit der zukünftigen Entwicklung von EDV-Anlagen und ihrer Anwendung. Auf einer zentralen Beratung zur Weiterführung und Qualifizierung der prognostischen Arbeit in der DDR sprach er über Probleme der Prognose in der UdSSR. In einem Artikel in der »Iswestija« äußerte er den Gedanken »Überholen ohne einzuholen« (Steiner 1999: 445). Dieser sollte in der DDR noch viele Jahre eine nicht unerhebliche Rolle spielen, sowohl hinsichtlich seiner realen Nutzung für Entwicklungssprünge durch die Anwendung neuer Wirkprinzipien auf ausgewählten wissenschaftlich-technischen Gebieten, die es ermöglichen, bestimmte Entwicklungsstufen zu überspringen, als auch in Satiren und Witzen zu übertriebenen und unrealistischen Entwicklungsvorstellungen der DDR-Oberen.

Die Prognosen wurden in dem Buch »Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR«, das 1969 erschien und in dem die Anfor-

derungen des NÖS theoretisch begründet und verallgemeinert werden sollten, mit hochgestochenen Worten als wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der wissenschaftlichen Führungstätigkeit und der Planung im Sozialismus dargestellt. »Die Prognose erweist sich damit als grundlegendes Erfordernis der planmäßigen Gestaltung der intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft. Mit der wissenschaftlichen Analyse und Erforschung der sich objektiv vollziehenden Entwicklungsprozesse im Vergleich mit dem Weltstand auf dem jeweiligen Gebiet werden durch die prognostische Arbeit die Voraussetzungen für die Ausarbeitung von Varianten und darauf fußenden Entscheidungen im Planungsprozess geschaffen. Die Prognose wird zur wichtigsten Grundlage dafür, dass unter Berücksichtigung der Hauptentwicklungsrichtungen von Wissenschaft und Technik sowie der rationellsten volkswirtschaftlichen, zweiglichen, territorialen und betrieblichen Entwicklung Entscheidungsvorschläge erarbeitet und durch ihre Fixierung im Plan Grundlage der schöpferischen Arbeit der Werktätigen werden können.« (Autorenkollektiv 1969: 331)

Die prognostische Tätigkeit in der DDR unterschied sich von den Prognosen, die in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern ausgearbeitet wurden, vor allem durch folgende Merkmale: *Erstens* wurden sie von vornherein nur als langfristige Voraussagen ausgearbeitet. Sie unterschieden sich darin z.B. von den Jahresprognosen, die vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das jeweilige Folgejahr abgegeben wurden. *Zweitens* waren sie auf die Qualifizierung der Pläne gerichtet. Sie waren also von vornherein und sehr eng mit dem Planungsprozess verbunden und sollten gewissermaßen als dessen Vorstufe fungieren. *Drittens* wurde die Ausarbeitung und Auswertung von Prognosen auf der Grundlage eines umfassenden staatlichen Systems prognostischer Tätigkeiten organisiert, geleitet und durchgeführt. Dies galt vor allem für die ersten Jahre einer umfassenden Prognosetätigkeit in der DDR von 1966 bis 1971. *Viertens* erfolgte die Ausarbeitung von Prognosen mit der für die DDR und auch für andere realsozialistischen Länder typischen Ausschlägen nach oben – übertriebene Anwendung auf allen Ebenen und in fast allen Bereichen, überzogene Vorstellungen über den Nutzen von Prognosen – und danach nach unten – vor allem infolge von Enttäuschungen, weil sie die hohen Erwartungen nicht erfüllen konnten und Prognosen auch Anlass für Fehlentscheidungen waren.

Wichtige Orientierungen und Entscheidungen zur Prognosearbeit wurden in dem Beschluss des Ministerrats »Über die Weiterführung der prognostischen Arbeit« vom 20. Oktober 1967 getroffen. Sie betrafen vor allem den Inhalt und die Funktionen der Prognostik, ihre Rolle bei der Ausarbeitung der Perspektivpläne sowie ihre Organisation und Leitung. In diesem Beschluss sind u.a. folgende Festlegungen enthalten (Ministerrat der DDR 1967: 88-92):

»Die prognostische Tätigkeit ist gerichtet auf die Schaffung eines Kenntnisvorlaufs für die Perspektivplanung. Aus der Prognostik sind rückrechnerisch die inhaltlichen Aufgaben zur Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststands und für die Gestaltung der Struktur der Volkswirtschaft abzuleiten. ... Prognosen haben nicht den Charakter von Plandokumenten, die als solche bestätigt werden und verbindlichen Charakter tragen.«

»Im Prozess der Prognosetätigkeit werden verschiedene Stufen der Entscheidungsfindung durchlaufen entsprechend der schrittweisen Erhöhung des Genauigkeitsgrades der Kenntnisse. Mit den Prognosen wird das Wissen erarbeitet, um zum richtigen Zeitpunkt sachkundige Entscheidungen ableiten und treffen zu können. Die für die volkswirtschaftliche Entwicklung wesentlichen Entscheidungen werden zusammengefasst und volkswirtschaftlich eingeordnet in die strukturpolitische Konzeption der Entwicklung der Volkswirtschaft.«

»Mit der strukturpolitischen Konzeption sind der Partei- und Staatsführung begründete Varianten der Strukturentwicklung der Volkswirtschaft vorzulegen. Diese Konzeption bildet nach ihrer Bestätigung die strategische Grundlinie der Volkswirtschaft zur Ausarbeitung der Perspektiv- und Jahrespläne.«

»Die permanente prognostische Tätigkeit schließt ein ständiges aktives Wechselverhältnis zwischen Prognosen, Perspektiv- und Jahresplänen sowie dem erreichten Entwicklungsstand ein.«

»Die Leitung der prognostischen Arbeit mit dem Ziel der Herausarbeitung der effektivsten Strukturkonzeption erfolgt – ausgehend von den Festlegungen der Parteiführung – im Auftrage des Ministerrats durch eine zentrale Arbeitsgruppe beim Präsidium des Ministerrats.«

»Zur Sicherung einer systematischen, koordinierten prognostischen Tätigkeit ist es Aufgabe der Staatlichen Plankommission, die Erkenntnisse aus der prognostischen Arbeit der ständigen Prognosegruppen mit denen aus der Prognose der volkswirtschaftlichen Hauptfaktoren zu konfrontieren und dadurch die Prognose der volkswirtschaftlichen Hauptfaktoren ständig zu qualifizieren.«

»Ausgehend davon informiert die Staatliche Plankommission kontinuierlich die zentralen Staatsorgane und die Räte der Bezirke über die für deren eigenständige prognostische Tätigkeit wichtigen Erkenntnisse und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge entsprechend dem jeweils gegebenen und sich entwickelnden Kenntnisstand.«

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurden fast überall zur Vorbereitung des nächsten Fünfjahrplans Prognosen ausgearbeitet. Die übertriebene Orientierung auf Prognosen und ihre Umsetzung in technologische und strukturpolitische Aufgaben führte zu einer teilweisen Diskreditierung der prognostischen Tätigkeit. Der Grund hierfür lag weniger in der Prognosearbeit selbst als in den oft überzogenen, unrealistischen Forderungen, die aus ihnen abgeleitet wurden.

Die umfassende, systematische und staatlich zentral geleitete Ausarbeitung von Prognosen, vor allem in den zentral festgelegten Ständigen Prognosegruppen, wurde mit dem Abbruch des NÖS 1970/71 auch weitgehend beendet. Analytisch-prognostische Arbeiten wurden zwar auch weiterhin in eigener Verantwortung zentraler Staatsorgane, der Kombinate, in Forschungseinrichtungen wie der Akademie der Wissenschaften der DDR und vom Forschungsrat durchgeführt. Insgesamt wurden jedoch weder während der Hochphase der Prognosearbeit in der DDR noch im Zeitraum danach die potenziell positiven Wirkungen der in Prognosen enthaltenen Kenntnisse konsequent für die Qualifizierung der Pläne genutzt. Dies betraf die Erkenntnisse über wichtige zukünftige Entwicklungstendenzen von Wissenschaft und Technik, der Bedürfnisse der Menschen und ihrer Lebensweise und der knapper werdenden natürlichen Ressourcen ebenso wie das Vorlegen, Erörtern und Entscheiden über alternative Entwicklungsvarianten der in den Prognosen skizzierten langfristigen Prozesse.

Die Prognosen weisen besonders enge Beziehungen zur langfristigen Planung auf, die in der DDR seit Ende der 1960er Jahre für längere Zeiträume von zehn und mehr Jahren durchgeführt wurde. Die Prognosen und die langfristige Planung waren beide auf eine spezifische Art und Weise mit der Strukturpolitik bzw. der Planung strukturbestimmender Aufgaben und Prozesse verflochten. Aus den Prognosen wurden strukturbestimmende Aufgaben, insbesondere für Wissenschaft und Technik und für den Einsatz der Investitionen, abgeleitet. Die wichtigsten wurden als »Durchbruchstellen« der wissenschaftlich-technischen Revolution bezeichnet. Die strukturbestimmenden Aufgaben bezogen sich auf bedeutsame strukturelle Veränderungen in der Volkswirtschaft, in den Bereichen, Zweigen und Territorien und in der Sicherung der Energie- und Rohstoffbasis für die zukünftige ökonomische Entwicklung.

Diese strukturbestimmenden Prozesse und Aufgaben sollten gemeinsam mit der Bestimmung volkswirtschaftlicher Grundproportionen und volkswirtschaftlich wichtiger Verflechtungen das eigentliche Gerüst oder die inhaltlichen Eckpunkte der langfristigen Planung und der Fünfjahrpläne bilden. Zu den volkswirtschaftlichen Grundprozessen und -beziehungen gehörten vor allem das Wachstum des Nationaleinkommens und der industriellen Warenproduktion, die Beziehungen zwischen produziertem und für die Inlandsverwendung verfügbarem Nationaleinkommen, zwischen Konsumtion und Akkumulation, zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion sowie zwischen Neuinvestitionen und Ersatzinvestitionen.

Die konzipierten strukturellen Veränderungen fanden ihren Niederschlag in verschiedenen Planungsinstrumenten, dabei insbesondere in langfristigen Plandokumenten wie der volkswirtschaftlichen Strukturkonzeption, der Konzeption zur langfristigen Energie- und Rohstoffsicherung, den Programmen und wis-

senschaftlich-technischen Konzeptionen (WTK) für die Entwicklung volkswirtschaftlich wichtiger Querschnittsprozesse, die viele Zweige betrafen, für ausgewählte Zweige und Bereiche sowie für wichtige Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen. Nach einem Beschluss der SPK von Ende 1963 sollten zur Vorbereitung des Perspektivplans 1965 bis 1970 Programme für 18 Branchen (deren Anzahl erhöhte sich noch im Verlauf der Planvorbereitung auf 30) und WTK für 122 Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen ausgearbeitet werden (Steiner 1999: 108). Die ausgewählten Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen sollten Träger für eine höhere Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der Effektivität der Investitionen, für die Sicherung der Energie- und Rohstoffbasis, für ein höheres Niveau der Konsumtion sowie für den Export sein.

Im Unterschied zum System einer umfassenden, intensiven und zentral geleiteten prognostischen Tätigkeit wurde die langfristige Planung nach Abbruch des NÖS in den 1970er und 1980er Jahren weitergeführt. Die Festlegung, für welche Prozesse und Aufgaben Programme und Entwicklungskonzeptionen als Vorstufe für die Pläne auszuarbeiten waren, erfolgte im weiteren Verlauf vor allem durch die Ministerien und Kombinate. Die dazu erforderlichen Arbeiten wurden größtenteils in den Kombinat im Rahmen ihrer eigenverantwortlichen Tätigkeit direkt oder unter ihrer Verantwortung von speziellen Arbeitsgruppen durchgeführt.

Die prognostische Tätigkeit erhielt wie bereits erwähnt vor allem in der zweiten Etappe des NÖS eine herausragende Rolle für die weitere Vervollkommnung der Planung. In der SPK wurde 1966 eine Abteilung für Prognose geschaffen, die zum Bereich des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden der SPK, Helmut Lillie, gehörte. Diese Abteilung sollte methodische Grundlagen für die prognostische Tätigkeit ausarbeiten und Voraussetzungen dafür schaffen, die zentralen Prognosegruppen soweit möglich über die Bereitstellung volkswirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu unterstützen. Sie sollte gemeinsam mit den zuständigen Abteilungen der SPK die Ergebnisse der zentralen Prognosegruppen ökonomisch bewerten und diese für die langfristige und Fünfjahresplanung, insbesondere für die Strukturpolitik auswerten. Zugleich wurde in der Abteilung Prognose gemeinsam mit Vertretern aus anderen Abteilungen der SPK und zentralen Staatsorganen sowie mit Wissenschaftlern eine eigenständige prognostische Tätigkeit zur Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses geleistet, die in der »Prognose der volkswirtschaftlichen Wachstumsfaktoren« ihren Niederschlag finden sollte.

Es ist interessant, wie sich in den Veränderungen im Namen der in der SPK neu geschaffenen Struktureinheit für Prognose recht deutlich der Wandel in den Akzenten und Schwerpunkten der Wirtschaftspolitik in der DDR widerspiegelt. 1966 wurde ihre Bildung als Abteilung Prognose beschlossen. Einige Jahre später

erhielt sie den Namen Abteilung Prognose und Strukturentwicklung und wurde Anfang der 1970er Jahre in Abteilung langfristige Planung unbenannt.

Für die Prognosen wurde festgelegt, dass sie »wissenschaftlich begründete Voraussagen über Inhalt, Richtung und Umfang wahrscheinlicher technischer Nutzungsmöglichkeiten, erkennbarer Hauptrichtungen in Wissenschaft und Technik sowie ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse« enthalten sollten.¹⁶

Um eine möglichst einheitliche Orientierung der prognostischen Arbeit und die Nutzung ihrer Ergebnisse für die Qualifizierung der Planung in der DDR zu erreichen, wurden in der Abteilung Prognose der SPK methodische Grundsätze für die Prognosetätigkeit ausgearbeitet. Da es kaum möglich war, sich dazu auf vorliegende Erfahrungen in der DDR zu stützen, beruhten diese weitgehend auf der Auswertung internationaler Literatur zur Zukunftsforschung und Prognosearbeit und auf den Ergebnissen von Konsultationen und Gesprächen mit Vertretern sozialistischer Länder zur Art und Weise, wie sie die Arbeit zur Gewinnung von Kenntnissen über voraussichtliche zukünftige Entwicklungstendenzen organisierten. Dabei spielten die Möglichkeiten für die Anwendung neuer Instrumente und Methoden des Wissenserwerbs mit Hilfe der Kybernetik und mathematisch-ökonomischer Modelle, die die neuen Möglichkeiten der Computertechnik nutzten, eine wichtige Rolle.¹⁷

Unter Berücksichtigung internationaler und auch in der prognostischen Tätigkeit der DDR gesammelter Erfahrungen wollen wir die Prognosemethoden und -verfahren knapp charakterisieren (vgl. Kinze/Müncheberg/Sange 1981: 188f.):

- Methoden der Vorausschau, die auf der Auswertung und Verdichtung vorhandener Sachinformationen beruhen (Delphi-Methode, Interview-Methode, Expertenbefragung u.ä.) sowie auf den Kenntnissen und Erfahrungen der an den jeweiligen Prognosen direkt oder indirekt Beteiligten, z.B. auf der Grundlage von Ideenkonferenzen.
- Methoden zur Bestimmung der voraussichtlichen zukünftigen Entwicklung auf der Grundlage von relativ gesichertem Wissen über die vergangene Ent-

¹⁶ Vorschläge der Arbeitsgruppen des Politbüros zur Qualifizierung der Planung, der Leitung und der Anwendung ökonomischer Hebel (zit. in Steiner 1999: 442).

¹⁷ In dem Buch *Prognoseverfahren in der sozialistischen Wirtschaft* (1970) hebt Hans-Dieter Hausteine die Bedeutung der Operationsforschung und anderer für die Prognostik nutzbaren Theorien und Verfahren hervor, wie Problemtheorie und theoretische Heuristik als Schlüssel für Prozesse der Ideenfindung, Spieltheorie, statistische Entscheidungstheorie, Theorie der Zufallsprozesse zur stärkeren Berücksichtigung des Wahrscheinlichkeitscharakters der Zukunft, die kybernetische Systemanalyse zur Analyse der Entwicklung großer Systeme (Hausteine 1970: 22ff.).

wicklung. Dazu sollten u.a. Zeitreihen- und Trendextrapolationen, historische Analogien, Invarianzenforschung genutzt werden. Dabei musste beachtet werden, dass sich die Brüche in der zukünftigen Entwicklung mit diesen Methoden nicht oder kaum berücksichtigen und im wesentlichen nur relativ grobe Aussagen treffen lassen. Für die Qualifizierung solcher Aussagen müssen Methoden genutzt werden, mit deren Hilfe es gelingen kann, tiefer in qualitative und quantitative Entwicklungszusammenhänge einzudringen. Hierzu gehören Querschnitts- und Strukturanalysen, Input-Output-Analysen, Korrelations- und Faktorenanalysen.

- Methoden der normativen Vorausschau, die darauf gerichtet sind, ausgehend von einer bestimmten Zielstellung rückschauend bis zur Gegenwart erforderliche Voraussetzungen und Strategien zu bestimmen, um diese Zielstellung in einer bestimmten Zeitspanne zu erreichen. Hierfür sollten Verfahren wie Entscheidungsmatrizen, Zielbäume, Netzwerktechnik, spieltheoretische Modelle genutzt werden.

- Methoden zur Erhöhung der Prognosesicherheit. »Die Prognosesicherheit hängt ab von ihrer Wahrheit, von ihrer logischen Widerspruchsfreiheit, von der Entwicklung der konkreten Realisierungsbedingungen, vom Wirken der Zeitkomponente und von den zulässigen Toleranzen.« (Haustein 1969: 61)
- Vom Politbüro der SED war von vornherein festgelegt worden, die Prognosearbeit zentral, von oben, zu leiten. Dies bezog sich sowohl auf die Festlegung der Gebiete, für die vor allem Prognosen erarbeitet werden sollten, und die inhaltlichen Anforderungen als auch auf die Aufgabe, bei unterschiedlichen Auffassungen unter den Experten der Prognosegruppen Varianten zu alternativen Möglichkeiten der Entwicklung vorzulegen.

Um die notwendigen Entscheidungen zu volkswirtschaftlich wichtigen Fragen auf der Grundlage der Prognosen treffen zu können, wurde festgelegt, dass die in den Prognosen getroffenen Voraussagen den voraussichtlichen internationalen Stand und den bisher in der DDR erreichten Stand aufzeigen sowie die Wege und Bedingungen sichtbar machen sollten, um den internationalen Stand zu erreichen (vgl. Steiner 1999: 443).

In einer Publikation zur langfristigen Planung aus dem Jahr 1981, an der die Autoren der vorliegenden Studie beteiligt waren, konnten bereits einige Erfahrungen der Ausarbeitung von Prognosen ausgewertet werden. Die Prognosetätigkeit wird dabei mit folgenden Worten charakterisiert:

»Die analytisch-prognostische Arbeit dient der Schaffung des erforderlichen Kenntnisvorlaufs für die Planung, insbesondere für die langfristige Planung. Sie untersucht den Verlauf objektiver Prozesse, die Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung und damit auf die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistungsfä-

higkeit haben. Im Mittelpunkt der analytisch-prognostischen Arbeit stehen Fragen der sozial-ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung.

Mit der prognostisch-analytischen Arbeit werden mögliche Ziele erkundet sowie reale Lösungswege gesucht und bewertet. Dazu müssen auf den Prognosegegenstand bezogene Entwicklungsvarianten ausgearbeitet werden, die die möglichen Realisierungswege und deren ökonomische, soziale und andere wichtige Auswirkungen enthalten.

Entsprechend dem sich ständig beschleunigenden wissenschaftlich-technischen Fortschritt und den zunehmenden Erkenntnissen aus den Natur- und Gesellschaftswissenschaften erwächst die Notwendigkeit, die vorgeschlagenen Lösungswege immer wieder zu überprüfen und auf den neuesten Stand zu bringen. Die Prognosearbeit muss daher permanent betrieben werden.« (Kinze/Müncheberg/Sange 1981: 183)

Als wichtige Voraussetzungen für die Qualität der analytisch-prognostischen Arbeit und für die Umsetzung ihrer Ergebnisse wurden hervorgehoben: (1) Sicherung der Informationsbasis im erforderlichen Umfang und in der notwendigen Qualität; (2) Vergleichbarkeit der Informationen und der verwendeten Daten in zeitlicher und sachlicher Hinsicht, wozu auch die Eliminierung störender Einflüsse gehört; (3) Herstellung enger Verflechtungen mit der langfristigen Planung; (4) Eine hohe Komplexität und Erfassung wichtiger Verflechtungen in den prognostischen Aussagen. Die Prognoseergebnisse sind insbesondere dann von Nutzen für die Planung, wenn es gelingt, wesentliche Veränderungen im jeweiligen Prognosebereich nicht nur in ihren fördernden, sondern ebenso in ihren hemmenden Wirkungen widerzuspiegeln. (5) Die Prognosen sollten so weit wie möglich die realen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten für die Umsetzung der Prognoseergebnisse sowie die Sicherheit, mit der die Prognoseaussagen getroffen werden, beachten und soweit möglich auch direkt benennen (vgl. hierzu ebd. 184ff.).

Um die für die Vorbereitung der Pläne notwendigen prognostischen Erkenntnisse in einer möglichst hohen Qualität bereitzustellen, wurden für volkswirtschaftlich komplexe und übergreifende Probleme sowie für die wichtigsten Gebiete der wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung Ständige Prognosegruppen gebildet. Eine Zusammenstellung dieser 17 Ständigen Prognosegruppen vermittelt einen Einblick in die Komplexität und die vielfältigen Verflechtungen der prognostischen Tätigkeit in der DDR in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre:

Prognose Entwicklung Volkswirtschaftlicher Hauptfaktoren

Prognose Wissenschaftsentwicklung

Prognose Entwicklung der Energiewirtschaft

- Prognose Automatisierung, Rationalisierung und Fertigungstechnik in der metallverarbeitenden Industrie
- Prognose Anwendung der EDV
- Prognose Entwicklung strukturbestimmender Erzeugnisse der Elektronik und des wissenschaftlichen Gerätebaus
- Prognose Chemisierung der Volkswirtschaft
- Prognose Bauwesen einschließlich Baumaterialienindustrie
- Prognose Land- und Nahrungsgüterwirtschaft
- Prognose Verkehrswesen und rationelle Gestaltung der Transportprozesse
- Prognose Gestaltung der Rohstoffbasis und der Materialstruktur der DDR
- Prognose Geologie
- Prognose Bildungswesen
- Prognose Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung
- Prognose Rationelle Standortverteilung
- Prognose Entwicklung der bezirksgeleiteten Industrie
- Prognose Entwicklung des Verpackungswesens

Diese Übersicht macht deutlich, dass das Ziel der prognostischen Tätigkeit, für die langfristigen Pläne und die Fünfjahrpläne notwendige Vorbereitungs- und Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, relativ detailliert und systematisch in Angriff genommen wurde. Die meisten Bereiche und Zweige der materiellen Produktion sind erfasst. Auffällig ist, dass die Konsumgüterzweige, die für die Versorgung der Bevölkerung und für Veränderungen im Niveau und der Struktur der Konsumtion wichtig sind, nur über die Elektronik und die Chemisierung enthalten sind. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung und ihre Einflüsse auf die gesamte Volkswirtschaft werden insbesondere über die Prognosen Wissenschaftsentwicklung, Automatisierung, Rationalisierung und Fertigungstechnik in der metallverarbeitenden Industrie, Anwendung der EDV und Chemisierung der Volkswirtschaft erfasst. Über die Prognose der Standortverteilung der Produktivkräfte sollten wichtige Veränderungen in der Entwicklung der regionalen Strukturen, u.a. die Reduzierung regionaler Niveauunterschiede zwischen den Nord- und den Südbezirken, charakterisiert werden. Unter diesen 17 Ständigen Prognosegruppen vermisst man eine Prognose zur Entwicklung der natürlichen Umwelt und den sich daraus ergebenden Konsequenzen. Dies wurde etwas später mit der Bildung einer zentralen Prognosegruppe zur Ausarbeitung der Prognose Sozialistische Landeskultur und Umweltgestaltung nachgeholt. Die Ergebnisse dieser letztgenannten Prognose wurden jedoch wahrscheinlich mit am wenigsten bei der praktischen Umsetzung berücksichtigt.

Kritisch muss auch erwähnt werden, dass mit Ausnahme der Prognose Bildung die Bereiche der für die öffentliche Daseinsvorsorge entscheidenden Dienstleistungen – wie Gesundheit, Kultur, soziale Betreuung und Pflege – nicht direkt

bei der Festlegung der Ständigen Prognosegruppen berücksichtigt wurden. Einige für die Entwicklung dieser Bereiche wichtige Prozesse konnten mit der Prognose Arbeits- und Lebensbedingungen erfasst werden. Im Rahmen der langfristigen Planung wurde dieses Versäumnis teilweise behoben, indem Materialien zur Entwicklung der medizinischen und sozialen Betreuung bis zum Jahr 2000 ausgearbeitet wurden (vgl. hierzu Kapitel 5).

Auffällig ist weiterhin, dass die mit der Entwicklung der Infrastruktur verbundenen Aufgaben, die für die langfristige Entwicklung der Volkswirtschaft und der gesamten Gesellschaft von herausragender Bedeutung sind und hohe Anforderungen an die Bereitstellung von Investitionen stellen, mit Ausnahme des Transports bei den Entscheidungen zur Bildung Ständiger Prognosegruppen nicht berücksichtigt wurden.

Es gab zwar mit der Prognose Rationelle Standortverteilung der Produktivkräfte eine Prognosegruppe, die sich mit Grundprozessen der regionalen Entwicklung beschäftigte, insgesamt hätten aber Probleme der Entwicklung in den Regionen eine größere Rolle in der Prognostik spielen müssen. Die Menschen leben und arbeiten in Regionen. Durch die regionale Entwicklung wird die Entwicklung der zukünftigen Lebensweise entscheidend beeinflusst. Die regionale Entwicklung erhält auch mit dem notwendigen sozial-ökologischen Umbau ein höheres Gewicht, etwa bei der Herausbildung regional verflochtener Produktionsketten, der Erschließung regionaler Potenziale zur verstärkten Nutzung regenerativer Energiequellen, der Entwicklung einer biologischen Landwirtschaft.

In einem Beschluss des Staatsrats der DDR aus dem Jahr 1969 zur weiteren Gestaltung des Systems der Planung und Leitung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden wird der Prognosearbeit eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung der Territorien beigemessen. Demnach werde die Prognostik jedoch vor allem bei Fragen der Konzentration der Produktion angewandt. Kritisch muss hier auch das Fehlen von Vorstellungen genannt werden, wie die Bevölkerung an der Prognosearbeit beteiligt werden kann. Gerade auf regionaler und vor allem kommunaler Ebene bestehen günstige Bedingungen für eine neue Qualität der Verflechtungen von Wissenschaft, Tätigkeit staatlicher Organe und demokratischer Teilhabe der dort lebenden Bevölkerung.

Schließlich muss auch kritisch erwähnt werden, dass es keine Prognose gab, die sich direkt mit dem Einfluss der Automatisierung und anderer neuer technologischer Prozesse auf die Veränderungen der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsorganisation, auf Möglichkeiten der Verkürzung der Arbeitszeit sowie vor allem auf die stärkere Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung der Pro-

duzenten in der Arbeit beschäftigte, obwohl gerade das für eine sozialistische Gesellschaft wichtig war.

In einem Beschluss des Ministerrats über die Weiterführung der prognostischen Arbeit vom Oktober 1967 wurde festgelegt, zur Anleitung, Orientierung und Koordinierung der prognostischen Arbeit in der DDR eine »Zentrale Arbeitsgruppe beim Präsidium des Ministerrats der DDR für die Leitung der prognostischen Tätigkeit« zu schaffen. Sie wurde zuerst direkt vom Vorsitzenden des Ministerrats Willi Stoph, später durch den Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Wissenschaft und Technik Herbert Weiz geleitet. In dieser Arbeitsgruppe wurden in den Jahren 1969 bis 1971 mehrere Beratungen durchgeführt, in denen die Arbeitskonzepte der Ständigen Prognosegruppen nach kritischen Hinweisen bestätigt, vorliegende Ergebnisse der Prognosearbeit beraten, kritisch bewertet und Schlussfolgerungen für deren Umsetzung gezogen sowie insgesamt Aufgaben für die Weiterführung und die Qualifizierung der Prognosen festgelegt wurden.

In einer »Zusammengefassten Einschätzung der bisherigen Durchführung der prognostischen Arbeit und einige sich daraus ergebende Schlussfolgerungen« (Mai 1969)¹⁸ werden die Ergebnisse der Ständigen Prognosegruppen insgesamt als positiv gewürdigt. Als bewährte Prinzipien der Prognosearbeit, an deren qualifizierter Durchsetzung jedoch noch intensiv zu arbeiten sei, und Aufgaben für die Zukunft werden u.a. genannt:

- die enge Verbindung zwischen zentralen Prognosen und der eigenständigen, in eigener Verantwortung der Ministerien, Kombinate und wissenschaftlichen Einrichtungen durchgeführten prognostisch-analytischen Arbeiten.
- eine prognostisch-analytische Arbeit auf allen Ebenen, von der Zentrale bis zu den Wirtschaftseinheiten, Forschungseinrichtungen und territorialen Organen. Dies blieb noch relativ unterentwickelt. Die Wechselwirkungen wurden zu wenig beachtet.
- ein ständiger Prozess der Zusammenarbeit und des Meinungsaustauschs zwischen Wissenschaftlern, Technikern, Ökonomen, Leitungskräften und anderen Praktikern. Dabei entsprach die Zusammensetzung der Prognosegruppen nicht immer dieser Voraussetzung für eine hohe Qualität und Wirksamkeit der Prognosearbeit.
- Die SPK erhält für ihre Planungstätigkeit wertvolle Grundlagen, die jedoch kontinuierlicher verarbeitet werden müssen. Die Nutzung der Prognoseergebnisse in der Planung war auf den verschiedenen Gebieten recht differenziert, positiv wurden die Elektronik, kritisch die Chemie genannt. Insgesamt

¹⁸ Vgl. Bundesarchiv: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv – SAPMO, DC 20, 27715.

wurde gefordert, die Verflechtungen zwischen Prognosen und Planung enger und effektiver zu gestalten, dabei jedoch zu verhindern, dass die prognostische Tätigkeit zur Aufdeckung neuer Entwicklungen auf den verschiedenen Gebieten durch »Bilanzierungsprobleme« gehemmt wird.

- Es gilt, die Verflechtung zwischen prognostischen Aussagen zu wissenschaftlich-technischen Entwicklungsprozessen und ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Wirkungen weiter zu qualifizieren; dies betrifft insbesondere Veränderungen in der Lebensweise der Menschen und in den Beziehungen Technik-Mensch.
- Die Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit kann wesentlich zur Qualifizierung der Prognoseaussagen und auch zu einer höheren Prognose-sicherheit beitragen.

Zu den positiven Wirkungen der intensiven Prognosearbeit in den Jahren 1967 bis 1971 gehören u.E. die Erweiterung der Kenntnisbasis und der Zeithorizonte für zukünftige Entwicklungstendenzen auf Hauptgebieten von Wissenschaft und Technik und Entwicklung der Produktionsstruktur sowie ein höheres Verständnis für die engen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Technik auf der einen und der Ökonomie auf der anderen Seite. Dies betraf sowohl die inhaltlichen Verflechtungen und Wechselwirkungen, als auch die engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Technikern und Ökonomen. Es gelang auch, einen weit größeren Kreis von Menschen, darunter einen großen Teil Wissenschaftler, in eine wichtige Phase der Planvorbereitung einzubeziehen und damit ihr schöpferisches Potenzial für eine aktive Gestaltung der Zukunft zu nutzen.

Zu Mitgliedern der 17 Ständigen Prognosegruppen wurden insgesamt über 240 erfahrene Wissenschaftler, staatliche Leiter und Praktiker berufen. Davon kamen 98 aus zentralen Staatsorganen, 5 aus örtlichen Staatsorganen, 95 waren Wissenschaftler aus Instituten, 39 kamen aus VVB und Kombinat sowie 5 aus Parteien und Massenorganisationen. In die Arbeiten der Prognosegruppen waren mehr als 2.400 Menschen einbezogen.¹⁹

Die Beratung von Ergebnissen der prognostisch-analytischen Arbeit in den jeweiligen Prognosegruppen war oft mit kontroversen und zugleich fruchtbaren und anregenden Diskussionen verbunden. Die Zeit, in der sie in den Ständigen Prognosegruppen gearbeitet hatten, blieb den Mitgliedern meist als eine insgesamt schöpferische und interessante Arbeitsphase in guter Erinnerung. Der Erfahrungsaustausch mit den für die Prognosearbeit Verantwortlichen anderer RGW-Länder, insbesondere der UdSSR und der ČSSR, und gemeinsame Arbeiten zur Bewertung wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Tendenzen

¹⁹ Vgl. SAPMO, DC 20, 27715, Anlage 8.

trugen zur Qualifizierung der Arbeiten bei und festigten die freundschaftlichen Kontakte zwischen den Menschen der daran beteiligten Länder.

In der oben erwähnten zusammenfassenden Einschätzung der bisherigen Prognosetätigkeit vom Mai 1969 und den Beratungen der zentralen Arbeitsgruppe des Ministerrats zu den Ergebnissen der 17 Prognosegruppen, die 1970 stattfanden, wurde hervorgehoben, dass durch die Prognosen wertvolle Erkenntnisse für die Qualifizierung der Perspektivpläne gewonnen wurden, dass aber insgesamt die Arbeitsergebnisse der Prognosegruppen noch nicht die Aussagekraft und Qualität aufwiesen, um umfassend für die Arbeiten zur Planvorbereitung genutzt werden zu können. Als generelle Schwächen wurden u.a. genannt:²⁰

- Es wird nicht konsequent genug von der voraussichtlichen Entwicklung des internationalen wissenschaftlich-technischen Höchststands ausgegangen. Der Vergleich mit dem gegenwärtigen Stand in der DDR ist in vielen Fällen nicht genügend aussagefähig. Es werden zu wenig Schlussfolgerungen und Alternativen für das Erreichen des sich entwickelnden wissenschaftlich-technischen Höchststandes vorgelegt.
- Die qualitativen Umschlagspunkte in Wissenschaft und Technik sowie in der Ökonomie werden zu wenig sichtbar und es erfolgt noch keine ausreichende Orientierung auf qualitativ neue Prinziplösungen.
- Die Aussagen zu neuen Technologien und strukturellen Veränderungen sind meist nicht konkret genug, um sie direkt für die Planung verwenden zu können. Die ökonomische Bewertung von Substitutionsprozessen, insbesondere in der Energieträger-, Rohstoff- und Materialstruktur, sowie von strukturellen Veränderungen der Produktionsergebnisse sind größtenteils für das Treffen von Entscheidungen nicht ausreichend.
- In den Prognosen wurden die Verflechtungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, darunter zu den realen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR, zu wenig beachtet.

Unter Berücksichtigung der strukturellen Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus, die letztlich zu seinem Scheitern führten, wollen wir versuchen, unter Nutzung schon damals vorliegender Einsichten einige Probleme und Defizite der prognostischen Tätigkeit in der DDR aus heutiger Sicht darzustellen.

- Die Voraussagen beruhten nicht selten auf einer relativ unsicheren, insgesamt unzureichenden analytischen Basis. Oft wurde für die Zukunft einfach eine

²⁰ Vgl. hierzu auch »Übersicht und Kurzeinschätzungen der Prognosen, die von den Ständigen Prognosegruppen des Ministerrats ausgearbeitet wurden«, die in der Zentralen Arbeitsgruppe des Ministerrats zur Leitung der prognostischen Arbeit im Jahre 1970 beraten und verteidigt wurden (SAPMO, DF 4, 11442, Anlage 2).

geradlinige Fortsetzung der aktuellen Entwicklung ohne Brüche vorausgesetzt. Eine nähere Prüfung zeigte dann, dass der Realitätsgehalt der prognostischen Einschätzung sowohl für die Entwicklung in den Vergleichsländern (für die DDR insbesondere in der BRD), als auch für die eigene Entwicklung nicht ausreichte, um daraus zuverlässige Entscheidungen für die Zukunft abzuleiten.

- Die Wirksamkeit »sozialistischer Vorzüge« für das Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, eine hohe Dynamik der Produktivität und die Verbesserung der Effektivität wurde meist überschätzt, während die realen Hemmnisse, die den staatssozialistischen Eigentumsverhältnissen und den zentralistischen Leitungsstrukturen immanent waren, unterschätzt wurden. Hieraus ergaben sich eine häufig unrealistische Herangehensweise sowie der starke Einfluss subjektiver Vorstellungen insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten und der veranschlagten Zeitspannen für das Aufholen wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Rückstände. Von Nachteil war auch, dass in den Prognosen oft nur der gegenwärtige Weltstand und kaum prinzipiell neue Lösungen enthalten waren.
- In einigen Prognosen aufgedeckte und beschriebene neue technologische und Wirkprinzipien wurden hinsichtlich ihrer generellen Anwendungsmöglichkeiten meist überschätzt, während die hierfür zu schaffenden materiell-technischen Voraussetzungen unterschätzt wurden. Dies betraf insbesondere die generelle Anwendung automatisierter Fließverfahrenszüge in der Chemie und die Chemisierung der Volkswirtschaft, die umfassende Einführung computergestützter, automatisierter Systeme der Produktionsvorbereitung, um die Zeiten und den Aufwand bei der Überführung und Nutzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen für neue Technologien und Erzeugnisse zu verringern, sowie die zunehmende Durchsetzung geschlossener Stoffkreisläufe von der Rohstoffgewinnung bis zum Wiedereinsatz der Rückstände in neuen Kreisläufen, um den Verbrauch an Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen spürbar zu senken.
- Die Prognosegruppen arbeiteten größtenteils selbständig, ohne ausreichende Verbindung untereinander. Die Folge war, dass Verflechtungen und gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Prognosen zum großen Teil nur unzureichend beachtet wurden.
- Die Prognosen waren sehr stark auf die Bestimmung zukünftiger wissenschaftlich-technischer Tendenzen und Entwicklungsprozesse gerichtet, während die für die Umsetzung der prognostizierten Entwicklung notwendigen ökonomischen Ressourcen meist zu wenig aufgezeigt wurden. Dadurch wurde die Umsetzung prognostischer Erkenntnisse in die langfristige Planung erschwert und in vielen Fällen verhindert.

- Ein möglichst hohes ökonomisches Wachstum blieb in der prognostischen Tätigkeit ein bestimmendes Ziel. Durch die Nutzung grundlegend neuer wissenschaftlich-technischer Ergebnisse und ihre Umsetzung in neue Technologien und Erzeugnisse für ein höheres ökonomisches Wachstum sollten die vorhandenen Rückstände gegenüber der BRD aufgeholt werden. Die Systemkonkurrenz erwies sich als »Wachstumstreiber par excellence« (Welzer/Wiegandt 2013: 52).
- Für die gesamte prognostische Tätigkeit gab es auch ein Missverhältnis zwischen der dominierenden Orientierung auf technologische und strukturelle Prozesse und dem relativ geringen Bemühen, lebensweltliche und Mentalitäts-Veränderung der Menschen sowie langfristige Tendenzen in der Herausbildung neuer Lebensstile aufzudecken.
- In den Prognosen, darunter auch in der Prognose der volkswirtschaftlichen Wachstumsfaktoren, wurden die engen Verflechtungen zwischen den wissenschaftlich-technischen Entwicklungsprozessen und dem Wandel der Produktionsstrukturen, der Konsummuster und der Institutionen auf der einen und dem Handeln der Akteure auf der anderen Seite unzureichend analysiert und berücksichtigt. Es wurde zu wenig beachtet, dass die in den Prognosen vorausgesagten zukünftigen Entwicklungsprozesse und Veränderungen sich im Rahmen von Transformationen technologischer, ökonomischer und kulturell-sozialer Strukturen vollziehen, die durch das Handeln und durch Innovationen von Akteuren ausgelöst und vollzogen werden. Hierfür sind wiederum die institutionellen Bedingungen von Bedeutung, insbesondere als System von Regeln und Mechanismen, die dazu dienen, das menschliche Miteinander zu organisieren (vgl. hierzu ebd. 131).
- In der prognostischen Tätigkeit wurden mögliche und absehbare weltwirtschaftliche Veränderungen und Probleme der internationalen Arbeitsteilung, die die langfristige wirtschaftliche Entwicklung der DDR stark beeinflussten, zu wenig untersucht und beachtet. Dies betraf insbesondere die veränderten Bedingungen der Energie- und Rohstoffsicherung und die realen Möglichkeiten für die internationale Zusammenarbeit bei der Anwendung neuer wissenschaftlich-technischer Prinziplösungen mit einer hohen Komplexität und großen Anforderungen an die ökonomischen Ressourcen. Besonders hier zeigen sich die Schwierigkeiten, Unsicherheiten und auch die begrenzten Möglichkeiten, im Rahmen der nationalen Prognosen zuverlässige Aussagen zu treffen.
- Insgesamt blieb die prognostische Tätigkeit auf einen ausgewählten Kreis begrenzt. Es gab kaum eine Beteiligung der von den Prognoseergebnissen betroffenen Menschen. Die Möglichkeiten, im Rahmen der Prognosen verschiedene Alternativen auszuarbeiten, und diese dann in einem breiteren Kreis

offen zu diskutieren, wurden nicht genutzt. Besonders offensichtlich wurden die Demokratiedefizite bei den Prognosen, die das zukünftige Leben und Arbeiten der Menschen betrafen, deren Ergebnisse geheim blieben und nicht demokratisch erörtert werden durften.

Im Sommer 1968 wurde unter Nutzung vorliegender Prognosen die erste Strukturpolitische Konzeption der DDR zur Vorbereitung des Perspektivplans 1971-1975 vorgelegt. Auf ihrer Grundlage wurde im September desselben Jahres ein Konzept der Volkswirtschaftlichen Grobentwicklung für diesen Zeitraum verabschiedet, das der Erarbeitung der Planangebote von unten zugrundegelegt werden sollte.

In den folgenden Monaten wurden jedoch auf Druck von Ulbricht und Mittag die volkswirtschaftlichen Zielstellungen für das Wachstum des Nationaleinkommens und der volkswirtschaftlichen Produktivität wesentlich über dieses schon sehr anspruchsvolle Konzept hinaus erhöht, um das Ziel zu erreichen, die Bundesrepublik bis 1975 oder spätestens 1977/78 in der Produktivität einzuholen. Die von der Plankommission vorgeschlagenen, schon sehr hohen Wachstumsraten von Produktion und Produktivität wurden erhöht, ohne dass es dafür stichhaltige Begründungen und Berechnungen gab und ohne eine neue Bilanzierung von Aufkommen und Verwendung vorzulegen (vgl. Steiner 1999: 144ff.). Die überhöhten Zielstellungen wurden nicht erreicht. Das trug dazu bei, das Vertrauen in die Regelungen des NÖS, insbesondere solche, die sich auf die Umsetzung von Prognosen, die vorrangige Planung strukturbestimmender Aufgaben und das Prinzip der Rückrechnung bezogen, weiter zu untergraben.

Probleme der Strukturentwicklung und Aufgaben einer Planung der grundlegenden volkswirtschaftlichen Strukturprozesse wie auch konkreter struktureller Veränderungen in den Zweigen und Bereichen spielten auch in der Zeit nach Abbruch des NÖS in der DDR eine wichtige Rolle. Das gilt ebenfalls, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, für die Fortführung der prognostisch-analytischen Arbeiten zu deren besserer Begründung.

Ende 1972 fand eine Arbeitsberatung zur Durchführung prognostischer Arbeiten in der DDR nach den Beschlüssen des VIII. Parteitagés der SED statt.²¹ In einem Grundsatzreferat wurde die Notwendigkeit betont, die prognostischen Arbeiten fortzuführen, und ihre spezifische Bedeutung für die Vorbereitung der Pläne hervorgehoben. Sie sollten in Auswertung bisheriger Erfahrungen in den Prognosegruppen stets eng mit den Planungsprozessen verbunden werden und

²¹ Aus den im Bundesarchiv/SAPMO enthaltenen Unterlagen wird nicht deutlich, in welchem Rahmen diese Beratung stattfand und wer das einleitende Referat hielt. Es ist anzunehmen, dass es sich um eine Beratung des Zentralen Arbeitsstabes Prognose und um das Referat des Leiters dieses Arbeitsstabes Gerhard Montag handelt.

Grundlagen dafür schaffen, die real möglichen und notwendigen Schritte zur weiteren Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit größter Sicherheit zu bestimmen. Da, wo die Planaufgaben vorbereitet und durchgeführt werden, müsse auch entschieden werden, zu welchen Problemstellungen der Planung prognostische Erkenntnisse benötigt werden. Die prognostischen Arbeiten sollten vor allem darauf konzentriert werden, jene wissenschaftlich-technischen Entwicklungsprozesse sichtbar zu machen, die Auswirkungen auf die Strukturentwicklung haben würden. Es müsse auch beachtet werden, dass nach den vorliegenden Erfahrungen das Aufzeigen der vielen neuen wissenschaftlich-technischen Entwicklungen womöglich übertrieben optimistische Erwartungen wecken könne und die Widersprüche und Schwierigkeiten ihrer Realisierung unterschätzt würden.²²

Ungeachtet der Schwächen der in der DDR, der Sowjetunion und anderen RGW-Staaten praktizierten langfristigen Planung können daraus für die Zukunft wichtige Erfahrungen gewonnen werden:

1. Ein rechtzeitiges Einstellen auf zukünftige Herausforderungen verlangt Orientierungen für die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung, die einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahre umfassen, d.h. wesentlich über den Rahmen einer kurzfristigen Prognose oder eines Fünfjahrplans hinausgehen. Diese Notwendigkeit wird durch die umweltpolitischen Gefahren und Probleme, vor denen wir stehen und die durch gemeinsame Anstrengungen der Weltgemeinschaft bewältigt werden müssen, noch verstärkt. Dies betrifft u.a. die in den Industrieländern notwendige schrittweise Umstellung auf eine wirtschaftliche Entwicklung und auf einen Wohlstand, die nicht mit einem weiteren Wachstum der materiellen Produktion verbunden sind. Die Tiefe der hierfür erforderlichen Umstellungen in der Produktion und Lebensweise der Menschen erfordern einen langen zeitlichen Erkenntnisvorlauf und verbindliche Festlegungen zu den erforderlichen Maßnahmen und Schritten, die Gegenstand einer langfristigen Entwicklungsplanung sein sollten.
2. Eine zukunftsorientierte und möglichst realistische langfristige Planung sollte auf fundierten prognostischen Einschätzungen vor allem zu folgenden komplexen Problemen beruhen:
 - zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik, insbesondere zu voraussichtlichen neuen Erkenntnissen mit einem tiefgreifenden Einfluss auf die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsstrukturen;
 - zu den veränderten Umweltbedingungen hinsichtlich der stark eingeschränkten Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen und der notwen-

²² Vgl. SAPMO, DF4/11442.

- digen radikalen Verringerung der Umweltbelastungen durch den CO₂-Ausstoß und anderer schädlicher Abfälle;
- zu den tiefgreifenden Veränderungen in den Wohlstandskriterien und deren Zusammenhang mit der Bedürfnisentwicklung der Menschen.
3. Eine solche Planung muss von einem hohen Grad demokratischer Partizipation der Bevölkerung an der Erarbeitung und Entscheidung der grundlegenden Ziele und Realisierungswege langfristiger Pläne bzw. Konzepte getragen werden, da es sich um Entscheidungen handelt, die die Lebensbedingungen und -chancen der Menschen weitgehend bestimmen werden. Für die qualifizierte Vorbereitung von Entscheidungen zur langfristigen Entwicklung ist der internationale Erfahrungs- und Gedankenaustausch zwischen den Ländern, dabei besonders innerhalb der übernationalen regionalen Wirtschaftsböcke, bis zur Ausarbeitung gemeinsamer Projekte eine unerlässliche Bedingung.
 4. Die Planung muss auf grundlegende, vor allem neu auftretende Entwicklungsprobleme konzentriert werden und von einem Ballast vieler Einzelfragen befreit sein. Es ist zweckmäßig, eine langfristige Planung auf folgende drei Elemente zu konzentrieren: (1) Entwicklung der grundlegenden volkswirtschaftlichen Proportionen der Produktion und Verwendung des BIP bzw. anderer zusammengefasster volkswirtschaftlicher Indikatoren. (2) Entwicklung der für die Zukunft wichtigen volkswirtschaftlichen und Bereichsstrukturen – der materiellen Produktion, der öffentlichen Daseinsvorsorge und Dienstleistungen, der Infrastruktur und der Regionalstruktur – sowie (3) Entwicklung wichtiger volkswirtschaftlicher Querschnittsprozesse wie Prozesse des sozialökologischen Umbaus – Energiewende, neue Mobilität, veränderte Lebensstile – sowie Digitalisierung der Informations- und Kommunikationsprozesse.
 5. Planung erfordert die Ausarbeitung, Bewertung und öffentliche Diskussion von Alternativen/Varianten sowohl zu den angestrebten Zielen als auch zu den hierfür vorgesehenen Realisierungswegen.

Mit anderen Worten: Der Wahrscheinlichkeitsgrad des Eintreffens von Aussagen volkswirtschaftlicher Prognosen hängt ab von der realistischen Einschätzung sowohl des wissenschaftlich-technischen Potenzials, der Innovations- und Investitionskraft der Volkswirtschaft, der Entwicklung der Lebensweise und Bedürfnisstrukturen der Bevölkerung als auch von der Entwicklung der internationalen Stellung und der Integration der jeweiligen Volkswirtschaft in die transnationale und globale Arbeitsteilung.

Es ist interessant, dass es etwa zur selben Zeit auch in der Bundesrepublik eine Art langfristiger Planung gab. Auf dem Saarbrücker Parteitag der SPD 1970 wurde der Beschluss gefasst, »eine Kommission einzusetzen, die auf der Grund-

lage des Godesberger Grundsatzprogramms ein langfristiges gesellschaftspolitisches Programm erarbeitet, das konkretisiert und quantifiziert sein muss« (Langzeitprogramm 1972: 25). Mit dieser Aufgabenstellung »wurde in der Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal ein langfristiges gesellschaftliches Planungskonzept für eine politische Partei gefordert« (ebd.). Mit diesem als »Orientierungsrahmen '85« bekannt gewordenen Konzept sollte die ökonomische Machbarkeit der im Godesberger Programm enthaltenen Ziele nachgewiesen werden. Hierfür wurde eine Langzeitkommission gebildet. Es wurde hervorgehoben, dass die Schwerpunkte in der Verwendung des Sozialprodukts verändert werden müssen. Insbesondere die öffentlichen Investitionen für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit sollten erhöht werden. Weiterhin wird festgestellt: »Ohne eine solche Planung und Lenkung sind die sozialen und strukturellen Probleme der Zukunft nicht zu lösen.« (ebd. 28) Um die Ziele zu erreichen, wurde im Orientierungsrahmen '85 für den bevorstehenden Zeitraum ein realer Zuwachs des Bruttosozialprodukts von jährlich 5% als notwendig angesehen. Relativ rasch erwiesen sich die zugrundegelegten Wachstumsraten und die vorgesehenen Veränderungen der Verwendungsstrukturen des Sozialprodukts zugunsten öffentlicher Investitionen als völlig illusorisch. Die durchschnittliche Wachstumsrate erreichte in den 15 Jahren 1971-1985 mit 2,2% nicht einmal die Hälfte der vorgesehenen Größe von 5%. Entgegen der geforderten Veränderung der Verwendungsproportionen des Sozialprodukts zugunsten von Investitionen für Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge vollzog sich der Übergang zu einer neoliberalen Deregulierung und Privatisierung öffentlichen Eigentums mit den entgegengesetzten Resultaten. So scheiterte diese kurze Phase des Versuchs einer langfristigen Planung in Westdeutschland relativ rasch an den Realitäten der vom Profitstreben gesteuerten kapitalistischen Marktregulierung.²³

²³ Eine kritische Kommentierung dieses Orientierungsrahmens '85 ist vom Projekt Klassenanalyse unter dem Titel »Krise des Kapitalismus – SPD als Ausweg? Orientierungsrahmen '85« veröffentlicht worden in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 2/1976, Berlin (West).

Kapitel 4

Probleme makroökonomischer Prognose am Beispiel der Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren 1970

Um die Möglichkeiten und Grenzen volkswirtschaftlicher Prognosen zu zeigen, wollen wir im folgenden die Ziele der Volkswirtschaftsprognose und Probleme ihrer Ausarbeitung und Realisierung in einem konkreten Zeitraum (1960er Jahre bis Anfang der 1970er Jahre) in einem konkreten Land (DDR) analysieren. Verflochten war diese Volkswirtschaft auf unterschiedliche Weise als Mitglied des RGW vor allem mit den Ländern des Realsozialismus, aber auch mit Ländern des Kapitalismus.

Die Berücksichtigung des Charakters der Gesellschaft der DDR und ihrer Beziehungen zu ihrem Umfeld ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Beurteilung der Prognosetätigkeit in ihr. Es handelte sich um eine »staatssozialistische« Gesellschaft mit einem administrativ-zentralistischen Planungs- und Leitungssystem, das seine Legitimation daraus ableitete, dass der Staat bzw. die führende Partei der optimale und einzig legitime Vertreter der Interessen der Gesellschaft sei.

Das NÖS in der DDR – wie analoge Wirtschaftsreformen dieser Zeit in anderen RGW-Ländern – überwand dieses administrativ-zentralistische Planungs- und Leitungssystem nicht prinzipiell, relativierte es jedoch insbesondere durch größere Freiheiten der Wirtschaftseinheiten innerhalb des zentralistischen Planungssystems und eine stärkere Wirksamkeit ökonomischer Stimuli. Eine gesamtgesellschaftlich und öffentlich diskutierte längerfristige Prognose als Basis der Pläne wäre ein wichtiger Baustein hierfür gewesen. Dazu kam es nie. Die Volkswirtschaftsprognose blieb »vertrauliche Verschlussache«, zu der nur ein enger Kreis Zugang hatte. Die Ausarbeitung der Prognose erfolgte durch einen relativ kleinen, auf Beschluss des Ministerrates beauftragten Expertenkreis. Die monopolisierte Planungs- und Entscheidungsmacht wurde aber durch die realen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft relativiert.

Wir stimmen Joseph Stiglitz (2012: 216) zu, dass Märkte, Staat und Zivilgesellschaft in einem ausgewogenem Kräfteverhältnis zueinander stehen sollten. Wirtschaftsprognosen müssen demzufolge das tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen den drei Elementen und dessen zu erwartende Veränderungen berücksichtigen. Was bedeutete das für die DDR?

Die DDR war eine »zentral verwaltete« Gesellschaft. Damit dominierte der *Staat* (genauer: die im Politbüro verkörperte Zentrale). Da aber auf zentralen Anweisungen beruhende und zentralistisch geleitete Gesellschaften auch nur funktionieren, wenn ein bestimmtes Maß an Zustimmung durch die Zivilgesellschaft vorhanden ist, muss deren nicht konfliktfreie Entwicklung mit berücksichtigt werden: Waren aber z.B. der 17. Juni 1953, der 13. August 1961, der Beginn und das Ende des NÖS oder das Ende der DDR 1989/90 vorhersehbar? Die »Zivilgesellschaft« der DDR war zwar dadurch geprägt, dass Organisationen von Interessengruppen in das System der Steuerung durch die Parteispitze eingebunden waren. Unter diesen kam den Gewerkschaften die wichtigste Rolle zu. Sie war die größte Organisation der Arbeiter, Angestellten und der Intelligenz der DDR und in den Betrieben, wissenschaftlichen Institutionen, staatlichen und anderen öffentlichen Einrichtungen fest verankert. »Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL)« vertraten z.T. sehr erfolgreich Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber den Betriebsleitungen und hatten in letzteren auch Mitspracherechte, waren aber insofern »Transformationsriemen« der Partei, dass sie wie die Gewerkschaften insgesamt die Politik der Partei durchzusetzen und nicht zu hinterfragen hatten. Die Gewerkschaft wurde überall zu Beratungen über Planaufgaben und andere Probleme, die die Interessen der Bevölkerung betrafen, hinzugezogen. Ihr realer Einfluss auf für die weitere Entwicklung der DDR wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen war jedoch relativ gering. Die Berufung der SED auf ihren Führungsanspruch als Avantgarde der Arbeiter und Bauern war für sie auch ein Legitimationszwang, insbesondere soziale Rechte durchzusetzen. Dies musste in der Planung und in den Prognosen mit berücksichtigt werden, allerdings in den verschiedenen Etappen der Existenz der DDR mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen: Bis 1953 hatten Produktion und Reparationen Priorität vor der Konsumtion über das Notwendigste hinaus; wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Weiterentwicklung der Produktions- und Konsumtionsstrukturen standen nach dem Mauerbau bis 1970 im Vordergrund; bessere Versorgung und Befriedigung von Konsumtionsbedürfnissen der Bevölkerung bekamen mit der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« ab 1971 prioritäre Bedeutung. Auf die Festlegung der konkreten Ziele hierfür hatten das Niveau und die Strukturen der Konsumtion in der kapitalistischen BRD einen wichtigen Einfluss.

Dem Markt bzw. dem Einfluss des Marktes bzw. dem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage wurden in den einzelnen Abschnitten der Existenz der DDR unterschiedlich weite bzw. enge Grenzen gesetzt: zentralistisch in der Wiederaufbauphase, insbesondere bis 1953; größere Möglichkeiten von Unternehmen als Marktteilnehmer im NÖS; Überführung von privaten und halbstaatlichen Betrieben in Volkseigene Betriebe ab 1971. Die Gründe für diese

»Entwicklungsbrüche« waren vorwiegend politisch-ideologischer Art (weitere Zurückdrängung und Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln) und daher auch vorhersehbar, die konkreten Zeitpunkte ihres Eintretens jedoch nicht. Die Ausarbeitung von Szenarien mit unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Prämissen hätte dies nicht verhindert, die Wirtschaftsleitungen aber besser auf derartige »Wendungen« vorbereitet. Für künftige Prognosen sollten gesellschaftsgeschichtliche Entwicklungsbrüche berücksichtigt werden, was aber Transparenz und *weitgehende* Unabhängigkeit der Prognoseteams von Teilinteressen (Kapital, Gewerkschaften, politische Parteien) voraussetzt.

Das Produktions- und das Konsumtionsmodell der DDR wurde maßgeblich mitbestimmt sowohl durch die UdSSR, aber auch durch die BRD:

- durch die UdSSR durch politische Dominanz, Forderungen des militär-industriellen Komplexes, durch die Rohstofflieferungen und die hierfür geforderten Exportäquivalente;
- durch die BRD indirekt durch das von der Mehrheit der DDR-Bürger als anzustrebendes Ziel verklärte Konsummodell, direkt als Lieferant von technischen Gütern, Abnehmer von DDR-Produkten und Kreditgeber (zunächst im innerdeutschen Handel, Zollfreiheit für DDR-Waren als Konsequenz der Hallstein-Doktrin, später Gewährung zinsgünstiger Kredite).

Diese komplexen Einflüsse in makroökonomischen Prognosen zumindest als mögliche bzw. alternative Szenarien zu berücksichtigen, hätte außenwirtschaftliche und weltpolitische Vorausschau erfordert, über die die Wirtschaftsprognostiker, die nicht einmal in politischen Alternativen »laut« nachdenken durften, nur äußerst begrenzt verfügten.

Aus heutiger (2013) Sicht ist offensichtlich: Die globalisierte Weltwirtschaft erfordert auch für nationale Zukunftsprognosen weltwirtschaftliche Analysen und Vorausschau. Internationale Verflechtungen und deren wahrscheinliche Veränderungen waren aber auch in den 1960er und 1970er Jahren notwendiger Bestandteil der Prognosetätigkeit. Ihre Berücksichtigung wurde aber gehemmt erstens durch »die Theorie von den zwei entgegengesetzten Wirtschaftssystemen auf der Welt, die unabhängig voneinander existieren würden« (Krömke 1996: 32), und zweitens durch die offizielle Ideologie der realsozialistischen Politiker von der baldigen Überlegenheit der staatssozialistischen Wirtschaft und dem zu erwartenden Niedergang oder zumindest der Stagnation des »sterbenden Kapitalismus«.

Für die KPdSU war diese »Theorie« eine ideologische Begründung, die DDR und die anderen RGW-Staaten noch enger an die Bedürfnisse und begrenzten Möglichkeiten der UdSSR zu binden, sie zur Abschottung vom Weltmarkt zwingen zu wollen und so ungewollt den zunehmenden technologischen Rückstand insbesondere der DDR (und der damaligen ČSSR) gegenüber dem

Weltniveau zu reproduzieren. Wir werden in Kapitel 5 zeigen, dass aber trotzdem insbesondere in den 1980er Jahren der Anteil des Handels und der Arbeits- teilung der DDR mit der UdSSR und dem RGW insgesamt zurückging und der Anteil des Handels mit der BRD und dem so genannten NSW zunahm. Haupt- ursache dieser Strukturverschiebung der Außenhandelsbeziehungen der DDR zugunsten kapitalistischer Länder – vor allem der BRD – waren die ökonomischen und technologischen Rückstände der realsozialistischen Länder, ins- besondere der UdSSR.

Ein wichtiger Unterschied makroökonomischer Prognosen in den realsozi- alistischen Ländern gegenüber kapitalistischen Ländern war, dass sie der Vor- bereitung direkter Pläne dienten. Ein zentraler Anspruch direkter Planung sozialistischer Volkswirtschaften war die direkte Herstellung gesamtwirtschaft- licher Planmäßigkeit, ohne Dazwischenkunft des so genannten Wertes bzw. Marktes, dem lediglich zusätzliche Bestätigungsfunktion über den Grad der Proportionalität zugebilligt wurde. Gesamtwirtschaftliche Planmäßigkeit meinte in diesem Kontext nicht nur die exakte Bestimmung eines bilanziellen Gleich- gewichts zwischen Angebot und Nachfrage – »bewusst aufrechterhaltene Pro- portionalität« im engeren Sinne –, sondern die bewusste gesellschaftliche Beh- herrschung der Voraussetzungen und Bedingungen sowie der Ergebnisse des Produktions- und Reproduktionsprozesses, was die gesellschaftlichen Bezie- hungen mit einschließt. Unter den Verhältnissen des Realsozialismus bedeu- tete der Anspruch der direkten Herstellung gesamtwirtschaftlicher Planmä- ßigkeit die Anmaßung der Parteiführung, die optimale Herstellung historisch konkreter gesamtgesellschaftlicher Lösungen bewerkstelligen zu können. Das setzte eigenständiger Prognosearbeit enge Grenzen, stellte ihren Sinn sogar in- frage. Dazu im Widerspruch war der Anspruch an makroökonomische Prognos- en unrealistisch hoch: sie sollten die Realisierbarkeit der von der Parteiführung festgelegten Ziele »nachweisen«, die besten Wege dahin aufzeigen und diese möglichst noch mit den bisherigen Trends »untermauern«. Eine »optimale« Variante wurde gefordert, denn ein direkter, für alle verbindlicher, über mate- rielle Bilanz- bzw. Plankennziffern durchzusetzender Plan musste erarbeitet und begründet werden. Dieses Konzept musste scheitern, weil die realen Inter- essenwidersprüche in der Gesellschaft negiert wurden bzw. nur soweit »korri- gierend« berücksichtigt wurden, wie sie nach Meinung der Herrschenden de- ren Macht nicht gefährdeten.

Komplizierter, szenarienreicher, aber zugleich durch die Gesellschaft akzep- tiert und damit zuverlässiger wären makroökonomische Prognosen und Pläne gewesen, wenn sie durch demokratische Diskussion mit sachlich begründeten unterschiedlichen Alternativen entstanden wären. Dies hätte aber eine weitge- hend pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft vorausgesetzt, in der Pläne

demokratisch entstehen; denn »wesentlich ist die Frage, *wer* über die Macht verfügt, über die ökonomischen Entscheidungsbefugnisse und über das Recht zur Aneignung und Verteilung von Wertprodukt und Mehrprodukt« (Behrens 1992: 137). Und diese Verfügungsgewalt durch den zentralistischen Staat bzw. die Spitze der allein herrschenden Partei wurde auch im NÖS nicht ernsthaft infrage gestellt.

Das Dilemma des NÖS war im Zusammenhang mit makroökonomischer Planung und Prognostik, dass es, wie bereits im Kapitel 2 ausgeführt, auf halbem Wege stehen blieb: Eigenerwirtschaftung der Mittel ja, demokratische Bestimmung der Produktions- und Konsumtionsstrukturen und damit der Verwendung der Mittel nein. Das Prinzip der direktiven zentralistischen Planung erwies sich bereits in der planvorbereitenden Prognosephase als hemmend für wissenschaftlich-technische Neuerungen und für sozialismusspezifische Veränderungen der Reproduktionsstruktur: Erstens waren die Unternehmen an einhaltbaren Plänen interessiert, da sie an deren Erfüllung gemessen wurden. Innovationen bedeuteten aber anfangs in der Regel Komplikationen im technologischen Fluss und damit bei der Planerfüllung. Zweitens konnte die Zentrale nur *die* Veränderungen anregen, die bereits als Innovationen auf dem Weltmarkt bekannt waren oder sich zumindest in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befanden, und Veränderungen, die wegen Disproportionen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Binnenmarkt offensichtlich waren. Es gab so allerdings eine Marktbestimmtheit zentraler Planung durch die Hintertür! Denn die Ziele und Entscheidungen (akzeptierte Prognosen und beschlossene Pläne) der Zentrale waren weitgehend durch Trends in führenden kapitalistischen Staaten fremdbestimmt und wurden zudem noch entsprechend kurzfristig drängender Binnen(markt)probleme bei Ressourcenknappheit verändert: Die Mikroelektronik als zentraler Gegenstand der staatlichen Innovations- und Investitionspolitik wurde so zwar mit Vorrang, aber notgedrungen weitgehend national statt international und damit uneffektiv entwickelt, der Umweltschutz wurde z.T. sträflich vernachlässigt, u.a. mehr.

So waren eigenständige makroökonomische Prognosen auf der Grundlage von zum Realkapitalismus alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen kaum möglich: Es bestanden unlösbare Widersprüche in der Reproduktion der DDR-Wirtschaft zwischen

- ihrer abnehmenden internationalen Effizienz bzw. Konkurrenzfähigkeit,
- ambitionierten, zum großen Teil überzogenen, die Gesamtproportionalität weiter untergrabenden wissenschaftlich-technischen und sozialen Prioritäten der Zentrale (Militär, Mikroelektronik, Wohnungsbauprogramm) und
- Bedarfvorstellungen in der Bevölkerung, die sich an der BRD mit einer um ca. 50% höheren Arbeitsproduktivität orientierten.

Reaktionen der Partei- und Staatsführung der DDR auf diese Widersprüche waren zunehmend kurzfristig und untergruben die Solidität und Aussagekraft längerfristiger Prognosen proportional zur Zunahme solcher »Lösungsarten« wie:

- Reisebeschränkungen, Informationsbeschränkungen, kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Überwindung bzw. Verringerung bestehender Defizite im Warenangebot waren politische Versuche, Unzufriedenheit bzw. Mängel zu dämpfen. Deren Folgen, Wirkungen und letztendliches Scheitern konnten Prognosen kaum erfassen – wegen Informationsmangel und politischem Auftrag der Prognosen selbst.
- Eine absolut und relativ wachsende Schattenwirtschaft war schwerlich exakt erfassbar. Die Prognose ihrer Größe und Struktur hätte außerdem der Prognose der Größe und Struktur der Angebotsdefizite gegenüber den Bedürfnissen und der zahlungsfähigen Nachfrage der Bevölkerung bedurft.
- »Privilegien« einiger Bevölkerungsgruppen (Ärzte, technische Intelligenz) und Spontanmaßnahmen der politischen Zentrale (Importe von PKWs der Marken Mazda und VW in begrenzter Zahl) als Ventile gegen Unmut und Ausreisewilligkeit waren kaum in längerfristigen Prognosen erfassbar – weder die Maßnahmen selbst noch deren direkte und indirekte Wirkungen.

Aus der Sicht einer gelenkten Marktwirtschaft muss eine mittel- bis langfristige makroökonomische Prognose, auch wenn sie sich nur im engen ökonomischen Rahmen bewegt, mindestens folgende Komponenten des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts berücksichtigen: binnen- und außenwirtschaftliche Preisentwicklung, zu erwartende Gleichgewichtssituation zwischen Angebot und Nachfrage, Beschäftigungssituation, Wirtschaftswachstum und Strukturveränderungen. In der DDR konnte man diesen Erfordernissen aus unterschiedlichen Gründen nur bedingt nachkommen:

- Die *Binnenpreise* unterlagen weitgehend sozial- und wirtschaftspolitischen Zielen: Preisstabilität bei Artikeln des Grundbedarfs, Preisstabilität bei Mieten und Energie, Preissubventionen bei Kinderbekleidung, aber auch Finanzierung dieser Sozialmaßnahmen u.a. durch überhöhte Preise bei Hightech-Gütern und Vernachlässigung der für die längerfristige Entwicklung notwendigen materiell-technischen und sozialen Infrastruktur einschließlich zunehmender Umweltschäden. Die jeweils nächsten politischen Entscheidungen der Zentrale waren schwer vorausschaubar, weil von innen- und außenpolitischen Entwicklungen und subjektiven »Vorlieben« der obersten Entscheider beeinflusst.
- Die *Marktnachfrage bei Konsumgütern* hing auch im Realsozialismus von den sich verändernden Bedürfnissen der Bevölkerung ab, die insbesondere in der DDR sowohl weitgehend bedingt waren durch die technisch und qua-

litativ überlegene und zugleich marketing-manipulierte Marktsituation in der BRD als auch durch mit dem wachsenden Bildungsniveau der DDR-Bevölkerung verbundenen neuen Ansprüche insbesondere an Kommunikationstechnik. Das Marktgleichgewicht bei Produktionsgütern war sowohl außenwirtschaftlich bedingt als auch von den Binnenressourcen abhängig.

- Die *Beschäftigungssituation* war durch das absolute Gebot der Vollbeschäftigung bestimmt, wodurch aber beträchtliche Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht genutzt wurden. Die unbedingte Realisierung dieses durchaus sozial positiv auf die Situation der einzelnen und auf die Stabilität der Gesellschaft wirkenden Prinzips erschwerte neben dem Bremsen der Arbeitsmotivation und von Rationalisierungsmöglichkeiten zudem notwendige Strukturveränderungen in der Branchen- und Berufsstruktur der Arbeitsfähigen.
- *Wirtschaftswachstum* war angesichts des permanenten Überhangs der zahlungsfähigen Nachfrage gegenüber dem Angebot ein Absolutum innerhalb der wirtschaftspolitischen Ziele. Der Umweltschutz erhielt auch angesichts dessen nicht den notwendigen Stellenwert. Die offiziellen Wirtschaftsprognosen konnten diese komplexen Anforderungen nur eingeschränkt erfassen und waren auch deshalb nur von begrenztem Aussagewert. Dies sei an wichtigen Problemen kurz dargestellt:

Prognose der Preise der Produktionsmittel: Die Kostenentwicklung war binnenwirtschaftlich durch die Entwicklung der Produktivität bestimmt, längerfristig vom Innovations- und Investitionspotenzial abhängig. Insbesondere letzteres (siehe oben) war von der Prioritätensetzung zwischen kurz- und mittelfristiger Außenwirtschafts-, Sozial- und Investitionspolitik abhängig. Prognose der Preise der Konsumtionsgüter: In offiziellem Auftrag erstellte Prognosen durften nach der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik an dem Dogma der Preisstabilität nicht rühren. Die kurzfristige zentrale Politik konterkarierte aber dieses Dogma häufig, jedoch ohne erkennbares Gesamtkonzept. Dies machte Preisprognosen auf diesem Gebiet fast unmöglich.

Für die Prognose des Wirtschaftswachstums und der Konfrontation der Ziele mit der Wirklichkeit relativierte sich das Problem der Preisprognose: Das reale Wachstum des Nationaleinkommens bzw. des Bruttoinlandsproduktes wurde mit den Preisen eines Referenzjahres (»konstante Preise«) gemessen.

Damit wurde eine für die prognostische Tätigkeit äußerst komplizierte und praktisch kaum gelöste Problematik umgangen, die in der Einschätzung der Entwicklung des Werts und der Wertstrukturen in der Zeit besteht. Das hatte natürlich seinen Preis in Informationsbeschränkungen: Je länger die Zeitdimension der prognostischen Vorausschau, desto größer die wahrschein-

lichen Wertänderungen, aber zugleich desto höher die Unbestimmtheit und Unsicherheit hierzu getroffener Aussagen. Diese Problematik betrifft vor allem vier Komplexe:

Erstens: Wie wird die prognostizierte Steigerung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität realisiert – einmal in der Vergrößerung der Produktion und zum anderen in der Erhöhung des Gebrauchswertniveaus der Produktionsergebnisse (der Güter und Dienstleistungen) – und welche Relationen bestehen zwischen diesen beiden Hauptwirkungen. In der Prognose wurde grundsätzlich davon ausgegangen, das ökonomische Wachstum auf der Grundlage vergleichbarer Preise auszuweisen. Das heißt, dass die angenommene Gebrauchswertentwicklung im Preisausdruck mit erfasst werden sollte. Allgemein wurde davon ausgegangen, dass mindestens 20% des Wachstums von der Erhöhung des Gebrauchswertniveaus getragen wird. Die Berechnungsbasis und damit auch die Begründung für diese Annahme war jedoch schwach.

Zweitens: Wie werden sich die Wirkungen der zunehmenden Technisierung der Arbeit auf die Einsparung lebendiger Arbeit und damit auf die Verringerung des für die Bezahlung der lebendigen Arbeit entfallenden Wertanteils und zugleich auf die Erhöhung des für diese Technisierung notwendigen höheren Wertanteils der Anlagenfonds und ihrer Nutzung (Abschreibungen) auswirken?

Drittens: Wie müssen die mit der Verknappung der verfügbaren natürlichen Energie- und Rohstoffressourcen, dabei vor allem der relativ günstigen Lagerstätten, verbundenen höheren Aufwendungen berücksichtigt werden, sowohl bei der Gewinnung einheimischer Rohstoffe als auch und insbesondere beim Import von Energieträgern und Rohstoffen? Die Preisentwicklung für Erdöl und andere Rohstoffe seit den 1970er Jahren zeigt deutlich, dass große Unsicherheiten bei der Einschätzung zukünftiger Entwicklungstendenzen bestehen. Zu diesem Komplex gehören auch die notwendigen Aufwendungen für die Veränderung der Energie-, Rohstoff- und Werkstoffstrukturen zugunsten erneuerbarer Energieträger und Rohstoffe.

Viertens: Welche Konsequenzen ergeben sich aus der notwendigen Wende in der Umwelt- und dabei insbesondere Klimapolitik, um sowohl eine global gerechte Verfügbarkeit der Umweltressourcen als auch die natürlichen Lebensbedingungen künftiger Generationen nachhaltig zu erhalten?

Für eine höhere Prognosesicherheit sind auf allen diesen Gebieten noch intensive Arbeiten notwendig:

■ **Prognose des Marktgleichgewichts auf dem Binnenmarkt:**

Produktionsmittel: Zentral beschlossene materielle Bilanzen, oft zwischen den Ressorts und Ebenen hart umkämpft, bestimmten die Verteilung der Res-

sources. Künftige Engpässe, Zwänge und Prioritäten waren kaum prognostizierbar.

Konsumgüter: Mangelerscheinungen bedeuteten, dass die Kaufstruktur nicht identisch war mit der Bedarfsstruktur. Es gab aber mit soziologischen Befragungsmethoden gut recherchierte Studien zur wahrscheinlich tatsächlichen Bedürfnisstruktur (Institut für Marktforschung Leipzig). Aber die daraus abgeleiteten zentralen Entscheidungen waren kaum vorhersehbar, weil sie meist schnell auf Grenzen in der Bereitstellung von Ressourcen stießen und außerdem subjektiv getroffen wurden, oft von der Stimmungslage in der Bevölkerung kurzfristig abgeleitet.

- Prognose des Marktgleichgewichts in der Außenwirtschaft:

RGW: Letztlich bestimmten insbesondere in den Außenwirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR nicht Markt(un)gleichgewichte, sondern politische Vorstellungen die Entscheidungen. Anders zwischen den »kleinen« RGW-Ländern. Aber auch hier ging es oft um materielle Bilanzen (Beispiel DDR-ČSSR: Tourismus, PKWs versus Maschinenbauerzeugnisse).

NSW: Swing im »innerdeutschen« Handel, Kredite gegen politische Zugeständnisse, diskriminierende Embargobestimmungen im Kalten Krieg konterkarierten effektivitätsbestimmte Marktbeziehungen – auch dies schwer prognostizierbar, weil von politischen Zielen beider Seiten abhängig.

- Prognose des Arbeitskräftepotenzials: Bei Voraussetzung von Vollbeschäftigung ist die Prognose des Arbeitskräftepotenzials insgesamt im wesentlichen eine demografische Prognose und für die nächsten zehn Jahre durch die Aus- und Weiterbildungspolitik bestimmt. In der DDR spielte jedoch noch ein anderer Faktor eine sehr wichtige Rolle: Die Abwanderung von Arbeitskräften hatte auch nach der Schließung der Staatsgrenze zur BRD 1961 einen negativen Einfluss auf die Bevölkerungszahl und auf deren qualitative und Altersstruktur (siehe Kapitel 5).
- Prognose des Wirtschaftswachstums: Darauf waren die offiziellen langfristigen makroökonomischen Prognosen fixiert. Die DDR war eine Wirtschaft im »nachholenden« Zustand: Kalter Krieg, internationale Arbeitsteilung und konsumtive Orientierung der eigenen Bevölkerung am Lebensstandard der BRD zwangen zum Nachholen gegenüber der BRD. Wahrscheinliche Strukturveränderungen schlossen sie entsprechend dem jeweiligen wissenschaftlich-technischen und soziologischen Kenntnisstand und den gerade gültigen politischen Prioritäten ein. Ihre Schwachpunkte – über die grundsätzliche Unsicherheit von Voraussagen künftiger Entwicklungen hinaus – ergaben sich aus den o.g. Problemen der Prognose von Preisentwicklung, Marktgleichgewicht, Arbeitskräftepotenzial und weiterhin das Wirtschaftswachstum determinierender bzw. begrenzender Faktoren, insbesondere das binnen- und

außenwirtschaftlich begrenzte Roh- und Werkstoffpotenzial und der Umweltschutz.

Ein ewiges »Nachhinken« war unter diesen Bedingungen programmiert. Dieses Dilemma sollte das NÖS überwinden. Das gelang nur ansatzweise und zeitlich begrenzt, ist aber lehrreich für künftige Projekte, die über den Realkapitalismus der Gegenwart hinausweisen wollen.

Fragt man nun bei diesen Spezifika der Prognosestätigkeit nach verallgemeinerbaren Erfahrungen über die Systemgrenzen hinaus, kann man sich auf den systemübergreifenden Charakter der wissenschaftlich-technischen Revolution, ihrer Anforderungen an die Individuen und die gesellschaftlichen Verhältnisse stützen, aber auch auf die Tatsache, dass »Disparitäten zwischen den erreichten Stufen der Wissenschaft und Technik und dem Stand der Gesellschaftssysteme« (Richta-Report 1971: 22) für beide im 20. Jahrhundert existenten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen gelten:

- Das Privateigentum setzt »die Ausschaltung der Werktätigen von der wirtschaftlichen Entscheidung (voraus); der formale Charakter der politischen und die faktische Machtlosigkeit der staatsbürgerlichen Teilnahme ... steht ... außer Zweifel« (ebd. 236). Jedoch versuchen z.B. Gewerkschaften immer wieder und z.T. erfolgreich, dieser »Entmündigung« gegenzusteuern. Es sei als Beispiel auf die zahlreichen Zukunftskonferenzen der IG Metall in der BRD seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts verwiesen.
- Das administrativ-direktive Leitungssystem der Industrialisierung im Staatssozialismus bot aber keine Alternative, sondern wurde »zum Hindernis der Einordnung ... in den Strom der wissenschaftlich-technischen Revolution«. Der Richta-Report betont, »dass es in einer ›modernen sozialistischen Gesellschaft‹ letztlich um ›schöpferische Selbstregulierung‹ gehe, nicht um das Umsetzen von bereits Vorgeschriebenen« (ebd. 113, zit. in Bollinger 2005: 84).

Die Beurteilung von Prognosen innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft sollte allerdings nicht von der Schimäre der Souveränität des Konsumenten und der Unabhängigkeit »exogenen« wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausgehen, sondern deren Manipulation bzw. selektive Förderung durch die mächtigsten Kapitalgruppen und deren Lobby im privatkapitalistischen und politischen Marketing berücksichtigen.²⁴

²⁴ Zu den Parallelen und gleichzeitig diametralen Unterschieden in den Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaftspolitik der BRD und der DDR vgl. Kapitel 2.

Systemübergreifende Probleme langfristiger Wirtschaftsprognosen

Neben den in beiden Gesellschaftssystemen auftretenden spezifischen Problemen und Widersprüchen gibt es auch systemübergreifende allgemeine Probleme, die die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens von Aussagen in Prognosen beeinflussen bzw. relativieren. Dazu gehört die Ableitung von Vorhersagen aus historischen Trends und deren absehbaren Veränderungen. Allerdings messen sich Qualität und Nutzen von Prognosen nicht (nur) an der relativen Übereinstimmung von Prognose und Wirklichkeit: Prognosen dienen auch als Warnung, können u.a. zu Selbsterfüllungen und auch dazu führen, dass Vorhersagen durch gegenläufiges Verhalten verhindert werden.

Ein weiteres vom Gesellschaftssystem unabhängiges allgemeines Problem längerfristiger Prognosen liegt darin, dass Trendwenden von makroökonomischen Prognosen entweder häufig gar nicht, in falsche Richtungen oder für falsche Zeitpunkte vorhergesagt wurden. Dabei müssen wir auch immer wieder Verabsolutierungen von angeblich neuartigen Trends oder Trendwenden konstatieren, die dann – ob marktwirtschaftlich oder durch zentrale Pläne umgesetzt – volkswirtschaftliche Disproportionen hervorrufen können. Beispiele sind Schlagworte wie Tertiärisierung, Postindustrialisierung oder Finanzialisierung der Volkswirtschaft u.ä.

Ein Beispiel dafür lieferte bereits Karl Marx: Die Klasse der Handarbeiter hielt er für ständig wachsend und für den Träger einer künftigen klassenlosen Gesellschaft. Dem lag die schon von Adam Smith beobachtete wachsende Arbeitsteilung in der Phase der industriellen Mechanisierung mit dem Ergebnis massenhafter einfacher Arbeit zugrunde. Dagegen führt die wissenschaftlich-technische Revolution zu komplexeren Arbeitsinhalten und höheren Qualifikationsanforderungen in immer mehr Branchen sowie zu einer zunehmenden auch sozialen Differenzierung der Arbeiterklasse.

Wirtschaftsprognosen setzen sich zum größten Teil aus extrapoliertem Vergangenen zusammen und scheitern meist an der pro-ante-Bestimmung von Strukturbrüchen und qualitativen Veränderungen. Das gilt u.E. ebenfalls systemübergreifend.

Unsere eigene Erfahrung aus der Prognosetätigkeit in der DDR in den 1960er und 1970er Jahren bestätigt das: Unterschiedliche lineare und nichtlineare Regressionsgleichungen können für einen Vergangenheitszeitraum gleich hohe Korrelationen zwischen den erklärenden und den abgeleiteten Variablen ergeben und bei ihrer Extrapolation in die Zukunft trotzdem zu extrem unterschiedlichen Voraussagen führen. Es kommt dann alles auf die Prognose der Entwicklung der erklärenden Variablen in der Zukunft und die künftige multiple Abhängig-

keit der Zielvariablen von ihnen an. Wer bestimmt das? Wissenschaftliche Analysen? Unterschiedliche Interessengruppen mit unterschiedlichen Zielen und unterschiedlichem Einfluss in der Gesellschaft wie z.B. Greenpeace oder die Atomlobby? Welche Argumente setzen sich künftig durch? Politiker haben die Neigung, als Grundlage ihrer Entscheidungen *die* Regressionsgleichungen als Prognosen in die Zukunft zu verlängern, die ihren – oft überzogenen – Erwartungen am nächsten kommen, statt weitere Untersuchungen anzuregen (siehe dazu auch Anlage 3). Hinzu kommt die Fokussierung von regierenden Politikern auf kurzfristige, »brennende« Probleme, die unmittelbar ihre Macht gefährden könnten.

Eugen Ruge macht darauf aufmerksam, dass es daneben auch eine »objektive« Ursache für die Vernachlässigung gravierender Probleme in der Zukunft gibt: »Das Problem ist doch, dass sich die Katastrophen, die uns zum Verhängnis werden könnten, nur schleichend nähern: Klimawandel, Temperaturveränderungen. Die Menschheit lernt aber nur aus wirklichen, einschneidenden Katastrophen. Fukushima hat in Deutschland zur sogenannten Klimawende geführt – mal sehen, wie gründlich.« (ND, 23./24.2.2013)

Genau vor diesen einschneidenden Katastrophen müssen Prognosen warnen. Da aber der konkrete Zeitpunkt des Eintreffens dieser Ereignisse nicht vorhergesagt werden kann (analog dem nächsten Ausbruch des Ätna), werden die Zukunftsforscher von den kurzfristig denkenden Politikern und Unternehmern meist nicht ernst genommen.

Ein weiteres scheinbar für das marktkapitalistische System typisches Problem, das aber auch innerhalb des »Realsozialismus« galt, ist das folgende: Die Fokussierung in makroökonomischen Prognosen auf das Bruttosozialprodukt bzw. das produzierte Nationaleinkommen bzw. enge ökonomische Bezugspunkte bzw. Ziele ohne ausreichende Berücksichtigung der »externen Kosten« und der gesamtgesellschaftlichen Folgen (zurückbleibende Infrastruktur, Vernachlässigung von Umweltproblemen in beiden Gesellschaftssystemen, zunehmende soziale Ungleichheit und Polarisierung der Einkommen im den kapitalistischen Ländern) verengen und verengen die Sicht vieler offiziell bestellter Wirtschaftsprognosen.

Exemplarisch ist das an der Rolle der Wohlfahrt in vielen Wirtschaftsprognosen zu beobachten: Lebensqualität, Lebenserwartung, Zugang zu vollwertiger Nahrung, zu Gesundheits- und Sanitäreinrichtungen, Schulbildung, staatsbürgerliche Freiheiten, das Maß der Teilhabe der Bürger an Entscheidungsprozessen, Niveau und Verteilung von Einkommen und Vermögen (Gini-Koeffizient) sollten in Prognosen zusammengeführt werden. Wieweit geschah und geschieht das? Im Unterschied zur umfangreichen Diskussion dieser Probleme sind die Realitäten ernüchternd:

- In der realsozialistischen Gesellschaft konzentrierten sich Prognose, Planung und Abrechnung der volkswirtschaftlichen Entwicklung überwiegend auf die Kennzahlen »Nationaleinkommen« und »volkswirtschaftliches Endprodukt«, die auf die Ergebnisse und Aufwendungen der Produktion materieller Güter und Leistungen fokussiert waren. Erst in den 1980er Jahren verstärkten sich die Anstrengungen europäischer RGW-Länder, auch nichtproduktive Leistungen in die Bilanzen der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung einzubeziehen. In den kapitalistischen Marktwirtschaften ist das Bruttosozialprodukt (bzw. das Bruttoinlandsprodukt) die zentrale Orientierungsgröße. Es umfasst im wesentlichen nur die preisbewerteten Güter und Dienstleistungen und ist ungeeignet als Wohlstandsindikator. Seit Jahrzehnten verstärken sich die Bemühungen, die Einseitigkeit in verschiedener Richtung zu überwinden: Wohlstandsmessung, Einbeziehung ökologischer Faktoren, sozialer Indikatoren wie Lebenserwartung, Gini-Koeffizient, »grünes« BSP u.a. Niko Paech führt fünf Gründe an, warum »weitere Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ... keine realistische Option mehr darstellen. Erstens scheitert Wachstum absehbar an Ressourcenengpässen ..., zweitens verringert es nicht per se Verteilungsdisparitäten ..., drittens sorgt es nach Erreichen eines bestimmten Wohlstandsniveaus für keine weiteren Glückszuwächse ..., und viertens bildet es mindestens indirekt die Ursache der unbeherrschbar gewordenen Finanzkrisen. Fünftens ist Wirtschaftswachstum nie ohne ökologische Schäden zu haben ...« (Paech in Welzer/Wiegandt 2013: 200). Wirtschaftsprognosen in beiden Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen des 20. Jahrhunderts waren dem Ziel des Wirtschaftswachstums untergeordnet. Deshalb machte es für eine nachholende Wirtschaft im Systemwettbewerb trotz seiner Unzulänglichkeiten einen gewissen Sinn, den Maßstab »BIP« bzw. »NE« zu benutzen. Außerdem ist aus dem Inhalt, den Problemen und Ergebnissen der Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren (PWF) und ihr nachfolgender Prognosen und Pläne klar ersichtlich, dass sich der Blick der Verantwortlichen nicht auf das am BIP bzw. NE orientierte Wirtschaftswachstum beschränkte: Die Wissenschaftspolitik, die Erhöhung des Bildungsniveaus, das Gesundheits- und Sozialsystem, der Umweltschutz waren wichtige Bestandteile der Prognosen (vgl. Kapitel 5). Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass bei stets zu verzeichnenden Engpässen die nicht unmittelbar, d.h. kurzfristig BIP-bzw. NE-wirksamen Aktivitäten zuerst gekürzt wurden. Grundsätzlich gilt heute, dass das dominante profitgesteuerte Wachstum nicht mehr zu rechtfertigen ist. Die notwendige Umorientierung der wirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich vor allem aus den zunehmenden ökologischen Grenzen sowie den abnehmenden und zu einem großen Teil ausbleibenden

Wohlstandswirkungen weiteren Wachstums. Dabei ist es erforderlich, den grundlegenden Unterschied zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Ländern des »Südens«, zu denen auch Länder Süd- und Osteuropas gerechnet werden müssen, zu beachten, in denen die Lösung der dringendsten sozialen, Gesundheits- und Bildungsprobleme noch für eine längere Zeit ein Wirtschaftswachstum erfordert.

Die gegenwärtige skandalöse Wirklichkeit schildert Jean Ziegler: »Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Und das auf einem Planeten, der grenzenlosen Überfluss produziert ... In ihrem augenblicklichen Zustand könnte die Weltlandwirtschaft problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren, was gegenwärtig fast der doppelten Weltbevölkerung entspräche. Insofern ist die Situation alles andere als unabwendbar.« (Ziegler 2011: 15) »Fast eine Milliarde der 7 Milliarden Menschen, die den Planeten bevölkern, leidet ... dauerhaft Hunger« (ebd. 26). Aber welche wahrscheinlichen Szenarien muss eine solide Prognose der Weltgesellschaft daraus ableiten? Gewaltsame Empörung mit Terror und ungewissem Ausgang? Friedliche Veränderung der Weltwirtschaftsordnung? Welche Auswirkungen hätten unterschiedliche Szenarien auf die BRD, auf Europa, auf die OSZE-Mitgliedstaaten?

Auf die sehr kontrovers diskutierte Wachstumsproblematik, die mit vielen Widersprüchen und ungelösten Fragen verbunden ist, kann hier nicht weiter eingegangen werden.

Die Schwierigkeit, den Einfluss trendverändernder naturwissenschaftlicher Erfindungen und technischer Innovationen vorherzusehen und mit den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen in Verbindung zu bringen, »eint« ebenfalls die Prognostiker beider Wirtschaftssysteme.

Für makroökonomische Prognosen fehlen bisher wichtige Bausteine wie: der Einfluss der Naturwissenschaften und neuer Technologien auf die Sozialstruktur und damit auf Freiräume und Zwänge für politisches Handeln und Möglichkeiten zur Neustrukturierung dieser Einflussfaktoren im Interesse künftiger Entwicklung.

Dies hängt auch damit zusammen, dass systemübergreifend der wissenschaftlich-technische Fortschritt als extern gegeben in Prognosen einfließt, während er in Wirklichkeit je nach Interessenlage unterschiedlich starker Lobbygruppen strukturell gestaltet werden kann und auch wird. Dies müssen Prognosen berücksichtigen – einschließlich unterschiedlicher Szenarien sowohl der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als auch der Ketten »Invention – Innovation – Investition – Realisation«.

Damit wird bereits deutlich, dass ohne die Berücksichtigung politischer Machtverhältnisse Prognosen in jedem System fehlschlagen müssen:

- Politiker im Staatssozialismus unterlagen genau wie die in kapitalistischen Marktwirtschaften der Notwendigkeit, nicht ausschließlich mit Zwang und Gewalt regieren zu können. Auf Dauer ist auch die Akzeptanz ihrer Hegemonie nötig, soll ihre Herrschaft stabil bleiben. Ein je nach Kräfteverhältnissen unterschiedlicher Grad an Zustimmung der Regierten zu den Maßnahmen der Regierenden ist nötig, soll die Gesellschaft nicht auseinanderfallen, entweder durch Rebellion oder – eher – durch Leistungsverweigerung. Diese Dynamik der Kräfteverhältnisse und die Reaktion beider – Regierende und Regierte – müssen Prognosen mit ins Kalkül ziehen.
Beispiele: 1953 (17. Juni – Proteste vor allem der Arbeiter, die zum »Neuen Kurs« führten), 1968 (Einmarsch von Truppen der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei, die zur Beendigung des »Prager Frühlings« führten), 1989/90 (Scheitern des Realsozialismus in Europa) wurden nicht vorhergesehen. Dies lag auch daran, dass soziologische Gesellschaftsanalysen ungenügend in die Wirtschaftsprognose einbezogen wurden.
- In kapitalistischen Marktwirtschaften siegt allzu oft eine starke Lobby über wissenschaftlich fundierte Begründungen bzw. Prioritäten.
- Wie kann eine Demokratisierung der Planung erreicht werden? (Siehe dazu auch das Konzept von Fritz Behrens in Anlage 2.) Die makroökonomische Wirtschaftsprognose im Realsozialismus war zu einem nicht geringen Teil ökonomistisch-technizistisch; die Reaktionen in der Bevölkerung auf unterschiedliche zentrale Entscheidungen wurden unzureichend oder gar nicht berücksichtigt. So wurden z.B. kritische Hinweise des Instituts für Jugendforschung Leipzig ungenügend beachtet. Eine triviale Vorstellung in der Führung der SED zu Beginn der »Honecker-Ära« war: Wenn die Versorgung mit Konsumgütern und Wohnungen besser wird, werde auch die allgemeine freiwillige Arbeitsintensität und Kreativität deutlich ansteigen. Auch dies verführte zu übertrieben optimistischen Wirtschaftsprognosen.
- Makroökonomische Wirtschaftsprognosen mussten auch daran scheitern, dass die Dynamik des Kräfteparallelogramms zwischen Akteuren (Arbeiter, Bauern, Handwerker, Intelligenz, Politbürokratie) ignoriert wurde und damit einschließlich seiner ökonomischen und sozialen Folgen nicht prognostiziert werden konnte. Ein Beispiel ist die Leugnung von widersprüchlichen Interessen in der These von der »sozialistischen Menschengemeinschaft«.
- Wenn ein politisches bzw. Machtsystem die Menschen total absichert und zugleich politisch bevormundet, indem es dem einzelnen jede Existenzangst und gleichzeitig alle Entscheidungen abnimmt und nur sehr begrenzte Möglichkeiten bietet, aus einer geringen Spanne des Wohlstandes und der Lebensgestaltung auszuscheren, dämpft dies die Leistungsmotivation und die Entwicklung neuer Ideen. Das erleichtert und erschwert zugleich die Arbeit an

makroökonomischen Prognosen: Erleichtert, weil von oben zentral die künftigen Entwicklungen bestimmt werden, Erschwert, erstens weil Schattenwirtschaft und »Nischenleben« eine zunehmende Rolle in der Gesellschaft spielen und zweitens, weil irgendwann die Resignation oder der Widerstand in der Bevölkerung sich Raum schafft.

Jede Prognose, die unterschiedliche Szenarien für die offene Zukunft entwickelt, muss mit Machthabern rechnen, die gegenüber Alternativen »verschlossen« sind, weil sie ihre Macht gefährden könnten. »Es gibt keine Alternative!« oder »Die Partei hat immer Recht!« sind uns bekannte unsinnige und doch ernsthaft vorgetragene Behauptungen.

Die Zukunft ist offen. Es gibt natürliche, technische, soziale, politische und andere Alternativen mit unterschiedlichen Wahrscheinlichkeiten ihres Eintretens bzw. ihrer Realisierbarkeit. Deshalb sollten Prognosen immer unterschiedliche Szenarien mit unterschiedlichen Handlungsalternativen beinhalten. Politiker ändern zwar auch ihre Meinung, aber behaupten jedes Mal, es gäbe zu ihrem Konzept keine Alternative, so dass auch für die Zukunft meist keine Alternativen »modelliert« werden, sondern nur ex-post repariert wird.

Drei Beispiele hierfür seien genannt:

- Im Realsozialismus der DDR wurden unrealistische, weil von den Kostenstrukturen abgekoppelte Preisstrukturen für Konsumgüter beibehalten, ohne über die Vorzüge und Nachteile z.B. der Subventionen für »Konsumgüter des Grundbedarfs« oder Mieten öffentlich zu diskutieren.
- Im »Realkapitalismus« der BRD gibt es unter den Politikern der meisten Parteien keine offene und sachliche, die realen Probleme zur Kenntnis nehmende Diskussion über das neoliberale Modell der Wirtschaftspolitik mit der Umverteilung von unten nach oben, der Exportförderung durch Lohndumping, der weiter zunehmenden Polarisierung der Vermögensverhältnisse und der Prekarisierung der Arbeit mit der unmittelbaren Folge der Schwächung der Binnennachfrage und der längerfristig zu erwartenden Destabilisierung der Gesellschaft.
- In der Weltwirtschaft zeigt sich die verlogene Politik der globalen großen Unternehmen und der von ihnen weitgehend gelenkten großen kapitalistischen Industriemächte immer deutlicher: in der Einschränkung der Entwicklungshilfe und ihrer Nutzung zur Förderung eigener Exporte und Kapitalinvestitionen. Gleichzeitig werden mit der eigene Exportsubventionierung ärmere Länder zur Monokultur, zum Untergraben und zum Ausverkauf der eigenen Rohstoff-, Energie- und Ernährungsbasis gezwungen, was häufig mit irreparablen Umweltschäden verbunden ist.

»Am 22. Oktober 2008 haben sich die 17 Staats- und Regierungschefs der Eurozone im Élysée-Palast in Paris versammelt.« Anschließend erklärten Angela Merkel und Nicolas Sarkozy den Journalisten: »Wir haben gerade 1.700 Milliarden Euro freigestellt, um den Interbankenkredit anzukurbeln und um die Eigenkapitalquote der Banken von 3 auf 5 Prozent zu heben.«

Noch vor Ende 2008 gingen die Hilfgelder der Eurozone für die Nahrungsmittelforthilfe um fast die Hälfte zurück. Das normale Budget des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WEP) betrug rund 6 Milliarden Dollar. 2009 fiel es auf 3,2 Milliarden.

Das WEP sah sich gezwungen, die Schulspeisungen in vielen Ländern, auch in Bangladesch, einzustellen.« (Ziegler 2011: 194f.)

Keine Alternativen? Szenarien mit den Folgen alternativer Entscheidungen sind nötig. So könnten Prognosen zumindest zu demokratischen Diskussionen beitragen (»ATTAC: Eine andere Welt ist möglich!«). Ob prognostizierte Szenarien eine Chance ihrer Verwirklichung haben, wird durch Geld- und Ressourcenflüsse entschieden, und über die »Richtung« letzterer entscheiden die Machtstrukturen in der Politik und an den Märkten:

Im Realsozialismus bestimmten zentralistische Entscheidungen über Ressourcenflüsse die künftigen Entwicklungs- und Wachstumschancen von Branchen und gesellschaftlichen Zielen. Im Kapitalismus bestimmen die Geldflüsse die künftige Struktur der Wirtschaft. Und »Geld fließt nicht dorthin, wo die Erträge am höchsten sind, oder an die Bank, die das Geld am profitabelsten verwaltet. Niemand kennt heute die tatsächliche Finanzlage einer Bank oder eines anderen Finanzinstitutes – und undurchsichtige Geschäfte mit Derivaten sind ein Grund dafür.« (Stiglitz 2010: 70)

Viele Zukunftsforscher sehen es als unmöglich an, nicht nur zeitlich präzise, sondern auch vom Wesen her unbedingt notwendige alternative gesellschaftliche Verhältnisse zum gegenwärtigen Realkapitalismus vorherzusagen, was aber zur Abwendung des o.g. Kollapses der Weltwirtschaft nötig wäre: »Es besteht ein qualitativer Unterschied zwischen bspw. der Behauptung, der Kapitalismus erzeuge aufgrund seines Wesens unüberwindliche Widersprüche, die zwangsläufig die Bedingungen für seine Überwindung schaffen müssen ... und der These, wonach die nachkapitalistische Gesellschaft das Ende der menschlichen Entfremdung und die volle Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten aller Individuen bringen werde. Beide gehören unterschiedlichen Diskursformen an, auch wenn sie sich letztlich vielleicht als wahr erweisen.« (Hobsbawm 2012: 353f.)

Daraus ergibt sich ein weiteres Dilemma für Prognosen: Die analytisch plausibel begründbare Endlichkeit, ja der Zusammenbruch eines Systems liefert

noch keine Antwort auf das Wesen und die Struktur seines Nachfolgers, also keine eindeutige Prognose.

Nach Meinung von Eric Hobsbawm habe sich eine ganz neue Situation für Gesellschaftsprognosen, insbesondere für marxistische, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausgebildet: »Die alten Gewissheiten – oder die konkurrierenden Versionen dieser Gewissheiten – über die Zukunft des Kapitalismus, über die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, von denen man erwarten könnte, dass sie den Übergang zu einem neuen Gesellschaftssystem bewerkstelligen, über das Wesen des Sozialismus, der entstehen sollte, sowie über den Charakter und die Aussichten der Gesellschaften, die diese Veränderungen bereits geschafft zu haben behaupteten – all diese Gewissheiten ... existierten schlicht nicht mehr.« (ebd. 356)

Deshalb müssen demokratische Alternativen zum »real existierenden Kapitalismus« völlig neu – alternativ auch zum »real existierenden Sozialismus« – gedacht werden.

»Letztlich jedoch sollte Marx eine ziemlich unerwartete Rückkehr erleben in eine Welt, in welcher der Kapitalismus daran erinnert wurde, dass seine Zukunft nicht durch die Gefahr einer sozialen Revolution in Frage gestellt wird, sondern allein durch die Art seines ungehinderten globalen Operierens.« (ebd. 374)

Politische Macht stellt grundsätzlich eine Barriere dar zwischen Gesellschaftsprognosen und daraus abgeleiteten praktischen Schritten:

Gesellschaftsprognosen sollten notwendige und hinreichende Bedingungen ihres Eintreffens und ihres Scheiterns beinhalten. Eine entscheidende Bedingung ist die Analyse und das Erkennen der unterschiedlichen Interessen der agierenden Kräfte und der Machtstrukturen zwischen ihnen. Für die Realisierung notwendiger bzw. wünschenswerter Schussfolgerungen aus Gesellschaftsprognosen ist die direkte Ablehnung der Vorschläge durch die Machthaber oft weniger gefährlich, als das scheinbar ehrliche Aufgreifen der Vorschläge durch ein »flexibel konservatives« Verhalten von Politikern und Wirtschaftsbossen. Dies gilt für beide Wirtschaftssysteme des 20. Jahrhunderts. Trotzdem kann in einer solchen »Vereinnahmung« alternativer Konzepte durch konservative Regierende Positives innerhalb des existierenden Wirtschaftssystems erreicht werden. Beispiele sind strengere ökologische Auflagen, Reduzierung von Dumpinglöhnen, bessere Arbeitsbedingungen u.ä.

Ein weiteres Problem ist die nicht seltene Gleichzeitigkeit kurzfristiger Fehlprognose und langfristig richtiger Gesellschaftsprognose. Ein Beispiel findet sich u.a. bei Marx und Engels, hilft aber wenig als Trost bei kurz- und mittelfristigen Fehlprognosen:

»Entscheidend ist ..., dass die durch den Kapitalismus veränderte Welt, die er (Marx) 1848 ... beschrieb, unübersehbar die Welt ist, in der wir 150 Jahre

später leben. ... (Aber) es gab einfach keinen hinreichenden Grund für die im *Manifest* ausgesprochene Überzeugung, dass der Zeitpunkt für den Sturz des Kapitalismus unmittelbar bevorstehe. ... Im Gegenteil. Wie wir heute wissen, stand der Kapitalismus damals am Vorabend der ersten Ära seines triumphalen weltweiten Vormarschs. ... Marx und Engels beschrieben nicht die Welt, wie der Kapitalismus sie 1848 bereits umgestaltet hatte, sondern prophezeiten, wie sie gemäß seinen eigenen Gesetzen von ihm umgestaltet werden musste.« (Hobsbawm 2012: 118f.)

Fazit: Entwicklungsgesetze einer Gesellschaft zu erkennen, hilft bei der langfristigen Prognose ihres Schicksals, aber wenig bis kaum bei der Information der Akteure über die kurz- bis mittelfristige Entwicklung. Letzteres benötigen sie aber als Basis unter dem Aspekt ihrer Interessen und für ihr rationelles Handeln. Aber die Wirtschaftsprognosen sowohl in zentralistisch geleiteten Gesellschaften als auch in neoliberal vernebelten kapitalistischen Gesellschaften spiegelten im Gegensatz zu Marx und Engels nur sehr begrenzt längerfristige Tendenzen richtig wider.

»Kurz, falsch war nicht die Prognose des *Manifests* von der zentralen Rolle der politischen Bewegungen, die sich auf die Arbeiterklasse stützen, ... Falsch war vielmehr die Behauptung: ›Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse‹, deren unvermeidliches Geschick ... Marx und Engels zufolge darin bestehen sollte, die Bourgeoisie zu stürzen: ›Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.‹« (ebd. 122f.)

»Marx' Vorstellung von einem Proletariat, das seinem Wesen nach bestimmt sei, die Menschheit zu befreien und durch seinen Sturz des Kapitalismus die Klassengesellschaft zu beenden, bringt eine Hoffnung zum Ausdruck, die er in seine Analyse des Kapitalismus hineingelesen hat, ist jedoch kein Schluss, den diese Analyse zwingend nahe legt.« (ebd. 125)

Prognosen sollen sowohl Realität vorhersagen als auch Warnungen vor drohenden Problemen liefern und damit ihre Erfüllung geradezu verhindern. Wichtige Phänomene auf dem Weg von Prognosen zur Realität sind:

- Prognosen können zu »Self-fulfilling« führen, also zum Eintreffen des Prognostizierten nur deshalb, weil es so vorhergesagt wurde. Bekannte Beispiele sind Preisprognosen: Weil sinkende Preise bestimmter Produkte vorhergesagt werden, steigen die Verkaufsangebote und sinkt die Kaufneigung. Dadurch ist das Angebot höher als die Nachfrage, wodurch die Preise sinken. Umgekehrt bei prognostizierten Preiserhöhungen.
- Aber prognostizierte Entwicklungen können auch manchmal gerade deshalb nicht eintreten, weil ihr Eintreffen prognostiziert wurde. Die Ursache können Gegenmaßnahmen gegen die Ursachen der prognostizierten Entwick-

lungen sein. Beispiele: Immer noch erhoffte Wirkung von weltweiten Maßnahmen gegen die Klimaveränderung. Aber auch soziale Maßnahmen von Herrschenden gegen soziale Unruhen, wie z.B. Bismarcks Sozialgesetze Ende des 19. Jahrhunderts.

- Nicht eingetretene Prognosen können auch über ihr Scheitern hinaus Wirkung haben, wenn sie nur geglaubt werden. Jean Ziegler führt folgendes Beispiel an (2011: 50): »Auch wenn die Daten das Gegenteil belegen – die Amerikaner glauben noch immer an den Mythos der Chancengleichheit. ... Selbst als Mythos hatte die Überzeugung, jeder bekomme eine faire Chance, ihren Nutzen: Sie motivierte Menschen dazu, hart zu arbeiten.« Wenn Prognosen nicht geglaubt werden, haben sie dagegen keine oder negative Wirkung, wie die wiederholten Versprechungen von Parteiführungen sozialistischer Länder, »bald« werde man die führenden kapitalistischen Länder in der Produktivität und im Lebensstandard ein- und überholen.

Abschließend sei – auch aus unserer eigenen Erfahrung – noch auf grundsätzliche Gefahren bei längerfristigen Prognosen hingewiesen:

- 1) Ein nicht seltener Irrtum ist es, »kurzfristige Schwankungen für den Beginn langfristiger Trends zu nehmen, oder langfristige Trends einfach in die Zukunft weiter zu verlängern« (Schanetzky 2007: 174);
- 2) Es besteht die Gefahr, »Hoffnungen zu wecken, wo Warnungen notwendig gewesen wären« (ebd. 186);
- 3) Es wird oft ungenügend beachtet, »dass auch die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik in die eigene Prognose eingerechnet werden mussten – das Verhältnis zwischen Prognose und politischem Handeln ... also rekursiv (war) und ... auf diese Weise die ökonometrischen Großmodelle« überforderte (ebd. 187);
- 4) »Insgesamt kam »eine ausgeprägte Neigung, eine günstigere Entwicklung als die im nachhinein statistisch registrierte vorherzusagen«, zum Tragen« (ebd. 189);
- 5) Auch auf uns traf teilweise die sarkastische Bemerkung von Charles C. Roberts von 1981 zu, der lange Jahre in der empirischen Wirtschaftsforschung tätig war und den Schanetzky in seiner Studie von 2007 mit den Worten zitiert: »Sie sind in der Prognose gescheitert, weil sie in der Analyse versagt haben.« (ebd. 190)

Exkurs: Die existierenden Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – Möglichkeiten sowie Grenzen ihrer Aussagefähigkeit

Um die im folgenden Kapitel 5 dargestellten und kritisch bewerteten Inhalte und Ergebnisse der Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren aus dem Jahre 1970 in der Zeit und im nationalen Vergleich besser einordnen zu können, sei hier ein kurzer Abriss der damals und danach angewandten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungssysteme MPS (Material Production System) und SNA (System of National Accounts) eingefügt, insbesondere unter dem Aspekt der beschränkten Aussagefähigkeit der zentralen Bewertungskennziffern »Nationaleinkommen« (MPS- bzw. DDR-Konzept) bzw. »Bruttoinlandsprodukt« und »Bruttosozialprodukt« (SNA bzw. BRD-Statistik).

Größe, Effektivität und Wachstum der Volkswirtschaft wurden in den zentralgeleiteten realsozialistischen Ländern durch das von ihnen angewendete »System der materiellen Produktion« (MPS) am Nationaleinkommen bzw. am volkswirtschaftlichen Endprodukt gemessen. Letzteres spiegelte nur die in Preisen gemessenen Nettoleistungen der so genannten materiellen Bereiche wider.

Die Prognose der volkswirtschaftlichen Wachstumsfaktoren war daran methodisch gebunden, versuchte aber wie insbesondere im Kapitel 5 sichtbar wird, auch die Entwicklung so genannter nichtmaterieller Bereiche zu konzipieren und zu bewerten. Zugleich wurde die Begrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der DDR und anderen Ländern des RGW auf die so genannten materiellen Bereiche sowohl in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung als auch in der praktizierten Statistik und der auf ihr basierenden Analyse, Prognose und Planung schrittweise »aufgeweicht«, wie auch wir in diesem Exkurs zeigen werden.

Die überwiegende Zahl der Länder war und ist kapitalistisch-marktwirtschaftlich verfasst und wendet das »System of National Accounts« (SNA) an, das von den Vereinten Nationen ausgearbeitet und zur Anwendung empfohlen wurde. Das SNA stellt »Güter-, Einkommens- und Finanzierungsströme (dar), und daraus ... abgeleitete Größen, wie die Wertschöpfung, das verfügbare Einkommen, die Ersparnis usw. Diese Angaben über die wirtschaftlichen Vorgänge werden durch Bestandsdaten, insbesondere über das Sach- und Geldvermögen, ergänzt. Die Ergebnisse ... werden grundsätzlich in Geldeinheiten ausgedrückt.« (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Wiesbaden 1987, zit. in Haeder/Walter 1990: 657)

Für Analysen und Prognosen unter dem Aspekt einer auf Wohlstand und sozial-ökologischen Umbau gerichteten Zielsetzung bzw. Bewertung von Volkswirtschaften haben beide Gesamtrechnungssysteme eklatante Schwächen:

Das MPS:

- Das System schließt nur die Ergebnisse gesellschaftlich organisierter Tätigkeit ein. Ehrenamtliche Tätigkeiten und Arbeiten in den Haushalten bleiben unberücksichtigt.
- Es werden nur materielle Produkte und Leistungen berücksichtigt, also die der Bereiche Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Bauwesen, Transport- und Nachrichtenwesen, Binnenhandel und »sonstige produzierende Bereiche«. Gesellschaftlich und ökonomisch entscheidende und für den wissenschaftlich-technischen sowie sozialen Fortschritt zunehmend bedeutendere Bereiche werden als Verbraucher und nicht als Leistungserbringer bzw. Quellen des produzierten Nationaleinkommens erfasst: Bildung, Wissenschaft und Forschung, Gesundheitswesen.
- Der ökonomische Fortschritt wurde am eigenen Ausgangsniveau gemessen statt an den internationalen und inneren Erfordernissen.
- Vergleichbare Preise bilden bestenfalls die Aufwands- und Marktrelationen eines Basisjahres ab, nicht die aktuelle Situation.
- Gebrauchswertverbesserungen und damit das Wirtschaftswachstum werden angesichts verbreiteter Mangelerscheinungen, besonders bei neuen Produkten, tendenziell überhöht ausgewiesen.
- Die Zielsetzung eines hohen Wirtschaftswachstums war damit – z.T. ungewollt – eine Orientierung an stofflichen bzw. ressourcenbasierten Gütern, und widerspricht damit zunehmend der notwendigen Entkopplung der Wohlstandsentwicklung von der Umweltbelastung.

Diese Art der Ergebniserfassung ist gesellschaftskonzeptionell und historisch erklärbar: Erstens sollten als typisch kapitalistisch oder angeblich nur aus der Konfrontation mit dem kapitalistischen System erklärbare Aufwendungen bzw. Leistungen aus der produktiven Gesamtleistung der sozialistischen Gesellschaft herausgenommen werden: staatlicher Zwangsapparat, Militärausgaben u.a. Zweitens hatten in einer kriegszerstörten und gegenüber den führenden Industrienationen nachholenden Wirtschaft der Wiederaufbau und die Erneuerung der materiell-technischen Basis, die Erhöhung der Akkumulationskraft der materiellen Bereiche u.a. Priorität. Insbesondere in den 1980er Jahren wurden die Schwächen dieser Ergebnismessung aber offensichtlich und effektive Strukturentscheidungen erforderten Veränderungen. Das wurde erkannt und insbesondere folgende Verbesserungen wurden innerhalb des MPS konzipiert und teilweise experimentiert:

- Entwicklung eines »Konzepts des vollen Konsumfonds« mit dem Ziel, alle Leistungen, die das Lebensniveau der Bevölkerung bestimmen, in den Konsumtionsfonds einzubeziehen, unabhängig davon, ob sie materiell-stofflicher oder nichtstofflicher Natur sind (siehe Haeder/Walter 1990: 661).

- Dementsprechende Veränderung des Kostenbegriffs durch die Herausnahme der Kosten dieser Bereiche mit nichtstofflichen Leistungen aus dem Mehrprodukt (Reineinkommen) und entsprechende Erweiterung des volkswirtschaftlichen Kostenbegriffs (ebd.).
- Differenzierte (Stibalova 1978) oder gleichmäßige, dem stofflichen Bereich angepasste (Hesse 1987) Berechnung von Gewinnraten für die Bereiche mit nichtstofflichen Leistungen.
- Dementsprechende Neuberechnung der Elemente der volkswirtschaftlichen Verflechtungsbilanz (Input-Output-Analyse) als Basis volkswirtschaftlicher Strukturanalysen und -prognosen (siehe Blümel u.a. 1975).
- Ab 1986 wurden in der DDR zwei neue Bilanzen durch die Zentralverwaltung für Statistik abgerechnet: »Bilanz der nichtproduktiven Leistungen« und »Bilanz der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung« (siehe Hein 1987).
- Es wurde ein Vorschlag diskutiert, objektive Daten der Leistung zu ergänzen durch so genannte »Zufriedenheitsstudien«, d.h. Daten »der subjektiven Wertschätzung verschiedener kulturell-sozialer Leistungen durch die Bevölkerung oder einzelne Bevölkerungsgruppen« (Koziolek 1979: 191f.).
- Vorschläge zur Neustrukturierung der Kosten und Ergebnisse der Leistungen der Betriebe der materiellen Produktion: Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, Leistungen der Betriebspolikliniken, der Einrichtungen zur Kinderbetreuung, der Betriebskantinen, der Betriebsferienheime u.a.

Grundsätzliche Probleme, vor denen die »Reformer« des MPS standen und die bis zuletzt nicht gelöst werden konnten, waren dabei u.a. folgende (siehe Haeder/Walter 1990: 663f.):

- Wie oben erwähnt war das MPS auf das administrative Planungs- und Leitungssystem zugeschnitten. Verbesserungsversuche, die der wachsenden Bedeutung der so genannten nichtmateriellen Bereiche gerecht werden sollten, zwangen zur verstärkten Nutzung von Wert-Preis-Kennziffern, verlangten damit deren größere Nähe zu den Kostenstrukturen und stellten damit das MPS selbst und bald auch die Dominanz administrativer Wirtschaftslenkung generell infrage.
- »Kostenkonzeption« versus »Preiskonzeption«: Die Vertreter der »Kostenkonzeption« sahen eine aktive Rückwirkung von nichtmateriellen Leistungen auf die Effektivität und Struktur der Volkswirtschaft, billigten ihnen aber keine mehrproduktbildende Funktion zu. Die Vertreter der »Preiskonzeption« postulierten, dass in allen einbezogenen Bereichen produktive Arbeit geleistet wurde und demzufolge auch ein Mehrprodukt und damit Reineinkommen gebildet werden.
- Die Vergleichbarkeit materieller und nichtmaterieller Leistungen konnte nur über Preise hergestellt werden. Die Preisrelationen entsprachen aber im Real-

sozialismus wegen des Nachfrageüberhanges und der staatlichen Preisregulierung nicht den Kostenrelationen. Außerdem wurden aus sozialpolitischen Gründen u.a. Leistungen des Bildungs- und Gesundheitswesens gratis zu Verfügung gestellt.

Diese Verbesserungen des MPS geschahen jedoch zeitlich wesentlich später als die hier kritisch dargestellte Prognosearbeit. Das MPS wurde mit dem Untergang der realsozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme obsolet und durch das SNA ersetzt.

Das SNA

Das SNA ist ein für kapitalistische, durch staatliche Interventionen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen »gezähmte« Marktwirtschaften adäquates Gesamtrechnungssystem. Es wird weltweit angewendet. Durch das SNA soll die volkswirtschaftliche Gesamtleistung abgebildet und die Analyse des Kreislaufs im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess ermöglicht werden. Die Bewertungsmaße sind Marktpreise. Es wird an seiner Erweiterung im Sinne unterschiedlicher Interessengruppen ständig gearbeitet. Insbesondere geht es den Kritikern um folgende Probleme:

- Die VGR (volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) misst grundsätzlich alle Aufwendungen und Ergebnisse in Wertgrößen. Sie schließt damit größtenteils Leistungen aus, die nicht am Markt erscheinen.
- Dagegen werden Aktivitäten, die z.B. die Umwelt schädigen, positiv bewertet, wenn sie einen Marktpreis realisieren.
- Entwicklung eines »Index of Sustainable Economic Welfare«, mit dem versucht wird, das BIP um folgende Faktoren des Gesamtwohlstandes zu korrigieren: Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient), unbezahlte Haus- und Familienarbeit, öffentliche Ausgaben des Gesundheitswesens und der Bildung, Kosten der Luft- und allgemeinen Umweltverschmutzung, des Rückgangs natürlicher Ressourcen, der globalen Erwärmung.
Für künftige Wirtschaftsprognosen, die eine effiziente, ökologische, auf die Wohlfahrt möglichst aller sozialen Schichten gerichtete Wirtschaftspolitik unterstützen wollen, sollte deshalb ein umfassenderer »Wohlfahrtsindex« der zentrale Maßstab sein. Diefenbacher (in Welzer/Wiegandt 2013: 170) schlägt z.B. einen »Nationalen Wohlfahrtsindex« mit den auf der folgenden Seite zusammengestellten Komponenten vor.
- Ergänzung des BSP durch Sozialindikatoren: Objektive Lebensbedingungen wie Wohnung, Ernährung, Gesundheitsversorgung und subjektive Zufriedenheit (siehe Sozialberichte, Armuts- und Reichtumsbericht in der BRD u.ä.). Wichtige Indikatoren sind Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit, Analphabetenquote, Armutsquote u.a.

Komponenten des Nationalen Wohlfahrtsindex nach Diefenbacher

1	Index der Einkommensverteilung	
2	gewichteter privater Konsum	+
3	Wert der Hausarbeit	+
4	Wert der ehrenamtlichen Arbeit	+
5	öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen	+
6	Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter	+/-
7	Kosten des Pendelverkehrs	-
8	Kosten von Verkehrsunfällen	-
9	Kosten von Kriminalität	-
10	Kosten des Alkohol-, Tabak- und Drogenmissbrauchs	-
11	gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen	-
12	Kosten durch Wasserbelastungen	-
13	Kosten durch Schädigung des Bodens	-
14	Schäden durch Luftverschmutzung	-
15	Schäden durch Lärm	-
16	Verlust bzw. Gewinn durch Biotopflächenänderungen	+/-
17	Verlust bzw. Gewinn durch die Veränderung von landwirtschaftlicher Fläche	+/-
18	Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Energieressourcen	-
19	Schäden durch Treibhausgase	-

■ Wachsende Verbreitung und kontroverse Diskussionen sind um die so genannte Glücksökonomie zu beobachten. Verbindungen zwischen ihren psychologischen und ökonomischen Aspekten stecken noch in den Kinderschuhen.

Bei der methodischen Kritik an Zukunftsaussagen von Wirtschaftsprognosen in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in beiden damals existenten Gesellschaftssystemen müssen wir jedoch beachten, dass wesentliche methodische Verbesserungen erst später in Angriff genommen wurden.²⁵

Den theoretischen Hintergrund der Diskussion um die Gesamtrechnungssysteme bildete die Auffassung über das Wesen produktiver Arbeit und deren

²⁵ Vgl. hierzu insbesondere: Deutscher Bundestag (2013): Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft, Schlussbericht, Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode, Drucksache 17/13300, 3.5.2013. Auf die in diesem Schlussbericht enthaltenen Schlussfolgerungen und für die weitere Arbeit aufgeworfenen Probleme kann hier nicht näher eingegangen werden.

Abgrenzung von unproduktiver Arbeit. Diese Problematik spielte während der gesamten Zeit der Existenz des Realsozialismus eine wesentliche Rolle in der politökonomischen Diskussion und wurde auch über die Grenzen der realsozialistischen Länder hinaus zur Kenntnis genommen und z.B. von Christian Meyer (1984) systematisch dargestellt. Wir können im Rahmen unserer Zielstellung nicht näher darauf eingehen. Wir stimmen ihm jedoch zu, wenn er am Ende seines Buches das Fazit zieht: »Gerade die heutigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge einer entwickelten Industriegesellschaft ... können nicht in einem volkswirtschaftlichen Rechnungssystem aggregiert werden, welches auf der Unterscheidung produktiver und unproduktiver Arbeit beruht.« (ebd. 291) Das folgende von ihm ausgesprochene hoffnungsvolle Abwarten einer Veränderung der VGR in sozial-ökologischer Richtung wurde jedoch wie das unsere bis zum Ende des Staatssozialismus enttäuscht: »Inwieweit die ... in die Diskussion gebrachten neuen qualitativen Kennziffern, die de facto die Unterscheidung produzierender und nichtproduzierender Bereiche ad acta legen, handlungsrelevant werden, bleibt abzuwarten.« (ebd.)

Kapitel 5

Ziele der Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren (PWF) bis 1990 – und die Realität

Prognosen werden nie voraussetzungslos erarbeitet. Die wichtigsten Voraussetzungen sind:²⁶

- Bisherige Trends und die Wahrscheinlichkeit ihrer Fortführung bzw. Veränderung in der Zukunft.
- Denkbare Szenarien künftiger Wirtschaftspolitik und die Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung.

Für die Prognose-Ist-Analyse der Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren (PWF) von 1970 bis 1990 bedeutet dies vor allem:

- Volkswirtschaftliches Wachstum, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. Nationaleinkommen (NE) in den RGW-Staaten war ein nicht hinterfragtes Erfolgskriterium. Das impliziert bereits der Titel »Wachstumsfaktoren«. Aus heutiger Sicht klingt das antiquiert. So schreiben Welzer/Wiegandt (2013: 9): »Als bedürfte es noch weiterer Beweise für die Überlegenheit des Glaubens über den Verstand, propagieren aber auch heute noch nahezu alle Angehörigen der politischen und ökonomischen Eliten das Wachstum.« Für die Volkswirtschaftsprognose der RGW-Länder und speziell der DDR hatte damals die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum durchaus ihre Berechtigung: Für die DDR ging es nicht nur um ein hohes volkswirtschaftliches Wachstum, sondern zugleich um das Ein- und Überholen des ökonomischen Niveaus der Bundesrepublik Deutschland. Dazu im Spannungsverhältnis standen allerdings zwei »Grenzlinien« für die Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiepolitik der DDR: erstens die Priorität der Arbeitsteilung im RGW und damit die Ausrichtung der Produktionsstruktur entsprechend dem Bedarf der Sowjetunion und zweitens der technologische Boykott insbesondere durch die USA und die BRD.
- Ökologische Grenzen und deren wachsende Bedeutung wurden bereits diskutiert, aber für überwindbar gehalten – insbesondere durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die dadurch zu erreichende weitgehende

²⁶ Alle Ist-Daten ohne Quellenangabe in diesem Kapitel sind dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1990 entnommen.

»Entkopplung« des Wirtschafts- und Wohlstandswachstums vom Einsatz natürlicher Ressourcen. Dies entsprach der zeitgenössischen Einschätzung der Charakteristika der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts im Unterschied zur rohstoffbasierten (Kohle, Stahl etc.) industriellen Revolution des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Wirtschaftswachstum ohne Ressourcenwachstum gibt es aber bisher nicht. Deshalb stimmen wir Welzer zu, dass »das Prinzip der Wachstumswirtschaft ... auf der Vorstellung (basiert), dass Ressourcen unendlich verfügbar sind« (in Welzer/Wiegandt 2013: 51).

In der DDR wurde 1968 bis 1970 unter Federführung der Staatlichen Plankommission und unter Einbeziehung von Experten aus Wissenschaft und Praxis eine prognostische Einschätzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über 20 Jahre (1971 bis 1990) im Auftrage des Ministerrates und unter Nutzung einer Reihe von detaillierten Prognosen unter dem Titel »Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren« (PWF) ausgearbeitet. Intentionen und Inhalt dieser Prognose sind auch heute noch unter mehreren Aspekten interessant:

Die Ausarbeitung der »Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren« geschah gemäß den wirtschaftspolitischen Intentionen der 1963 beschlossenen Richtlinie des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) bzw. des Ökonomischen Systems des Sozialismus (ÖSS), mit der Überzeugung, dass Höchstleistungen in Naturwissenschaft und Technik die Basis bilden, um die Zielstellung zu erreichen, das Konsumtionsniveau der BRD zu übertreffen, indem die DDR Westdeutschland in der Produktivität und Effektivität der Volkswirtschaft überholt. Zugleich bestand die Überzeugung, man könne durch Innovationen nicht nur die Natur »beherrschen«, sondern auch fortgeschrittene kapitalistische Länder überholen, ohne sie auf deren Entwicklungspfaden einholen zu müssen. Grundlage hierfür sollte das Überspringen bestimmter technologischer Entwicklungsstufen sein. Für die Einschätzung der Realisierbarkeit der PWF ist auch nicht zu vernachlässigen, dass die Mehrheit der DDR-Bevölkerung und ein nicht einflussloser Teil der politischen Führung ein Konzept eines eigenständigen sozialistischen Entwicklungspfades nicht mitrug, sondern die BRD-Wirtschaftsstruktur als Vorbild annahm. Ein solches alternatives Konzept wurde von der Politik und der Wissenschaft in der DDR nie ausgearbeitet. Im Unterschied hierzu gab es in der ČSSR für ein solches alternatives Konzept bedeutende Ansätze, die bereits 1966 von Radovan Richta und Kollegen im schon erwähnten Richta-Report (1971) vorgelegt wurden und die auch in der DDR in Wissenschaft und Politik bekannt waren.

Die Wirtschaftspolitik in der DDR nach dem VIII. Parteitag der SED 1971 war jedoch im Gegensatz zum politischen Konzept des NÖS gekennzeichnet durch die Zielstellung schneller konsumtiver Verbesserungen und – wahrscheinlich

noch gravierender – durch eine Abkehr von einer größeren Eigenverantwortung aller Wirtschaftssubjekte hin zu wieder strafferem Zentralismus und zur umfassenderen materiellen Planbilanzierung. Dieser konservative Rückschritt geschah nicht zuletzt auf Druck der UdSSR. Dabei hegte die Parteiführung unter Honecker die Hoffnung bzw. illusionäre Erwartung, durch verbesserte Konsumtion eine höhere Übereinstimmung der Bevölkerung mit der Politik der Parteiführung herstellen zu können und so eine höhere Arbeitsmotivation und -disziplin und Kreativität zu erreichen.

Der Prognosezeitraum spätestens ab 1980 war gekennzeichnet durch das Scheitern dieses Konzepts und wachsende Probleme: Wissenschaftlich-technischer Rückstand, Auslandsverschuldung, Versorgungsprobleme, Vernachlässigung und Niedergang von Teilen der Infrastruktur. Bereits nach etwa zehn Jahren waren die Abweichungen von der 1970 aufgestellten Prognose so gravierend, dass ein neues langfristiges Konzept nötig wurde. Im ersten Halbjahr 1979 wurde die Vorlage »Ausgewählte Probleme der langfristigen Entwicklung der wichtigsten Proportionen der Volkswirtschaft der DDR und Schritte zur Leistungssteigerung der Industrie, der Landwirtschaft, des Bauwesens und des Verkehrswesens im Zeitraum bis 1990/95« in der Leitung der SPK beraten. Die Vorlage beinhaltete wesentliche Korrekturen der in der PWF 1970 gestellten Ziele, aber keine grundsätzliche Änderung der oben geschilderten Wirtschafts- und Wachstumsstrategie ab 1971. Ein Prognose-Ist-Vergleich sowohl für 1971-1980 als auch für 1981-1990 ist interessant, weil er die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Einschnitte innerhalb ein und derselben Wirtschaftsordnung auf das Wirtschaftswachstum widerspiegelt. Andererseits ist dieser Vergleich problematisch, weil die bei der Prognosearbeit vorausgesetzten volkswirtschaftlichen Ziele und Mittel nicht mit den ab 1971 wirklich angestrebten übereinstimmten. Die Partei- und Staatsführung und die Planer in der DDR standen in den 1970er und 80er Jahren somit vor folgendem mehrdimensionalem Dilemma:

Erstens erfüllten sich die Hoffnungen auf eine unmittelbare Produktivitätswirkung der Erhöhung des Lebensstandards nach 1970 nicht, zumindest bei weitem nicht in dem erhofften Maße.

Zweitens mussten dadurch in den 1970er Jahren investive und konsumtive Ausgaben des Staates in wachsendem Maße durch Kredite aus dem NSW finanziert werden und deshalb wiederum dem Schulden- und Zinsendienst Priorität vor den Inlandsausgaben eingeräumt werden. Dies ging vor allem zu Lasten wichtiger Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen (u.a. im Gesundheitswesen, der Erhaltung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, dem Aufbau eines leistungsfähigen Kommunikationsnetzes).

Drittens blieb die Notwendigkeit einer höheren Wirksamkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts den politisch Verantwortlichen und den Pla-

nern bewusst, stieß aber insbesondere in den 1980er Jahren auf immer enger werdende Grenzen der verfügbaren Ressourcen. Der versuchte Ausweg war die Konzentration der Forschungs- und Entwicklungspotenziale und der Investitionen auf »Durchbruchstellen« wie der Mikroelektronik. Das wiederum musste zumindest aus zwei Gründen auf Grenzen stoßen: Einmal führte die Vernachlässigung anderer Bereiche zu Disproportionen; zum anderen erfordern Projekte wie die Mikroelektronisierung eine hohe Qualität der internationalen Arbeitsteilung, wie sie die PWF auch voraussetzte. Diese war aber aus unterschiedlichen Gründen weder im RGW noch mit dem NSW in erforderlichem Maße durchsetzbar.

Im folgenden zeigen wir – natürlich unvollständig – markante Abweichungen der Realität 1971 bis 1990 von den Prognosezielen der PWF und weisen auf offensichtliche Einflüsse und die Widerspiegelung des wirtschaftspolitischen Kurswechsels zwischen 1968-1970 (Entstehung der Prognose) und ab 1971 (prognostizierter Zeitraum) hin. Die PWF beinhaltete folgende Schwerpunkte:

Entwicklung der Akkumulationskraft

In der PWF wurde unter »Akkumulationskraft« »die Gesamtheit der materiellen und geistigen Ressourcen verstanden, die von der Gesellschaft für die Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion ... eingesetzt werden. ... (Sie werde) bestimmt durch die Größe der für die erweiterte Reproduktion der objektiven und subjektiven Elemente der Produktivkräfte einsetzbaren Mittel, ihr wissenschaftlich-technisches und ökonomisches Niveau sowie deren effektiver Einsatz und rationelle Nutzung. Zu den Elementen der Akkumulation in diesem weiten Sinne gehören vor allem die ... Erweiterungsinvestitionen der materiellen Produktion, die Gesamtinvestitionen der Bereiche der nichtmateriellen Produktion, ... die Erweiterung der produktiven Bestände, die Aufwendungen für Forschung und Bildung« (PWF I: 39). Die PWF sah vor, diese etwas heterogene und nicht einfach zu quantifizierende »Akkumulationskraft«, in ihren quantifizierbaren Bestandteilen »Akkumulationsfonds« genannt, von 24,5 Mrd. M (Mark der DDR) 1970 über 55-57 Mrd. M 1980 auf 120-125 Mrd. M 1990 zu erhöhen. Deshalb sollte die Akkumulationsrate oder der Teil des Nationaleinkommens, der als Erweiterungsinvestitionen und Bestandserhöhungen in den Bereichen der materiellen Produktion und als Gesamtinvestition der Bereiche der nichtmateriellen Produktion eingesetzt wird, von 22% des verwendeten Nationaleinkommens 1970 über 29% 1980 auf 35% 1990 erhöht werden (ebd.).

Aus heutiger Sicht ist dies ein typischer Ansatz für eine nachholende Wirtschaft, über Konsumbegrenzung und vorrangige Akkumulation ökonomisch führende Länder einzuholen. Diese Zielsetzung war zwingend, sollten die DDR und die RGW-Länder insgesamt im Kalten Krieg ökonomisch gegenüber den

NATO-Staaten und die DDR gegenüber der BRD und insbesondere dem idealisierten Bild von der BRD in den Köpfen der Mehrheit der DDR-Bevölkerung bestehen. Dem entsprach auch die Zielvorgabe der PWF, den Anteil des »Produkts für sich« (Lohnfonds) am Nationaleinkommen von 45% 1970 auf 33% 1990 zu senken und dementsprechend den Anteil des Mehrprodukts von 55% 1970 auf 67% 1990 zu erhöhen. Der grundlegende Unterschied dieses Konzepts der PWF bzw. des ihm zugrundeliegenden NÖS zu früheren Konzepten des Nachholens oder der ursprünglichen Akkumulation – wie z.B. in Sowjetrußland der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts – war jedoch, dass dies mit einer solchen Dynamik der Wirtschaft und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung verbunden sein sollte, die es gestatten würde, statt Abstrichen am Lebensniveau dessen stetige Erhöhung zu realisieren. Die PWF sah vor, dass von 1970 bis 1980 das Konsumtionswachstum pro Kopf der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 4,6% betragen sollte und zwischen 1980 und 1990 sogar 5%. Der neuralgische Punkt, an dem diese Ziele scheiterten, war die nicht erreichbare konzipierte Dynamik der Wirtschaft der DDR insgesamt, weil sie mit übertriebenen Erwartungen an das mögliche Wachstum verbunden war. Die wichtigsten Gründe hierfür waren: Weiterhin zu schwache Leistungsanreize der Betriebe und der Beschäftigten, Schwerpunktsetzung für DDR-Exporte seitens der UdSSR entsprechend deren Anforderungen, woraus sich auch Hemmnisse für den Ausbau intensiver »dezentraler« Arbeitsteilung zwischen potenten kleineren RGW-Ländern auf ausgewählten Gebieten (DDR, ČSSR, VR Polen, Ungarn) ergaben sowie Boykott und Störmaßnahmen durch die kapitalistischen Industrieländer.

Wie Tabelle 1 zeigt, wich die reale Entwicklung 1970 bis 1990 signifikant von der in der PWF konzipierten ab, verursacht durch die zwei bereits genannten und sich wechselseitig bedingenden Faktoren: unrealistische, überzogene Gesamtziele und veränderte wirtschaftspolitische Prioritäten ab 1971.

Als markante Fakten eines Prognose-Ist-Vergleichs lassen sich damit bereits auf makroökonomischer (volkswirtschaftlicher) Ebene feststellen:

Die konzipierten makroökonomischen Wachstums- und Effektivitätsziele wurden fast alle unterschritten. Eine Ausnahme bildete von 1971 bis 1980 die Konsumtion, was den Politikwechsel ab 1971 widerspiegelt. Die damit zusammenhängende drastische Verringerung der Investitionen gegenüber der PWF verschärfte die außenwirtschaftlichen und innovativen Probleme insbesondere in den 1980er Jahren. Bis 1989 wurden jedoch auch die Konsumtionsziele der PWF signifikant unterschritten.

Das produzierte Nationaleinkommen (Preise 1985) betrug 1980 177,5 Mrd. M (Prognose PWF 195-200 Mrd. M) und 1989 knapp 274 Mrd. M (Prognose PWF 360-380 Mrd. M).

Tabelle 1: Prognose und Ist des Nationaleinkommens (NE) und dessen wichtigster Verwendungsarten (Mrd. M)*

	Ist 1970	PWF 1980	Ist 1980	PWF 1990	Ist 1989
produziertes NE	109,5	195-200	177,5	360-380	273,7
Exportüberschuss (VM)	-1,1	ca. 10	-4	ca. 12	
verwendetes NE	113,5	190-195	173,4	350-360	261,4
darin Konsumtion	86,0	135-138	140	230-235	204,4
davon individuelle Konsumtion	75,5	ca. 120	118	ca. 195	163,4
davon gesellschaftliche Konsumtion	10,5	15-18	21,5	35-40	41,1
Akkumulation	27,5	55-57	34	120-125	57,0
Bruttoinvestitionen	33,5	70-75	48	160-170	
davon materielle Bereiche	27,7	57	38,5	112-118	
davon nichtmaterielle Bereiche	5,8	16	9,5	48-52	22,8

*Die Angaben zum Exportüberschuss, die in Valutamark (VM) erfolgen, können nicht direkt mit den Angaben zum produzierten und im Inland verwendeten Nationaleinkommen verglichen werden, die in Inlandspreisen in Mark der DDR ausgewiesen werden. Valutamark (VM) war seit 1965 die Recheneinheit der DDR zur amtlichen Umrechnung der Binnenwährung Mark der DDR zu konvertiblen westlichen Währungen. Ihre Berechnung wurde geheim gehalten.

Das im Inland verwendete Nationaleinkommen betrug 1980 177,5 Mrd. M (Prognose PWF 190 bis 195 Mrd. M) und 1989 etwa 261 Mrd. M (Prognose PWF 350-360 Mrd. M).

Eine wesentliche Ursache für die Schere zwischen produziertem und im Inland verwendbarem Nationaleinkommen war der Zwang, weitgehend alle im »Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet« (NSW) absetzbaren Erzeugnisse und Leistungen auch tatsächlich dorthin zu exportieren – ohne Rücksicht auf deren Exportrentabilität –, um die Auslandsverschuldung in Grenzen zu halten und die Zahlungsfähigkeit zu erhalten. In den 1980er Jahren mussten für den Erlös einer DM im Durchschnitt Waren mit einem Inlandspreis von 4,40 Mark der DDR eingesetzt werden. Das Verfehlen des prognostizierten Ziels im Wachstum des Nationaleinkommens schlug sich vollständig zuungunsten der Akkumulation nieder, also zu Lasten der Zukunft. So sank der Anteil der Akkumulation am verwendeten Nationaleinkommen von 1970 bis 1990 von 24 auf 20%, statt wie in der Prognose konzipiert auf 35% zu steigen. Dies geschah weitgehend zu Lasten der Modernisierung der materiell-technischen Basis bzw. der Investitionen, obwohl in den 1980er Jahren auch die konzipierten Konsumti-

onsziele nicht mehr erreicht wurden. Bereits 1980 wurden nur etwa zwei Drittel der 1970 für 1980 prognostizierten Investitionen realisiert.

Sowohl die Ziele für das produzierte als auch für das verwendete Nationaleinkommen mussten bereits bis 1980 um etwa 10% reduziert werden. 1989 betrug das produzierte Nationaleinkommen der DDR knapp 274 Mrd. M statt der prognostizierten ca. 370 Mrd. M. Das verwendete Nationaleinkommen von 261 Mrd. M 1989 statt der für 1990 prognostizierten 350-360 Mrd. M wich mit ca. 25% noch stärker vom ursprünglich konzipierten Ziel ab.

Rechnet man die Differenzen zwischen den Zielen bzw. Vorhersagen der PWF und der im ersten Jahrzehnt des Prognosehorizonts bis 1980 erreichten Realität in Jahre um, die die reale Entwicklung hinter den Prognosezielen zurückblieb, ergibt sich ein interessantes Bild: Das Volumen des Nationaleinkommens lag zwei bis drei Jahre hinter den Prognosezielen zurück. Die Konsumtion erreichte fast das prognostizierte Ziel, die gesellschaftliche Konsumtion sogar 4 bis 7 Jahre früher. Die Akkumulation und das Investitionsniveau lagen je nach Rechnungsart um 5 Jahre bis zu mehr als einem Jahrzehnt hinter den ursprünglichen in der PWF gesteckten Zielen (Vorhersagen) zurück. Dies war ein makroökonomischer Hinweis, dass die DDR teilweise auf Kosten der Substanz lebte, was sich in den 1980er Jahren noch zuspitzte.

Die Reduzierung der Investitionen im Zeitraum 1971 bis 1980 wurde in den so genannten materiellen und nichtmateriellen Bereichen zu prozentual gleichen Teilen vorgenommen, sodass ihre Anteile an den Bruttoinvestitionen nicht verändert wurden. Das galt aber nicht *innerhalb* dieser Makrobereiche: Der Anteil der Industrie wurde trotz absoluter Kürzungen gegenüber der Prognose in der PWF von 46% auf fast 52% erhöht. Der Anteil des Bauwesens wurde von 6,3% auf 3,1% reduziert. Der Anteil des Wohnungswesens erreichte trotz des umfangreichen Wohnungsbauprogramms ab 1976 gegenüber den in der PWF vorgesehenen fast 12% lediglich 8,3%.²⁷

Ein zunehmender Teil des produzierten Nationaleinkommens musste vom im Inland verfügbaren Nationaleinkommen abgezogen werden, um den Exportüberschuss in Inlandspreisen zu finanzieren. Trotzdem bestand wegen der abnehmenden Exportrentabilität ein Importüberschuss in Valutamark (VM). Ungeachtet der für die materiell-technische Basis der DDR auf Dauer äußerst negativen Reduzierung der Investitionen zugunsten des Exports nahm die Auslandsverschuldung der DDR gegenüber dem NSW in den 1970er Jahren bis 1980 zu. Für 1970 ging die PWF noch von einem moderaten Exportüberschuss von 0,6 Mrd. VM aus. Für 1980 prognostizierte die PWF einen Exportüberschuss von

²⁷ Zu einem detaillierteren Prognose-Planziele-Ist-Vergleich für das Jahrzehnt 1970 bis 1980 der DDR-Wirtschaft vgl. Walter 1981: 47f.

10 Mrd. VM und für 1990 von über 12 Mrd. VM. Tatsächlich musste aber im Jahr 1980 ein beträchtlicher Importüberschuss hingenommen werden, der in der ersten Hälfte der 1980er Jahre zwar reduziert werden konnte, aber nicht beseitigt wurde und damit signifikant von der prognostizierten Größe abwich. Die Höhe der Nettoverschuldung der DDR gegenüber dem NSW betrug entgegen den im so genannten Schürerbericht genannten weit überhöhten Zahlen 19,9 Mrd. DM (vgl. Deutsche Bundesbank 1999: 58).

Entwicklung des Nationalreichtums

Die Entwicklung des Nationaleinkommens wurde bereits im vorherigen Abschnitt als wesentliche Basis der Akkumulationskraft dargestellt. Unter dem »produzierten materiellen Nationalreichtum« fasste die PWF im wesentlichen den Bestand an Produktionsfonds, materiellen Fonds der so genannten nicht-materiellen Bereiche und der materiell-technischen Territorialstruktur sowie die materiellen Fonds an Konsumgütern bei der Bevölkerung (ohne natürliche Ressourcen) jeweils zum »Zeitwert« zusammen (PWF I: 95). Die problematische Bestimmung des »Zeitwertes« kann hier nicht kritisch analysiert werden; Zweifel an ihrer Solidität ändern aber wenig an den hier behandelten Tendenzen und Prognose-Ist-Abweichungen.

Die PWF schätzte ein, dass sich der Nationalreichtum »im Ergebnis und in Übereinstimmung mit der prognostizierten Entwicklung des verwendeten Nationaleinkommens, insbesondere der Akkumulation« entwickelt. Er betrug 1970 etwa 440 Mrd. M und sollte bis 1990 kontinuierlich jährlich um 6,5 bis 6,7% wachsen und »könnte« 1990 etwa 1.600 Mrd. M betragen (ebd. 95f.).

Die Realisierbarkeit der prognostizierten Werte des Nationalreichtums litt natürlich unter den gleichen unrealistischen Annahmen, wie die der ihm zugrundeliegenden makroökonomischen Daten. Außerdem ist die Aussagefähigkeit des in der PWF definierten »Nationalreichtums« aus heutiger Sicht zumindest eingeschränkt, da z.B. Umweltbelastungen ausgeklammert wurden.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit

Der anspruchsvollen Prognose – eigentlich Forderung – der durchschnittlichen jährlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität von 6,6% in den 1970er Jahren und 7,2% in den 1980er Jahren lag als Anforderung folgende These in der PWF zugrunde:

»Im Prognosezeitraum ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität die alleinige Quelle für die Entwicklung des Nationaleinkommens. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität muss dabei sowohl die prognostizierte Abnahme der Beschäftigten im Bereich der materiellen Produktion, die voraussichtliche Zunahme des

Anteils der Teilbeschäftigten, die Zunahme der Ausfallzeiten für Erwachsenenqualifizierung sowie den prognostizierten Rückgang der nominellen Arbeitszeit einschließlich der Zunahme des Urlaubs überkompensieren.« (PWF I: 97)

Als Hauptfaktoren, die die Realisierung dieses anspruchsvollen Ziels der Steigerung der Arbeitsproduktivität bewirken sollte, sah die PWF (ebd. 101) folgende an:

- Erhöhung des Gebrauchswertes der Erzeugnisse sowie des Anteils der Erzeugnisse, die dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entsprechen
 - Erzeugnisse mit dem Gütezeichen »Q«
- Erhöhung der produktiven Akkumulation und der Investitionen insgesamt
- Erhöhung des Anteils der Ausrüstungen an den Grundfonds
- Erhöhung der Effektivität im nichtmateriellen Bereich
- Sicherung des Rohstoff- und Materialbedarfs, ökonomischer Materialeinsatz und neue Materialien
- Systemautomatisierung und komplexe Automatisierung
- Höhere Auslastung der modernen Technik
- Automatische Informationsverarbeitungssysteme
- Rationalisierung in F/E und Projektierung
- Rationalisierung in Planung und Leitung
- Rationalisierung des Absatzes und der Finanzen
- Änderung der Produktionsstruktur vor allem durch folgende Faktoren:
 - Ökonomische Integration der RGW-Länder
 - Änderung des Anteils der Bereiche an der Warenproduktion und am Export zugunsten steigender Anteile der Elektrotechnik/Elektronik, des Maschinenbaus und der Chemie
 - Erhöhung des Anteils der Produktion in leistungsfähigen Kombinat
 - Veränderung der Struktur der Arbeitskräfte nach Volkswirtschaftsbereichen
 - Erhöhung des Anteils des Dienstleistungssektors

Zusammenfassend kann dazu u.E. festgehalten werden: Wie sich im nachhinein herausstellte, waren die Ziele zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht zu erreichen. Dies hatte mehrere Ursachen: Die Zielstellung war beeinflusst sowohl von zu optimistischen Einschätzungen des Effizienzpotenzials der Komponenten der wissenschaftlich-technischen Revolution, als auch von der Unterschätzung der Wachstumsbremsen, die sowohl von den ökonomischen und ideologisch-psychologischen Einflüssen besonders von der BRD ausgingen, als auch von den Verflechtungen mit der UdSSR.

Die Arbeitsproduktivität (produziertes Nationaleinkommen je Beschäftigten im so genannten materiellen Bereich) wuchs 1971 bis 1980 um durchschnittlich 4,5% je Jahr statt wie prognostiziert um 6,6%. Dies wurde teilweise ausgeglichen durch höheres Wachstum der Zahl der Beschäftigten. Die Arbeitsprodukti-

vität spiegelt bekanntlich das Verhältnis von Produktionsergebnis (Nationaleinkommen, Warenproduktion u.a.) und lebendiger Arbeit (Zahl der Arbeitskräfte, geleistete Stunde u.a.) wider. Die Entwicklung der Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit wurde in der PWF gemessen an der Grundfondsquote (Produktionsergebnis zu eingesetzten Grundfonds), an der Materialintensität sowie am Investitionskoeffizienten (»Verhältnis des Nationaleinkommenswachstums zu den Bruttoinvestitionen«). Diese Indikatoren der Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit wurden in der PWF wie folgt prognostiziert:

Grundfondsquote (M produziertes NE je 1.000 M Grundfonds): Als Ergebnis von sowohl positiv als auch senkend auf die Grundfondsquote wirkender Faktoren wurde insgesamt eine Erhöhung der Grundfondsquote von 386 M 1970 über 392-400 M 1980 auf 400 bis 415 M 1990 angenommen. Tatsächlich sank die Grundfondsquote in diesem Zeitraum, statt wie prognostiziert insgesamt und in fast allen Bereichen zu steigen.

Darin spiegelte sich die Veraltung der Grundfonds wider, nicht zuletzt verursacht durch die Politik kurzfristiger konsumtiver Verbesserungen auf Kosten längerfristiger wissenschafts- und modernisierungsorientierter Wirtschaftspolitik. Spitzenleistungen auf ausgewählten Gebieten wurden unter diesen Bedingungen durch Substanzverzehr oder große Rückstände auf anderen Gebieten erkaufte. Bis 1989 »entstand ein um 10 Prozentpunkte ... höherer Verschleiß des Kapitalstocks im Vergleich zu anderen Ländern. Bei Ausrüstungen betrug der ausgewiesene Verschleiß 55,5% im Vergleich zu 45% international. Daraus ergab sich ein hoher tendenziell weiter ansteigender Bedarf an Modernisierungsinvestitionen.« (Mittelbach 2005: 20)

Als positiv auf die Grundfondsquote wirkende Faktoren wurden angenommen (PWF I: 113):

- Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Grundfonds
- Erhöhung des technologischen Niveaus der Produktion
- Verbesserung der Ausnutzung der Grundmittel
- Steigerung der Arbeitsproduktivität bei der Herstellung der Grundmittel
- Struktureffekte

Als entgegenwirkende Faktoren wurden angesehen (ebd. 112):

- »zunehmende Aufwendungen für die Freisetzung von Arbeitskräften«
- »Schaffung von Kapazitäts- und Bestandsreserven«
- »wachsende Aufwendungen für die Erschließung, Gewinnung und Lagerung von Rohstoffen, z.B. Wasser, Braunkohle, Erdgas, Erdöl«
- »steigende Aufwendungen für Arbeitsschutz, Arbeitshygiene und Arbeitskultur«.

Materialintensität (Materialeinsatz je M Endprodukt):

In der PWF wurde folgende Vorhersage getroffen: »Nach gegenwärtigen Einschätzungen (wird) die Materialintensität, bezogen auf die Hauptwerkstoffe, 1980 gegenüber 1970 um 8-10% und 1990 gegenüber 1970 um etwa 20% sinken können.« (ebd. 121) Als beeinflussende Prozesse wurden insbesondere angesehen:

- Progressiver Einsatz von Plastwerkstoffen
- Nutzung silikatischer Werkstoffe als Konstruktionswerkstoff
- Einsatz von Erdöl und Erdgas als Kohlenstoffträger in stoffwirtschaftlichen Prozessen
- Geschlossene Prozesskreisläufe mit maximaler Stoffausbeute und minimalen Abprodukten (Reststoffe des Produktionsprozesses)
- Minimierung der Prozessstufen von der Rohstoffgewinnung bis zur Anwendung
- Entwicklung billiger Verbundwerkstoffe
- Reduzierung und Vereinheitlichung der Bauelemente, Miniaturisierung
- Wandel der Formgebungsverfahren zugunsten der Ur- und Umformtechnik
- Besserer Investitionskoeffizient (Nationaleinkommenswachstum zu den Bruttoinvestitionen)

Es gab zwar Fortschritte bei der Erfüllung dieser Aufgaben. Insgesamt blieb jedoch die reale Entwicklung weit hinter den ehrgeizigen Zielen zurück.

International ist in den letzten Jahrzehnten der Rohstoff- und Energieverbrauch weiterhin in einem alarmierenden Ausmaß angestiegen. Als Beleg führt z.B. Sommer (in Welzer/Wiegandt 2013: 12ff.) folgende Fakten an:

- »... die Veränderungen in der Relation der extrahierten Ressourcen«. Wurde bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts überwiegend Biomasse genutzt – also Stoffe, die bei einer nachhaltigen Bewirtschaftung erneuerbar sind –, machen 2005 »mehr als 80% der entnommenen Stoffe nicht erneuerbare Stoffe, wie fossile Brennstoffe oder Erze und industrielle Mineralien, aus. Bei einigen dieser Stoffe – so beim Erdöl oder bestimmten Seltenen Erden – sind die Grenzen des gegenwärtigen sozialen Metabolismus bereits erkennbar.« (ebd. 18f.)
- »Beim gegenwärtigen Energiemix würden die Emissionen, die aus einer weiteren Zunahme der Energienachfrage resultieren ... bis zum Ende des Jahrhunderts zu einer etwa 5 Grad Celsius wärmeren Welt führen.« (ebd. 22)
- »... das Wachstum der Weltwirtschaft sowie der Anstieg der Weltbevölkerung haben die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes pro BIP-Einheit deutlich überkompensiert. ... Analoge Daten existieren auch für den Ressourcenverbrauch. So wurden im Jahr 2002 global weltweit etwa 25% weniger Materialinput pro Einheit BIP verbraucht als 1980 ... Absolut stieg aber auch hier

– getrieben vom Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum – der Ressourcenverbrauch stark an.« (ebd. 25)

Zu relativem Optimismus geben jedoch Anlass erstens eine »zunächst für die westlichen Gesellschaften (konstatierte) Zunahme postmaterieller Werthaltungen seit dem Zweiten Weltkrieg« und eine Technologieentwicklung, »die eine graduelle Dematerialisierung verschiedener Bereiche der Alltagskultur möglich erscheinen lassen« (ebd. 27f.). Diese den Ressourcenverbrauch reduzierenden Tendenzen haben aber u.E. zumindest gegenwärtig noch keine Chance, dominant zu werden. Die Gefahr zu optimistischer Prognosen, normativ abgeleitet aus objektiven Notwendigkeiten, droht auch heute ähnlich wie während der Ausarbeitung der PWF. Diese Vorsicht wird gestützt durch die längerfristige Messung des so genannten »Earth-Overshoot-Day«: danach wirtschaftet man dann nachhaltig, »wenn man den Ressourcenverbrauch pro Jahr so einteilt, dass die rechnerisch verfügbare Menge nach 365 Tagen verbraucht ist, man am 1. Januar des Folgejahres also wieder dieselbe Menge zur Verfügung hat. ... Seit so gemessen wird, fällt der Tag, an dem die Ressourcen verbraucht sind, immer früher ins Jahr: 2011 war es der 27. September, 2012 ist es der 21. August.« (Welzer in Welzer/Wiegandt 2013: 54)

Als Resultierende aller die Arbeitsproduktivität und die Ökonomie der gegenständlichen Arbeit beeinflussenden Faktoren wurde folgende Entwicklung des *Investitionskoeffizienten* prognostiziert (PWF I: 124):

Tabelle 2: Investitionskoeffizient (NE-Wachstum zu den Bruttoinvestitionen)

Zeitraum	In Mark NE-Wachstum zu TM Bruttoinvestitionen des Vorjahres
1965-69	200
1971-80	230-240
1981-90	210-220

Nach groben Schätzungen dürfte der Investitionskoeffizient tatsächlich wesentlich niedriger gewesen sein: 1971-1980 zwischen 150 und 160 M und 1981-1989 zwischen 140 und 150 M.

Passgenaue Vergleiche der prognostizierten mit der realisierten Materialintensität und der Grundfondsquote sind schwierig. Einen gewissen Aufschluss gibt aber, dass die Verschleißquote des Ausrüstungsbestandes im Zeitraum 1971 bis 1990 nochmals anstieg, statt wie in der PWF angesichts des internationalen wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Reproduktionsziele in der DDR vorausgesetzt, zu sinken.

Tabelle 3: Verschleißquote des durchschnittlichen Ausrüstungsbestandes

in %	1975	1980	1989
materieller Bereich	48,1	51,3	55,2
nichtmaterieller Bereich	52,7	57,5	59,5

Kostenentwicklung und Preisdynamik (bis 1980)

Die PWF ging bei der Prognose der Kostendynamik von gegenläufigen Tendenzen aus, aber insgesamt von einer »bedeutenden Senkung des volkswirtschaftlichen Kostensatzes – um etwa 6 Punkte auf 76%«. Positiv wirkte die angenommene Senkung der volkswirtschaftlichen Materialintensität, gegenläufig ein steigendes Abschreibungsvolumen durch steigende Fondsausstattung und erhöhten moralischen Verschleiß der Grundfonds (PWF I: 126).

Nach der PWF (ebd. 132) könnten die Industriepreise »bis 1980 um etwa 15% gesenkt werden«. Ursache seien die prognostizierten Steigerungen der Arbeitsproduktivität und der Fondsökonomie. Es wird erkannt und betont, dass diese Preissenkungen die Voraussetzung bilden für das Bestehen auf den Weltmärkten, für die Realisierung der Ziele in der Strukturpolitik und für die Ziele bei der Kostensenkung in den folgenden Produktionsstufen. Damit wird der Kreislauf von Ursachen und Wirkungen anerkannt bzw. auch die Rückwirkungen des Erreichens oder Verfehlens der Ziele auf die Mittel bzw. Ursachen. Darin kommt auch das Bestreben zum Ausdruck, bei der Ausarbeitung der PWF die Komplexität der Wirkungen eines Nichterreichens der Prognoseziele deutlich zu machen. Allerdings wurden bei dieser Einschätzung der Preisentwicklung die voraussichtliche Erhöhung der Energie- und Rohstoffpreise sowie der Kosten für den Umweltschutz kaum beachtet.

Entwicklung der Produktionsstruktur

Die Vorstellungen über die Veränderungen in der Produktionsstruktur gingen vom damaligen Kenntnisstand über die wissenschaftlich-technische Revolution und ihrer notwendigen Umsetzung in der DDR aus und nicht etwa von einseitigen Wachstumszielen eines »weiter so«. Dies wurde explizit in der PWF ausgesagt (ebd. 138f.):

Bei der Einschätzung der Grundlagen der Entwicklung der Produktionsstruktur wurde von den Hauptrichtungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, wie sie in den vorliegenden Prognosen enthalten sind, ausgegangen. Die Autoren waren davon überzeugt, dass die Automatisierung zur eigentlichen materiell-technischen Basis der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wird.

Fehleinschätzungen und Irrtümer aus heutiger Sicht sind dem damaligen international begrenzten Erkenntnisstand und Entwicklungskonzept der Produk-

tivkräfte, unrealen Vorstellungen über das eigene Entwicklungspotenzial der DDR und über die Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung mit dem SW und NSW geschuldet.

Wichtige und aus heutiger Sicht interessante Aussagen zur Entwicklung der Produktionsstruktur von 1970 bis 1990 waren u.a.:

Das »rasch zu entwickelnde Forschungs- und Entwicklungspotenzial« sollte vor allem auf die Elektronik und den wissenschaftlichen Gerätebau konzentriert werden und so in enger Kooperation mit der UdSSR und anderen RGW-Ländern die »Mitbestimmung des Weltniveaus« erreicht werden (ebd. 141). Die Veränderung der Werkstoffstruktur und die Senkung des spezifischen Werkstoffeinsatzes würde sowohl vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmt werden, als auch dessen Inhalt mitbestimmen. Außerdem sollten einheimische Roh- und Werkstoffe stärker genutzt werden. Der prozentuale Anteil der wichtigsten Konstruktionswerkstoffe sollte sich wie folgt entwickeln (ebd. 144):

Tabelle 4: Anteil der wichtigsten Konstruktionswerkstoffe in %

in %	1970	1980	1990
Eisenwerkstoffe	53,6	29,0	19,0-15,0
Aluminium	5,0	3,5	3,0
Plast	24,1	49,0	64,0-68,0
Glas	17,3	18,5	14,0-13,5

Uns stehen keine vollkommen vergleichbaren Ist-Daten zur Verfügung. Aber der massive Ersatz von Kupfer durch Aluminium in den 1970er und 80er Jahren, auch teilweise auf Kosten der Qualität, insbesondere der elektrischen Leitfähigkeit und Haltbarkeit der Endprodukte, hinterlässt Zweifel daran, dass die prognostizierte Abnahme des Anteils von Aluminium erreicht wurde. Die Erhöhung des Anteils von Plasten insbesondere auf Kosten metallischer Konstruktionswerkstoffe war dagegen in den beiden Prognosejahrzehnten offensichtlich, war jedoch in der PWF gegenüber den realen Möglichkeiten stark überzogen (vgl. hierzu in diesem Kapitel Tabelle 32 zur Entwicklung der Struktur der Hauptwerkstoffe auf der Grundlage der später ausgearbeiteten langfristigen Rohstoffkonzeption).

Die *Industrieproduktion* sollte sich von 1970 bis 1990 fast verfünffachen und die chemische Industrie sollte einen bedeutenden Teil der dazu notwendigen Werkstoffbasis zur Verfügung stellen und darüber hinaus einen Exportüberschuss erwirtschaften.

»Es kann damit gerechnet werden, dass bei einer Verdopplung des Rohstoffverbrauchs ... 1990 gegenüber 1970 der Rohstoffeinsatz je Einheit Natio-

naleinkommen auf ca. 55-60% sinken wird. Der wertmäßige Importanteil am Rohstoffverbrauch könnte 1990 bei ca. 50% liegen. Damit könnte der gegenwärtige Importanteil beibehalten werden (ebd. 148). Die Sicherung dieser Importe »erfordert dem Bedarf der rohstoffexportierenden Länder entsprechende Exporte, zunehmende Investitionsbeteiligungen bzw. langfristige Kredite« (ebd. 147). Damit wurde in der PWF bereits 1970 indirekt das Spannungsverhältnis zwischen den ehrgeizigen Wachstums- und Entwicklungszielen und den dazu notwendigen Investitionen, dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und der Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung deutlich gemacht – allerdings verdeckt durch den Glauben an die Realisierbarkeit der selbst gestellten hohen Wachstumsziele.

Der in der PWF prognostizierte Wandel in der *Struktur der Primärenergie* war gekennzeichnet einerseits von der damals bereits vorhandenen Erkenntnis, dass der Verbrauch fester Brennstoffe, in der DDR insbesondere der Braunkohle, drastisch reduziert und schließlich ganz abgelöst werden muss, andererseits vom noch ungebrochenen Glauben an die friedliche Nutzung der Kernenergie. Folgende Entwicklung der Struktur der Primärenergie der DDR wurde prognostiziert (ebd. 148):

Tabelle 5: Entwicklung der Struktur der Primärenergie

Anteil in %	1970	1980	1990
Kernenergie	1	7-10	24-36
flüssige Energieträger	14	27-30	23-28
Erdgas	1	12-16	9-20
feste Brennstoffe	84	46-55	25-34

Ohne vollständig vergleichbare Daten zur Verfügung zu haben, geht aus den folgenden Daten der DDR-Statistik hervor, dass der prognostizierte Wandel in der Struktur des Energieverbrauchs bei weitem nicht vollzogen wurde. Nach wie vor dominierte die Braunkohle bei wachsender Bedeutung des Erdgases: Gegenüber 1980 (= 100) stieg der Primärenergieverbrauch der Volkswirtschaft bis 1989 insgesamt auf 104,5%, der an Rohbraunkohle aber auf 114,7% und der der gasförmigen Energieträger auf 115,5%.

Diese Tendenz verstieß damals und verstößt erst recht im 21. Jahrhundert gegen die notwendige Energiewende zu erneuerbaren Energieträgern. Denn es wird prognostiziert, dass insgesamt für unseren Planeten gilt: »Bei einer Verbrennung fossiler Energieträger im Modus *business as usual* dürfte diese in spätestens 25 Jahren erschöpft sein. Genau daraus resultiert der Wunsch, das Wirtschaftswachstum vom Material- bzw. Ressourcenverbrauch auf der einen

Seite und von Abfallprodukten und Emissionen auf der anderen Seite zu entkoppeln.« (Sommer in Welzer/Wiegandt 2013: 14)

Das *Angebot an Konsumgütern* sollte nach Aussagen der PWF durch den sich verändernden Lebensstil einer immer gebildeteren Bevölkerung und zugleich durch den technischen Fortschritt bestimmt werden. Das Angebot an industriellen Konsumgütern werde 1990 zu 30-40% aus 1970 noch nicht existierenden Erzeugnissen bestehen (PWF I: 149).

Wenn auch hinsichtlich des Welt- und BRD-Höchststandes bis zum Schluss die industriellen Konsumgüter im DDR-Handel und in den DDR-Haushalten im Gegensatz zu den Zielvorstellungen der PWF einen beträchtlichen Rückstand aufwiesen, stieg doch der Ausstattungsgrad der Haushalte mit technischen Gütern beträchtlich an:

Tabelle 6: Ausstattungsbestand an langlebigen Konsumgütern je 100 Haushalte

	1970	1980	1989
PKW	15,6	36,8	54,3
Kühlschränke	56,4	99	99
davon Gefrierschränke	0,5	12,5	47,5
Waschmaschinen	6,2	80,4	99
Fernsehgeräte	69,1	88,1	96,2
davon Farbfernseher	0,2	16,8	57,2

Der Anteil der *Industrie* an der volkswirtschaftlichen Produktion sollte von 1970 ca. 62% über 1980 ca. 68-70% auf 1990 ca. 73-75% steigen (ebd. 150). Hierin kommt einerseits zum Ausdruck, dass die Dienstleistungen zu einem großen Teil – entsprechend der damals noch in den realsozialistischen Ländern bestimmenden Auffassung ihres unproduktiven Charakters – in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht erfasst wurden. Andererseits zeigt sich hierin, dass der strukturelle Wandel in Richtung eines stark ansteigenden Anteils der Dienstleistungen an der gesamtvolkswirtschaftlichen Leistung unterschätzt wurde.

Innerhalb der Industrie sollten die in Tabelle 7 aufgeführten Bereiche ihren Anteil an der Produktion erhöhen.

Dementsprechend sollte bei absolut wachsender Produktion der Anteil folgender Bereiche zurückgehen: Grundstoffindustrie, Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Bezirksgeleitete (regional geleitete Betriebe) und Lebensmittelindustrie.

Der tatsächliche Anteil der in der PWF als besonders dynamisch eingeschätzten Zweige an der industriellen Warenproduktion betrug 1989:

Tabelle 7: Anteile an der Industrieproduktion

Bereich (Anteil in %) Ministerium für	1970	1980	1990
Chemische Industrie	9,6	15-16	19-20
Elektrotechnik/Elektronik	6,1	11-12	12-13
Maschinenbau	12,0	14-15	16-17
Leichtindustrie	8,2	ca. 9	10-11

Chemische Industrie 18,0%, Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau 9,6%, Maschinen- und Fahrzeugbau 21,3%, Leichtindustrie ohne Textilindustrie 10,6%, mit Textilindustrie 16,9%. Die Bereichsstruktur in den Statistischen Jahrbüchern der DDR und die Ministeriumsstruktur in der PWF und den Volkswirtschaftsplänen sind zwar nur bedingt vergleichbar, aber mit Ausnahme des Bereiches Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau bestätigten sie die Tendenzen der Strukturvorhersagen der PWF.

Deutlich und äußerst kritisch war der Ausgangspunkt der Prognose des Bauwesens in der PWF: »Der qualitative und quantitative Stand der baulichen Grundfonds in der DDR liegt so weit unter dem vergleichbarer Industrieländer, dass eine maximale Entwicklung des Bauwesens ... bis 1990 volkswirtschaftlich die Voraussetzung für ein schnelleres proportionales Wachstum ist.« (ebd. 152f.) Deshalb sollte die Bruttoproduktion im Bereich des Ministeriums für Bauwesen von 1970 bis 1990 auf etwa 515 bis 560% steigen und »der Anteil des Bauwesens an der Produktion der aufgeführten Bereiche ... von 6,7% im Jahre 1970 auf ca. 9% im Jahre 1990 steigen« (ebd. 154).

In vergleichbaren Preisen wuchs die Bauproduktion (1970 = 100) auf 154% 1980 und ca. 190% 1989. Dabei stieg die Arbeitsproduktivität gegenüber 1970 auf 143% 1980 und 172% 1989. Obwohl die Ziele bzw. Prognosen der PWF verfehlt wurden, konnten speziell im Wohnungsbau besonders bis 1981 beachtliche Leistungen nachgewiesen werden: Wurden 1970 76.088 Wohnungen gebaut, wurden es bis 1981 Jahr für Jahr mehr. Nach 1981 (120.545 Wohnungen) ging die Anzahl der gebauten Wohnungen allerdings Jahr für Jahr zurück – bis auf 92.347 im Jahr 1989.

Im Prognosezeitraum wurden auch Fortschritte in der Qualität des Wohnens erzielt, wenn auch geringere als in der PWF prognostiziert. Im Oktober 1973 wurde auf der 10. Tagung des ZK der SED ein Wohnungsbauprogramm beschlossen als Schwerpunkt der Sozialpolitik der SED. Die Ergebnisse bis zum Ende der DDR gibt Mittelbach (2005: 56) wie folgt wieder: »Von allen Wohnungen, die zwischen 1971 und 1990 gebaut wurden, einschließlich der um- und ausgebauten Wohnungen, ... wurden nur 959.945 Wohnungen als tatsächlicher

Zuwachs im Wohnungsbestand wirksam, d.h. nicht mehr als 45,6%. Dafür gab es verschiedene Ursachen: Verfall bzw. Abriss alter Bausubstanz, Zusammenlegung kleinerer Wohnungen bei Einbau von Bad und WC usw. Angesichts der ständig propagierten Erfolge beim Bau neuer Wohnungen war es schwer, der Bevölkerung zu erklären, warum Ende der 1980er Jahre immer noch Knappheit an Wohnungen bestand ...«

Tabelle 8: Entwicklung der Qualität des Wohnens

	1971	1981	1989
Wohnfläche je Einwohner	20,6	24,9	27,6
Bad/Dusche in % des Wohnungsbestandes	39	68	82
Innen-WC in % des Wohnungsbestandes	39	60	76

- Die Entwicklung der *Land- und Nahrungsgüterwirtschaft* sollte der gesünderen Ernährung der Bevölkerung dienen und durch einen höheren Veredelungsgrad der angebotenen Produkte gekennzeichnet sein. Der Zeitaufwand für die Hausarbeit sollte durch eine bedeutende Erweiterung gesellschaftlicher Formen »Speisenwirtschaft« (ihr Anteil sollte gegenüber 30% 1970 auf 75% 1990 steigen) spürbar reduziert werden. Nach 1980 sollte die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft zum Nettoexporteur werden. Durch Effizienzsteigerung sollte außerdem »landwirtschaftliche Nutzfläche nach 1980 für die Biomassenproduktion und ihre industrielle Verwertung« freigesetzt werden. »Erste Berechnungen ergeben, dass die Berufstätigen des Bereiches RLN (Rat für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft) von 1.257 Tausend Personen 1970 auf 600 Tausend Personen 1990 zurückgehen könnten.« (ebd. 154f.)

Die tatsächliche Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft war jedoch durch folgende Fakten gekennzeichnet: Die landwirtschaftliche Nutzfläche blieb von 1950 bis 1989 etwa konstant, zwischen 6,39 (1950) und 6,17 (1989) Mio. ha. Die Zahl der ständigen Berufstätigen in der Landwirtschaft ging von 908 Tausend Personen 1970 auf 794 Tausend Personen 1980 zurück und stieg dann wieder bis 1989 auf 834 Tausend. Bei den Berufstätigen in diesem Bereich gab es die stärkste Abweichung gegenüber der Prognose.

Tabelle 9: Erreichte Leistungen der Land- und Forstwirtschaft (Mrd. M, Vergleichbare Preise 1985)

	Bruttoprodukt	Nettoprodukt
1970	55,2	22,6
1980	76,2	25,1
1989	86,2	28,4

Die offiziell ausgewiesene Warenstruktur des *Einzelhandelsumsatzes* zeigt in Übereinstimmung mit der PWF einen deutlichen Rückgang des Anteils der Nahrungs- und Genussmittel:

Tabelle 10: Warenstruktur des Einzelhandelsumsatzes

Jahr	Gesamt	Nahrungs- und Genussmittel	darunter Nahrungs- mittel	Industriewaren
1970	100	55,8	37,5	44,2
1980	100	50,2	32,1	49,8
1989	100	47,3	29,3	52,7

- Auch für das *Verkehrs- und Verbindungswesen* konstatiert die PWF als Ausgangssituation 1970 einen äußerst kritischen Zustand: Es entspreche nicht den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht einmal die einfache Reproduktion sei gesichert. Deshalb sei eine wesentliche Steigerung der Investitionsintensität und in deren Folge z.B. eine wesentliche Erhöhung des Mechanisierungsgrades des Transportwesens notwendig (ebd. 157). Die revolutionären Veränderungen, die insbesondere im Kommunikationswesen in den 1980er Jahren notwendig gewesen wären und nur mit Verzögerung begonnen wurden, werden nur am Rande angedeutet.

Der Anteil des Verkehrs- und Verbindungswesens an den Investitionen der Volkswirtschaft ging im Prognosezeitraum trotz des auch in der PWF bereits 1970 eingeschätzten unbefriedigenden Zustandes noch zurück:

Tabelle 11: Anteil des Verkehrs- und Verbindungswesens an den Investitionen der Volkswirtschaft

Jahr	Gesamt	Verkehrswesen	Post- und Fernmeldewesen
1970	100	7,6	1,3
1980	100	7,3	1,3
1989	100	6,4	1,1

Damit konnten bei insgesamt gegenüber der Prognose der PWF niedrigeren Investitionen der Volkswirtschaft die Ziele einer erhöhten Investitionsintensität und eines höheren Mechanisierungsgrades nicht erreicht werden.

Die Veränderung der Struktur des Güter- und Personenverkehrs war relativ konservativ und verzeichnete keinen entscheidenden Strukturwandel von der Straße zu den ökologisch günstigen Traktionsarten Schienen- und Binnenschiffsverkehr: Der Anteil des Gütertransports der Eisenbahn lag jedoch beträchtlich über dem Anteil dieser Traktionsart in der BRD.

Tabelle 12: Anteile der Traktionsarten an den Transportleistungen

	Gütertransport (TKM)			Personentransport (PKM)		
	1970	1980	1989	1970	1980	1989
gesamt	100	100	100	100	100	100
Eisenbahn	32,4	36,3	33,7	41,5	40,9	41,3
Straßenverkehr	4,8	6,3	4,9	53,1	51,9	50,6
Binnenschifffahrt	4,7	7,3	4,7	0,4	0,3	0,3
Seeschifffahrt	54,5	45,5	52,8	–	–	–
Zivile Luftfahrt	0,0	0,0	0,1	2,9	4,7	5,8
Rohrleitungen	1,7	3,2	2,5	–	–	–

- Unter dem Begriff »Dienstleistungen« wurden in der PWF äußerst heterogene Bereiche sowohl »konsumtiver« Art wie das Gesundheitswesen als auch »produktiver« Art wie z.B. Rechenbetriebe und andere Serviceleistungen zusammengefasst und recht allgemein und knapp behandelt. Immerhin wurde ausgesagt, dass sie an Bedeutung gewinnen werden, dass ihr Leistungsstand hinter dem der Industrie insgesamt zurückgeblieben sei, und dass der Zeitaufwand außerhalb der Arbeitszeit für notwendige reproduktive Tätigkeiten der Arbeitenden »bis zu 50% über dem entsprechenden Zeitaufwand in fortgeschrittenen Industrieländern« liege. Das betreffe Wegezeiten, Zeiten für die Hausarbeit, Einkaufen, Inanspruchnahme gesundheitlicher Betreuung u.a. (ebd. 158).

Die kritische Bewertung des Dienstleistungsbereichs in der PWF für 1970 traf auch zum Ende des Prognosezeitraumes im wesentlichen noch zu. Dabei stiegen allerdings im für das Lebensniveau besonders wichtigen Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens die Investitionen (vergleichbare Preise 1985) von 417 Mio. M 1970 auf 943 Mio. M 1980 an, womit ihr Anteil an den Investitionen der Volkswirtschaft von 1,0% auf 1,4% stieg. Allerdings sanken sie in den 1980er Jahren wieder und betrugen 1989 nur noch 825 Mio. M (1,1% der Investitionen der Volkswirtschaft).

Interessant, obwohl in der PWF nicht erwähnt, ist die tatsächliche Strukturverschiebung von stationärer zu ambulanter medizinischer Behandlung während des Prognosezeitraumes, wie sie aus der Tabelle 13 (s. folgende Seite) ersichtlich ist.

Tabelle 13: Entwicklung wichtiger Kennziffern des Gesundheitswesens

	1970	1980	1989
Krankenhausbetten insgesamt (in Tausend)	190	172	163
Betten je 10.000 der Bevölkerung	111	103	98
Polikliniken	452	561	626
Ambulatorien	828	969	1.020
staatliche Arztpraxen	1.301	1.645	1.635
Ärzte je 10.000 der Bevölkerung	16	20	24

Entwicklung der Wissenschaft als Wachstumsfaktor (Hauptrichtungen, Effektivität, Potenzial)

Die PWF ging von der These aus: »Die Wissenschaft wird im Prognosezeitraum bestimmend für die effektive Entwicklung der Volkswirtschaft werden ...« (PWF II: 7). Sie würde alle Bereiche und Wachstumsfaktoren durchdringen. Man ging von der Dominanz von verflochtener Großforschung und Großproduktion aus. Hauptlinien der Entwicklung in entscheidenden Wissenschaftsbereichen wurden aus der Sicht des damaligen Kenntnisstandes einschließlich ihrer Wirkungen in der Volkswirtschaft skizziert. Besondere Bedeutung käme neuen Erkenntnissen in folgenden Wissenschaften zu: »Physik, Chemie, Biologie, Kybernetik, Mathematik, Medizin, Meeresforschung, Rationalisierung und Automatisierung formalisierbarer geistiger Prozesse, EDV und die Nutzung ... rationaler Informationssysteme«. Dabei werde sich »der Konzentrationsprozess der wissenschaftlich-technischen Kapazitäten auf entscheidende Forschungskomplexe ... verstärkt fortsetzen« (ebd. 7ff.). »Die internationale Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Ländern des RGW wird im Prognosezeitraum zur Grundfrage für die Weiterentwicklung der Wissenschaft und Wirtschaft der DDR ...« (ebd. 10).

Die Gesamtbeschäftigten für Forschung und Entwicklung sollten sich von 141 Tausend Arbeitskräften 1970 über 330-345 Tausend 1980 auf 570-650 Tausend 1990 erhöhen. Dies hätte bedeutet, dass der Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung an den Berufstätigen insgesamt von 1,7% 1970 über 3,8-4,0% 1980 auf 6,2-7,1% 1990 gestiegen wäre (ebd. 28). Der Anteil der »laufenden Aufwendungen für Wissenschaft und Technik« (Löhne, Materialien, Gemeinkosten, themengebundene Grundmittel u.a.) am produzierten Nationaleinkommen sollte sich von 4,5% 1970 über 9,7-10,2% 1980 auf 15,3-17,5% 1990 erhöhen (ebd. 34).

Die für Wissenschaft und Technik im Prognosezeitraum tatsächlich eingesetzten Mittel zeigt die Tabelle 14.

Tabelle 14: Für Wissenschaft und Technik im Prognosezeitraum eingesetzte Mittel

Mio. M	1971	1980	1989
insgesamt	4.977,3	7.787,7	11.889,4
darunter Industrie	3.184,1	5.364,6	8.441,3

Dies entsprach folgenden tatsächlichen Anteilen der Mittel für Wissenschaft und Technik am produzierten Nationaleinkommen: 1971 ca. 4,5%, 1980 ca. 4,0% und 1989 ca. 4,3%. Der Anteil blieb also entgegen den ambitionierten Zielen der PWF über den gesamten Prognosezeitraum etwa gleich.

Entwicklung der Bildung als Wachstumsfaktor

Die PWF ging von dem Konzept lebenslangen Lernens, enger Verbindung von Arbeit und Lernen (in heutiger Sprache »learning by doing«) und wachsendem Qualifizierungsgrad des Gesamtarbeiters der DDR aus. Dabei sollte die Qualifizierung der Beschäftigten in den produzierenden Bereichen schneller wachsen als in den so genannten nichtmateriellen Bereichen, wodurch sich der durchschnittliche Qualifizierungsgrad beider Bereiche annähern würde. Innerhalb der materiellen Produktion verbessert sich nach der PWF voraussichtlich die Qualifikationsstruktur in der Industrie besonders schnell, innerhalb der Industrie wieder vor allem in solchen Zweigen wie der Chemie und der Elektrotechnik/Elektronik, die eine besonders hohe wissenschaftlich-technische Dynamik aufweisen werden (ebd. 46).

Die »Vermittlung einer hohen Allgemein- und Fachbildung für einen ständig wachsenden Teil der Bevölkerung (sollte) zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie durch die Einbeziehung aller Werktätigen in die Planung und Leitung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses« beitragen (ebd. 42).

Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters wurde wie folgt vorausgesagt (ebd. 43):

Tabelle 15: Entwicklung der Qualifikationsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters laut PWF

% der Beschäftigten in der Volkswirtschaft gesamt	1970	1980	1990
Hochschulkader	3	6-7	10-11
Fachschulkader	6	9-10	11-12
Facharbeiter und Meister	50	70-71	67-69
Angelernte und übrige	41	12-15	8-12

Im Statistischen Jahrbuch der DDR 1990 wurde folgende Qualifikationsstruktur der Berufstätigen in volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben ausgewiesen:

Tabelle 16: Qualifikationsstruktur der Berufstätigen in volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben

% der Beschäftigten in volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben	1970	1980	1989
Hochschulkader	3,9	6,7	8,1
Fachschulkader	6,8	12,1	14,1
Facharbeiter und Meister	ca. 51	62,1	64,8
Angelernte und übrige	38,3	19,1	13,0

Da der größte Teil der Berufstätigen in volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, lässt sich aus den beobachteten Tendenzen schließen: Im Prognosezeitraum 1971 bis 1990 hat sich der Anteil der Hochschulkader nicht wie in der PWF prognostiziert in jedem Jahrzehnt verdoppelt, aber doch eine bemerkenswerte Erhöhung auf das Anderthalbfache erreicht.

Die BRD und die DDR vergleichend konstatiert Wahse (zit. in Mittelbach 2005: 12f.) für 1989: »Deutliche Unterschiede in der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in der DDR und der BRD treten vor allem in den höchsten und den niedrigsten Qualifikationsgruppen auf. Während der Anteil der Facharbeiter eine ähnliche Größenordnung in beiden Staaten aufweist (DDR = 61 %, BRD = 58 %), hat die BRD einen um drei Prozentpunkte höheren Anteil an Beschäftigten mit Hochschulabschluss (DDR = 8 %, BRD = 11 %). Gravierender sind die Unterschiede bei den Beschäftigten mit Fachschul- und Meisterabschluss (DDR = 18 %, BRD = 7 %) und bei Berufstätigen ohne beruflichen Abschluss (DDR = 13 %, BRD = 24 %).

Entwicklung der Bevölkerung und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens

Für die Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens der Volkswirtschaft der DDR von 1970 bis 1990 wurden folgende Charakteristika prognostiziert: steigendes Bildungs- und Qualifikationsniveau, Zunahme der Anzahl der Berufstätigen um 1 bis 1,5 Millionen Personen, veränderte Proportionen im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, »Reduzierung des gesellschaftlichen Arbeitszeitfonds durch Verlängerung des Urlaubs, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und Gewährung von Weiterbildungszeit« (ebd. 61).

Folgende Bevölkerungsentwicklung wurde unter der Voraussetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen (plus Gesundheitsschutz, Arbeitsschutz, sinkende Sterberate) erwartet (ebd. 62 u. 64):

Tabelle 17: Prognose der Altersstruktur der Bevölkerung laut PWF (Personen)

in Tausend	Gesamtbevölkerung	davon im Kindesalter	davon im arbeitsfähigen Alter	davon im Rentenalter
1970	17.080	3.880	9.860	3.340
1980	17.300	3.740	10.540	3.000
1990	17.800	4.110	11.150	2.540

Umgerechnet in Anteile wurde also folgende Altersstruktur der Bevölkerung prognostiziert:

Tabelle 18: Prognose der Altersstruktur der Bevölkerung laut PWF (Anteile in %)

	Gesamtbevölkerung	davon im Kindesalter	davon im arbeitsfähigen Alter	davon im Rentenalter
1970	100	22,7	57,3	19,6
1980	100	21,6	60,9	17,3
1990	100	23,1	62,6	14,3

Unbestimmt ließ die PWF notwendige territoriale Verschiebungen des Arbeitspotenzials. Der Frauenbeschäftigungsgrad sollte von 81% 1970 auf 84 bis 90% 1990 erhöht werden, obwohl er in der DDR 1970 bereits einer der höchsten in der Welt war. Dazu wurden spezifische Bedingungen einschließlich spezieller Qualifizierungsmaßnahmen gefordert. Der Grad der Beschäftigung von Rentnern unter 70 Jahren sollte sich im Prognosezeitraum um etwa 10% erhöhen. Urlaubsverlängerungen um 2-3 Wochen differenziert nach Altersgruppen wurden empfohlen, ebenso die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit (Verkürzung je Woche ca. 5 Stunden) bei Beibehaltung der bereits 1970 bestehenden 5-Tage-Arbeitswoche. Es wurden auch »Alternativen zu den Varianten der Entwicklung der Bevölkerung und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und deren Konsequenzen für die Entwicklung der Volkswirtschaft« vorgelegt (PWF II: 87f.): sinkende Fruchtbarkeit, niedrigere Frauen- und Rentnerbeschäftigung als in der Grundvariante.

Tatsächlich entwickelte sich die Bevölkerung und deren Altersstruktur wie in Tabelle 19 (s. folgende Seite) angegeben.

Die Wohnbevölkerung sank also um über 600 Tausend statt wie in der PWF prognostiziert um über 700 Tausend Personen zu wachsen. Der Anteil der arbeitsfähigen Personen an dieser rückläufigen Bevölkerungszahl stieg jedoch noch schneller als in der PWF geschätzt.

»Normalerweise« sind demografische Prognosen bei längerfristig stabilen oder vorhersehbaren Geburten- und Sterberaten relativ zuverlässig. Dies traf auf

Tabelle 19: Entwicklung der Bevölkerung und deren Altersstruktur laut Statistischem Jahrbuch der DDR 1990

	Gesamtbevölkerung (tausend)	davon im Kindesalter (%)	davon im arbeitsfähigen Alter	davon im Rentenalter
1970	17.068	22,6	57,9	19,5
1980	16.740	18,9	63,2	17,9
1989	16.434	19,0	64,8	16,2

die DDR nicht zu wegen des hohen Anteils von Auswanderungen. Allein von 1962 bis 1988 verließen trotz geschlossener Grenzen 625.000 Personen (ca. 4% der Wohnbevölkerung) die DDR. Darunter gab es unter wirtschaftlichen und sozialen Aspekten besonders schmerzliche Verluste beim ingenieurtechnischen, wissenschaftlichen und medizinischen Potenzial.²⁸

Entwicklung der Grundfonds und der Investitionen

Die PWF sagte voraus, dass 1990 »komplex automatisierte und mechanisierte Maschinen- und Anlagensysteme ... vorherrschend« und »1990 ... etwa 75-85% der fungierenden Ausrüstungen nach 1970 hergestellt ... sein« werden (PWF II: 91). Damit verbunden werde eine wesentliche Erhöhung des Automatisierungsgrades, eine vollschichtige Auslastung der hochproduktiven Grundfonds und die Schaffung entsprechender Arbeits- und Lebensbedingungen sein. Außerdem wurde eine teilweise Dreischichtauslastung der Grundfonds bei nur ein- bis zweischichtiger Arbeit der Bediener angestrebt – durch Systemautomatisierung (ebd. 99f.). Der Anteil der Ausrüstungen an den Grundfonds werde insgesamt steigen (ebd. 93).

Tabelle 20: Prognostizierter Anteil der Produktionsausrüstungen am Bruttowert der Grundfonds in %

	1970	1975	1980	1990
materielle Bereiche gesamt	49	50	51	53
sozialistische Industrie	59	60	62	65

Prinzipiell ergab sich aus diesen Zielen bzw. Vorhersagen, dass im Prognosezeitraum der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen gegenüber den Bauinvestitionen überwiegen sollte.

²⁸ Vgl. dazu Wehler 2008: Kap. II. Turbulenzen der Bevölkerungsgeschichte, B. Die DDR – Bevölkerungsgeschichte eines Abwanderungslandes (ebd. 43ff.).

Tabelle 21: Prognose der Entwicklung des Anteils der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen

	1970	1980	1990
Investitionen in der Volkswirtschaft (Mrd. M)	32,0	73,0	165,0
darunter Bauanteil (%)	40,9	39,0	38,8
darunter Ausrüstungsanteil (%)	51,9	51,4	51,8

Die Anteile der Bereiche an den Grundfonds der materiellen Produktion sollten sich von 1970 bis 1990 wie folgt entwickeln: Industrie von 50 auf ca. 55%, Bauwesen von 4 auf ca. 7,5%, Verkehr von 15,5 auf ca. 11,5% und Landwirtschaft von 18 auf ca. 10%.

Es wurde »eine raschere Entwicklung der Investitionen in den nichtmateriellen Bereichen gegenüber den materiellen Bereichen prognostiziert« (ebd. 94f.), vor allem zugunsten des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports und des Wohnungsbaus. Als Ausgangsbedingung 1970 wurden besonders starke Rückstände im Wohnungsbau und im Gesundheitswesen konstatiert. Insgesamt wurde daraus die Forderung abgeleitet, dass der Anteil der Investitionen in die nichtmateriellen Bereiche gegenüber den materiellen Bereichen sich erhöhen sollte:

Tabelle 22: Prognose des Anteils der Makrobereiche an den Investitionen

	1970	1980	1990
Gesamtinvestitionen in der Volkswirtschaft (Mrd. M)	32	73	165
Anteil der materiellen Bereiche (%)	82,5	78	ca. 70
Anteil der nichtmateriellen Bereiche (%)	17,5	22	ca. 30

In der Realität wurde diese Strukturveränderung nach Bereichen in den 1970er Jahren stärker als in der PWF vorgesehen realisiert, in den 1980er Jahren aber wieder weitgehend zurückgenommen – wie die folgende Tabelle zeigt:

Tabelle 23: Tatsächliche Anteile der Makrobereiche an den Investitionen

	1970	1980	1989
Gesamtinvestitionen in der Volkswirtschaft (Mrd. M)	43,7	65,7	77,1
Anteil der materiellen Bereiche (%)	81,6	68,9	74,1
Anteil der nichtmateriellen Bereiche (%)	18,4	31,1	25,9

Der spezifische Arbeitszeitaufwand und der spezifische Materialaufwand der Investitionen sollten von 1970 bis 1990 signifikant sinken; insgesamt um 45-

55%. Die Tendenz der territorialen Konzentration der Investitionen sollte sich verstärken.

Die Aussonderungsrate sollte sich von 1970 bis 1990 wesentlich erhöhen und der Abschreibungsrate annähern, wodurch »der Umschlag der Ausrüstungen von 1970 ca. 14 Jahre auf 1990 ca. 10 Jahre sinken würde« (ebd. 103f.). Dieses Ziel wurde völlig verfehlt. Statt zu sinken, stieg im Prognosezeitraum der Verschleißgrad der Grundmittel, da die Investitionen bzw. die Reproduktion der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft angesichts der kritischer werdenden Probleme der Konsumtion und des Außenhandels vernachlässigt wurden. Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass die verfügbaren Investitionen übermäßig auf die Erweiterung konzentriert wurden, und der relative Anteil der Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen weit hinter den Erfordernissen lag. Trotz Wohnungsbauprogramm als Schwerpunkt der Sozialpolitik stieg auch die Verschleißquote des Wohnungsbestandes durch die Vernachlässigung des innerstädtischen Altbaubestandes zugunsten des Neubaus an den Stadtperipherien mit dem Ziel der schnellen Beseitigung der Wohnungsnot. Im Bildungswesen war der Verschleißgrad und dessen Erhöhung besonders alarmierend. Im Gesundheits- und Sozialwesen gelang es in den 1980er Jahren, die durchschnittliche Verschleißquote des Grundfondsbestandes zu senken.

Tabelle 24: Verschleißquote des Ausrüstungsbestandes in % (lt. Statistischem Jahrbuch der DDR 1990)

	1975	1980	1989
produzierende Bereiche	48,1	51,3	55,2
nichtproduzierende Bereiche	52,7	57,5	59,5
Wohnungsbestand	34,5	39,3	47,3
Bildungswesen	54,4	62,9	65,7
Gesundheits- und Sozialwesen	60,1	60,7	57,9

Entwicklung der Territorialstruktur und der zunehmende Einfluss der Umwelt auf den Reproduktionsprozess

In der PWF (1970, Bd. II: 105ff.) wurde eine territoriale Konzentration und Kombination mit größeren städtischen Ballungsräumen vorausgesagt. Dies wurde vor allem aus folgenden Gründen positiv gewertet: Tendenz zu großen Produktionseinheiten und Forschungszentren an einem Standort, zunehmende Nutzung der Standortvorzüge der Großstadt. Dadurch werde die volkswirtschaftliche Bedeutung der Ballungsgebiete zunehmen.

Durch Modernisierung und Neubau sollten »bis 2000 möglichst alle Wohnungen mit Bad, WC und einer modernen Heizung« ausgestattet sein. Im Zeit-

raum 1970 bis 1990 sollten ca. 225 bis 235 Mrd. M für den komplexen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Die Ziele der PWF für 1971 bis 1990 hinsichtlich der Erhöhung der Wohnungsqualität wurden trotz erheblicher Verbesserungen nicht erreicht.

Für das *Verkehrswesen* wurde mit folgenden Investitionsaufwendungen in Mrd. M gerechnet:

Tabelle 25: Prognose der Investitionsaufwendungen im Verkehrswesen

Mrd. M	1971-1980	1981-1990
Verkehrsnetze der Eisenbahn, Autobahnen, örtlicher Nahverkehr	ca. 12	ca. 25
davon städtische Schnellbahnsysteme	ca. 2,5	ca. 9
einheitlicher Fonds Straßenwesen	ca. 20	ca. 35

Von der prognostizierten Entwicklung des Nationaleinkommens und von der Prognose der Territorialstruktur der Produktivkräfte wurden Anforderungen an die territoriale Verfügbarkeit an Elektroenergie und an die EDV abgeleitet. Trotz einiger entgegenwirkender Faktoren (zunehmende Nutzung einheimischer Rohstoffe, hohe Transportintensität bestimmter Massengüter, Traditionen) ging die PWF von einer zunehmenden »Standortdisponibilität« aus, zu deren Begründung folgende Faktoren angeführt wurden (ebd. 121):

- Sinkender spezifischer Arbeitskräftebedarf durch hochproduktive Ausrüstungen und Technologien
- Bindung an nutzbare Bodenschätze vor Ort nur für einen geringen Teil der Wirtschaft
- Abnehmende Bedeutung des Faktors »Transportkosten« durch Effektivierung des Transportsystems
- Sinkende Wasserabhängigkeit und Beherrschung wirtschaftlicher Verfahren zur Reinhaltung von Wasser und Luft

Die heute bekannten schädlichen Folgen weltweiter Transporte für die Umwelt und die ärmeren Länder, die aber aus Kapitalinteressen kaum zu Konsequenzen führen, wurden offensichtlich auch in der DDR nicht oder nur ungenügend erkannt bzw. berücksichtigt. Es wird eine »zunehmende Verschlechterung des Wasserzustandes und ... (ein) hoher Grad der Luftverschmutzung« konstatiert und für 1971-1990 eine »Minimierung der schädlichen Auswirkungen« auf den Reproduktionsprozess verlangt.

Mittel sollten u.a. sein: »wasserlose bzw. wasserarme Verfahren«, Nutzung aller Wertstoffe durch geschlossene technologische Ketten, Behandlungsanlagen für Abwässer, Abluft und Produktionsrückstände, ökonomische Verwertung von Siedlungsabfällen.

Auf diesen Gebieten konnten einige Fortschritte erreicht und positive Beispiele ausgewiesen werden. Insgesamt gelang die in der Prognose angestrebte grundlegend neue Qualität in der Umweltnutzung und in der Verbindung natürlicher und wirtschaftlicher Kreisläufe jedoch bei weitem nicht.

Inzwischen wurde die allerdings nicht unumstrittene Maßzahl »ökologischer Fußabdruck« entwickelt, um sichtbar zu machen, »welche Länder der Erde aufgrund ihrer ökonomischen Aktivitäten und der Beanspruchung von Ressourcen durch die Bevölkerung über ihre Biokapazität leben. ... zurzeit liegt der globale Fußabdruck etwa bei dem 1,5fachen der globalen Biokapazität« (Diefenbacher in Welzer/Wiegandt 2013: 162f.).

Außenwirtschaft und internationale sozialistische ökonomische Integration

Zwei Grundannahmen bestimmten die Prognoseziele auf dem Gebiet der Außenwirtschaft und der internationalen sozialistischen ökonomischen Integration:

Erstens: Sich vertiefende internationale Arbeitsteilung sei unabdingbar für die Lösung aller wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Probleme. Dementsprechend würden Export und Import 1971 bis 1990 schneller wachsen als die Produktion und der Inlandsverbrauch.

Zweitens: Im Mittelpunkt stehe die »beschleunigte Intensivierung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung der RGW-Länder«, vor allem mit der UdSSR (ebd. 122).

Die Konzentration auf die Interessen und Bedürfnisse der UdSSR war aus heutiger Sicht nicht nur politisch notwendig, sondern zugleich eine Schwäche im Aufholprozess gegenüber dem wissenschaftlich-technischen Niveau der kapitalistischen Industrieländer, insbesondere der BRD. Dies sahen die Autoren der PWF 1970 noch nicht, da sie von der unrealistischen Annahme ausgingen, dass die RGW-Länder »bis 1975 ... zunächst auf einigen ausgewählten Gebieten einen hohen technisch-ökonomischen Stand (erreichen, und) ... danach voraussichtlich auf allen die jeweilige Volkswirtschaft bestimmenden Gebieten« (ebd. 130).

Es wurde von der Herausbildung einer gemeinsamen Investitionspolitik der RGW-Länder mit signifikant leistungssteigernden Wirkungen ausgegangen.

Das jährliche Wachstum des Außenhandelsumsatzes mit der UdSSR 1971 bis 1990 sollte ca. 10% betragen, unter der Bedingung besserer Anpassung an die Bedürfnisstruktur der UdSSR sogar 12-15%.

An Bedeutung gewänne eine »einheitliche Strategie (der RGW-Länder) ... gegenüber den kapitalistischen Industrieländern und ihren Wirtschaftsgruppierungen« (ebd. 141).

Die Exportquote entscheidender Industriebereiche sollte sich signifikant erhöhen (siehe ebd. 143):

Tabelle 26: Prognose der Entwicklung der Exportquoten der Hauptzweige und ihrer Anteile am Gesamtexport in %

Bereich	1970		1980		1990	
	Quote	Anteil	Quote	Anteil	Quote	Anteil
Chemie	ca. 13	12,2	20-24	21-23	30-34	27-28
Elektrotechnik/Elektronik	ca. 28	16,7	27-29	21-22	40-42	21-22
Maschinenbau	ca. 31	38,0	34-37	33-34	42-46	31-32
Leichtindustrie	ca. 19	15,4	24-27	14-15	34-36	15-16

Es wurde als Grundlage zur Umrechnung von M in VM eine steigende volkswirtschaftliche Exportrentabilität angenommen: von 0,80 im Jahre 1970 über 0,95 1980 auf 1,00-1,05 1990.

Die Entwicklung des Exportüberschusses wurde wie folgt angenommen: 1980 ca. 4-5 Mrd. VM und 1990 über 10 Mrd. VM. Der »immaterielle Ex- und Import (erlange) immer größere Bedeutung ... und (werde) auf vielen Gebieten zur Voraussetzung für den Absatz« (ebd. 151). Mit dieser auch 2013 zumindest für kleine und mittlere Staaten gültigen Aussage wird unterstrichen, dass nicht nur die erfolgreiche internationale Arbeitsteilung Voraussetzung für das Erreichen der nationalen Wachstums- und Entwicklungsziele ist, sondern das Mithalten mit dem wissenschaftlich-technischen Niveau der Weltspitze wiederum Voraussetzung für die Realisierung der Außenwirtschaftsziele ist.

Die reale Entwicklung von Struktur und Effektivität des Außenhandels verlief völlig anders und wesentlich ungünstiger als die in der PWF prognostizierte bzw. erhoffte. Tabelle 27 zeigt, dass die Terms of Trade (das Verhältnis der Exportpreis- zur Importpreisentwicklung) insgesamt in den 1970er Jahren um über 17% sanken und in den 1980er Jahren um 5-6% stiegen. Dabei waren die Terms of Trade mit den RGW-Ländern rückläufig, während sie sich gegenüber den westlichen Industrieländern über den gesamten Prognosezeitraum und mit den Entwicklungsländern in den 1980er Jahren positiv entwickelten:

Tabelle 27: Terms of Trade nach Ländergruppen, 1980 = 100

	insgesamt	RGW-Länder	darunter UdSSR	Entwicklungsländer	westliche Industrieländer
1970	117,8	126,4	150,0	142,4	92,9
1980	100	100	100	100	100
1989	105,6	95,2	91,4	186,8	106,5

Außerdem zeigen die Ausfuhr- und Einfuhrindizes in den folgenden Tabellen, dass die DDR sich diametral entgegen der Prognose in der PWF von der UdSSR und den RGW-Ländern »schleichend entkoppelte« – mit Hinwendung zu den westlichen Industrieländern, darunter besonders zur BRD. Kommende Ereignisse lauerten also bereits im Hintergrund!

Tabelle 28: Anteile der Ländergruppen an der Ausfuhr der DDR in % (Valutamark-effektive Preise)

	insgesamt	RGW-Länder	darunter UdSSR	Entwicklungsländer	Westliche Industrieländer	darunter EG-Länder
1970	100	68,6	38,0	4,2	21,9	14,2
1980	100	65,4	35,7	7,2	24,1	16,3
1989	100	43,2	23,8	5,2	48,5	32,4

Tabelle 29: Anteile der Ländergruppen an der Einfuhr der DDR in %

	insgesamt	RGW-Länder	darunter UdSSR	Entwicklungsländer	westliche Industrieländer	darunter EG-Länder
1970	100	66,1	40,1	3,9	26,7	14,6
1980	100	60,2	35,3	6,2	30,4	15,1
1989	100	39,4	22,0	4,1	53,1	32,7

Ein 1970 nicht vorhergesehenes Problem der 1980er Jahre war »die Verschuldung gegenüber den westlichen Ländern (NSW) ... die Liquiditätsreserven (lagen aber) Ende 1989 ... immerhin noch bei 29 Mrd. VM und deckten 59,3% der Verschuldung ab. ... Netto, d.h. nach Abzug der Devisenreserven, erreichte die Verschuldung gegenüber den westlichen Ländern im Krisenjahr 1982 mit 25,1 Mrd. VM ihren Höhepunkt. Bis Ende 1985 ging sie auf 15,5 Mrd. DM zurück. Danach wuchs sie wieder an; Ende 1989 betrug die Nettoverschuldung 19,9 Mrd. VM.« (Deutsche Bundesbank 1999: 58)

Entwicklungstendenzen der Arbeits- und Lebensbedingungen

Die PWF konstatierte 1970 für wesentliche Bereiche der Arbeits- und Lebensbedingungen (Bildung, Wohnen, Gesunderhaltung, Kultur, Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, vgl. PWF II: 155ff.) einen ungenügenden bis sehr kritischen Zustand:

- Arbeitsbedingungen: 20 bis 30% des gesamten Krankenstandes seien durch Arbeitsfaktoren bedingt.
- Bildungssystem: Der Aufwand für Weiterbildung und Qualifizierung sei nicht ausreichend (wöchentlich etwa 1 h im Durchschnitt).

- Wohnverhältnisse: 1970 gab es pro Person 0,9 Wohnräume. Das durchschnittliche Lebensalter des Wohnraumbestandes betrug rd. 58 Jahre. Nur 8% waren mit Zentralheizung, Bad und WC ausgestattet. 30% der Wohnungen besaßen weder Zentralheizung, Bad, WC noch fließendes Wasser.
- Gesundheitssystem: Bisher sei »nicht einmal die einfache Reproduktion der Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens gesichert«. Deshalb sei bis 1990 ein Rekonstruktionsprogramm notwendig, das ca. 15-16 Mrd. M Investitionen erfordern würde.
- Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen: Der fast durchgehend in der DDR bestehende Nachfrageüberhang gegenüber dem Waren- und Dienstleistungsangebot wird in der PWF nicht offen, aber doch erkennbar angedeutet.

Ausgehend von dieser kritischen Zustandsbeschreibung und auf der Basis der (wie sich später zeigte zu optimistischen) Prognose der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft und einem Wachstum des gesamten Konsumtionsfonds von 87 Mrd. M 1970 über 137 Mrd. M 1980 auf 225-235 Mrd. M 1990 werden in der PWF u.a. folgende Ziele bzw. Voraussagen für den Prognosezeitraum formuliert:

- Arbeitsbedingungen: Durch Maßnahmen des Arbeitsschutzes und der Arbeitshygiene könnte der Krankenstand bis 1980 um 15-20% vermindert werden. Der erhöhte Frauenbeschäftigungsgrad erfordere eine Erweiterung der Betreuungseinrichtungen für Kinder und eine spürbare Reduzierung von Freizeitverlusten, ein höheres Maß an disponibler Zeit.
- Bildungssystem: »Aus der Veränderung des Charakters der Arbeit und den künftigen Anforderungen an die sozialistische Persönlichkeit ergibt sich die weitere vorrangige Entwicklung des Bildungssystems.«
- Wohnverhältnisse: 70% des Wohnungsbestandes müssen erneuert werden plus eines bedeutenden Anwachsens des Aufwandes für gesellschaftliche und gemeinschaftliche Einrichtungen. Die PWF schätzte den dafür notwendigen Gesamtaufwand bis zum Jahre 2000 auf mindestens 400 Mrd. M. Bis 1980 sollten bereits 1,1-1,2 Mio. Wohneinheiten gebaut werden.
- Gesundheitssystem: Die Bedingungen für gesunde Ernährung und für Körperkultur und Sport sollten wesentlich verbessert werden. »Bis 1990 sollten die materiell-technischen Bedingungen so erweitert werden, dass mehr als 10 Mio. Bürger die Möglichkeit haben, aktiv Sport zu treiben.« Die gezielte Vorbeugung und die ambulante medizinische Betreuung sollten im Prognosezeitraum im Vordergrund stehen und die Polikliniken zu Zentren einer umfassenden medizinischen Betreuung entwickelt werden.
- Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen: Die Anforderungen an den Warenfonds und die Kapazität an Dienstleistungen wur-

de abgeleitet von der Einkommensprognose und von der Überwindung des Rückstandes in der Struktur und Qualität der Waren und Dienstleistungen gegenüber hoch entwickelten kapitalistischen Ländern.

Die *Geldeinnahmen aus Berufstätigkeit* sollten sich von 72,2 Mrd. M 1970 über 106 Mrd. M 1980 auf 150 Mrd. M 1990 erhöhen. Das durchschnittliche monatliche Nettoarbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten sollte von 600 M 1970 auf 1.000-1.100 M 1990 steigen. In der Realität stiegen die monatlichen Nettolöhne der Vollbeschäftigten von 648 M 1970 über 885 M 1980 auf 1.136 M 1989, aber gingen relativ zu den vergleichbaren Nettolöhnen in der BRD von 72,5% 1970 auf 50,1% 1980 und 50,2% 1989 zurück (Mittelbach 2005: 28). Dies muss im Zusammenhang damit gesehen werden, dass ein stark zunehmender Anteil des Nationaleinkommenszuwachses für die Subventionierung der niedrigen Preise für Waren des Grundbedarfs und der niedrigen Mieten und Verkehrstarife eingesetzt wurden. Die für Preisstützungen von Waren des Grundbedarfs, Tarife und Dienstleistungen für die Bevölkerung eingesetzten Haushaltsmittel stiegen laut Statistischem Jahrbuch der DDR von 1970 bis 1989 auf fast das Dreifache (von 16,8 Mrd. auf 49,3 Mrd. M).

Bereits bis 1985 wurde eine Verdopplung der Renten prognostiziert.

Zur Deckung dieser Geldeinnahmen wurden für das Ende des Prognosezeitraums folgende Größen von Warenfonds, Warenumsatz, Dienstleistungen und Spareinlagen vorausgesagt:

Tabelle 30: Prognose von Warenfonds, Warenumsatz, Dienstleistungen und Spareinlagen 1990 in Mrd. M

Warenfonds	160-165
Warenumsatz	155-160
Ausgaben für Dienstleistungen	ca. 20
Entwicklung der Spareinlagen bei gleichbleibender Sparquote u. Ausgaben für Versicherungen u.a.m.	ca. 15

Zur qualitativen Entwicklung der Waren und Dienstleistungen hieß es in der PWF: »Es werden immer mehr hochentwickelte Nahrungsgüter, hochwertige Industriewaren, modische Textilien, technisch neue Konsumgüter sowie mehr Importwaren angeboten werden. Es wird damit gerechnet, dass etwa 40% des Zuwachses des Warenfonds durch die qualitative Entwicklung des Gebrauchswertes und über entsprechende Preisentwicklungen realisiert werden.« Problematisch war in diesem Zusammenhang die zentralistische Bewertung, was Qualitätsverbesserungen sind und welche Preiserhöhungen daraus abgeleitet werden können. Es hieß nur, »Dienstleistungen und Reparaturleistungen soll-

ten prinzipiell verbessert werden, um den Bedürfnissen der Menschen ... gerecht zu werden.«

Für die reale Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen von 1971 bis 1990 lässt sich grob zusammenfassen:

Die von 1970 bis 1990 prognostizierte Erhöhung der Konsumtion insgesamt, die Verbesserung der Wohnungsversorgung, die Verkürzung der Arbeitszeit, Familienpolitik, Erhöhung der Mindesteinkommen und der Renten, Stimulierung der Schichtarbeit, Sicherung stabiler Preise für Waren und Leistungen des »Grundbedarfs« wurden als wirtschaftspolitische Ziele der Partei- und Staatsführung mit hoher Priorität bis 1980 weitgehend realisiert. In den 1980er Jahren mussten zunehmend Abstriche von den gestellten Zielen gemacht werden wegen der komplizierteren Außenwirtschaftsbedingungen und teilweise abnehmenden Terms of Trade und dadurch bedingten außenwirtschaftlichen Defiziten. Außerdem erfolgte dies bei Nichterfüllung der Ziele in der Umgestaltung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft, geringerem Innovationspotenzial und demzufolge geringerer Dynamik der volkswirtschaftlichen Effektivität.

Exkurs: Ein begleitendes Material zur PWF

Fast zeitgleich wie die PWF – im November 1970 – wurde von einer zentralen Arbeitsgruppe unter Leitung des Rektors der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Otto Reinhold ein Arbeitsmaterial unter dem Titel »Einige Grundprobleme zur Sicherung einer Spitzenposition der DDR unter den Industrieländern im Zeitraum 1980/85« vorgelegt. Einige der darin behandelten Probleme sollen hier noch skizziert werden.²⁹

In dem Arbeitsmaterial werden die Aufgaben, die zu lösen sind, um die BRD und die führenden kapitalistischen Länder im ökonomischen Entwicklungsniveau bis 1980 einzuholen, recht komplex dargestellt. Grundlage hierfür ist ein

²⁹ Das Material wurde uns vom Mitglied dieser Arbeitsgruppe und ehemaligen Mitarbeiter und Sektorenleiter der SPK Rolf Goldschmidt zur Verfügung gestellt. Die Arbeiten der Arbeitsgruppe wurden nicht zu Ende geführt, sondern nach weniger als einem halben Jahr nach einer Sitzung des Politbüros der SED im September 1970 ohne nähere Begründung »zunächst« eingestellt, jedoch nie wieder aufgenommen. Die uns vorliegende Fassung der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe wurde zwar noch als erstes Arbeitsmaterial bezeichnet, war aber faktisch das letzte von ihr vorgelegte Ergebnis. Wir können davon ausgehen, dass die im Folgenden knapp charakterisierten Vorstellungen zur weiteren ökonomischen und sozialen Entwicklung der DDR weitgehend den damals vorherrschenden Einschätzungen des von Walter Ulbricht geleiteten »Strategischen Arbeitskreises« entsprachen.

Vergleich volkswirtschaftlicher Indikatoren der pro Kopf Produktion, der Arbeitsproduktivität, der Akkumulation und der Effektivität der Grundfonds. Davon ausgehend wurden Aufgaben für folgende Komplexe behandelt:

- Zur Beherrschung des Zusammenhangs zwischen Bedürfnisbefriedigung und Arbeitsproduktivität als entscheidender Ausgangspunkt zur Gestaltung des Reproduktionsprozesses
- Zur Entwicklung eines gesellschaftlichen Systems der schöpferischen Arbeit
- Zur Entwicklung der Wissenschaft und der Strategie der Intensivierung von Wissenschaft und Technik
- Zur Entwicklung der Vergesellschaftungsprozesse und der Herausbildung von Produktionssystemen
- Zur Rolle der Außenwirtschaft und der sozialistischen ökonomischen Integration
- Zur Entwicklung der Akkumulation als eines Schlüsselproblems der dynamischen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft
- Zu einigen Aspekten der Weiterentwicklung des Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft

Das generelle Problem dieser und analoger Ausarbeitungen bestand darin, dass einerseits die zu lösenden Aufgaben meist komplex und umfassend sowie zielorientiert dargestellt wurden, dies aber in einer sehr allgemeinen und idealisierten Form geschah, in der die realen Bedingungen und Möglichkeiten der DDR und die widersprüchlichen und oft gegenläufigen Prozesse ihrer Realisierung nicht oder nur ungenügend berücksichtigt wurden. Damit konnten auch die konkreten Lösungswege und Chancen, die Ziele zu erreichen, nicht deutlich gezeigt werden.

So wird bspw. einfach gefordert, die dem Kapitalismus überlegenen Produktivitätspotenziale der schöpferischen Arbeit und der Wissenschaft sowie der gesellschaftlichen Bedürfnisse und Interessen als Triebkräfte der Entwicklung voll zu entfalten, alle progressiven Ideen, Entdeckungen und Neuerungen im gesamtgesellschaftlichen Maßstab zu verwerten und die dynamische Proportionalität der intensiv erweiterten gesellschaftlichen Reproduktion stets zu gewährleisten. »In der vollständigen Erschließung und Beherrschung dieser Potenzen wird deshalb die entscheidende, grundlegende Führungsaufgabe auf allen Ebenen der Planung und Leitung« gesehen. Die generelle Existenz dieser überlegenen Potenzen des Staatssozialismus gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem wird diskussionslos als real vorausgesetzt.

An einer anderen Stelle wird festgestellt, dass wichtige Impulse der Entwicklung und Ausprägung der Bedürfnisse der Gesellschaft von dem ständig wachsenden gesellschaftlichen Bewusstsein ausgehen. Weiter heißt es stark verein-

facht und übertrieben: »Die Bedürfnisentwicklung ist ein der wissenschaftlichen Analyse zugänglicher, damit erkennbarer und folglich bewusst gestaltbarer Prozess.« Die Bedürfnisentwicklung darf nicht als ein spontan ablaufender Prozess aufgefasst werden. Sie ist vielmehr selbst »dem Prozess der planmäßigen, bewussten Entwicklung zu unterwerfen«. Zur bewussten Beherrschung dieser Zusammenhänge wird gefordert, sich verstärkt der Bedürfnisforschung hinzuwenden. Daran wird die unrealistische und überzogene Erwartung geknüpft, »dass eine dem Sozialismus, der Herausbildung schöpferisch tätiger sozialistischer Persönlichkeiten und der Gestaltung der sozialistischen Lebensweise adäquate Entwicklung und Befriedigung der Bedürfnisse erfolgt.« Dass die Lebensideale und die daraus abgeleiteten Bedürfnisse großer Teile der Bevölkerung weitgehend fremdbestimmt waren, insbesondere durch die idealisierte BRD, wurde fast vollständig ausgeblendet.

Außerdem ließ das an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED entworfene Papier offen, wie die Bedürfnisentwicklung bzw. die sozialistische Lebensweise befördert werden sollte: durch demokratische Diskussionen, wissenschaftliche Expertisen, »Hineinragen« der Weisheit der Parteiführung in die Bevölkerung!?

Es wird von der entscheidenden Rolle der Akkumulation für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung ausgegangen. Davon wurde jedoch wie in der PWF die illusorische Aufgabe abgeleitet, die Akkumulationsrate bis 1985 auf 35% zu erhöhen (1970 betrug sie 22%). Wie weit dies von den realen Bedingungen abwich, wird daran deutlich, dass die Akkumulationsrate im Jahre 1985 im Gegensatz zu der geforderten kräftigen Erhöhung auf 21,4% zurückging (Statistisches Jahrbuch der DDR 1990: 106). Diese illusorische Erhöhung der Akkumulationsrate wurde nach dem Beschluss des VIII. Parteitag der SED 1971 zur Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der eine stärkere Orientierung auf die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung vorsah, korrigiert. Später wurde im Rahmen der langfristigen Planung für 1985 etwa die gleiche Akkumulationsrate, wie sie 1970 betragen hatte, zugrundegelegt.

Korrekturen der prognostizierten Ziele bei abnehmendem Zeithorizont

Eine möglichst große Übereinstimmung von Prognose, Plan und Wirklichkeit ist wichtig, soweit die Prognose als Grundlage für verbindliche mittel- und langfristige Pläne dienen soll.

Wie gezeigt, waren die Ziele der PWF für die beiden Jahrzehnten von 1971 bis 1989 zu optimistisch, da die positiven Wachstumsfaktoren offensichtlich überschätzt und wachstumshemmende Faktoren unterschätzt wurden, so dass das

Wachstumstempo trotz teilweiser Bandbreiten erheblich zu hoch prognostiziert wurde. Dies ist systemübergreifend nicht untypisch, wenn Prognosen unter starkem politischen Einfluss erarbeitet werden. Außerdem fehlten weitgehend alternative Szenarien für die Veränderungen der Produktions- und Konsumtionsstruktur. Im Verlauf der Prognoseperiode 1971 bis 1990 und mit kürzer werdendem Prognose- und Planungshorizont wurden deshalb die Wachstumsziele insgesamt schrittweise reduziert (siehe Tabelle 31), die Investitionsprognosen zugunsten der Lösung von Außenwirtschaftsproblemen und der Konsumtion gekürzt und Veränderungen der Produktionsstruktur teilweise zurückgenommen.

In wichtigen makroökonomischen Kennzahlen für 1980 schlug sich das wie folgt nieder:

Tabelle 31: Korrekturprozess der Ziele der PWF für 1980 in den 1970er Jahren

Zeitpunkt der Prognose bzw. Planung

Prognose für 1980 (Mrd. M)	1970 (PWF)	1973	1974	1978	1979
produziertes NE	195-200	182-185	182,3-185,2	180,7	177,5
verwendetes NE	190-195	177	181,2	178,3	173,5
Bruttoinvestitionen der Volkswirtschaft	73	54,4	53,7	51	48
davon materieller Bereich	57	–	43,4	41,8	38,5
davon nichtmaterieller Bereich	16	–	10,3	8,7	9,5
Konsumtion	135-138	138	139,9	138,4	140
davon individuelle Konsumtion	120	120	120,1	117,8	118
davon gesellschaftliche Konsumtion	15-18	18-19	19,8	20,6	21,5

Während dieser Korrekturprozesse wurde die Reduzierung der Investitionen im Zeitraum 1971 bis 1980 in den so genannten materiellen und nichtmateriellen Bereichen zu prozentual gleichen Teilen vorgenommen, so dass ihre Anteile an den Bruttoinvestitionen nicht verändert wurden. Das galt aber nicht innerhalb dieser Makrobereiche:

Der Anteil der Industrie wurde trotz absoluter Kürzungen gegenüber der Prognose in der PWF von 46 auf fast 52% erhöht.

Der Anteil des Bauwesens wurde von 6,3% auf 3,1% reduziert.

Der Anteil des Wohnungswesens erreichte trotz des umfangreichen Wohnungsbauprogramms ab 1976 von in der PWF vorgesehenen fast 12% lediglich 8,3%.

Langfristige Prognosen wie die PWF sollten nicht nur ständig in kurzfristige Ziele umgesetzt, präzisiert und überprüft werden, sondern das ihnen zugrundeliegende Gesamtkonzept sollte von Zeit zu Zeit überprüft und gegebenenfalls verändert werden. Das geschah mit der Erarbeitung der »Information zum gegenwärtigen Arbeitsstand an der Konzeption zur langfristigen Rohstoffsicherung der Volkswirtschaft der DDR bis 1990« vom März 1975 (Rohstoffkonzeption) und der Vorlage »Ausgewählte Probleme der langfristigen Entwicklung der wichtigsten Proportionen der Volkswirtschaft der DDR und Schritte zur Leistungssteigerung der Industrie, der Landwirtschaft, des Bauwesens und des Verkehrswesens im Zeitraum bis 1990/1995« vom Januar 1979.

Deshalb sollen im folgenden diese beiden Dokumente der langfristigen Planung in der Zeit von 1975 bis 1979 etwas näher betrachtet und bewertet werden.

Die Rohstoffkonzeption vom März 1975

Die Information zum Arbeitsstand an der Konzeption zur langfristigen Rohstoffsicherung wurde von der Abteilung langfristige Planung in enger Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen der SPK und in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien erarbeitet. Die folgende Charakterisierung ihres grundlegenden Inhalts, der in ihr enthaltenen volkswirtschaftlichen Probleme und der Vorstellungen zu ihrer Lösung soll zugleich einen gewissen Einblick in die Anlage und die Probleme der langfristigen Planung geben.

Inhalt und Spezifik der Konzeption zur langfristigen Rohstoffsicherung können wie folgt charakterisiert werden:³⁰ Sie enthält die Hauptrichtungen der Rohstoffsicherung der Volkswirtschaft der DDR für einen Zeitraum von 15 Jahren (1976-1990) sowie die dabei sichtbaren Hauptprobleme sowie Arbeitsrichtungen zu deren Lösung. Daraus ergibt sich, dass es sich nicht um einen Plan oder ein abgeschlossenes Ergebnis handelt, sondern um ein Konzept mit Rahmenbedingungen und Orientierungen für die weitere Arbeit, d.h. dass permanent an ihrer Qualifizierung und Anpassung an die sich verändernden Bedingungen gearbeitet werden sollte. Die verfolgte Strategie war darauf gerichtet, zur Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs an Rohstoffen (in den Begriff Rohstoffe sind die Energieträger eingeschlossen): (1) das gesamte Rohstoffaufkommen der DDR

³⁰ Die folgenden Darlegungen zur langfristigen Rohstoffkonzeption beruhen alle auf der »Information zum gegenwärtigen Arbeitsstand an der Konzeption zur langfristigen Rohstoffsicherung der Volkswirtschaft der DDR bis 1990« vom März 1975.

beträchtlich zu erhöhen, (2) dazu die eigenen Rohstoffressourcen noch stärker zu nutzen und (3) die Rohstoff- und Materialökonomie grundlegend zu verbessern. Hier wird zwar die Erhöhung der Rohstoff- und Materialökonomie als eine grundlegende Aufgabe genannt, aber erst nach der Aufkommenserhöhung und der stärkeren Nutzung eigener Rohstoffressourcen.

Nachdrücklich wird hervorgehoben, dass eine konsequente Orientierung von Wissenschaft und Technik sowie eine stärkere Konzentration des Forschungs- und Entwicklungspotenzials und der Investitionen auf die Lösung dieser Aufgaben erreicht werden müssen. Insgesamt sollte das Aufkommen einheimischer Rohstoffe wertmäßig (zu vergleichbaren Preisen) von ca. 9,2 Mrd. M 1975 auf ca. 13,5 Mrd. M 1990 (auf fast 150%) und mengenmäßig von ca. 450 Mio. t 1975 auf ca. 550 Mio. t 1990 (auf 122%) gesteigert werden. Trotz großer Anstrengungen zur Erhöhung des Eigenaufkommens, darunter auch zur stärkeren Nutzung von Sekundärrohstoffen, wurde davon ausgegangen, dass der Anteil einheimischer Rohstoffe am gesamten Rohstoffaufkommen in diesen 15 Jahren etwas zurückgehen wird, von 44% auf 42%. Bei dem für die DDR wichtigsten Energieträger Braunkohle würden die Aufwendungen zur Gewinnung der etwa gleichbleibenden hohen Fördermenge von 260-270 Mio. t infolge der Verschlechterung des Verhältnisses von Abraum zu Rohbraunkohle von 3,9:1 (1975) auf voraussichtlich 5,2:1 (1990) stark ansteigen.

Die realen Aufwendungen für die beträchtliche Steigerung der Rohstoffimporte würden weit schneller zunehmen als die in vergleichbaren Preisen ausgewiesenen. In der Rohstoffkonzeption wurden die hiervon abgeleiteten stark steigenden Anforderungen an den Maschinen- und Anlagenbau der DDR deutlich. Dies betraf sowohl die Bereitstellung der je importierter Rohstoffeinheit bedeutend höheren Exportäquivalente als auch die umfangreichen Investitionen für die Zunahme des Aufkommens an einheimischen Rohstoffen. Dabei wurde deutlich, dass es nicht nur um höhere Maschinen- und Anlagenexporte, sondern in noch stärkerem Maße um Änderungen in der Struktur des Maschinenbaus geht, um den Forderungen der Rohstoffexporteure besser Rechnung tragen zu können.

Als noch offene oder unzureichend geklärte Probleme, an deren Lösung intensiv zu arbeiten sei, wurden u.a. hervorgehoben:

- Die materielle und regionale Einordnung der notwendigen Investitionen für die Gewinnung einheimischer Primär- und Sekundärrohstoffe;
- Die materielle Realisierung der stark gestiegenen Forderungen der UdSSR für Investitionsbeteiligungen zur Erschließung und für den Transport von Rohstoffen, insbesondere Erdöl, Erdgas, Walzstahl;
- Bereitstellung der für Rohstoffimporte aus sozialistischen, Entwicklungs- und kapitalistischen Industrieländern notwendigen Exportäquivalente.

Die in der volkswirtschaftlichen Konzeption zur langfristigen Entwicklung enthaltenen hohen Zuwachsraten des Nationaleinkommens und der industriellen Warenproduktion verlangten eine wesentliche Veränderung in den Anteilen der Erhöhung des Rohstoffaufkommens und Verbesserung der Rohstoff- und Materialökonomie. Insgesamt wurde davon ausgegangen, dass die materialseitige Sicherung des Wachstums der industriellen Warenproduktion im Zeitraum 1976-1990 zu ca. 65% durch die Senkung der Rohstoff- und Materialintensität der Produktion gegenüber einem Anteil von ca. 40% in den Jahren 1966-1975 erreicht werden soll. Hohe Ziele wurden für die Senkung des spezifischen Primärenergieverbrauchs festgelegt. Bezogen auf die industrielle Warenproduktion sollte 1976-1990 eine jahresdurchschnittliche Senkung des spezifischen Primärenergieverbrauchs von 4% erreicht werden. Es wurde davon ausgegangen, diese Zielstellungen vor allem – zu rund drei Viertel – durch Wissenschaft und Technik zu erreichen. Hierfür erforderliche Aufgaben und Schwerpunkte wurden in der »Konzeption zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Zeitraum bis 1990« festgelegt. An der Qualifizierung dieser Aufgaben sollte weiter intensiv gearbeitet werden. Zugleich sollen auf der Grundlage neuer Ergebnisse in Wissenschaft und Technik wesentliche Substitutionsprozesse zum Ersatz von Stahl, Aluminium, Kupfer u.a. durch Kunststoffstoffe und die stärkere Nutzung von Glas und keramischen Werkstoffen durchgeführt werden. Wertmäßig (zu vergleichbaren Preisen 1975) sollten sich zwischen 1970 und 1990 die Anteile der Hauptwerkstoffe wie folgt verändern:

Tabelle 32: Struktur der Hauptwerkstoffe laut Rohstoffkonzeption (Anteile in %, Basis IAP 1975)*

Werkstoff	1970	1990
Walzstahl	55	42
Aluminium und Kupfer	16	12
Plaste	7	17
Glas	9	20
Holz	13	9

*Als Industrie-Abgabe-Preise (IAP) wurden Abgabepreise der Herstellerbetriebe an andere Betriebe bezeichnet. Sie setzten sich zusammen aus den Betriebspreisen (Selbstkosten plus Betriebsgewinn) und dem zentralisierten Reineinkommen; letzteres enthielt die Abgaben (Steuern) an den Staat, unter Abzug von Stützungen (Subventionen).

Die Struktur der in der Rohstoffkonzeption aufgeführten »Hauptwerkstoffe« (Tabelle 32) deckt sich leider nicht völlig mit der in der PWF aufgeführten »Konstruktionswerkstoffe« (Tabelle 4). Aber die prognostizierten bzw. kon-

zipierten Tendenzen weisen in die gleiche Richtung: Senkung des Anteils von Walzstahl bzw. Eisenwerkstoffen und Aluminium, bedeutende Erhöhung des Anteils von Plaste und Glas.

Die nicht befriedigende Sicherheit der in dieser Konzeption getroffenen Aussagen war in hohem Maße durch die ungewissen Annahmen zu den Rohstoffimporten bedingt. Bei den zugrundegelegten Rohstoffimporten nach 1980 handelte es sich um erste Einschätzungen der SPK, die im wesentlichen von den Entwicklungstendenzen bis 1980 abgeleitet wurden und zu denen noch keine Abstimmungen mit der UdSSR und anderen RGW-Ländern durchgeführt werden konnten. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich aus künftigen Konsultationen noch Veränderungen ergeben, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR bedeutend sein können. Hinzu kam, dass auch bei den optimistischen Annahmen zu den Importmöglichkeiten noch teilweise beträchtliche Differenzen zwischen dem eingeschätzten Bedarf und der Aufkommensentwicklung bestanden. Zur Schließung dieser Lücken sollte vor allem an der weiteren Verbesserung der Rohstoff- und Materialökonomie gearbeitet sowie für ausgewählte Rohstoffe auch Möglichkeiten einer zusätzlichen Erhöhung des Eigenaufkommens untersucht werden. Die reale Entwicklung der Rohstoffimporte aus der UdSSR blieb im Zeitraum bis 1990 weit hinter diesen Vorstellungen zurück.

In den Beschlussvorschlägen für den Ministerrat wurde festgelegt, den bisherigen Arbeitsstand an der Konzeption zur langfristigen Rohstoffsicherung als Orientierung den weiteren Arbeiten am Fünfjahrplan 1976-1980 und an der langfristigen Konzeption bis 1990 zugrunde zu legen. Zur besseren Begründung des Fünfjahrplans 1976-1980 sollten weitergehende Aufgaben insbesondere für folgende Komplexe ausgearbeitet werden:

- zur stärkeren Konzentration des F/E-Potenzials und zum erhöhten Einsatz der Investitionen auf die Verbesserung der Materialökonomie, die stärkere Nutzung der Sekundärrohstoffe bzw. industriellen Abprodukte sowie die weitere Ablösung bzw. Reduzierung von Rohstoffimporten aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW);
- zur Beschleunigung der Leistungsentwicklung und effektiveren Gestaltung der Struktur der metallverarbeitenden Industrie und der chemischen Industrie, um die Voraussetzungen zur materiell-technischen Deckung der volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen und der Exportäquivalente für die erforderlichen Rohstoffimporte zu verbessern;

Die Arbeiten an der langfristigen Rohstoffsicherung könnten wie folgt bewertet werden. Es war richtig, die Rohstoffsicherung als entscheidende Bedingung der weiteren volkswirtschaftlichen Entwicklung in den Vordergrund zu stellen. In die Arbeiten wurden die wichtigsten Verflechtungen einbezogen, deren planmäßige Gestaltung für die langfristige Rohstoffsicherung unerlässlich ist:

- Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zur höheren Effizienz der Gewinnung und des Einsatzes von Rohstoffen,
- die erhöhten Anforderungen an die Bereitstellung des notwendigen Investitionspotenzials und an die Weiterentwicklung der volkswirtschaftlichen Produktionsstrukturen, insbesondere des Maschinenbaus und der Chemie,
- die Orientierung auf die Erfordernisse einer höheren Effizienz des Rohstoffeinsatzes und einer verstärkten Rohstoff- und Materialsubstitution,
- die komplexen Zusammenhänge der Export- und Importentwicklung auf diesem Gebiet.

Noch offene und ungelöste Probleme wurden in dem vorgelegten Material entsprechend dem damaligen Kenntnisstand größtenteils recht klar aufgezeigt.

Kritisch muss bei der Bewertung der Arbeitsergebnisse hervorgehoben werden, dass die Anforderungen an die Rohstoffsicherung einseitig aus dem zugrundegelegten höheren und letzten Endes auch unrealistischen Wachstumstempo der Produktion abgeleitet wurden. Die Erhöhung des Rohstoffaufkommens (bewertet auf Basis der Preise 1975) um fast 50% widersprach schon damals den realen Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung. Dies betraf insbesondere die Gewinnung von Rohbraunkohle. Bis 1990 sollten etwa 17 neue Tagebaue aufgeschlossen werden. Insgesamt spielten Fragen der Erhaltung der natürlichen Umweltbedingungen in der vorgelegten Konzeption eine viel zu geringe Rolle. Weiterhin waren die zugrundegelegten Annahmen zur Steigerung der Rohstoff- und Energieökonomie durch Nutzung neuer Forschungsergebnisse zu wenig durch konkrete Analysen und Berechnungen untersetzt. Es wurde auch versäumt, im Zusammenhang mit den relativ optimistischen Annahmen und großen noch offenen Problemen Alternativen zu der zugrundegelegten Entwicklung und den möglichen Konsequenzen für die gesamte Volkswirtschaft auszuarbeiten und zu erörtern.

Ausgewählte Probleme der langfristigen Entwicklung der wichtigsten Proportionen der Volkswirtschaft der DDR bis 1990/1995

Dieses Dokument wurde Anfang 1979 – vier Jahre nach der Information zur langfristigen Rohstoffsicherung und fast zehn Jahre nach der PWF – von der Abteilung Langfristige Planung in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen der SPK ausgearbeitet und Anfang 1979 in der Leitung der SPK beraten. Seine Funktion bestand vor allem darin, langfristige Ausgangspunkte und Orientierungen für die Arbeiten am Projekt des Fünfjahrplans 1981-1985 zu schaffen. Es umfasste rund 150 Seiten, auf denen umfassend und schon recht konkret die damals angenommene ökonomische Entwicklung der DDR in den nächsten 10-15 Jahren sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Probleme charakterisiert wurden. Zugleich kamen die Verfasser mit dieser Vorlage der Notwen-

digkeit nach, langfristige Prognosen bzw. Pläne über 15 bis 20 Jahre spätestens nach 10 Jahren einer grundsätzlicheren Überprüfung zu unterziehen, notwendige Korrekturen vorzunehmen und den Prognosehorizont zu verlängern.

Zu diesem Zeitpunkt standen die für die Volkswirtschaftsprognose und -planung der DDR Verantwortlichen vor einer komplexen widersprüchlichen Situation, deren positive Lösung aus heutiger Sicht kaum möglich war:

Die 1971 bis 1980 erreichten Wachstumstempi und demzufolge auch die Größen fast aller makroökonomischen Kennziffern waren signifikant niedriger als in der PWF prognostiziert. Ein realistisches extrapolatives Herangehen hätte für 1981 bis 1990/95 eine weitgehende Korrektur der Wachstumsraten und der Kennzahlen nach unten erfordert. Die in der PWF manifestierten investiven und konsumtiven Ziele entsprachen aber objektiven Zwängen: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und internationale Wettbewerbsfähigkeit, Einholen der BRD, konsumtive Forderungen der Bevölkerung, Beitrag zur militärischen Stärke des Warschauer Paktes. Dies führte zu einer normativen Ableitung der Wachstumstempi von den objektiven und subjektiven Zielen, oft ohne dass die dazu notwendigen Voraussetzungen plausibel nachgewiesen werden konnten.

Der Zustand der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft, insbesondere der Infrastruktur, verlangte eine Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und dies wiederum eine vorrangige Entwicklung des Innovations- und Investitionspotenzials der Volkswirtschaft. Die insbesondere seit 1971 deklarierte Sozialpolitik und die Forderung der Bevölkerung nach Erhöhung ihres Konsumtionsniveaus, gemessen vor allem am Konsumtionsniveau der BRD, setzten jedoch einer Konzentration der Ressourcen auf längerfristige Ziele enge Grenzen. Nur durch enge internationale Verflechtung der Wissenschafts- und Produktionsressourcen war ein Erreichen des Welthöchstniveaus möglich – noch dazu für eine kleine Volkswirtschaft wie die der DDR. Aber aus den o.g. unterschiedlichen Gründen konnte diese enge Kooperation weder im RGW noch mit dem NSW verwirklicht werden.

Voraussetzung effektiven Funktionierens einer Volkswirtschaft ist die proportionale Entwicklung ihrer Branchen, ausgedrückt in Verflechtungsbeziehungen. Der permanente Nachfrageüberhang gegenüber dem Angebot im nationalen Maßstab und die begrenzten Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung zwangen dazu, einzelne »Leuchttürme« wie den Mikrochip oder die Multi-spektralkamera für die Kosmosforschung vorrangig und vor allem ohne ausreichende Einbindung in die Volkswirtschaft zu entwickeln. Hierin zeigten sich offensichtliche Tendenzen einer Mangelwirtschaft.

In dieser Situation konnte die o.g. Vorlage für 1980 bis 1990/95 nur ein Kompromiss sein zwischen erkannten internationalen ökonomischen und wissen-

schaftlich-technischen Tendenzen und daraus abgeleiteten strukturellen Schwerpunkten für die DDR, den Potenzialen der DDR und den aus den internationalen und nationalen Zwängen abgeleiteten (nicht immer realistischen) Zielvorstellungen. Der volkswirtschaftlichen Situation der DDR einschließlich ihrer Abhängigkeit von internationalen Verflechtungen Ende der 1970er Jahre entsprechend stellte die Vorlage keine reine Prognose mit alternativen Szenarien dar, sondern eine Zusammenstellung von Zustandsbeschreibungen, Potenzialdarstellungen, Forderungskatalogen, Prognosen und Planansätzen.

Folgende Komplexe bilden den Inhalt des Dokuments:

- die langfristige Entwicklung der volkswirtschaftlichen Effektivität und der Grundproportionen des Reproduktionsprozesses;
- die für die langfristige Entwicklung entscheidenden Veränderungen in den Reproduktionsbedingungen;
- die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, seine Verflechtungen mit allen Seiten des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses;
- die Veränderungen in der langfristigen Entwicklung der wichtigsten Faktoren der volkswirtschaftlichen Reproduktion – des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, der Rohstoffbasis, der Intensivierung der Grundfondsreproduktion;
- die weitere Vervollkommnung der Produktionsstruktur, die neuen Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration und der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen;
- die materiellen Grundlagen der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung;
- die Schwerpunkte der langfristigen Rohstoffsicherung und der Entwicklung der Produktionsstruktur der Volkswirtschaft insgesamt und der Bereiche verarbeitende Industrie, Bauwesen, Landwirtschaft, Transport- und Nachrichtenwesen.

Die in diesem Dokument enthaltenen Grundlinien und Proportionen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses der DDR sowie wichtiger hiermit verbundener Probleme geben einen aussagefähigen Einblick in die Ende der 1970er Jahre bestehenden langfristigen Entwicklungsvorstellungen. Wir beschränken uns hier auf einige wenige, aus heutiger Sicht interessante Fragen. Als veränderte Reproduktionsbedingungen wurden hervorgehoben:

- die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seine engere Verflechtung mit allen Seiten des Reproduktionsprozesses;
- die veränderten inneren und äußeren Bedingungen in der Reproduktion der Rohstoffbasis, insbesondere die höheren Maßstäbe für die Energie- und Materialökonomie;

- die erhöhten Anforderungen an den Investitionsprozess – von der Erhöhung der Investitionsquote, dem stärkeren Einsatz der Investitionen für die Rationalisierung und Erneuerung ganzer Betriebe und technologischer Komplexe bis zur Verbesserung der Effektivität der Investitionen und Anlagefonds;
- die veränderten Außenwirtschaftsbedingungen;
- die zunehmende Rolle qualitativer Prozesse für die Erhöhung des materiellen und kulturell-geistigen Lebensniveaus der Bevölkerung;

In dieser Aufzählung fehlen die Veränderungen in den Umweltbedingungen und die daraus erwachsenden höheren und neuen Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Aus diesen langfristigen Veränderungen in den Reproduktionsbedingungen wird die Schlussfolgerung abgeleitet, die weiteren Arbeiten am Konzept für den nächsten Fünfjahrplan mit aller Konsequenz auf diese Veränderungen einzustellen. Für die Arbeitsproduktivität je Berufstätigen wurden bis 1990 Steigerungsraten von jährlich über 5% vorgesehen, die Effektivität der Grundfonds und der Investitionen sollte im Unterschied zur bisherigen Entwicklung erhöht werden. Für die Verbesserung der Rohstoff- und Materialökonomie wurden im wesentlichen dieselben Zuwachsraten vorgesehen wie in der Information zur langfristigen Rohstoffsicherung von 1975. »Gegenüber der Industrie der BRD würde (unter Annahme gleichbleibender Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität von 4,7% in der BRD) der Produktivitätsrückstand von 24% im Jahre 1977 (nach den damals in der Zentralverwaltung für Statistik der DDR vorliegenden Berechnungen zum Produktivitätsrückstand der DDR) auf ca. 20% im Jahre 1985 und 15% im Jahre 1990 zurückgehen.« (SPK 1979)

Aus dem Anstieg der Auslandsschulden gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet in den letzten Jahren wurde die Aufgabe abgeleitet, dem Fünfjahrplan bis 1985 einen steigenden Exportüberschuss zugrunde zu legen, mit der Konsequenz, dass das produzierte Nationaleinkommen schneller steigen sollte als das für die Inlandsverwendung verfügbare.

Im Unterschied zur PWF von 1970 wurde ein etwa gleichbleibender Anteil der Akkumulation am verwendeten Nationaleinkommen von 22-24% angenommen. Vorrangig sollten die Investitionen in der Industrie wachsen (Anteil am produzierenden Bereich 1976/80 57%, 1986/95 60%, vgl. SPK 1979). Investitionsschwerpunkte sollten sein: Erweiterung und intensivere Nutzung der eigenen Rohstoffbasis, Erneuerung und Modernisierung der materiell-technischen Basis, Lösung des Wohnungsproblems, Verbesserung der materiell-technischen Grundlagen in den nichtproduzierenden Bereichen.

In dem Konzept wurde davon ausgegangen, dass die materiell-technischen Grundlagen für die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge verbessert werden müssen. Dafür und insbesondere für den Wohnungsbau wurde bei einem

etwa gleichbleibenden Anteil an den Gesamtinvestitionen eine beträchtliche Zunahme der Investitionen vorgesehen. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird gefordert, die Arbeitsinhalte anzureichern sowie monotone, körperlich schwere und gesundheitsschädliche Arbeiten einzuschränken.

In makroökonomischen Zielen spiegelte sich das wie folgt wider: Der Anteil der »Fonds für die Konsumtion und die lebensstandardwirksamen Investitionen am verwendeten Nationaleinkommen« (Konsumtion sowie Investitionen für komplexen Wohnungsbau, Bildungswesen, Kultur, Gesundheitswesen, Erholung, Jugendfragen) sollte bis 1995 etwa gleichbleiben, dabei aber der Anteil der individuellen Konsumtion am verwendeten Nationaleinkommen von 66,4% 1980 auf 64% 1990 und 62-63% 1995 sinken. Dies war ein Kompromiss zwischen den vorrangigen Zielen der Stärkung der Investitionskraft in der PWF von 1970, den primär konsumtiven Zielen des VIII. Parteitagess der SED 1971 und den inzwischen gravierenden Problemen der materiell-technischen Basis, der Infrastruktur und der Außenwirtschaft.

Bei der Aufzählung der zu lösenden Aufgaben wird auch an einer Stelle die Intensivierung der Umweltnutzung und die Verbesserung der Umweltbedingungen genannt. Dies wurde allerdings mit der damals noch verbreiteten Auffassung einer »wirksameren Beherrschung der Natur durch den Menschen« verbunden. Im Widerspruch zur Zielsetzung verbesserter Umweltbedingungen stand die folgenschwere Aussage und damit Orientierung der Vorlage von 1979 zur vorgesehenen Sicherung des notwendigen Zuwachses an Primärenergieträgern vor allem durch Braunkohle und Kernenergie:

Tabelle 33: Zuwachs der Primärenergieträger

Anteil am Zuwachs in %	Kohle	Kernenergie
1971-1975		rd. 08
1976-1980	rd. 18	rd. 22
1981-1985	rd. 55	rd. 30
1996-1990	rd. 25	rd. 70
1991-1995	rd. 25	rd. 70
1996-2000	rd. 20	rd. 80

Zur Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens wurde auf Grundlage der vorliegenden demografischen Berechnungen davon ausgegangen, dass die Anzahl der Berufstätigen bis Ende der 1980er Jahre noch etwas anwächst, danach aber zurückgehen wird. Als Orientierung für die weiteren Arbeiten am Fünfjahrplan wurde gefordert, bei Investitionen, die mit der Entstehung neuer Arbeitsplätze verbunden sind, stets zu beachten, dass für diese neuen Arbeits-

plätze auch die Arbeitskräfte gesichert werden. Die Berechnungen mussten bald durch die Abwanderungen nach Westdeutschland nach unten korrigiert werden. Hinsichtlich der Einsatz- und Qualifikationsstruktur der Berufstätigen wurde davon ausgegangen, dass ihr Anteil in den Dienstleistungsbereichen weiter ansteigen wird und die Anteile der Berufstätigen mit abgeschlossener Hoch- und Fachschulausbildung auch im bevorstehenden Zeitraum weiter zunehmen werden.

Zur Erhöhung der Effektivität des Anlagevermögens wurden wichtige Forderungen abgeleitet, vor allem zur Verbesserung des technologischen Niveaus der Investitionen, zu ihrem sparsamen Einsatz und zur höheren Konzentration der Investitionen auf Rationalisierungsmaßnahmen. Weiterhin wurde gefordert, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Aussonderungsrate der vorhandenen Anlagen, die weit unter der westdeutschen lag, deutlich zu erhöhen. Damit sollte der weit überhöhte Anteil veralteter Anlagen gesenkt, und das Tempo ihrer Erneuerung beschleunigt werden. Trotz der gegenüber der PWF niedrigeren Prognose der künftigen Investitionskraft sollten die Grundfonds signifikant modernisiert werden mit einer »Steigerung der gegenwärtigen Aussonderungsraten auf das 1,5-2fache, (die) mit der Einführung moderner und hochproduktiver Technologien zu verbinden (sei)«. Diese Aufgabe wurde jedoch bis zum Ende der Existenz der DDR nicht erfüllt. Darin bestand einer der wichtigsten Gründe für die bis zum Ende der DDR weiterbestehenden hohen Produktivitätsrückstände von rund 50% gegenüber der BRD. Die konzipierte Steigerung der Investitionen – ihr Anteil am verwendeten Nationaleinkommen sollte etwa gleich bleiben – wurde nicht erreicht. Im Zeitraum 1980-1985 stagnierte das Investitionsvolumen, in den produzierenden Bereichen ging es in dieser Zeit sogar absolut zurück. Von 52,3 Mrd. Mark (1981) auf 48,3 Mrd. Mark (1985), d.h. auf 92% (Statistisches Jahrbuch der DDR 1990: 15).

Ein umfangreicher Teil des langfristigen Entwicklungskonzepts war auf Veränderungen der Produktionsstruktur gerichtet, um die materiellen Bedingungen für die Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben langfristig zu verbessern und zu sichern. In der Konzeption wurde auf folgende Komplexe orientiert:

- Stärkung bzw. Herausbildung der für ein hohes technologisches Niveau der Produktion und ihre Rationalisierung entscheidenden Produktionskomplexe.
- In allen Zweigen und Bereichen der Industrie soll die Produktionsstruktur so vervollkommen werden, dass ein wesentlich höherer Veredlungsgrad der eingesetzten Rohstoffe und dabei insbesondere der Energieträger erreicht wird.
- Stärkung und Verbesserung der materiellen Bedingungen und der wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Rohstoffbasis, insbesondere zur verstärkten Nutzung einheimischer Roh-

stoffe, zur höheren Wiederverwendung von Sekundärrohstoffen und Abprodukten und zur Sicherung der Rohstoffimporte. Hier wird wie oben erwähnt auch die Aufgabe genannt, bei der verstärkten Nutzung einheimischer Rohstoffe die materiell-technischen Voraussetzungen zu schaffen, um die zulässigen Umweltbelastungen einzuhalten.

- Veränderungen und Vervollkommnung der Produktionsstruktur, um die erhöhten Anforderungen an die Exportkraft zu realisieren.
- Durchführung von Strukturveränderungen zugunsten hochwertiger industrieller Konsumgüter. Den Berechnungen der langfristigen Entwicklung lag das Ziel zugrunde, den Anteil industrieller Konsumgüter am gesamten Warenfonds der Bevölkerung von knapp 50% 1978 auf 57-60% 1990 zu erhöhen.

In der Konzipierung der Kommunikation und des Verkehrswesens bündelten sich komplexe Zusammenhänge mit der notwendigen Veränderung der Produktionsstruktur: Vor allem Energie- und Rohstoffstruktur, wissenschaftlich-technische Entwicklung und Lebensweise beeinflussten die notwendige Entwicklung. Es sollte im Verkehrswesen eine strukturelle Kehrtwende gegenüber dem vorangegangenen Zeitabschnitt erreicht werden: 1980 war der Anteil der durch den Eisenbahnverkehr transportierten Menge gegenüber 1975 von 32% auf 28% zurückgegangen. Spätestens ab 1985 sollte er steigen und 1995 etwa wieder den Anteil wie 1975 erreichen. Dabei sollte der Anteil der Elektrotraktion an den Zugförderleistungen von etwa 20% 1980 auf über 50% 1990/95 steigen, nachdem bis in die 1970er Jahre angesichts des billigen sowjetischen Erdöls auf die umweltschädigendere Dieseltechnik gesetzt wurde. Der Anteil der transportierten Menge durch den Kraftverkehr war 1980 gegenüber 1975 von 65% auf 70% gestiegen und sollte bis 1990/95 wieder auf etwa den Anteil von 1975 sinken. Die weitere Entwicklung der öffentlichen Personenbeförderung sollte Vorrang haben vor der individuellen Motorisierung. Schwerpunkte beim Ausbau der Personenbeförderungssysteme sollten sein: Straßenbahnnetz in den Großstädten, O-Bus-Netze in ausgewählten Städten, S-Bahn-ähnlicher Zugbetrieb in den Bezirksstädten, Fernstraßennetz, Autobahneubauten, S- und U-Bahnnetz in Berlin.

In einem weiteren Komplex werden die veränderten Bedingungen und höheren Anforderungen für die Vertiefung der ökonomischen sozialistischen Integration im RGW und für die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen begründet. Es wird dabei hervorgehoben, dass sich die Bedeutung der Außenwirtschaft für das Wachstumstempo und die Steigerung der Effektivität der Volkswirtschaft weiter erhöht und dass hierfür vor allem die weitere Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration mit den RGW-Ländern und insbesondere mit der UdSSR entscheidend ist. Davon ausgehend werden in dem

Material wichtige Aufgaben einer langfristigen Exportstrategie herausgearbeitet, wie die weitere Erhöhung der Exportquote der Produktion, die Stärkung der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Exportrentabilität und damit auch der Terms of Trade. Im Unterschied zur Entwicklung in den 1970er Jahren mit einem beträchtlichen Importüberschuss und dadurch ansteigender Auslandsverschuldung gegenüber dem NSW wird in den Berechnungen für die 1980er Jahre von einem relativ hohen Exportüberschuss in dieses Wirtschaftsgebiet und dadurch auch von einer Verringerung der Auslandsschulden gegenüber dem NSW ausgegangen. Zur gleichen Zeit 1979/80 und als wichtiger Baustein zum Erreichen der Ziele wurde ein »Programm der Spezialisierung und Kooperation zwischen der DDR und der UdSSR« für 1981 bis 1990 ausgearbeitet. Dessen Schwerpunkte waren: Wissenschaft und Technik (u.a. Forschungsk Kooperation), Produktion, Absatz, Erneuerung des Produktionsapparates, Rohstoffsicherung, gemeinsames Auftreten in Drittländern, Wirtschaftsbeziehungen zum NSW und zu den Entwicklungsländern. Die bereits festgestellte schleichende Verlagerung von Wirtschaftsverbindungen mit dem SW zum NSW setzte sich jedoch fort.

Für fast alle in der Konzeption getroffenen Annahmen gilt, wie bereits bei den Prognosen kritisch hervorgehoben wurde, dass sie zu optimistisch ausgearbeitet wurden. In der Konzeption von 1979 wird im Unterschied zur Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren allerdings schon von bescheideneren Zielen ausgegangen. Den Rückstand gegenüber der BRD sollte, wie bereits erwähnt, von im Jahr 1977 berechneten 24% auf ca. 20% in 1985 und ca. 15% in 1990 reduziert werden. Der reale Rückstand war, wie wir heute wissen, im Ausgangsjahr wesentlich höher und wuchs entgegen den Annahmen bis 1990 noch weiter an.

Fazit und Schlussfolgerungen

In diesem abschließenden Kapitel soll ein Fazit aus den in den anderen Teilen der Studie enthaltenen Analysen und Konsequenzen zu der eingangs gestellten Frage gezogen werden: *Gibt es nützliche Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Prognosetätigkeit und langfristigen Planung in der DDR, die in einem langfristigen Transformationsprozess angewendet werden könnten und auch sollten?*

Die Beantwortung dieser Frage hat mehrere Dimensionen. Am Beispiel der PWF als aggregiertes Ergebnis der Volkswirtschaftsprognose in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts in der DDR sowie durch die ihr nachfolgenden und sie teilweise korrigierenden Dokumente der 1970er Jahre bestätigte sich die Mehrdimensionalität des Erkenntniswertes von Prognosen. Wir wollen versuchen, diese Problematik in einem ersten Schritt an den folgenden drei Kriterien festzumachen:

Erstes Kriterium: Traf die Voraussage des Wachstums und der Entwicklung der Struktur und Effektivität der Volkswirtschaft der DDR mit befriedigender Genauigkeit die tatsächliche Entwicklung? Die Erfüllung dieses Kriteriums ist wichtig, da diese Prognosen als gesamtwirtschaftliche Grundlage für verbindliche mittel- und langfristige Pläne dienen sollten. Unter diesem Aspekt sind die Ergebnisse unbefriedigend, da die positiven Wachstumsfaktoren offensichtlich überschätzt und wachstumshemmende Faktoren unterschätzt wurden, so dass das Wachstumstempo trotz teilweiser Bandbreiten erheblich zu hoch prognostiziert wurde. Dies ist systemübergreifend nicht untypisch, wenn Prognosen unter starkem Einfluss der für Politik Verantwortlichen erarbeitet werden. Außerdem fehlten weitgehend alternative Angebote für voraussichtliche und mögliche Veränderungen der Produktions- und Konsumtionsstrukturen. Im Verlauf der Prognoseperiode 1971 bis 1990 und mit kürzer werdendem Prognose- und Planungshorizont wurden deshalb die Wachstumsziele wie in Kapitel 5 gezeigt insgesamt schrittweise reduziert (siehe Tabelle 31) und die Strukturen veränderten politischen Vorgaben angepasst. Insbesondere wurde die Investitionsprognose zugunsten der Außenwirtschaftsprobleme und der Konsumtion gekürzt und das Ausmaß von Veränderungen der Produktionsstruktur teilweise korrigiert, d.h. zurückgenommen.

Zweites Kriterium: Die Wachstumsziele der PWF wurden maßgeblich beeinflusst von dem Ziel, die BRD im Produktions- und Konsumtionsniveau einzuholen und zu überholen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Nach verschiedenen Quellen wird für Ende der 1980er Jahre ein Rückstand der DDR im Produk-

tivitätsniveau auf der Basis des BIP bzw. des NE von rund 50% ausgewiesen. Die technologischen und infrastrukturellen Rückstände der DDR verfestigten sich und sind bis 1989 sogar tendenziell angestiegen.

Drittes Kriterium: Prognosen sollen die bestehenden Probleme, Defizite und Entwicklungspotenziale in der Volkswirtschaft erfassen und systematisieren und daraus mögliche Schwerpunkte künftiger Entwicklung ableiten. Auch wenn die PWF einige zeitbedingte Irrtümer enthielt (u.a. unkritische Favorisierung der Nutzung der Atomkraft, Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen zur Erzeugung von Biorohstoffen für die Industrie) und damit umstrittene Weichen für die künftige Wirtschaftsstruktur stellte, und auch wenn in der PWF weitgehend keine alternativen Strukturvorschläge vorgelegt wurden, kann doch konstatiert werden: Unter dem kognitiven Aspekt lieferte die PWF wertvolles Material und befand sich im wesentlichen auf der Höhe des damaligen internationalen Kenntnisstandes. Warum ihre Erkenntnisse und Hinweise wirtschaftspolitisch nicht ausreichend genutzt wurden bzw. werden konnten, haben wir in Kapitel 4 und 5 dargelegt.

Ausgehend von diesen drei Kriterien können zunächst folgende Konsequenzen abgeleitet werden. Erstens: Prognosen müssen gestützt auf die vorhandenen wissenschaftlich-technischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Kenntnisse möglichst sachlich und objektiv, ohne sich von politischen Vorgaben oder illusionären Wunschvorgaben leiten zu lassen, ausgearbeitet werden. Zweitens sollte das Ziel einer gesamtwirtschaftlichen Prognose nicht primär davon abgeleitet werden, hoch industrialisierte Länder auf dem Weg einer nachholenden Modernisierung einzuholen und zu überholen. Vielmehr sollte es darum gehen, unter Nutzung international vorliegender Erfahrungen eine volkswirtschaftliche Entwicklung zu konzipieren, die den Bedingungen und Vorstellungen der Bedürfnisentwicklung der Menschen und den Umwelterfordernissen entspricht. Das verlangt, besonderes Gewicht auf eine solche Strukturentwicklung zu legen, die den sich verändernden Bedingungen des Wohlstands und der Lebensweise der Menschen entspricht.³¹ Drittens sollten Prognosen eine breite, möglichst fundierte Voraussicht künftiger Entwicklungen auf der Grundlage einer umfassenden Nutzung der international vorhandenen Wissensbasis enthalten, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, qualifizierte und realistische Pläne auszuarbeiten.

Die kritische Bewertung der hier analysierten Prognosearbeiten sollte für die Skizzierung des möglichen Inhalts einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung genutzt werden.

³¹ Vgl. zu dieser Problematik Deutscher Bundestag (2013): Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Schlussbericht, Abschnitt C.

Diese Bewertung und Nutzung der Arbeiten zur Prognose und langfristigen Planung der volkswirtschaftlichen Entwicklung schließt ein, ihre Defizite und Schwächen ebenso wie ihre Stärken kritisch zu analysieren.

Wir wollen versuchen, die Ergebnisse unserer Analysen in Schlussfolgerungen zusammenzufassen, die für eine bewusste Zukunftsgestaltung beachtet werden sollten:

1. Die Arbeiten an langfristigen Entwicklungsvorstellungen waren, wie insgesamt die Planung, weitgehend auf einen relativ engen Kreis von Wirtschafts-, Staats- und Parteifunktionären und Wissenschaftlern beschränkt. Der Kreis erfahrener und auch junger Wissenschaftler, die in die prognostische Tätigkeit einbezogen werden, sollte unbedingt erweitert werden. Es gab keine öffentlichen demokratischen Aussprachen zu den entscheidenden Zielstellungen und den zugrundegelegten Bedingungen und Annahmen. Die Forderung nach Demokratisierung der Planungs- und Entscheidungsprozesse gilt in besonderem Grade für die langfristige Entwicklung, da von ihr das zukünftige Leben entscheidend beeinflusst wird.

2. Wichtige Ausgangspunkte der Prognosen und langfristigen Entwicklungskonzeptionen waren unrealistisch, weil, wie bereits hervorgehoben wurde, die realen Möglichkeiten, sie zu erfüllen, überschätzt und die entgegenstehenden Hemmnisse unterschätzt wurden. Die zugrundegelegten Annahmen für die volkswirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Annahmen zur voraussichtlichen Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Effektivität des gesamten Reproduktionsprozesses, darunter speziell der Außenwirtschaftsbeziehungen, müssen insgesamt weit kritischer reflektiert werden.

Wichtige Erfordernisse, die tragende Bestandteile eines solchen langfristigen Konzepts hätten sein müssen, wurden nicht oder nur äußerst schwach berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere:

- die konsequente Berücksichtigung der zunehmenden Rolle der Umweltbedingungen, insbesondere der sich weiter zuspitzenden Probleme auf diesem Gebiet und die davon abgeleiteten höheren Anforderungen an eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und an einen sozial-ökologischen Umbau;
- die langfristigen Veränderungen in den sozialen Strukturen der Gesellschaft, im Zusammenleben der Menschen, in ihrer Lebensweise und ihrem Lebensstil sowie damit in den Kriterien zur Bestimmung des Wohlstands. Hierin eingeschlossen müsste eine kritische, differenzierte Bewertung des ökonomischen Wachstums erfolgen.
- die Veränderung der Arbeitsbedingungen zur Schaffung von Voraussetzungen für eine höhere Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in der Arbeit;
- die Veränderungen in den Beziehungen zwischen Arbeits- und Freizeit und die gestiegenen Anforderungen an eine größere Freizeit und ihre Nutzung;

- die stärkere Berücksichtigung der Anforderungen an eine leistungsfähige Infrastruktur und davon abgeleitet auch an die Erhöhung der hierfür und für andere Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge bereitzustellenden öffentlichen Investitionen;

Auf einer solchen Grundlage müssten volkswirtschaftliche Alternativen und ihnen zugrundeliegende Szenarien ausgearbeitet, in ihren Voraussetzungen und Konsequenzen berechnet, der Öffentlichkeit vorgelegt und öffentlich diskutiert werden.

3. Innerhalb jedes Wirtschaftssystems sind unterschiedliche und nicht voll vorhersehbare wirtschaftspolitische Wendungen möglich. Dies könnte in den Prognosen zum Teil durch mehrere alternative Szenarien berücksichtigt werden. Das Beispiel der DDR zeigt diese Notwendigkeit in den Wendungen 1970/71 und um 1980. In den mittel- und kurzfristigen Projektionen (Plänen) der 1970er Jahre der DDR wurden die Ziele entsprechend den geänderten, durch die Führung der SED gesetzten Prioritäten strukturell verändert und in Anpassung an die realen – gegenüber den prognostizierten Zielen niedrigeren – Ergebnissen schrittweise korrigiert.

Das Beispiel der BRD zeigt eine solche Wende in der Wirtschaftspolitik u.a. in der sukzessiven neoliberalen Rücknahme des bis 1970/71 verfolgten Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft und in dem stattdessen erfolgten Abbau sozialer Errungenschaften ab etwa 1972 und verstärkt ab 1990/91 durch den Siegeszug der neoliberalen Marktfetischisten.

Es gab in jedem Jahrzehnt mindestens ein einschneidendes ökonomisches oder gesellschaftliches Ereignis, das zu qualitativen (strukturellen) Veränderungen in den ökonomischen Zielsetzungen der damals bestimmenden Partei gegenüber den an der Schwelle des künftigen Jahrzehnts vorausgesehenen (vorgesehenen) führte. Das relativ junge Konzept einer »counterfactual history« könnte bei aktuellen makroökonomischen Prognosen zu mehr Sicherheit führen hinsichtlich des quantitativen und strukturellen Einflusses solcher Ereignisse, kann aber die Ungewissheit über die zeitliche, quantitative und strukturelle Stärke solcher Ereignisse natürlich auch nicht beseitigen.

4. Mittel- und langfristige Prognosen stützen sich auf mittel- und langfristige Trends der Vergangenheit und korrigieren diese im besten Fall um absehbare Trendveränderungen durch veränderte Bedingungen (Innovationen, Verknappungen u.a.). In Planwirtschaften wie die der DDR wurden die bereits beschlossenen Jahres- und Fünfjahrpläne in den bisherigen Trend einbezogen, als seien sie bereits Realität. Dadurch entstand für die Prognostiker immer wieder eine äußerst unbefriedigende Situation: Ausgehend von dringenden gesellschaftlichen Bedürfnissen wurden angespannte, schon in der bisherigen und wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit nicht realisierbare Effektivitätszuwächse den Plänen zu-

grundegelegt. Sie mussten im Laufe der Planperiode mehrmals korrigiert werden, wodurch in die längerfristige Prognose sich verstärkende Fehler im Sinne eines unbegründeten Optimismus eingebaut wurden.

Quantitative Abweichungen des tatsächlichen vom prognostizierten Wachstum der Kennziffern des volkswirtschaftlichen Gesamtpotenzials führen zu unterschiedlichen Auswirkungen auf qualitative Teilziele, die der Prognose zugrunde lagen. Das Gleiche gilt umgekehrt: Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Wendungen, unvorhergesehene binnen- und außenwirtschaftliche Veränderungen sind Beispiele dafür. Dies ist auch für die Entwicklung unter realkapitalistischen Bedingungen charakteristisch, wie sich dies gegenwärtig vor allem in der Banken- und Staatsschuldenkrise und der damit zusammenhängenden Eurokrise zeigt, die weitgehende Konsequenzen für die zukünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben.

5. Negative Abweichungen des quantitativen Wachstums des Wirtschaftspotenzials von den ursprünglich konzipierten Wachstumszielen führen in der Regel zur Verstärkung extensiver gegenüber intensiven Wachstums- bzw. Entwicklungsfaktoren. Ursache ist vor allem die Fokussierung der Regierenden auf kurzfristige gegenüber langfristigen Notwendigkeiten. Hier wirkt sich das auch aus der Sozialpsychologie bekannte Phänomen aus, wichtige längerfristige Notwendigkeiten hintanzustellen gegenüber drittrangigen, aber kurzfristig erwarteten Ergebnissen und drängenden Aufgaben. Außerdem geht es den Politikern entweder um die aktuelle Problembewältigung (Abbau von Schulden, Beruhigung der Bevölkerung) und bzw. oder um die nächsten Wahlen – kurz: Kurzfristiger Machterhalt ist wichtiger als längerfristige (»nachhaltige«) gesellschaftliche – vor allem ökonomische, ökologische und sozial-kulturelle – Reproduktion.

6. In den Prognosen wurden die voraussichtlichen Veränderungen in der Weltwirtschaft unzureichend berücksichtigt. Dies betraf vor allem die weltwirtschaftlichen ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse mit ihren Konsequenzen für die Gestaltung gleichberechtigter Außenhandelsbeziehungen und für die Durchsetzung gleicher Nutzungsrechte der natürlichen Umwelt für alle Völker und Menschen sowie für die Umsetzung notwendiger Maßnahmen zur Verhinderung einer Klimakatastrophe. Diese Herausforderungen müssten in Zukunft weit stärker in der prognostischen Tätigkeit beachtet werden.

Ein allgemeineres und zugleich auf die historische Realität der DDR bezogenes Zwischenfazit aus den Erfahrungen, die mit der »Prognose volkswirtschaftlicher Wachstumsfaktoren« (PWF) gesammelt wurden, könnte weiterhin folgende für die Zukunft nutzbaren Erkenntnisse enthalten:

- Makroökonomische Prognosen werden nie voraussetzungslos erarbeitet. Wirtschaftspolitische Zielstellungen und Konzepte bestimmen wesentlich

das vorgesehene Wachstum und die Strukturentwicklung der Volkswirtschaft. Prognosen sollten deshalb immer die ihnen zugrundeliegenden wirtschaftspolitischen Konzepte deutlich benennen und absehbare Veränderungen dieser Konzepte in veränderte Prognosen umsetzen.

- In der zukünftigen prognostischen Tätigkeit gilt es, den ökologischen und sozialen Problemen und Herausforderungen eine weit größere Beachtung zu schenken. Eine wichtige Problematik betrifft in diesem Zusammenhang die zunehmende Rolle einer solidarischen und einer gemeinwohlorientierten Ökonomie.
- Das tatsächliche Wachstum der Volkswirtschaft wich vom prognostizierten jedes Mal nach unten ab. Es bestand stets der Trend zur Überschätzung der künftigen Wachstumsmöglichkeiten. Dies sollte auch eine Warnung für gegenwärtige und künftige Prognosen in parlamentarischen Demokratien sein: Politische Einflussnahmen durch Parteien und Regierungen werden oft durch populistische Versprechungen bzw. Forderungen der eigenen Lobby bestimmt.
- Wichtige Erfordernisse, die tragende Bestandteile eines solchen langfristigen Konzepts hätten sein müssen, wurden nicht oder nur äußerst schwach berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere: die konsequente Berücksichtigung der zunehmenden Rolle der Umweltbedingungen, insbesondere der sich weiter zuspitzenden Probleme auf diesem Gebiet und die davon abgeleiteten höheren Anforderungen an eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und an einen sozial-ökologischen Umbau; die stärkere Berücksichtigung der Anforderungen an eine leistungsfähige Infrastruktur und davon abgeleitet auch an die Erhöhung der hierfür und für andere Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge bereitzustellenden öffentlichen Investitionen; die schon erwähnte fehlende Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderungen in der Weltwirtschaft.
- Für eine Planung, die auf der Höhe der an sie zu stellenden Anforderungen steht und die die Forderungen nach demokratischer Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am Planungsprozess realisiert, müssten hieraus insbesondere folgende Konsequenzen abgeleitet werden: Die zugrundegelegten Annahmen für die volkswirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Annahmen zur voraussichtlichen Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Effektivität des gesamten Reproduktionsprozesses, darunter speziell der Außenwirtschaftsbeziehungen, müssen insgesamt weit kritischer reflektiert werden und auf einer solchen Grundlage müssten volkswirtschaftliche Alternativen und ihnen zugrundeliegend verschiedene Szenarien ausgearbeitet, in ihren Voraussetzungen und Konsequenzen berechnet, der Öffentlichkeit vorgelegt und öffentlich diskutiert werden.

Die eingangs gestellte Frage, inwieweit es Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Prognosetätigkeit und der langfristigen Strukturplanung in der DDR gibt, die aktuell und für die Gestaltung einer zukünftigen Gesellschaft genutzt werden können, ist nach den vorstehenden kritischen Betrachtungen eindeutig mit Ja zu beantworten. Dieses »Ja« hat eine dreifache Dimension: (1) Es gilt aus den Mängeln, die in diesen Tätigkeiten aufgetreten sind, insbesondere aus ihren Defiziten, Einseitigkeiten und Übertreibungen, zu lernen und vermeidbare Fehler nicht zu wiederholen. (2) Die positiven Erfahrungen und Erkenntnisse sollten aufgegriffen und genutzt werden, die sich insbesondere daraus ergeben, dass die bewusste Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung verlangt, die langfristigen Entwicklungstendenzen der Bedürfnisse der Menschen, der Produktivkräfte und der ökologischen Existenzbedingungen der menschlichen Gesellschaft aufzudecken, zu analysieren und den Plänen zugrunde zu legen. Mit einer darauf beruhenden Ableitung strukturbestimmender wissenschaftlich-technischer, ökonomischer, konsumtiver sowie insbesondere auch umweltpolitischer Aufgaben, können wichtige Erkenntnisse gewonnen und wichtige Voraussetzungen geschaffen werden, um die vorhandenen Potenziale auf die Lösung der für ökologische Nachhaltigkeit und Wohlstand entscheidenden Erfordernisse zu konzentrieren. (3) Bei der Nutzung positiver Erfahrungen ist zu berücksichtigen, dass sich die Bedingungen und Herausforderungen heute und zukünftig wesentlich von denen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterscheiden. Daher kann es nicht um eine einfache Übertragung von Erfahrungen aus der Prognosetätigkeit der DDR vor fast 50 Jahren gehen, sondern einmal um das Erkennen der Bedeutung und Notwendigkeit weit in die Zukunft reichender prognostischer Arbeit und zum anderen um die Nutzung von Erfahrungen und Anregungen für eine solche prognostische Vorausschau, die entsprechend den veränderten Bedingungen modifiziert und weiterentwickelt werden muss.

Für eine umfassende Nutzung der möglichen positiven Wirkungen der prognostischen Tätigkeit für die Gestaltung der weiteren Entwicklung gilt es vor allem zu berücksichtigen:

- Die Unsicherheiten und der Wahrscheinlichkeitscharakter weit in die Zukunft (15-20 Jahre) reichender Voraussagen über Entwicklungstendenzen und Ereignisse müsste stärker beachtet werden. Das bedeutet auch, in den Prognosen weit stärker und mehr alternative Vorstellungen über Entwicklungswege und Resultate auszuarbeiten und zu erörtern, und auch mehr wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Korrekturnotwendigkeiten zu berücksichtigen.
- Das Prinzip der Rückrechnung von der prognostizierten Entwicklung auf die Gegenwart muss, soweit möglich, von subjektiven Wunschvorstellungen befreit werden, um daraus erwachsende unrealistische, illusorische Zielstellungen

gen u.a. über das Wachstumstempo der Produktion und die Arbeitsproduktivität zu vermeiden sowie ein Prinzip »überholen ohne einzuholen« nur dort anzuwenden, wo es technologisch und sozial sinnvoll und möglich ist.

- Die Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Prognosen und strukturpolitischen Aufgaben müssen weit stärker berücksichtigt werden.
- In die prognostische Arbeit sollte eine größere Anzahl vor allem kritischer Wissenschaftler und Praktiker einbezogen werden. Die Diskussion und Auswertung der Ergebnisse muss im Unterschied zur Praxis im Realsozialismus unter weitgehender Teilnahme der Öffentlichkeit erfolgen. Wenn es gelingt, mit den Prognosen auch Varianten oder Alternativen unterschiedlicher Entwicklungswege vorzulegen, verbessern sich auch die Voraussetzungen für eine offene demokratische Diskussion über die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten und -wege.

Als positive Erfahrungen der prognostischen und strukturpolitischen Arbeit in der DDR, die in einem längerfristigen Transformationsprozess und in einem demokratischen, emanzipativen Sozialismus genutzt werden könnten, halten wir für besonders hervorhebenswert:

- Prognosen bilden einen wichtigen Ausgangspunkt zur Ausarbeitung zukunftsorientierter, solide begründeter perspektivischer Konzepte, die den ökologischen Erfordernissen, der Herausbildung einer sozialistischen Lebensweise und der Anwendung veränderter Kriterien zur Bestimmung des Wohlstands, der Entwicklung von Wissenschaft und Technik und den sich verändernden internationalen, volkswirtschaftlichen, zweiglichen und regionalen Strukturen und Verflechtungen gerecht werden. Auf ihrer Grundlage ist es besser möglich, sich rechtzeitig auf neue Herausforderungen einzustellen.
- Die prognostische Arbeit sollte nicht als eine einmalige oder nach einer längeren Unterbrechung wieder aufzunehmende Tätigkeit, sondern als eine permanente Tätigkeit einer aktiven Zukunftsgestaltung durchgeführt werden. Dabei ergeben sich naturgemäß besonders hohe Anforderungen an eine intensive prognostische Tätigkeit und an die Ausarbeitung von Entwicklungsprogrammen und -konzepten in den Vorbereitungsphasen der Perspektivpläne. Es könnte von einem dreistufigen Prozess zwischen Prognosen – Entwicklungsprogrammen und strukturpolitischen Aufgaben – Perspektivplänen mit vielfältigen Rückkopplungen ausgegangen werden. Zwischen der Ausarbeitung von Prognosen und einer langfristigen, perspektivischen Planung bestehen besonders enge wechselseitige Verflechtungen. Aus den Arbeiten an langfristigen Konzepten und Plänen ergeben sich Fragestellungen, die im Rahmen der prognostischen Arbeiten zu beantworten sind. In den langfristi-

gen Konzepten und Plänen werden Umfang und Tempo der Umsetzung prognostischer Erkenntnisse festgelegt.

- Es ist zweckmäßig, verschiedene Arten von Wirtschaftsprognosen zu unterscheiden: Prognosen zur Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, zur Entwicklung volkswirtschaftlicher Querschnittsprozesse und wichtiger Bereiche sowie zu grundlegenden regionalen Entwicklungsprozessen. Im Arbeitsprozess an diesen Prognosen sollte ein wechselseitiger Austausch von Ergebnissen und neuen Erkenntnissen gewährleistet und die Verflechtungen zwischen der Volkswirtschaftsprognose und den Prognosen zur Entwicklung wichtiger Bereiche, von Querschnittsprozessen und Regionen, gesichert werden.
- Die Planung vorrangig zu realisierender strukturbestimmender Aufgaben, darunter wissenschaftlich-technische Aufgaben und Innovationen, Investitionen, Erzeugnisse und Produktionskomplexe, ist eine wichtige Voraussetzung für eine bewusste Gestaltung der Zukunft. Auf ihrer Grundlage ist es möglich, die finanziellen und materiellen Ressourcen sowie das gesellschaftliche Arbeitsvermögen auf die Lösung volkswirtschaftlich entscheidender Aufgaben und Probleme zu konzentrieren. Hierzu gehören insbesondere die auf die Erfordernisse eines sozial-ökologischen Umbaus gerichteten Aufgaben wie Energiewende, eine andere Mobilität, ein energieökonomisches und die Natur schonendes Bauen sowie ein umfassender Übergang zu einer umweltgerechten Agrarproduktion. Die Möglichkeit einer solchen zielgerichteten Inangriffnahme zukunftsentscheidender Aufgaben kann jedoch nur dann als Vorzug des Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Marktwirtschaft realisiert werden, wenn sie mit den realen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten übereinstimmt und nicht zu Eingriffen in die eigenverantwortliche Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten führt, weil dies die Wirksamkeit deren ökonomischer Interessen und Stimuli hemmen würde.

Die Anwendung von Methoden und Instrumenten der prognostischen Tätigkeit und der Strukturpolitik, die auf Erfahrungen der DDR zurückgreift, setzt voraus, die veränderten Bedingungen, die neuen Erfordernisse und Herausforderungen von heute gegenüber den damaligen möglichst umfassend zu beachten. Dies betrifft die schon erwähnten inhaltlichen Veränderungen im Hinblick auf die übergreifende, die Zukunftsfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmende Umweltproblematik, die auf einen ökonomischen und ökologischen Wandel gerichtet ist, der die Umweltbelastungen und die Anforderungen an natürliche Ressourcen auf ein nachhaltiges Maß zurückführt. Dies betrifft weiterhin die notwendigen Konsequenzen für das ökonomische Wachstum, die nicht nur den Übergang zu einem qualitativen Wachstum verlangen, sondern auch auf die langfristige Schaffung von Voraussetzungen für eine »Postwachstumsökono-

mie« in den Industrieländern gerichtet sein sollten. Es gilt, die Entwicklung des Wohlstands der Bevölkerung in Übereinstimmung mit den ökologischen Grenzen zu bringen. Diesem Ziel muss auch der Einsatz der ökonomischen Mittel untergeordnet werden (vgl. Thie 2013: 122). Mit dem Wandel des Inhalts von Wohlstand und gutem Leben vollziehen sich wichtige Änderungen in den Beziehungen zwischen den Bereichen der materiellen Produktion und den Dienstleistungsbereichen. Die Bedeutung und das ökonomische Gewicht der auf die kulturell-geistigen und sozialen Bedürfnisse gerichteten Tätigkeiten müssen einen größeren Platz in der prognostischen Arbeit und auch beim Einsatz der ökonomischen Ressourcen gewinnen.

Es gilt, die zentralen Prognosen, die in gesamtgesellschaftlichen (nationalen und übernationalen) staatlichen Plänen und Aufgaben münden, enger mit den Prognosen zu verbinden, die in eigener Verantwortung der Wirtschaftseinheiten sowie wissenschaftlichen und anderen Einrichtungen ausgearbeitet werden. Die Ausarbeitung und permanente Qualifizierung von Prognosen müsste ein wesentlicher Bestandteil der eigenverantwortlichen planvorbereitenden Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten sein.

Die Ausarbeitung von Erzeugnis-, Zweig- und Querschnittsprogrammen kann ein wichtiges Bindeglied zwischen den Ergebnissen der Prognosearbeit und der Ausarbeitung langfristiger Entwicklungskonzepte und Pläne sein. Sie kann dazu beitragen, die ökonomischen Potenziale auf die wichtigsten Aufgaben zu konzentrieren. Die vorrangige Planung und Bilanzierung strukturbestimmender Aufgaben wird ihre positiven Wirkungen – bei gleichzeitig notwendiger Sicherung der ökonomischen Gleichgewichtsbeziehungen – jedoch nur dann erreichen können, wenn sie nicht auswuchert, sondern auf ausgewählte entscheidende Aufgaben begrenzt wird.

Die Chancen für eine zukunftsfähige Entwicklung hängen in hohem Grade davon ab, inwieweit es gelingt, die engeren Verflechtungen und zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Prozessen zu erfassen und zu gestalten. »Naturverträgliches Gemeinwohl wird nur zu erlangen sein mit energisch reduzierter Ungleichheit, mit der Abschaffung existenzieller Unsicherheit, mit vollständiger Transparenz des Öffentlichen, mit der Planung ökologisch effizienter Infrastrukturen und mit Wirtschaftsstrukturen, die sich den Prioritäten der Gesellschaft fügen.« (Thie 2013: 111)

Zu den veränderten Bedingungen, die in der prognostischen Tätigkeit und bei der zukunftsorientierten Gestaltung ökonomischer, sozialer und ökologischer Prozesse eine größere Bedeutung erhalten, gehört die neue Qualität und die umfassende Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnik. Auf ihrer Grundlage verbessern sich die Bedingungen für die Qualifizie-

rung der Voraussagen über zukünftige Entwicklungen, für die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Gruppen, die mit der Ausarbeitung von Prognosen befasst sind, und auch für einen Länder übergreifenden Austausch von Erfahrungen und Ergebnissen der Zukunftsforschung. Dabei wird immer wieder deutlich, dass auch die höchstentwickelte Informationstechnik und die Anwendung komplexer Modelle die Unsicherheit von Zukunftsaussagen nur einschränken, aber nicht aufheben kann.

Schließlich soll noch hervorgehoben werden, dass mit dem zunehmend globalen Charakter ökonomischer und ökologischer Probleme und Krisen auch die Notwendigkeit des gegenseitigen Informationsaustauschs über Ergebnisse prognostischer Untersuchungen, die gemeinsame Ausarbeitung prognostischer Studien in internationalen Institutionen und Arbeitsgruppen sowie die Vorlage von Entscheidungsvorschlägen zur gemeinsamen Lösung globaler Probleme eine größere Bedeutung erhalten.

Resümee: Aus den Erfahrungen der Prognosearbeit der DDR können wichtige Erkenntnisse für eine bewusste, gemeinschaftliche und demokratische Zukunftsgestaltung gewonnen werden. Durch eine langfristige Vorausschau können rechtzeitig neue Tendenzen und qualitative Veränderungen in der Entwicklung der Produktivkräfte, der Naturbedingungen und der Bedürfnisse der Menschen aufgedeckt werden sowie die Wege und Schritte bestimmt werden, wie diesen bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Reproduktion und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse entsprochen werden muss. Die gesellschaftliche Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung kann auf der Grundlage eines starken öffentlichen Sektors sowie unter Nutzung des Markts und seiner Mechanismen wesentlich dazu beitragen, dass die langfristigen Prozesse und qualitativen Umschläge nicht nur erkannt, sondern auch die erforderlichen Potenziale für ihre Realisierung bereitgestellt und gezielt eingesetzt werden.

Die Erfahrungen der DDR zeigen, *dass die Qualität der Pläne zu einem großen Teil davon abhängig ist, inwieweit sie auf einer fundierten Analyse und prognostischen Vorausschau beruhen.* Dies gilt für eine volkswirtschaftliche Planung, die auf die grundlegenden volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesse und Verflechtungen, insbesondere auf die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen des sozial-ökologischen Umbaus gerichtet sein muss und nicht eine Vielzahl detaillierter Produktionsaufgaben enthalten darf, und gilt auch für die dezentrale eigenverantwortliche Planung der Wirtschaftseinheiten. Daher sind Prognosen darauf zu konzentrieren, künftige Entwicklungsrichtungen und deren Realisierungsmöglichkeiten als Vorschläge und Angebote für die Planung aufzuzeigen und zu bewerten.

Anlagen

1. Die Planung im Staatssozialismus am Beispiel der DDR – Schlussfolgerungen

Im Folgenden sollen historische Erfahrungen der Planung und der Verbindung von Plan und Markt in den staatssozialistischen Ländern, darunter insbesondere in der DDR, dargestellt und analysiert werden. Dazu ist eine Antwort zumindest auf folgende Fragen erforderlich:

Konnten das in der Sowjetunion entwickelte Planungsmodell, das in seinen Grundstrukturen und seiner Funktionsweise nach der Zerschlagung des Faschismus auf die unter sowjetischem Einfluss stehenden europäischen Länder übertragen wurde, sowie die damit praktizierte zentralistische Staatsplanung eine Grundlage für die Herausbildung einer solidarischen Ökonomie sowie insgesamt für eine emanzipative, demokratische moderne sozialistischen Gesellschaft bilden? Das muss eindeutig verneint werden. Dieses Planungsmodell wies grundlegende Defizite auf und rief dadurch Fehlentwicklungen und Blockaden in der Gesellschaft, insbesondere in der Ökonomie hervor. Diese zeigten sich vor allem darin, dass es nicht oder nur völlig ungenügend gelang, zwei grundlegende Aufgaben einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft zu erfüllen:

zum einen eine gesellschaftliche und dabei speziell wirtschaftliche Entwicklung unter *bewusster und demokratischer Mitwirkung der Produzenten und aller BürgerInnen* im Interesse ihrer Bedürfnisbefriedigung und ihrer freien Entwicklung zu erreichen;

zum anderen eine *hohe, dem Kapitalismus überlegene Rationalität, Produktivität und Effizienz* der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion zu realisieren.

Hier soll ein Aspekt besonders hervorgehoben werden, der für das Verständnis der Schwächen und Unzulänglichkeiten der Planung in den staatssozialistischen Ländern bestimmend ist: Das zentralistische System der Staatsplanung war unlösbar und vielfältig mit dem Gesamtsystem des Staatssozialismus, mit seinen strukturellen Mängeln und grundlegenden Defiziten, insbesondere mit den zentralistischen, undemokratischen Strukturen und Funktionsweisen des Staates verbunden und trug seinerseits auch dazu bei, diese zu verschärfen.

Das letztlich Wichtigste war: Die Verfügung über Ressourcen, vor allem Entscheidungen über den Einsatz und die Nutzung der für die Menschen, für ihr Leben und ihre Arbeit wichtigsten Ressourcen, waren der demokratischen Mitwirkung und gesellschaftlichen Kontrolle im wesentlichen entzogen. Das

zeigte sich u.a. auch darin, dass Entscheidungen zu Verbesserungen im Leben der Menschen, z.B. Rentenerhöhungen, Verbesserungen für Familien mit Kindern u.a., nicht im Ergebnis demokratischer öffentlicher Diskussionen, sondern von der Parteiführung getroffen und gewissermaßen als ihr »Geschenk« dargestellt wurden.

Das sowjetische Modell der zentralistischen, administrativen, nicht demokratischen Staatsplanung konnte nicht Grundlage für die Herausbildung einer gegenüber dem Kapitalismus überlegenen Regulierung sowie Produktions- und Lebensweise sein.

Wird dem historischen Platz und den historischen Erfahrungen der Planung in den staatssozialistischen Ländern entsprochen, wenn, wie es häufig geschieht, hierbei stehengeblieben wird und nur ihre defizitären Seiten und Schwächen betrachtet werden? Auch hierauf kann die Antwort unseres Erachtens nur »Nein« sein.

Die positive Rolle, die die Planung trotz ihrer bürokratisch-administrativen Züge bei der ökonomischen Entwicklung spielte, sollte mit beachtet werden, sonst sind Einseitigkeiten und Fehlschlüsse unvermeidlich (vgl. hierzu auch Kapitel 1).

Es gab eine große Kluft zwischen den Potenzialen und Möglichkeiten einer effizienten planmäßigen Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung auf der einen, und der real praktizierten zentralistischen staatlichen Planung auf der anderen Seite. Daraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen. *Erstens*: Eine *demokratische, effiziente Planung* als die der vergesellschafteten Produktion entsprechende Art und Weise der Regulierung makroökonomischer Zusammenhänge und grundlegender wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse enthält bedeutende, bisher weitgehend ungenutzte Potenziale für eine gegenüber dem Kapitalismus alternative, von den Interessen der Menschen und den Herausforderungen der Zukunft, dabei insbesondere der Erhaltung der natürlichen Umwelt, ausgehende gesamtwirtschaftlich effiziente und zukunftsorientierte Entwicklung. *Zweitens*: Um diese Potenziale in einem zukünftigen modernen, emanzipativen und demokratischen Sozialismus zu realisieren, ist es *unerlässlich, die differenzierten, widersprüchlichen Erfahrungen sozialistischer Planung, zu denen auch viele aufhebenswerte Erfahrungen gehören, gründlich auszuwerten*. Die Ambivalenz der staatssozialistischen Planung zeigte sich auch darin, dass bestimmte rationelle, erhaltenswerte und weiterzuentwickelnde Methoden und Instrumente infolge der real vorhandenen Defizite und Schwächen ihr fortschrittliches Potenzial nicht oder nur ungenügend entfalten konnten.

Diese beiden Schlussfolgerungen sollen anhand einer knappen Darstellung einiger Hauptzüge der Planung in der DDR etwas veranschaulicht und dadurch auch mehr nachvollziehbar gemacht werden.

Die Staatliche Plankommission (SPK) war das verantwortliche Organ der Regierung für die Planung der Volkswirtschaft, für die Ausarbeitung der Fünfjahrpläne und der Jahresvolkswirtschaftspläne sowie für die Koordinierung der Planungstätigkeit in den anderen Bereichen. In den Bezirken – in der DDR gab es eine regionale Gliederung in 15 Bezirke, z.B. in Sachsen drei Bezirke: Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) – bestanden Bezirksplankommissionen für die Planung der örtlichen Wirtschaft und für die Koordinierung der Nutzung regionaler Ressourcen – vor allem gesellschaftliches Arbeitsvermögen, Baukapazitäten, Infrastruktur – mit den Erfordernissen der zentral geleiteten Wirtschaft.

Das Gerüst der Planung bildeten die Fünfjahrpläne (Perspektivplanung) und die Jahresvolkswirtschaftspläne. Mit der Fünfjahresplanung wurde schon 1950 begonnen. Insgesamt gab es in der DDR acht Fünfjahrpläne und einen Siebenjahresplan (1958-1965). Das eigentliche Steuerungsinstrument der Wirtschaftsentwicklung waren jedoch de facto die Jahresvolkswirtschaftspläne, mit denen die Schwerpunkte der Perspektivpläne konkret umgesetzt werden sollten. Mit den Jahresplänen sollten vor allem die sich häufig stark verändernden Bedingungen berücksichtigt werden. Dies gelang jedoch meistens nur unbefriedigend. In der Realität wurden die Perspektivpläne von den Problemen der Jahrespläne zunehmend in den Hintergrund gedrückt.

Die Pläne wurden in mehreren Stufen ausgearbeitet, jeweils zu Jahresbeginn wurde ein Plankonzept für das folgende Jahr vorgelegt. Hierfür wurden zunehmend Planungsmodelle, u.a. ein Koordinierungs- und Effektivitätsmodell als Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und eine volkswirtschaftliche Verflechtungsbilanz (Input-Output-Bilanz) genutzt. Nach der Beratung des Plankonzepts im Politbüro der SED wurden als Orientierung für die weitere Ausarbeitung der Pläne »Staatliche Aufgaben« von der SPK vorgelegt, vom Ministerrat beschlossen und in weiteren Schritten – nach ihrer Aufschlüsselung auf die jeweils folgenden Ebenen – an die Ministerien, Kombinate und Betriebe sowie an die Bezirke und Kreise übergeben. Die Staatlichen Aufgaben waren Grundlage für *mehrwöchige Plandiskussionen in den Betrieben* und für die Ausarbeitung der Planvorschläge der Betriebe, Kombinate, der Ministerien sowie der Kreise und Bezirke.

Die Qualität der Plandiskussion und der Umfang, in dem sich die Belegschaften daran beteiligten, waren in den einzelnen Kombinaten und Betrieben unterschiedlich. Dabei zeigten sich zwei Grundprobleme. Einmal: Die Betriebe und Arbeitskollektive waren an »weichen« Plänen interessiert, da die Bewertung ihrer Tätigkeit und die gesellschaftliche Anerkennung oder öffentliche Kritik im wesentlichen von der Planerfüllung abhängig waren. Auch die materiellen Anreize in Form von Jahresendprämien waren weitgehend an die Plan-

erfüllung gekoppelt. Das *Interesse* der Betriebe und Kombinate und der Belegschaften war dadurch *weniger auf die optimale Nutzung aller Ressourcen als auf die Bereitstellung von Ressourcen* (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Ausrüstungen u.ä.) gerichtet. Daraus ergab sich das zweite Problem: Die im Ergebnis der Plandiskussion entstandenen Planvorschläge der Betriebe, Kombinate und Ministerien blieben oft nicht nur hinter den teilweise unrealistischen Zielvorgaben der Zentrale, sondern auch hinter den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zurück. In den Planverteidigungen auf der jeweils übergeordneten Ebene wurden wesentliche Korrekturen an den Planangeboten vorgenommen, Zielstellungen für das Wachstum von Produktion und Produktivität häufig erhöht und zugleich die bereitzustellenden Ressourcen reduziert. In deren Folge wichen die Inhalte der Pläne oft von den Vorschlägen der unteren Wirtschaftseinheiten ab. Daraus ergab sich wiederum als Konsequenz: Die Planaufgaben wurden als etwas von oben Auferlegtes angesehen.

Hieran wird deutlich, wie eng die Nutzung der real existierenden Innovations- und Effektivitätspotenziale mit der Demokratisierung der Planung und der gesamten Wirtschaft verflochten ist, und welche große Bedeutung einem sich entwickelnden Bewusstsein und den Kompetenzen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zukommt.

Aus den langjährigen Erfahrungen der Planung in den realsozialistischen Ländern kann die Schlussfolgerung abgeleitet werden, dass die Ausarbeitung realistischer und zugleich die Leistungen stimulierender Pläne für die Wirtschaftseinheiten vor allem von zwei Faktoren abhängig ist. Erstens davon, dass die Verantwortung für die Ausarbeitung der Pläne stärker nach unten, d.h. dorthin verlagert wird, wo die notwendigen konkreten Kenntnisse und Erfahrungen tatsächlich vorhanden sind, d.h. auf die Ebene der Betriebe und Unternehmen. Zweitens dass die Wirtschaftseinheiten, d.h. insbesondere die Beschäftigten und die Leitung, ein wirksames ökonomisches und ideelles Interesse daran haben, realistische und die vorhandenen Ressourcen nutzende Pläne auszuarbeiten. Die SPK führte mit allen Ministerien Planberatungen durch, in denen es nicht selten zu heftigen Auseinandersetzungen um den Realitätsgehalt der Planaufgaben, insbesondere über die Beziehungen zwischen den Zielen des Planes und den dafür erforderlichen Ressourcen kam.

Zeitlich etwas nachgelagert wurden als wichtige Elemente des Planungsprozesses territoriale Komplexberatungen in den regionalen Zentren (in den 14 Bezirksstädten und in der Hauptstadt Berlin) durchgeführt. Hier kamen Vertreter der Regionen, der Branchen (Ministerien und Kombinate), der Querschnittsbereiche (Ministerien für Finanzen, Außenhandel, Wissenschaft und Technik, Materialwirtschaft u.a.) und der SPK unter Leitung von Regierungsmitgliedern zusammen, um gemeinsam über die zukünftige Entwicklung zu beraten sowie

erforderliche Festlegungen zu treffen. Im Vordergrund der Planberatungen standen folgende Fragen: Wie können die für die Erfüllung der Planaufgaben notwendigen regionalen Ressourcen gesichert werden, welche sozialen und auch ökologische Folgen für die Entwicklung der Region ergeben sich aus den jeweiligen Plänen, wie können einander widersprechende Interessen ausgeglichen werden?

Im Ergebnis der Planangebote und der Planberatungen, an denen auch Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, sowie unter Berücksichtigung der Analyse zum Stand der Planerfüllung für das laufende Jahr wurde der Volkswirtschaftsplan von der SPK ausgearbeitet und zur Beratung im Politbüro der SED und in der Regierung übergeben. Unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse in diesen Gremien wurde der Volkswirtschaftsplan endgültig fertiggestellt. Auf seiner Grundlage wurden dann die verbindlichen »Staatlichen Planaufgaben« für das nächste Jahr fertiggestellt und in einer für jede Ebene erweiterten Aufschlüsselung und Detaillierung den Ministerien, Kombinat, Betrieben sowie den regionalen Organen übergeben. Auf Grundlage der verbindlichen Pläne der Betriebe sollten von ihnen Verträge mit den Lieferanten bzw. Abnehmern abgeschlossen werden.

Die Pläne umfassten ein *System von Kennziffern*: In einer ersten Gruppe waren die zu erbringenden wirtschaftlichen Leistungen, Warenproduktion und Nettoproduktion, Export – gesamt und nach Wirtschaftsgebieten bzw. Ländern –, Gewinn, Selbstkostensenkung, Abführungen an der Staatshaushalt, Lohnentwicklung, Leistungen für den Umweltschutz u.a. enthalten. In einer zweiten Gruppe von Kennziffern wurden die hierfür einsetzbaren Ressourcen an Arbeitskräften, Energie, Rohstoffen und Material, Maschinen und Ausrüstungen, Baukapazitäten und Investitionen sowie finanziellen Mitteln zusammengefasst. Eine dritte Gruppe wurde von Relationskennziffern gebildet, die die Effektivität und Produktivität des Reproduktionsprozesses und dessen Entwicklung widerspiegeln: insbesondere Arbeitsproduktivität (Produktion bezogen auf den Arbeitsaufwand – Arbeitskräfte und Arbeitszeit), Rohstoff- und Materialeffektivität (Produktion je Einheit Rohstoff- oder Materialeinsatz), Effektivität der Grundfonds oder Grundfondsquote (Produktion oder Gewinn bezogen auf die dafür eingesetzten Grundfonds), Effektivität der Investitionen (Produktions- oder Gewinnzuwachs je Einheit aufgewendeter Investitionen), Rückflussdauer der Investitionen (Zeit, die erforderlich ist, bis der Investitionsaufwand durch den zusätzlichen Gewinn wieder erwirtschaftet ist).

Eine wichtige Problematik der staatlichen Planung, über die viel diskutiert wurde, betraf den *Umfang der zentralen Festlegungen* für die Produktion und die Bereitstellung konkreter Erzeugnisse (Erzeugnisgruppen), d.h. das Ausmaß einer zentralen gebrauchswertmäßigen, materiell-stofflichen Planung und Bi-

lanzierung. An der Spitze standen die *Staatsplanbilanzen*, die 300 bis 400 zentral geplante Hauptpositionen von Materialien, Ausrüstungen, Konsumgütern und wichtigen Zulieferungen umfassten. In den Bilanzen waren für die jeweilige Position enthalten: die *Aufkommensquellen* – Inlandsaufkommen (Produktion nach verschiedenen Verantwortungsbereichen, Auflösung von Reserven) und Import – sowie die *Verwendung* – Inland (Produktionsverbrauch, Investitionen, individuelle Konsumtion, gesellschaftliche Konsumtion, Aufstockung von Reserven) und Export.

Die Tendenz zu einer weiteren Zentralisierung von Entscheidungen wurde meist dann stärker, wenn die Versorgungsprobleme und Gleichgewichtsstörungen zunahmen. Diese Tendenz hat sich trotz gegenteiliger Absichten und Beschlüsse, die Anzahl zentraler Bilanzen zu reduzieren, immer wieder durchgesetzt.

Mit den Staatsplanbilanzen wurde direkt über die Struktur der Produktion, des Aufkommens und der Verwendung von etwa 50% der wertmäßigen Warenproduktion, etwa 60% des Exports und Imports und etwa 45% des Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung entschieden (vgl. Wenzel 1998: 140).

In der zentralisierten Staatsplanung widerspiegelten sich folgende strukturellen Defizite und ungelösten Probleme des Realsozialismus:

Subjektivismus in vielen Entscheidungen, die ihre theoretische Begründung im geforderten Primat der Politik vor der Ökonomie fand. Viele Entscheidungen wurden ohne ausreichende gesamtwirtschaftliche Berechnungen oder auch entgegen diesen getroffen. Das Politbüro der SED veränderte nicht selten die Plankonzepte der Plankommission, weil sie nicht in dem erforderlichen Maße mit den politischen Erfordernissen übereinstimmen würden, legte höhere Planziele fest, ohne dass diese ausreichend materiell gesichert waren. Solche Erfahrungen fanden oft in Witzen ihren Ausdruck. »Wir kennen zwar den Plan nicht, aber wir bringen das Doppelte« oder »Wer schon die Übersicht verloren hat, sollte wenigstens den Mut zur Entscheidung haben«.

Übermäßige Zentralisierung von Einzelprozessen, wodurch die Interessen der Wirtschaftssubjekte unzureichend beachtet wurden, Widersprüche zwischen gesellschaftlichen und betrieblichen Interessen verschärft wurden und es häufig zu Mangelerscheinungen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern kam.

Es gab keine demokratischen, offenen und kritischen Auseinandersetzungen über wirtschafts- und sozialpolitische Grundfragen.

Der Plan wurde als Gesetz und damit auch als wichtigster Maßstab zur Beurteilung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit angesehen. Davon abgeleitet war die Planerfüllung auch Grundlage für die Prämienhöhe. Daraus erwuchs der nie gelöste Widerspruch zwischen dem Interesse des Staates an hohen, die vorhandenen Möglichkeiten nutzenden Planvorschlägen der Betriebe und

Kombinate auf der einen und deren Interesse an sicher zu erfüllenden bzw. zu überbietenden, d.h. weichen Plänen auf der anderen Seite.

Bei den Beratungen der Planvorschläge zwischen Vertretern der verschiedenen Ebenen handelte es sich nicht um eine Diskussion gleichberechtigter Partner. Die Entscheidungsmacht war ungleich verteilt. Sie lag bei den jeweils übergeordneten Instanzen.

Ein Grundproblem der staatlichen Planung bestand darin, dass es nicht gelang, die ökonomischen Interessen der Wirtschaftssubjekte so zu berücksichtigen, dass sie einerseits als Triebkraft für die Ausnutzung der Produktivitäts- und Effizienzreserven wirksam sowie andererseits auf die Erfüllung gesellschaftlicher Erfordernisse gerichtet wurden. Diese Problematik konnte weder in der DDR noch in anderen Ländern des Realsozialismus, auch nicht in dem jugoslawischen Modell, befriedigend gelöst werden.³² Es gelang nicht, die vorrangige Orientierung auf das quantitative Wachstum der Produktion zu überwinden. Versuche zur Zeit des Neuen Ökonomischen Systems in der DDR in den 1960er Jahren, dem Gewinn und der Verbesserung der Effizienz des Reproduktionsprozesses einen zentralen Platz zu geben, wurden abgebrochen. Das Scheitern hing vor allem mit zwei ungelösten Fragen zusammen. Einmal war der Gewinn nur sehr unvollständig ein objektiver Gradmesser effektiver Wirtschaftstätigkeit, vor allem weil er von der staatlich administrativen Preisfestlegung abhängig war; zum anderen waren die Möglichkeiten der Wirtschaftssubjekte stark eingeschränkt, den Gewinn für die Entwicklung des Reproduktionsprozesses und für die Verbesserung der sozial-kulturellen Betreuung der Beschäftigten zu nutzen. Hierzu wurden zwar Experimente in Kombinat und Betrieben zur Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel durchgeführt. Es blieb aber bei inkonsequenten, halbherzigen Lösungen. All das hatte natürlich wesentliche Auswirkungen auf die betriebliche Effizienz, wirkte sich hemmend auf die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft aus und führte zu Blockierungen kreativer Potenziale der Produzenten.

Eine weitere Schwäche der praktizierten Planung bestand in der unzureichenden Flexibilität und zu geringen Reaktionsfähigkeit der Pläne, die zu beträchtlichen Verzögerungen bei Innovationen sowie in der Reaktion auf nicht vorausgesehene Bedarfsveränderungen und veränderte Außenhandelsbedingungen führten. Ein Grund hierfür war, dass an den eigentlich notwendig an-

³² Harry Nick untersucht in dem Buch *Ökonomiedebatten in der DDR* (2011) wichtige Ursachen und Probleme, die die Effizienz und die Dynamik der DDR-Wirtschaft sowie die Bedarfsbefriedigung hemmten, u.a. die unzureichende Berücksichtigung eigenständiger ökonomischer Interessen der Wirtschaftseinheiten in der Planung und Probleme der Mangelwirtschaft.

zulegenden Reserven gespart wurde. Der unzureichende Aufbau von Reserve- oder Assekuranzfonds, auf deren Notwendigkeit Marx schon in seiner Kritik des Gothaer Programms hingewiesen hatte, führte zu beträchtlichen Zeitverlusten insbesondere bei der Umsetzung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse und zu Störungen im Verlauf des Reproduktionsprozesses. Die hierdurch hervorgerufenen Verluste waren in der Regel weit größer als die Verringerung der im jeweiligen Zeitraum verfügbaren Mittel für Konsumtion und Investitionen, die durch den Abzug der für die Reservebildung notwendigen Mittel aus dem verfügbaren Endprodukt hervorgerufen wurde.

Infolge der angespannten Pläne, neuer Probleme und Bedingungen im Verlaufe der Plandurchführung *traten regelmäßig Störungen und Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen sowie der Betriebe mit Materialien, Zulieferungen und Ausrüstungen auf* – mit einem Wort die viel diskutierten Probleme und Tendenzen einer Mangelwirtschaft. Zur Lösung dieser Probleme gab es in der Plankommission und auch beim Ministerrat spezielle Gruppen zur Klärung und Entscheidung operativer Versorgungsfragen, die zeitweise wöchentlich tagen mussten. Da diese Gremien natürlich nicht selbst das Aufkommen erhöhen konnten und meist die verfügbaren Reserven zu gering waren, führte das Stopfen von Löchern an einer Stelle nicht selten dazu, dass neue, manchmal noch größere an anderen Stellen aufgerissen wurden.

Letzten Endes kann eine demokratische Planung nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, Machtkonzentrationen in der Wirtschaft ebenso wie in der Politik, wie sie mit einer »führenden Partei« verbunden ist, zu überwinden und ihr Neuentstehen zu verhindern. Mit anderen Worten: Es kommt darauf an, die gesamte staatliche Tätigkeit zu demokratisieren, den Staat, wie Marx gefordert hat, in die Gesellschaft zurückzuholen.

Es ist wichtig, die Diskussionen über eine gesellschaftliche Planung in einer sozialistischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts unter Auswertung der Planungserfahrungen im Realsozialismus zu führen. Wir gehen dabei von folgender Grundannahme aus: Die Planung im Realsozialismus enthält viele wertvolle, aufhebenswerte Elemente, die für die Diskussionen um die Gestalt einer sozialistischen Systemalternative nützlich sein können. Die Defizite der zentralistischen Planwirtschaft lagen neben den skizzierten strukturellen Fehlern (vgl. hierzu auch Wenzel 1998: 140) vor allem auch darin, dass ihre rationalen und positiven Elemente in der Praxis häufig so umgesetzt wurden, dass ihre Möglichkeiten oder Potenziale nicht oder nur ungenügend und verzerrt wirksam wurden.

Hier müssen einige Stichpunkte genügen, um zu zeigen, dass die Planung im Staatssozialismus, die nicht Grundlage für die Planung in einem zukünftigen

Sozialismus sein kann, trotzdem interessante, wertvolle Elemente enthielt, die, von Entstellungen und formalen Zügen befreit, vor allem demokratisiert, weiterentwickelt und genutzt werden sollten. Hierzu gehören u.a.

die *Planberatungen*, die auf den verschiedenen Ebenen stattfanden, vom Betrieb über die Kombinate, die Ministerien bis zur Staatlichen Plankommission und zum Ministerrat;

die *Ausarbeitung der Pläne in mehreren Phasen*, staatliche Orientierungen als Grundlage für die Ausarbeitung der Planvorschläge der Betriebe, Kombinate und Ministerien, die nach ihrer Beratung auf den verschiedenen Ebenen und – nach Korrekturen – ihrer Bestätigung im Politbüro und Ministerrat zu verbindlichen Planaufgaben wurden;

die *Verbindung der vertikalen Entwicklung* nach Bereichen und Zweigen mit der *regionalen Entwicklung* vor allem durch die territorialen Komplexberatungen in den Bezirken;

die *prognostische Tätigkeit*, um zukünftige Entwicklungstendenzen und Erfordernisse rechtzeitig zu bestimmen, um sie in den Plänen berücksichtigen zu können.

Diese Instrumente und Methoden der Planung der gesellschaftlichen Entwicklung können natürlich für einen zukünftigen Sozialismus nicht einfach übernommen werden. Ihre Nutzung setzt wesentliche Veränderungen voraus. Hierfür kann die Auswertung der Schritte zur Vervollkommnung der Planung und der ökonomischen Stimulierung der Unternehmen, der Beschäftigten und der Leiter, die zur Zeit des Neuen Ökonomischen Systems des Sozialismus in den 1960er Jahren gegangen oder nur vorbereitet wurden, von Interesse sein.

Folgende Schlussfolgerungen für eine neue Qualität der Wirtschaftsplanung können von Bedeutung sein. Ihre schrittweise Realisierung sollte in einem langfristigen Transformationsprozess zu einem modernen, demokratischen, ökologischen Sozialismus im 21. Jahrhundert angestrebt werden.

Sie sollte vor allem als eine makroökonomische Planung und als komplexe Planung wichtiger Struktur- und Innovationsprozesse zur Erfüllung sozialer und ökologischer Ziele und nicht als verbindliche Festlegung von Einzelprozessen und detaillierten Produktionsaufgaben der Wirtschaftseinheiten erfolgen. Dies schließt die Konsequenz ein, das Ausmaß zentraler Planung im Vergleich zur Praxis in den staatssozialistischen Ländern radikal zu verringern.

Demokratisierung und Transparenz von Entscheidungsprozessen, eine wirksame Produzentendemokratie und auch stärkere Einflussmöglichkeiten der Verbraucher sind unverzichtbar für die Wirtschaftsplanung in einem demokratischen Sozialismus. Die Reduzierung von Subjektivismus bei volkswirtschaftlichen Entscheidungen setzt voraus, sie stärker durch aussagefähige ge-

samtwirtschaftliche Rechnungen und mögliche Alternativen zu untersetzen, die öffentlich diskutiert werden.

Die Planung muss darauf gerichtet werden, die makroökonomischen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten so zu qualifizieren, dass die Betriebe einen größeren Spielraum für die Gestaltung ihres Reproduktionsprozesses und für unternehmerisches Handeln erhalten, und es in ihrem Interesse liegt, einen optimalen Beitrag für die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Zielstellungen und zur Einhaltung der Kriterien sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu leisten. Den kollektiven, gemeinsamen Interessen der Belegschaften der Betriebe müsste im Verhältnis zu den individuellen Interessen ein größeres Gewicht zukommen.

Die Wirtschaftsplanung sollte die Ware- und Wertkategorien konsequent nutzen. Damit würde auch das Mehrprodukt/der Gewinn die realen Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit besser widerspiegeln. Die Verwendung des Mehrprodukts muss sichern, dass durch Umverteilung die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben erfüllt werden und zugleich eine wirksame ökonomische Interessiertheit der Produzenten an der Effizienz und Gewinnentwicklung erreicht wird. Dazu müssen solche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Betrieben ermöglichen, über einen größeren Teil des Mehrprodukts zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu verfügen, d.h. über dessen Einsatz eigenverantwortlich zu entscheiden.

Ein leistungsfähiges und transparentes Informationssystem müsste so entwickelt werden, dass die für ein richtiges und rasches Reagieren auf veränderte Bedingungen und neue Erfordernisse notwendigen Informationen rechtzeitig und in einer hohen Qualität zur Verfügung stehen sowie mit Hilfe einer leistungsfähigen Informationstechnik zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Treffen von Entscheidungen verarbeitet werden können.

Umfang und Inhalt der Kennziffern und Bilanzen sowie die Aufgaben der verschiedenen Ebenen im Planungsprozess müssten in ständiger Auswertung praktischer Erfahrungen und Ergebnisse geprüft, korrigiert und weiterentwickelt werden. Die Offenheit der Planungs- und Regulierungsweise für neue Erfahrungen und Erkenntnisse entscheidet in hohem Grade über ihren Wert und Nutzen. In einer zukünftigen Planung müssen die veränderten Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung eine gebührende Beachtung finden. Dazu gehören:

Konsequenzen, die sich aus der Zuspitzung der Umweltprobleme, insbesondere den Gefahren einer Klimakatastrophe und der Ressourcenknappheit ergeben, um die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft zu sichern. Diese verlangen ein neues Herangehen an alle Fragen der ökonomischen und sozialen Entwicklung und damit auch an ihre gesellschaftliche Regulierung bzw. Planung. Zwei Erfordernisse sind hier hervorzuheben: einmal die Neubestim-

mung der Fortschrittskriterien für die Entwicklung der Produktivkräfte und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz; zum anderen ein radikal verändertes, neues Herangehen an Fragen des Wirtschaftswachstums und der weiteren Entwicklung der Lebensweise und des Wohlstands der Menschen.³³

Konsequenzen für die internationale und globale Regulierung von Problemen, für die nationale Lösungsanstrengungen und Beiträge zwar unverzichtbar, aber unzureichend sind. Sie sind vor allem eine Folge der schon erwähnten drohenden Klimaveränderungen und der sich zuspitzenden Ressourcenknappheit im Zusammenhang mit der zunehmenden Nord-Süd-Kluft und der Ungleichheit in der Verteilung der Chancen zur Nutzung dieser knappen Ressourcen. Notwendig ist nicht nur eine stärkere Wirksamkeit internationaler Regulierung, sondern auch eine durchgreifende Demokratisierung und eine wirkliche demokratische Legitimierung der internationalen Institutionen als UN-Institutionen. Ebenso wichtig sind ihre stärkere Orientierung auf die Unterstützung der Länder der Dritten Welt bei der Überwindung ökonomischer Rückstände und für das Erreichen von Bedingungen für ein Leben frei von Armut und Hunger.

Konsequenzen, die notwendig sind, um der unkontrollierten Dominanz der internationalen Finanzmärkte, der Deregulierung internationaler Finanz- und Kapitalströme und der Eskalation von Finanzspekulationen mit ihren verheerenden Wirkungen entgegenzuwirken.

Vor allem diese letzte Gruppe notwendiger Konsequenzen macht deutlich, dass mit einer Alternative zur gegenwärtigen Deregulierung finanzieller Beziehungen, zur Spekulation und Loslösung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft nicht weiter gewartet werden darf. Es gilt, um Alternativen zu kämpfen, um damit die Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen der Menschen heute und morgen zu verbessern und den Menschen eine lebenswerte Perspektive zu geben. Zugleich gilt es, die Chancen für eine darauf aufbauende und weiterführende sozialistische Alternative zu nutzen.

³³ Vgl. hierzu u.a. Norbert Reuter/Klaus Steinitz (2013): Wie den Wohlstand messen? Probleme und sozial-ökologische Alternativen, in: Sozialismus, Heft 5-2013.

2. Aussagen bekannter Wirtschaftsreformer zu Problemen der Planung, des Markts sowie notwendiger Wirtschaftsreformen in den staatssozialistischen Ländern:

*Fritz Behrens, Włodzimierz Brus/Kazimierz Laski,
Jewsei Grigorjewitsch Liberman, Radovan Richta, Ota Šik.*

Diese Zusammenstellung soll vor allem die interessierten Leser über Auffassungen einiger der bekanntesten kritischen Ökonomen dieser Länder zu den in unserer Studie behandelten Problemen informieren. Wir verzichten weitgehend auf eine eigene Kommentierung.

Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie

(herausgegeben von Hannamaria Loschinski, Friedrich Behrens, Uwe Behrens, Kristin Wanke, Berlin 1992)

Im Buch »Abschied von der Utopie«, das erst nach dem Untergang der DDR veröffentlicht werden konnte, sind Aufsätze von Fritz Behrens enthalten, die sich insbesondere mit Problemen und Defiziten der staatssozialistischen Wirtschaft befassen.

»Gleichheit und Freiheit ohne Gewalt – das ist die Quintessenz des sozialistischen Gedankens, wie er im Marxismus weiterlebt.« (27)

»Unter Marxisten gibt es heute drei Varianten der Charakteristik des real existierenden Sozialismus, spezifisch seiner sowjetrussischen Form. Die erste Einschätzung charakterisiert sie als eine neue Despotie. Die zweite begreift sie als eine zwar deformierte, aber zu reformierende Arbeiter-und-Bauern-Macht, und die dritte als Staatskapitalismus.« (38)

Behrens charakterisiert den Staatssozialismus als Staatsmonopolismus: *»Staatsmonopolismus, Herrschaft einer Bürokratie aufgrund staatlichen Produktionsmitteleigentums, ist nicht die vom Marxismus angestrebte Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller verwirklicht ist; er ist die auf die Spitze getriebene zentralistische Staatsmacht.« (37)*

Zur Planwirtschaft vertritt Behrens folgenden Standpunkt: *»Die Frage ob die Lenkung einer sozialistischen Wirtschaft zentral oder dezentral sein muss, ist eine technische und nicht wesentlich, wie die Frage, dass ein zentraler Plan immer Hauptkriterium einer sozialistischen Wirtschaft ist. Sie ist immer Planwirtschaft. Die Frage ist nur, wie der zentrale Plan zustande kommt und durchgeführt wird. Als sozialistischer Plan muss er demokratisch aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert werden. Er muss Spiegelbild einer Gesellschaft sein, die auf sozialistischer Demokratie, d.h. als Selbstverwaltung der Gesellschaft auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Produzenten beruht, somit weder*

die hierarchische Struktur einer Klassengesellschaft noch ihre elitären Bedürfnisse widerspiegelt.« (116f.)

»Das grundlegende Problem einer sozialistischen Produktionsweise ist somit nicht die Aufhebung der Warenproduktion, sondern die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft! Dazu gehört aber zweierlei:

1. dass die Produzenten selbst über ihre Produktionsmittel verfügen;
2. dass die Produzenten sich das Produkt ihrer Arbeit selbst aneignen und verteilen.

Aufhebung der Entfremdung ist damit identisch mit Aufhebung der Ausbeutung der Menschen durch Menschen. Eigentum an den Produktionsmitteln ist inhaltlich stets *Verfügungsmacht* über sie und verwirklicht sich

1. in den *Entscheidungsbefugnissen* über Umfang und Art der Produktion, in der Artikulierung der Zielstellungen und der Organisierung der Maßnahmen für ihre Durchsetzung;
2. in dem *Aneignungsrecht* des Mehrprodukts, das die unmittelbaren Produzenten produzieren und in seiner Verteilung und Verwendung.« (135)

»Die direkt zentrale Planung beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, die indirekt zentrale Planung auf dem Prinzip des Selbstzentralismus der Massen, das das Organisationsprinzip einer Räte Demokratie ist.« (169)

»Es scheint aus mindestens *fünf Gründen* unzweifelhaft zu sein, dass auf die bewusste Ausnutzung und Anwendung der Wertkategorien, auf die Verbindung von Plan- und Wertverhältnissen nicht verzichtet werden kann. *Erstens* ist es unmöglich naturale Effektivitätskennziffern für die Gesamtheit der ökonomischen Prozesse in ihrer Verflechtung und ihrem stetigen Wandel festzulegen; *zweitens* ist eine naturale Verteilung der Investitionsmittel in optimaler Weise nicht in Gebrauchswertform möglich; *drittens* ist technischer Fortschritt nicht zentralistisch-administrativ zu planen und zu verwirklichen; *viertens* ist auch bei Anwendung modernster Methoden die anfallende Fülle ökonomischer und technischer Informationen nicht direkt zentral zu vorzugebenden Plankennziffern zu verarbeiten; *fünftens* – und entscheidend für die sozialistische Planung – ist bei direkt zentraler Planung eine Selbstverwaltung der Produzenten nicht zu verwirklichen und nicht einmal denkbar.« (170)

»Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein, denn Utopie ist anti-utopische Vorwegnahme des Zukünftigen, nicht des Notwendigen, sondern des Möglichen! Marxismus ist wie Bloch im ›Prinzip Hoffnung‹ schrieb nicht eine Utopie, sondern es ist das Novum einer gewissenhaft ›konkreten Utopie‹. Konkrete Utopie ist aber Möglichkeit, weil die Bedingungen vorhanden sind, sie zu verwirklichen. Fehlen diese, dann ist die Utopie eine abstrakte. Will man sie verwirklichen bedarf es despotischer Gewalt, die zuletzt doch scheitert, wenn die noch fehlenden Bedingungen nicht zu schaffen sind.« (243)

Dass Behrens als Vordenker notwendiger Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen im Realsozialismus bereits in den 1950er Jahren nicht in die Ausarbeitung des NÖS in den 1960er Jahren einbezogen wurde, erklärt sich neben subjektiven Ursachen aus der prinzipiellen Begrenztheit und Zielrichtung des NÖS selbst, wie sie von der herrschenden politischen Elite verstanden wurden: Teilweise Lockerung der zentralistischen Strukturen und Berücksichtigung ökonomischer Interessen der Betriebe durch Eigenerwirtschaftung der Mittel ohne Souveränität der Betriebe über deren Verwendung, ohne eine wirkliche Demokratisierung, die ihre Macht gefährden konnte.

Nach Behrens unterlief bereits Marx der Fehlschluss, dass eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse – auch durch revolutionäre Gewalt – zu einer Veränderung des Menschen führt. Aus der Utopie wurde Illusion! »Die aus dem Marxschen Irrtum folgende Illusion führte zu der logischen Konsequenz, dass der Zustand einer sozialistischen Gesellschaft erst hergestellt werden muss, ehe alle seine Vernünftigkeit einsehen. ... So wird auch die Despotie des real existierenden Sozialismus damit gerechtfertigt, dass sie der Abschaffung despotischer Herrschaft dient.« (234f.)

Dagegen setzte Behrens die These: »Die Planung kann sich erst dann zu einer gesamtgesellschaftlichen Planung entwickeln, wenn auch die Produktionsmittel vergesellschaftet, zum Eigentum frei assoziierter Produzenten geworden sind, die ihre Wirtschaft selbst vermittelt von unten nach oben direkt gewählter zentraler Organe leiten.« (138f.)

»Die Entfremdung kann nur aufgehoben werden durch Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft. ... Zur Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft gehört aber zweierlei:

dass die Produzenten selbst über ihre Produktionsmittel verfügen;

dass die Produzenten sich das Produkt ihrer Arbeit selbst aneignen und verteilen.

Aufhebung der Entfremdung ist damit identisch mit Aufhebung der Ausbeutung von Menschen durch Menschen.« (147)

Dies entsprach der bereits von Marx in den »Grundrissen« geäußerten Ansicht über den Charakter der »gemeinschaftlichen Produktion frei assoziierter Produzenten«: »Die Individuen sollen sich nicht in eine vorgegebene, ihnen als unbeeinflussbare Macht entgegenstehende Gesellschaft einfügen, sondern diese soll ihr gemeinschaftliches Produkt sein, nicht mehr ein ihnen äußeres Verhältnis.« (159)

Daraus zog Behrens die Schlussfolgerung: »Der zentrale Plan wird ... als ein gemeinschaftlicher Plan von einem durch weitgehend direkte Demokratie zustande gekommenen gesellschaftlichen Organ aufgestellt und ... sowohl seine Verwirklichung als auch die Kontrolle seiner Verwirklichung von diesem Or-

gan organisiert. ... Sein Kriterium ist nicht ... der Wachstumseffekt, sondern ein Wohlstandseffekt.« (160f.)

Wlodzimierz Brus/Kazimierz Laski: Von Marx zum Markt.

Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem

Das Buch erschien erst 1990, als das Scheitern des Staatssozialismus schon definitiv war. Die Notwendigkeit, die Kommandowirtschaft durch ein marktorientiertes System zu ersetzen, bildet für die Autoren den entscheidenden Ausgangspunkt für ihre kritische Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus. (9f.)

Über ihre Intentionen während der Reformperiode in den 1960er Jahren in Polen und anderen staatssozialistischen Ländern schrieben sie 1990: Die Reformversuche ab Mitte der 1950er Jahre in Polen und anderen sozialistischen Ländern sollten zur Überwindung der Kommandowirtschaft führen und sahen »eine Mischung aus makroökonomischer Zentralplanung und autonomen, marktregulierten Staatsunternehmen« (7) vor. Dabei gingen wir »vom marxistischen Anspruch (aus), der Sozialismus werde seinen Vorgänger, den Kapitalismus, an ökonomischer Rationalität übertreffen« (11).

»Nach unserem Verständnis des Marxismus solle die ethische Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus jedoch Hand in Hand und sich wechselseitig bekräftigend mit seiner ökonomischen Überlegenheit gehen.« (12)

»Die Erfahrung, dass alle Versuche, das Funktionieren der Wirtschaft durch diverse Veränderungen der politischen Linie zu verbessern, beharrlich misslungen sind, erhärtet einen Punkt, auf den einige Ökonomen früher schon hingewiesen haben, und der besonders klar und verständlich durch den ungarischen Gelehrten Janos Kornai herausgearbeitet wurde, nämlich den, dass die Gründe für den mangelnden ökonomischen Erfolg systembedingt sind. Sie liegen am System, an der Funktionsweise der Wirtschaft, d.h. am ökonomischen Mechanismus, welcher die Spannungen auf jedem Niveau des Plandrucks reproduziert, zur Verschwendung von Ressourcen führt und somit den Weg zur Verbesserung des Lebensstandards versperrt.« (50)

Als grundlegende Mängel werden hervorgehoben: Kommandowirtschaft (52); Wirtschaft ohne Markt (53); Pläne sehr detailliert, aber trotz umfassender Bilanzierung inkonsistent (57f.); die notwendige Effizienz der Wirtschaft konnte bei Planung nicht erreicht werden (58).

In dem Buch wird festgestellt, dass Oskar Langes Auseinandersetzung mit den Theorien von Ludwig Mises und Friedrich August von Hayek über die Unmöglichkeit der Wirtschaftlichkeit im Sozialismus nicht überzeugend ist. Die Problematik eines fehlenden wirklichen Markts, von Preisen, die die Knappheit widerspiegeln, und anderes blieben im Realsozialismus ungelöst. (73-77)

Die Schranken der Reform wurden auch in Ungarn, dem Land mit den weitestgehenden Reformen, sichtbar (90f.); u.a. wirkte sich das Fehlen eines Kapitalmarkts in vielfältiger Weise negativ aus. (93, 104, 106f.)

Die Probleme des jugoslawischen Systems der Selbstverwaltung zeigen sich vor allem darin, dass es keine wirklichen Tarifpartner bei Lohnverhandlungen gibt, und dass die Verbindung zwischen Gegenwartsinteressen (hohe Löhne) und Zukunftserfordernissen (Investitionen) nicht geregelt sind. (122ff.)

Ein wirklicher Marktsozialismus erfordert unbedingt die Ergänzung eines Gütermarkts durch einen Arbeits- und einen Kapitalmarkt. Der Kapitalmarkt ist direkt mit der Überwindung des für die realsozialistischen Länder typischen Systems einer weichen Budgetplanung gekoppelt. Damit werden ein entwickeltes Bankensystem, eine wirksame Kreditwirtschaft sowie eine an den konkreten Bedürfnissen und Erfordernissen orientierte Geld- und Fiskalpolitik zu wichtigen Elementen eines Marktsozialismus. (127-143)

Beim Übergang zu einer offenen, in die Weltwirtschaft integrierten Wirtschaft entstehen neuartige Herausforderungen an die Regulierung mit weit höheren Problemen und Widersprüchen, die sich auf die Möglichkeit und Zuverlässigkeit von Voraussagen auswirken und auch die Handlungsfreiheit der zentralen Planungsbehörde einschränken. Zu den größten ungelösten Problemen gehört die äußerst komplizierte Aufgabe, eine Übereinstimmung zwischen Mikroeffizienz und Makrostabilität herzustellen und ständig wieder neu zu reproduzieren. (155)

Jewsei Grigorjewitsch Liberman: Plan – Gewinn – Prämie

(Quelle: Wolfgang Leonhard: »Sowjetökonomien entdecken den Gewinn«, ZEIT-Online, 5.10.1962)

Der publizistische oder öffentlichkeitswirksame Auftakt zu überfälligen Diskussionen um die mangelnde Effizienz des administrativen Lenkungssystems in den realsozialistischen Ländern und damit zu notwendigen Wirtschaftsreformen geschah durch einen Artikel des Charkower Wirtschaftswissenschaftlers J.G. Liberman in der Moskauer Prawda vom 9. September 1962 mit der Überschrift »Plan – Gewinn – Prämie«, in dem er »eine vollständige Umwandlung des sowjetischen Planungssystems« vorschlug mit folgenden Eckpunkten:

Die »zentralisierte Planung« mit ihrer »kleinlichen Bevormundung der Betriebe« und die Lenkung der Produktion mit administrativen Mitteln sollte abgeschafft werden. Sie führte zu einer Flut von Bürokratie, die die Leiter von ihren eigentlichen Aufgaben, effektive und bedarfsorientierte Produktion zu organisieren, abhielt. Die Orientierung und materielle wie moralische Wertung der Arbeit der Betriebe an der Planerfüllung statt an der Rentabilität führten zum Kampf der Betriebsleitungen um »weiche« Pläne und um ein Maximum an

Ressourcen (Arbeitskräfte, Materialien, Investitionen), jedoch keinesfalls zum Interesse des Betriebes am wissenschaftlich-technischen Fortschritt und an bedarfsgerechter Produktion. Deshalb schlug Liberman vor: Die Staatsbetriebe sollen selbständige wirtschaftliche Einheiten werden. Die übergeordneten Wirtschaftsorgane »sollen sich darauf beschränken, nur die gewünschte Bruttoproduktion für den Betrieb festzulegen. Alle übrigen Fragen dagegen – Beschäftigtenzahl, Arbeitslohn, Gestaltung der Kostenstruktur, Investitionen – sollen in Zukunft im eigenen Ermessen des Betriebes liegen.« Die Rentabilität des Betriebes soll künftig der alleinige Maßstab für das Prämiensystem des Betriebes werden, zum »Maßstab aller Dinge«. Liberman wörtlich: »Der Gewinn ist die wichtigste Kennziffer, um den die gesamte Arbeit des Kollektivs konzentriert wird. Diese Kennziffer muss zur Grundlage werden.«

Der Artikel wurde zunächst in der UdSSR und dann auch u.a. in der DDR unter Wirtschaftspraktikern und -theoretikern begeistert diskutiert, dann aber bald verschwiegen, da die Vorschläge die allumfassende Alleinherrschaft des Politbüros der KPdSU nicht nur in Wirtschaftsfragen gefährdeten. Spätestens 1964 mit der Ablösung Chruschtschows durch Breschnew und der neuerlichen Dominanz administrativer Methoden waren Libermans Vorschläge öffentlich nicht mehr vorhanden. Für die Reformansätze der späteren 1960er Jahre, u.a. im NÖS in der DDR, waren sie aber wichtige Ideengeber.

Radovan Richta und Kollegen (Hrsg.): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse

Die Arbeiten von Radovan Richta mit seinem Team in den 1960er Jahren fanden ihren zusammengefassten Niederschlag in dem als »Richta-Report« bekannt gewordenen Buch »Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse«.³⁴

Im Vordergrund des Richta-Reports steht die Problematik, wie die wissenschaftlich-technische Revolution, die einen bestimmenden Einfluss auf die weitere Entwicklung ausüben wird, mit der weiteren Entwicklung der Zivilisation und der Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten der Menschen in der ČSSR und den anderen staatssozialistischen Ländern verbunden werden kann. Grundlage seines Konzepts ist eine kritische Analyse des Staatssozialismus in

³⁴ Im Folgenden stützen wir uns auf den Vortrag von Stefan Bollinger: *Der »Richta-Report« – Vergessene marxistische Alternativen in Zeiten der Produktivkraftrevolution*, Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 18.11.2004 (Bollinger 2005).

der ČSSR. Seine Vorschläge für die Nutzung der Potenziale der wissenschaftlich-technischen Revolution gehen davon aus, dass es nur in einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz und nur durch die Herstellung eines engen Zusammenhangs der neuen Produktivkräfte mit notwendigen politischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen möglich sein wird, die Effektivitätspotenziale der wissenschaftlich-technischen Revolution im Interesse der Menschen umfassend zu nutzen.

»Als wirklich entscheidend kann allein die Tatsache gelten, dass die großen Probleme der industriellen Zivilisationsbasis auf dem Boden des Sozialismus lösbar werden, allerdings auf dem Weg und unter der Voraussetzung einer völligen *Umwandlung der gesamten Struktur der Produktivkräfte*, der gesamten Zivilisationsgrundlage des menschlichen Lebens.« (60)

Richta geht davon aus, dass die neue Revolution die Produktivkräfte in ganz neue Zusammenhänge stellt, und dass sich dies nicht zuletzt aus der zentralen Rolle der Hauptproduktivkraft Mensch, den Veränderungen in der Arbeit und in der menschlichen Selbstrealisierung ergibt. (101f.)

Der »Report« machte deutlich, dass die Lösung dieser Herausforderungen ein mehrdimensionaler Prozess ist mit einem radikalen Umbau der Volkswirtschaften und ihres Mechanismus. Dieser Umbau bedeute den Abschied vom bisher dominierenden extensiven durch einen intensiven Wachstumstyp mit noch ungeahnten Gesetzmäßigkeiten und Konsequenzen. (46)

Davon ausgehend wird hervorgehoben, dass die Berücksichtigung der unterschiedlichen individuellen und kollektiven Interessen und deren widersprüchlichen Beziehungen eine radikal andere Sicht auf die Leitungsprozesse erfordere. (107) »Das alte administrativ-direktive Leitungssystem« der Industrialisierung ist zum »Hindernis der Einordnung ... in den Strom der wissenschaftlich-technischen Revolution geworden« und müsse nun flexibleren, schöpferischen, demokratischeren Methoden weichen. (113)

Alles dreht sich um den Menschen, um einen höheren »Entwicklungsgrad der schöpferischen Kräfte des Menschen« und seine Entfaltung, um »das Wachsen seiner Fähigkeiten, seines Schöpfungstums – die Entfaltung des Menschen als Selbstzweck« (50).

Der Erfolg ist maßgeblich davon abhängig, ob es »dem Sozialismus gelingt, ein System von *Zivilisationsregulatoren*, -mitteln und -regeln auszuarbeiten, die nicht nur die ökonomischen, sondern auch die sozialen, politischen, psychologischen und kulturellen Bedingungen eines Wachstums der Aktivität des Menschen und seiner sozialistischen Orientierung regulieren würden« (278). Ohne ein »System offener, freier Diskussion« und ohne den Abschied von Vorstellungen, dass die neue Gesellschaft konfliktfrei sei, wird es keinen nachhaltigen Erfolg geben. (298f.)

(Die folgenden Zitate beruhen auf einer Übersetzung von Dieter Walter aus dem tschechischen Original: Radovan Richta a kolektiv, *Civilizace na rozcestí, nakladatelství Svoboda, Praha 1967.*)

»Der Sozialismus könnte nicht siegen, wenn die Vorzüge der gesellschaftliche Struktur, die beseitigten Klassengegensätze, sich nicht zeigen würden gerade in der Offenheit und der Empfindsamkeit gegenüber jenen neuen Dimensionen des Wachstums der Zivilisation: in den Herangehensweisen, Motiven und Triebkräften der wissenschaftlich-technischen Revolution.« (10)

»Die industrielle Maschinenproduktion, die ursprünglich die materiell-technische Grundlage des Sozialismus bildet, ist zu eng, um der gesellschaftlichen Entwicklung jedes Menschen zu genügen; während die wissenschaftlich-technische Revolution hingegen jene Bewegung der Technik darstellt, die direkt die allgemeine Entwicklung der Fähigkeiten und Kräfte jedes Menschen erfordert – also den Ansprüchen an ein kommunistisches Leben entspricht.« (34)

Unter diesem Aspekt war es folgerichtig, dass Fritz Behrens eine Demokratisierung des Realsozialismus als Voraussetzung seiner perspektivischen Überlegenheit durch Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution forderte und nicht an einer Rationalisierung der staatlich-zentralistischen Leitung. Und genauso machtpolitisch logisch und zugleich für die realsozialistischen Länder, speziell die DDR, verhängnisvoll war es, dass »die Demokratisierungsdiskussion vom SED-Politbüro bald als bedrohliche Herausforderung angesehen und in eine Debatte über abweichlerischen Revisionismus umfunktioniert« (Roesler 1998: 116) wurde.

Allerdings stand der Realsozialismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch vor einer Reihe von Industrialisierungsaufgaben, die die Masse als freie Arbeiter den objektiven Arbeitsbedingungen gegenüberstellt. »Die Mehrheit der sozialistischen Länder standen (nach dem Zweiten Weltkrieg bzw. nach ihrer Gründung, D.W.) vor der Notwendigkeit der Industrialisierung, die entwickelten kapitalistischen Länder hingegen vor der Wahl, Elemente der wissenschaftlich-technischen Revolution zu nutzen oder eine allgemeine Stagnation zuzulassen.

Diese Tatsache verschleierte äußerlich den inneren Zusammenhang technischer und gesellschaftlicher Umgestaltung« (38) – und führte neben den Zwängen der Systemauseinandersetzung für die kapitalistischen Länder zu einem Vorteil dieser Länder in der Mobilisierung kreativer Kräfte bei der Masse der Individuen gegenüber den realsozialistischen Ländern. »Die Automatisierung markiert technische Möglichkeiten, die alte fixierte Arbeitsteilung zu überwinden, vor allem die Trennung zwischen ausführender und leitender, zwischen physischer und geistiger Arbeit, ... was zu tiefen Einschnitten in das Wesen sozialer Schichtung überhaupt führt.« (37) Zu dieser Vision bzw. diesem Trend

passt natürlich nur ein demokratischer und niemals ein technokratisch-zentralistischer Machtgebrauch.

Ota Šik: Plan und Markt im Sozialismus

Šik schreibt einleitend, dass die Hauptgedanken zu diesem 1965 in Wien erschienenen Buch in den Jahren 1958 und 1959 entstanden, als die Reorganisation der Planung und Leitung in der ČSSR vorbereitet und realisiert wurde. In ihnen wird auch deutlich, dass die Probleme der ČSSR und der DDR im Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform standen und auch die Überlegungen zu ihrer Lösung sehr ähnlich waren.

»Immer deutlicher zeigte sich, dass die ungenügende Ausnutzung der Marktbeziehungen und die Einschränkung der Preise nicht nur einseitige Produktionsinteressen der Betriebe auslöst, sondern auch untrennbar mit einer vereinfachenden quantitativen und die Effektivität vernachlässigenden Planung der gesellschaftlichen Produktion verbunden ist.« (7)

»In Wirklichkeit bezeichnen wir aber nur eine solche Produktionsleitung als administrativ, die die wesentlichen ökonomischen Zusammenhänge ungenügend respektiert, die Rolle der Interessen für die Tätigkeit der Menschen unterschätzt, und nur mit direkten Befehlen die einzelnen an die Oberfläche tretenden negativen Erscheinungen beseitigen will, ohne ihre tieferen und sich wiederholenden Ursachen aufzudecken und zu überwinden.« (8)

»Nur wer begreift, dass das zentrale gesellschaftliche Organ mit Erfolg nur die *langfristige* Entwicklung *aggregierter* und *genereller* ökonomischer Erscheinungen lenken kann, wird sich tatsächlich von der administrativen, detaildirektiven Auffassung der Planung freimachen können.« (10)

»Die administrativen Formen der Planung und Leitung der Wirtschaft wurden nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der sozialistischen Wirtschaft der ČSSR angewandt, Sie sicherten hier ein schnelles extensives Wachstum der Produktion und einige Jahre auch eine schnelle Erhöhung des Konsums und des Lebensniveaus der Bevölkerung. Sie führten aber zur Beibehaltung dieser extensiven Entwicklung auch unter Bedingungen, da die Quellen für eine solche Entwicklung erschöpft waren und sich durch die Beibehaltung dieser Konzeption große Wirtschaftsverluste häuften.« (94)

»Der Übergang zu einer wirklich ökonomischen planmäßigen Leitung und zur konsequenten Ausnutzung der sozialistischen Marktbeziehungen ist die Bedingung für eine ständige Gesundung der sozialistischen Wirtschaft. Dazu muss man aber die tief eingewurzelten und bis heute vorherrschenden Vorstellungen von den Methoden der sozialistischen Planung überwinden und die Notwendigkeit, das Wesen und die Besonderheiten der sozialistischen Ware-Geld-Beziehungen und ihrer Ausnutzung in der ökonomischen Planung erkennen.« (95)

»Da der Bedarf keine passive Widerspiegelung der Produktion ist, sondern seine verhältnismäßig selbständige Entwicklung hat, kann man die Produktionsproportionen nicht ohne Erforschung der wahrscheinlichen Bedarfsentwicklung festlegen. ... Die relative Selbständigkeit der Bedarfsentwicklung wurde in der Praxis lange Zeit unterschätzt.« (112)

»Die Theorie, die das Problem in einer Lösung der Arbeitsteilung zwischen der zentralen und der dezentralen Leitung nur vom Gesichtspunkt der Informationsmöglichkeit sieht, vereinfacht die Frage ungemein und kann nicht zu richtigen Schlüssen führen. Es handelt sich um ein totales Übersehen der Problematik der *ökonomischen Interessen* bei der Lösung der Arbeitsteilung zwischen zentraler und dezentraler Leitung, was notwendigerweise zu falschen Schlüssen in der Frage der Leitung führt.« (123)

»Besteht doch das Wesen der sozialistischen Planmäßigkeit gerade darin, dass sich die allgemeinen, grundlegenden Zusammenhänge nicht mit großen Verlusten spontan durchsetzen müssen, sondern im voraus wissenschaftlich erkannt und respektiert werden können und müssen.« (131)

»Der Unterschied zwischen kurzfristigen und langfristigen Plänen liegt vor allem in den verschiedenen Stufen der Konkretion.« (148)

»Jeder Betrieb konzentrierte sich selbstverständlich auf die Erfüllung und Übererfüllung der jährlich geplanten Mengenaufgabe und ging allem aus dem Weg, was die Planerfüllung hätte gefährden oder erschweren können – also technischen Veränderungen, der Vervollkommnung der Erzeugnisse ... der Produktion neuer Erzeugnisse und so weiter.« (163)

»Damit aber die Entwicklung des Bruttoeinkommens tatsächlich aufzeigt, inwieweit die aufgewendete Arbeit der Betriebe mit der gesellschaftlich notwendigen Arbeit übereinstimmt, müssen sich die Interessen der Betriebe als Produzenten (Lieferanten) und ihre Interessen als Konsumenten (Abnehmer) vermittels der Marktbeziehungen und Preisbewegungen so durchsetzen, dass sich über dieses Aufeinandertreffen der Interessen das gesellschaftliche Interesse durchsetzt.« (188)

»Der Staat schöpft einen Teil der Bruttoeinkommen der Betriebe ab. Dabei müssen bestimmte Abführungen langfristig gültig sein, damit die Betriebe mit ihnen rechnen können. Diese Abgaben aus dem Bruttoeinkommen kann man nicht als normale Steuern auffassen, da es sich gleichzeitig um Planungsinstrumente handelt, mit deren Hilfe der Staat eigentlich jenen Teil des Bruttoeinkommens festlegt, über den die Betriebe disponieren können, und somit auch deren weitere Entwicklung (Reproduktion) beeinflusst. Diese Abgaben dürfen wiederum vom Staat nicht einzeln, von Fall zu Fall, festgesetzt werden, da dies zu Subjektivismus der administrativen Organe und unökonomischen Verhandlungen zwischen diesen Organen und den Betrieben führen könnte. Es müssen

also immer bestimmte langfristige gültige Regeln für die Bestimmung der Abgaben aus dem Bruttoeinkommen bestehen, mit denen die Betriebe noch vor ihrer Teilnahme an der Zusammenstellung der Perspektivpläne rechnen können.« (228)

Ota Šik: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg

Dieses Buch unterscheidet sich vom Buch *Plan und Markt im Sozialismus* vor allem dadurch, dass es nicht in der ČSSR, sondern zehn Jahre nach dem Scheitern des »Prager Frühlings« und in der Emigration geschrieben und publiziert wurde.

Um eine Ideologisierung der Wissenschaften zu vermeiden, müssten die Wissenschaftler bewusst drei Besonderheiten in der Verbindung von wissenschaftlicher Erkenntnis und Interesse anstreben:

Erstens sollten sie bestrebt sein, aufzudecken und offenzulegen, welchen *spezifischen Interessengruppen* bestimmte ökonomische oder andere gesellschaftliche Prozesse besonders entsprechen und welchen sie widersprechen.

Zweitens sollten sie versuchen, die *langfristigen* Entwicklungstendenzen der *Interessen* und der ihnen entsprechenden Prozesse in der Gesellschaft aufzudecken.

Drittens sollten sie bei Therapievorschlägen jeweils solche Lösungen gesellschaftlicher Probleme anstreben, die den *Interessen großer Bevölkerungsmehrheiten* und nicht nur partikularer sozialer Gruppen entsprechen.

Ein grundlegendes Entwicklungsproblem im Realsozialismus bestand darin, dass ökonomische Veränderungen, die mit erheblichen Risiken belastet sein können, oft politisch durchgesetzt wurden ohne vorangegangene Erprobung. Schwierigkeiten der Erprobung sind häufig eine Folge der Vielzahl komplexer, nicht im einzelnen erfasster Verflechtungen und Wirkungen. (32f.) So wird z.B. versucht, Wirtschaftsprognosen verlässlicher zu machen, indem immer mehr Einflussfaktoren auf die jeweiligen Prozesse einbezogen werden, wodurch sich die Anzahl der einbezogenen Variablen vergrößert, die Aussagekraft dadurch aber oft nicht höher wird. (36f.)

Korrelations- und Regressionskoeffizienten sind keine Argumente, sondern erste Hinweise auf mögliche Zusammenhänge. So widerspricht sich diese Aussage von Šik selbst, weil er zwei verschiedene Ebenen miteinander vermengt: Erstens die Erfassung der Komplexität der beobachteten und zu analysierenden und dann zu prognostizierenden Erscheinungen und zweitens als ersten Schritt dazu die Feststellung von existierenden Korrelationen bzw. Regressionsfunktionen.

Markt und Planung spielen bei der Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse eine unterschiedliche spezifische Rolle. Im Unterschied zu den unmittel-

telbaren materiellen Bedürfnissen können sozial-kulturelle und gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse sowie ökologische Notwendigkeiten durch den freien Markt nicht befriedigt werden. (76f.)

Die direkte Abstimmung und Festlegung der herzustellenden Güter kann jedoch nur über den Markt erfolgen. Auch eine demokratische Planung, z.B. durch Arbeiterräte, könnte hierbei den Markt nicht ersetzen. (80)

»In beiden Gesellschaftssystemen bleibt die Interessenproblematik die am meisten ignorierte und verschleierte Sphäre der menschlichen Aktivität.« (112) »Die interessenbedingte Ideenentwicklung führt zu erkenntnisbeschränkten, partiellen, vereinfachten oder bewusst verfälschten Gesellschaftsideen, zu einseitigen Ideologien, mit denen politische Ziele sozialer Schichten oder Klassen untermauert oder gestützt werden sollen.« (114)

»Die ökonomischen Interessen (also das Interesse an ökonomischen Tätigkeiten und/oder an den Resultaten ökonomischer Tätigkeiten) sind allgemein noch immer die stärksten und unter ihnen sind wiederum die *Einkommensinteressen* die intensivsten.« (118) »Die ungenügend differenzierte Beachtung dieses Interessenhintergrundes der wirtschaftlichen Prozesse durch die ökonomische Theorie ist die Grundursache für die meisten ungelösten Probleme und Diskussionen.« (120)

»Anstelle der kapitalistischen hat sich hier eine bürokratische Disposition mit gesellschaftlichen Arbeitsresultaten durchgesetzt. Sie stellt keine gesellschaftliche Aneignung dar, und daher muss weiterhin auch von einem wachsenden Widerspruch zwischen der hoch vergesellschafteten Produktionsweise und der staatsbürokratischen Aneignungsweise gesprochen werden.« (132)

»Die Herrschenden in den Ostblockstaaten ... wollen jedoch bis heute nicht verstehen, dass eine hocheffektive und gleichzeitig bedürfnisgerechte Produktion ohne Marktmechanismus nicht möglich ist.« (148) »Ein Marktmechanismus (kann) durch keine Planung ersetzt werden.« (149) Der Widerspruch zwischen Produzenten- und Konsumenteninteressen ist ohne Marktmechanismen unlösbar. »Mit keiner Planverbesserung ist dieser Widerspruch zu beseitigen, denn keine Planung kann die Vielzahl der kurzfristigen Disparitäten zwischen Angebot und Nachfrage voraussehen.« (162) »Wer glaubt, dass immer effektivere Computersysteme und mathematische Modelle einmal die Aufstellung weitaus detaillierter und präziserer volkswirtschaftlicher Pläne und Effektivitätsberechnungen ermöglichen würden, mit denen die heutigen Schwierigkeiten der ›sozialistischen‹ Wirtschaft überwunden werden könnten, hat nichts von der Interessenproblematik verstanden.« (176f.)

Im Staatssozialismus wird versucht, »eine gleichgewichtige Entwicklung vorauszuberechnen und mit Hilfe ausbilanzierter Plankennziffern abzusichern. Wir zeigten bereits, dass diese Absicht vor allem aus zwei Gründen scheiterte:

Erstens weil die planmäßigen Ziele nicht auf verlässlichen Informationen über potenzielle optimale Effektivitätsentwicklung beruhen (wegen Interessenwidersprüchen zwischen Planungszentrum und Betrieben) und zweitens weil das globale Ausbalancieren der Makrozusammenhänge durch die konkreten mikrostrukturellen Disproportionen zunichtegemacht wird.« (330) »Der Widerspruch zwischen weit vergesellschafteter Arbeit und der Entscheidung durch kleine Machteliten wächst an und nähert sich immer mehr dem Stadium der absoluten kommunistischen Bürokratisierung.« (355) Notwendig ist die Ausarbeitung von Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung, über die die Bevölkerung breit diskutieren und entscheiden kann, um die Entwicklungsvariante herauszufinden und zugrunde zu legen, die den breitesten Bevölkerungsinteressen und zugleich den Erfordernissen der langfristigen Entwicklung entspricht. Dabei verschwinden nicht Interessenkonflikte, aber es können günstigere Bedingungen für ihre Lösung entstehen. (355)

Entscheidende Zukunftsaufgabe, die bisher von keinem der beiden Gesellschaftssysteme gelöst werden konnte, die aber »schicksalsentscheidend vor der Menschheit steht: *Gesamtgesellschaftliche demokratische Entscheidungen über die wirtschaftliche Zukunftsentwicklung, bei der die Verantwortung von den bisherigen schmalen Machtschichten auf breiteste Volksschichten übergehen könnte.*« (362) Wenn diese Wirtschaftsdemokratisierung nicht erreicht wird, bleiben das Desinteresse an volkswirtschaftlichen Prozessen und der unbegrenzte Konsumtionsdrang bestehen. (363)

»Eine Beteiligung der Mitarbeiter an den Marktergebnissen der Unternehmen und eine Demokratisierung der Verfügungs- und Entscheidungsrechte in den Unternehmen kommt einer Demokratisierung des Unternehmenseigentums gleich.« (367)

»Das entscheidende Interesse der arbeitenden Menschen richtet sich auf eine möglichst kontinuierliche, krisenlose, zukunftssichernde Wirtschaftsentwicklung, in der Arbeitslosigkeit, Inflation, Umweltverpestung nicht stattfinden. Neue Perspektiven des Lebensstandards, der Arbeitszeitverkürzung, der Stresssenkung und der Überwindung der Arbeitsentfremdung – das sind die Interessen der Arbeitenden. Solche Entwicklungen sind ohne höchste Effektivität in der Produktion, ohne dauernde Strukturänderungen und Marktanpassungen, ohne Innovationen, technischen Fortschritt und höchste Effektivität der Investitionen nicht möglich.« (371)

»Wer eine Überwindung dieser beiden Systeme wegen ihrer inhärenten Widersprüche und Entfremdungserscheinungen sucht, muss den arbeitenden Menschen die Verantwortung für den gesellschaftlichen Fortschritt und die Effektivität ihrer Arbeit selbst überlassen. Marktmechanismus, makroökonomische Planung und Marktregulierung sind dabei Rahmenbedingungen.« (374f.) »Un-

ter bestimmten Bedingungen, die aber noch geschaffen werden müssen, (kann) das Interesse der Unternehmensmitarbeiter an der Unternehmens- und Gewinnentwicklung zu einem gesellschaftlich positiven und erstrebenswerten Interesse werden.« (375) Eine makroökonomische Planung ist notwendig: »Es gibt eben volkswirtschaftliche Zusammenhänge, die ein einzelnes Unternehmen allein nicht zu durchschauen und zu respektieren vermag. Deshalb kann der Verteilungsprozess in den Unternehmen nur innerhalb von bestimmten gesamtgesellschaftlich regulierten Rahmenbedingungen selbständig erfolgen.« (383)

Grundlegende Voraussetzungen einer modernen Volkswirtschaft, die auch in einer anzustrebenden zukünftigen Wirtschaftsordnung gesichert werden müssten, sind:

- Industrielle Massenproduktion kann nicht aufgegeben werden.
 - Starre Arbeitsteilung bei relativ langer Arbeitszeit wird noch längere Zeit bestehen bleiben.
 - Die Teilung in leitende und ausführende Arbeit kann eingeschränkt werden, wird aber noch längere Zeit bestehen bleiben.
 - Das Effektivitätsprinzip muss beibehalten werden, da die relative Knappheit von Gütern in absehbarer Zeit nicht überwunden werden kann.
 - Die Existenz ökonomischer Impulse ist notwendig.
 - Das Kreditsystem mit Zinsen muss noch längere Zeit erhalten bleiben.
 - Risikoentscheidungen müssen mit Erfolgchancen verbunden bleiben.
 - Ökonomische Entscheidungen müssen von Personen getroffen werden, die auch die ökonomischen Konsequenzen an ihren Einkommen spüren. (384)
- »Das neue Wirtschaftssystem muss eine höhere Wirtschaftseffektivität durch eine neuartige Kopplung von Marktmechanismus mit einer makroökonomischen Planung und Marktregulierung erreichen.« (387) Ein wichtiges Ziel müsste in der kontinuierlichen Erhaltung des makroökonomischen Gleichgewichts bestehen. Die proportionale Aufteilung der Einkommen darf nicht den Marktkräften überlassen werden. (387)

Im kapitalistischen System liegen die Schwierigkeiten bei der Verhinderung einer Störung der Gleichgewichtsbeziehungen und von Wirtschaftskrisen nicht in erster Linie in den Produktionsprognosen, sondern in den unüberwindbaren Interessengegensätzen im Kampf um die Einkommensverteilung. (388)

»Das neue System sollte die zielbewusste Einflussnahme der zukünftigen Konsumtion und Lebensqualität ermöglichen.« (389) Zunehmende Bedeutung gewinnen dabei die Humanisierung der Arbeit, stärkere Arbeitszufriedenheit, Selbstverwirklichung in der Arbeit, Identifizierung mit der nächsten Umwelt. Die arbeitenden Menschen müssten sich zu wirklichen gesellschaftlichen Eigentümern ihrer Unternehmen verwandeln. Das bedeutet: Sie müssen an den Erfolgen und Misserfolgen über ihre Einkommen beteiligt werden. (394-400)

Bei der Bewertung verschiedener Prozesse besteht ein Problem, »denn alle Prozesse sind innerlich widersprüchlich. Von bestimmten Zusammenhängen her gesehen sind sie vorteilhaft, von anderen her nachteilig. Man kann also immer wieder nur abzuwägen versuchen, ob ein Nachteil stärker als der Vorteil bzw. ob es umgekehrt ist.« (403)

Am Anfang der Planarbeiten steht ein Ausgangsprojekt der möglichen Wirtschaftsentwicklung. (501) »Da eine solche Arbeit nicht nur auf den Ausgangsdaten und der Extrapolation vergangener Trends, sondern auch auf bereits akzeptierten Langzeitprojektionen (15-20 Jahre) (beruht), wird sie eine erste wichtige Grundlage für die weiteren Planungsarbeiten bringen.« (501)

»Wir halten die Ausarbeitung extrapolierter globaler Produktionsfunktionen als Grundlage der Wachstumsbewertungen für zu ungenau und zu unzuverlässig und daher für unsere Makroplanung als ungeeignet.« (502)

Hier schimmern – wie leider oft – Šiks teilweise überzogenen Vorbehalte zur Ökonometrie durch. »Ungeeignet« ist völlig übertrieben. Extrapolierte Produktionsfunktionen können wichtige Informationen liefern über Konsequenzen der Fortführung oder Modifizierung bestimmter Prozesse in der Zukunft und damit für Diskussionen und Entscheidungen auf makro- und mezzöökonomischer Ebene. Die zentralistischen Planer hegten falsche Hoffnungen, dass mathematisch-statistische Modelle zum perfekten Volkswirtschaftsplan führen könnten, und Šik konterte das mit der ebenfalls überzogenen, fast völligen Ablehnung extrapolativer statistischer Methoden und Modelle.

Bei den Vorschlägen zur Lohnentwicklung kann es in langfristiger Perspektive zu einem wesentlichen Widerspruch kommen zwischen zwei Forderungen, die beide im Interesse der Arbeitenden liegen – zwischen Lohnentwicklung und Sicherung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts. (521)

Die Entwicklung der Staatsausgaben wird vor allem von der Entwicklung der Proportion zwischen privater und gesellschaftlicher Konsumtion bestimmt. (551)

»Alle Zukunftserwartungen können nur als Beweis für die herangereifte Notwendigkeit demokratischer, komplexer Langzeitprogramme in den Industriestaaten angesehen werden.« (600)

Als Elemente der Wirtschaftspolitik, die für die Realisierung der Makropläne entscheidend sind, werden angesehen: Lohn-, Gewinnbeteiligungs-, Unternehmervergewinn-, Fiskal-, Kredit- und Währungspolitik. (606)

Das reformierte Wirtschaftssystem wird auf drei Grundsäulen basieren: der Kapitalneutralisierung – Mitarbeitergesellschaften, in denen das Kapital schrittweise »neutralisiert« wird, indem ein festgelegter Teil des Gewinns zunehmend als Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter wirksam wird; der Makroverteilungsplanung und dem regulierten Marktmechanismus. Dies wird die Einführung neuer

Prinzipien, Zwecke und Gestaltungen der Wirtschaft ermöglichen. (676) Hierfür werden 17 verschiedene Gebiete genannt. (676-681)

Grundzusammenhänge einer Wirtschaftsreform sind für Šik damit: die Neutralisierung des Kapitals, die Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter, die Wahrung privater Nettogewinne für Unternehmer, die Einführung der Makroverteilungsplanung, die Marktregulierung. Zwischen diesen Elementen bestehen enge gegenseitige Abhängigkeitsverhältnisse. (684-687)

»So wie die Radikalen zu weitgehende Änderungen anstreben, für die es noch keine Grundlage gibt, und die Erzkonservativen alles nur beim Alten lassen wollen, ohne sich um die Zukunft zu kümmern, so könnten die Reformbestrebungen des dritten Weges zur Realität der absehbaren Zukunft werden. Sie rechnen mit dem Menschen, so wie er ist, und suchen einen Weg, auf dem er mehr als bisher Herr seiner Wirtschaft und seiner Zukunft werden und diese humaner als bisher gestalten könnte.« (712)

3. In der Prognose und langfristigen Volkswirtschaftsplanung der DDR genutzte mathematisch-statistische Modelle und Methoden vor dem Hintergrund von Reformversuchen im Realsozialismus

Sowohl die zeitweise Globalsteuerung oder perspektivische Überlegungen von Parteien und Interessenverbänden in kapitalistischen Staaten als auch die Prognosetätigkeit in den RGW-Staaten benötigten belastbare Methoden und Instrumente zur mittel- und längerfristigen Vorausschau. Für die BRD in den 1960er Jahren schreibt Schanetzky: »Die Globalsteuerung war konzeptionell darauf angewiesen, dass die wissenschaftlichen Modellrechnungen der Prognose belastbar waren und verlässliches Wissen auch über die Zukunft produzierten. Gleichzeitig stellte sie mit ihrer Projektion nun einen gesamtwirtschaftlichen Zielhorizont auf, der das wirtschaftspolitisch Wünschenswerte quantifizierbar machte und in die mathematische Sprache der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung übersetzte.« (2007: 88f.)

Die ökonomisch-mathematische Wissenschaft hatte dazu in den 1950er und 60er Jahren bereits über die allgemein bekannten statistischen Verfahren hinaus – Durchschnittsberechnungen und Preisindizes nach Laspeyres-Index, Paasche-Index u.a. – eine auf Wirtschaftsprognosen zugeschnittene methodische Grundlage geschaffen, die ab den 1960er Jahre verstärkt genutzt wurde. Ihre wesentlichen Elemente bzw. Instrumentarien waren (vgl. Gerfin 1964): Trendextrapolationen, Regressionsverfahren auf der Basis von Zeitreihen, Querschnittsanalysen, Analyse des Ersatzbedarfs (Echoanalyse), Input-Output-Analyse und Substitutionsanalysen. Auf diesen Instrumenten baute die Ausarbeitung gesamtwirtschaftlicher Wachstumsprognosen auf.

Die mittel- und langfristige Prognosetätigkeit in den RGW-Ländern fußte methodisch – oft ohne dies zuzugeben – auf diesem Wissensfundus. Sowohl im RGW insgesamt als auch in der DDR wurde eine konkret auf die praktischen Bedürfnisse der Prognose- und Planungstätigkeit in den RGW-Ländern ausgerichtete Nutzung, Modifizierung und Weiterentwicklung des methodischen Apparates betrieben. Exemplarisch dafür sind die Materialien der RGW-Arbeitsgruppe »Methoden der Volkswirtschaftsprognose«. Da unser Ziel die Darstellung der volkswirtschaftlichen Prognose in der DDR im Zusammenhang mit der Entstehung, Wirkung und dem Abbruch des NÖS ist, beschränken wir uns auf die in diesem Zusammenhang in der DDR angewandten bzw. entwickelten Methoden und Modelle. Der detaillierter an mathematisch-statistischen Methoden und Modellen für die Volkswirtschaft in den realsozialistischen Ländern interessierte Leser sei insbesondere verwiesen auf Autorenkollektiv (1981) *Planungs- und Prognosemodelle* und Autorenkollektiv (1984) *Methoden der volkswirtschaftlichen Prognose* (russisch).

Die Plausibilität der Aussagen der Modelle war unabhängig von ihrer methodischen Konstruktion und unabhängig vom kapitalistischen oder realsozialistischen Wirtschaftssystem entscheidend von der Qualität der Inputs abhängig. »Das Denken im makroökonomischen Kreislauf, die Salden der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die ökonometrischen Prognosemodelle – sie funktionieren nur als Gesamtsystem, auf deren Konstruktion der gesellschaftlichen Realität nicht nur in Ausschnitten oder fallweise zurückgegriffen werden konnte. Sie besaßen eine eigene mathematische Evidenz, die umgekehrt beim geringsten Zweifel dazu führen musste, dass das gesamte System in sich zusammenbrach.« (Schanetzky 2007: 247)

In der DDR wurde mit dem NÖS ein qualitativer Schritt hin zur wissenschaftlichen Begründung und damit Versachlichung der Annahmen, weg von Wunschdenken der Partei- und Staatsführung, getan, wenn auch nicht auf einem wie von Fritz Behrens und anderen angestrebten basisdemokratischen Wege. Mit dem faktischen Abbruch der Reformen 1970 und der Reinstitutionalisierung administrativer Methoden wurde die praktische Rolle der Modelle als Instrumente für prognostische Varianten- bzw. Alternativrechnungen geringer. Als Instrumente der Planer und Statistiker blieben sie aber weiter von Bedeutung. Zugleich soll nicht verschwiegen werden, dass mit der wachsenden Leistungsfähigkeit der EDV bei konservativen Verteidigern der administrativen, auf Naturalbilanzen beruhenden Planung die Illusion gestärkt wurde, man könne mit komplexen mehrdimensionalen deterministischen Modellen eine Volkswirtschaft von der Zentrale aus bis in einzelne Positionen hinein planen – ohne Marktbeziehungen, ohne größere Eigenverantwortung der Betriebe und ohne breite demokratische Diskussionen.³⁵

In der BRD erforderte die makroökonomische Globalsteuerung in den 1960er und zu Beginn der 70er Jahre ebenfalls den Einsatz von mathematisch-statistischen Methoden und Modellen in der Prognosephase. Die Dominanz marktliberaler Konzeptionen ab den 1970er Jahre schmälerte die Bedeutung dieser Modelle für die Prognose erheblich – unbeschadet ihrer weiteren Bedeutung für die Analyse abgelaufener Zeiträume einschließlich von nachträglichen konditio-

³⁵ Beispiele solcher zur Unterstützung der Perspektivplanung entwickelten, aber teilweise zu Illusionen bei »Zentralplanern« verführenden Modelle bzw. Systemen von Definitionsgleichungen waren z.B.: »KEM 3 Modell zur Berechnung volkswirtschaftlicher Hauptfaktoren«, SPK der DDR, Auftraggeber Abt. VWGR der SPK, Berlin 1971 und »Konzeption zum System ökonomisch-mathematischer Modelle der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Zielvorstellung 1973)«, SPK, Sektor Einsatzvorbereitung und Modellsystem, Stand 1970.

nen Überlegungen über mögliche, aber verpasste Strategien, die wiederum indirekt für Prognosen nutzbar sein können (vgl. Roesler 2013).

In der Prognose und langfristigen Planung³⁶ der Volkswirtschaft der DDR wurden ab den 1960er Jahren insbesondere folgende ökonomisch-mathematischen Modelle angewendet und schrittweise weiterentwickelt (vgl. Kinze/Müncheberg/Sange 1981: 214ff.):³⁷

Einsektorale Modelle, Trendfunktionen, Regressionsfunktionen, Simulationsmodelle, Verflechtungsmodelle (Input-Output-Modelle), Ökonometrische Modelle.

Entwickelt, aber nicht in der Planungspraxis angewendet wurde darüber hinaus eine »systemdynamische Modellkonzeption« (Wölfling in Autorenkollektiv 1981: 143ff.).

Einsektorale Modelle: »Einsektorale Modelle werden in der langfristigen Planung insbesondere zu Berechnungen globaler volkswirtschaftlicher Größen in Abhängigkeit von relativ hoch aggregierten und komplex wirkenden volkswirtschaftlichen Einflussfaktoren durchgeführt.« (Kinze/Müncheberg/Sange 1981: 214)

Trendfunktionen: Voraussetzungen für ihre sinnvolle Anwendung sind das künftige Weiterwirken von Gesetzen, Theorien, Einzelaussagen in Vergangenheit und Gegenwart oder die Verbindung von Erfahrungswerten mit Hypothesen über die Zukunft (Beispiele: Konsumtive Bedürfnisse, Materialverbrauch, Investitionseffizienz u.a.). Probleme sind die Erkenntnis von Sättigungswerten, Wendepunkten und Extremwerten. An letzterem scheiterten bisher die meisten makroökonomischen Prognosen, auch die in der Periode des NÖS.

³⁶ Die Anwendung und Vervollkommnung mathematisch-statistischer Modelle und Methoden im Prognose- und Planungsprozess überdauerte den Abbruch des NÖS und die Rückkehr zur wieder stärker administrativ-bilanzierenden Planung. Denn die Anwendung dieser Modelle ist relativ unabhängig von mehr oder minder administrativen oder basisdemokratischen Planungs- und Entscheidungsprozessen. Letztere beeinflussen das Zustandekommen der Inputs und die Auswertungsprozesse der Outputs, nicht aber die Struktur der Modelle. Von Optimierungs- und Verflechtungsmodellen versprachen sich die Vertreter zentralistischer Planung und Leitung eine Qualifizierung ihres Wirkens mittels der EDV.

³⁷ Wir behandeln hier die für die makroökonomische Prognosetätigkeit genutzten mathematisch-statistischen Modelle. Zwischen der Volkswirtschaftsprognose und der langfristigen Planung gab es Unterschiede. Zur letzteren gehörten auch langfristige Konzeptionen, wie z.B. Strukturkonzeptionen und die langfristige Rohstoffkonzeption. Beiden fehlte im Unterschied zu den Fünfjahr- und Jahresplänen die Verbindlichkeit. Sie waren Dokumente der Planvorbereitung. Die Fünfjahrpläne dagegen wurden von der Volkammer als Gesetz beschlossen.

Regressionsfunktionen: Sie bilden korrelative Zusammenhänge zwischen der Dynamik verschiedener volkswirtschaftlicher Kennziffern ab. Bekannteste Beispiele sind Produktionsfunktionen. »Sie erfassen die quantitative Abhängigkeit zwischen Aufwand und Ergebnisse der Produktion mittels einer Funktion.« (ebd. 215) Ein entscheidendes Problem ihrer Anwendung ist, dass die Enge der Korrelation kein Argument für die Kausalität des Zusammenhangs zwischen den Kennziffern ist – weder im Zeitraum der statistischen Erfassung, noch in der Gegenwart und schon gar nicht für die Zukunft.

Simulationsmodelle: Sie sind »Berechnungen verschiedener Varianten von zusammenhängenden Kennziffern unter Verwendung von außerhalb des Modells bestimmten und variierten Eingabedaten« (ebd. 215). Die Plausibilität der postulierten Zusammenhänge zwischen den Kennziffern vorausgesetzt, ist der neuralgische Punkt ihrer praktischen Anwendung, inwieweit die außerhalb des Modells bestimmten und variierten Eingabedaten der (künftigen) Realität entsprechen.

Verflechtungsmodelle (Input-Output-Modelle): Verflechtungsbilanzen verbinden die erzielte, erforderliche bzw. prognostizierte Endverwendung (Investitionen, Konsumtion, Export) mit den dazu erforderlichen Produktions- und Importkapazitäten in einer gegebenen Zweigstruktur. Umgekehrt gestattet dieses Modell Schlussfolgerungen für die mögliche Endverwendung, wenn Analysen bzw. Prognosen über die Produktionskapazitäten der Bereiche und Zweige vorliegen. »Die Anwendung von Verflechtungsmodellen ermöglicht es, die zwischenzeitlichen Beziehungen bzw. die Beziehungen zwischen den Erzeugnisgruppen im Reproduktionsprozess zu erfassen und die Einheit zwischen der Planung volkswirtschaftlicher Strukturen und der Gesamtproportionalität herzustellen. Vor allem sind sie geeignet, die Konsequenzen von Planvarianten in ihrer Komplexität zu beurteilen.« (ebd. 216)

Folgende Typen von Verflechtungsbilanzen wurden in RGW-Ländern entwickelt und in unterschiedlichem Grade in der langfristigen Planung angewendet:

Statische Modelle der Verflechtungsbilanz des gesellschaftlichen Gesamtprodukts: Es handelt sich um »mehrsektorale Modelle jeweils für ein Jahr«, mit deren Hilfe »wechselseitige komplexe Berechnungen zwischen Varianten der Produktionsstruktur und der volkswirtschaftlichen Endproduktstruktur – im Unterschied zu den einsektoralen Modellen – unter Berücksichtigung der materiellen Verflechtungen innerhalb der Produktion durchgeführt werden« (ebd. 216).

Ein Problem ihrer Anwendung für die mittel- und langfristige Prognose ist, dass in statischen Modellen keine modellinterne zeitliche Verknüpfung zwischen den Jahren stattfindet.

Dynamische Verflechtungsmodelle der Verflechtungsbilanz des gesellschaftlichen Gesamtprodukts sind mehrsektorale Mehrjahresmodelle.

»Der wesentliche Unterschied gegenüber dem statischen Verflechtungsmodell besteht darin, dass in den dynamischen Verflechtungsmodellen die Investitionen des produzierenden Bereichs modellintern bestimmbar werden. Damit erfolgt eine zeitliche Verknüpfung zwischen aufeinanderfolgenden Planjahren. ... Das Hauptproblem liegt dabei in der Planung der modelltypischen Koeffizienten.« (ebd. 217)

Mit ihnen wurden in der UdSSR in den 1960er bis 70er Jahren im Forschungsinstitut von GOSPLAN (Staatliche Plankommission der UdSSR) und in der sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR umfangreiche Erprobungen durchgeführt. In den 1960er bis Anfang der 70er Jahre wurden auch in der DDR an der Staatlichen Plankommission und ihrem Forschungsinstitut Experimente zur Anwendung einer halbdynamischen Verflechtungsbilanz durchgeführt. Sie erreichten nicht die Praxisreife und wurden Mitte der 1970er Jahre eingestellt.

Grundsätzliche Probleme bei der Nutzung der so genannten »halbdynamischen« Verflechtungsmodelle in der Prognosetätigkeit bestehen darin, dass in ihnen die produktiven Investitionen das entscheidende Bindeglied zwischen den Zweig- bzw. Erzeugnisgruppenstrukturen der verschiedenen Jahre darstellen, während real ein ganzer Komplex von Bedingungen die Struktur und Dynamik der Volkswirtschaft beeinflusst. Deshalb ist wegen der Annahme der dominanten Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums von den Investitionen die Prognose und Bilanziertheit aller anderen Ressourcen ein neuralgischer Punkt. Ein Vorzug so genannter halbdynamischer Verflechtungsmodelle unter dem Aspekt sich stetig verändernder Bedingungen und der demokratischen Diskussion der Ursachen und Konsequenzen ist, dass der Mensch (Planer, Prognostiker) nach jedem Jahresschritt in das Modell eingreifen kann.

Gerade in Perioden größerer Eigenverantwortung der Wirtschaftssubjekte einerseits bei gleichzeitiger längerfristiger strategischer Ausrichtung der Volkswirtschaft andererseits, wie es das NÖS charakterisieren sollte, konnten deshalb Modelle mit eingeschränktem Analysespektrum sowohl wichtige Diskussionsgrundlagen für Prognosen und Strategien sein, als auch – bei ihrer »Fetischisierung«, einseitiger Betrachtung, Ausschluss wichtiger Interessen und Teilziele – zu Fehlprognosen führen. Letzteres geschah leider oft, wenn die Ergebnisse von Modellrechnungen mit den Intentionen der Auftraggeber übereinstimmten, was natürlich in keinem System ein Beweis ihres Wahrheitsgehaltes ist.

Natural-Wert-Verflechtungsbilanzen stellten eine in der zentralen Volkswirtschaftsplanung wichtige Verbindung zwischen makroökonomischen Größen im Wert- und Naturalausdruck her. Mit ihrer Hilfe sollten »die sich aus langfristig

... abzeichnenden Entwicklungstrends ergebenden strukturpolitischen Konsequenzen ... unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Verflechtungen sichtbar gemacht werden können« (Kinze/Müncheberg/Sange 1981: 219). Ihre Anwendung in der mittel- und langfristigen Planung kam in der DDR nicht über das Experimentierstadium hinaus.

Optimierungsmodelle: In einer überwiegend direktiv und durch materielle Bilanzen geplanten und gesteuerten Planwirtschaft reichte es für die Verantwortlichen nicht aus, wenn Prognosen aus Analysen Probleme und mögliche alternative Szenarien für die Zukunft ableiteten. Letztlich wurde eine »optimale Variante« gefordert. Ein direkterer, für alle verbindlicher Plan musste erarbeitet werden, der über materielle Bilanzen und Plankennziffern durchgesetzt werden sollte. Deshalb war es verlockend, bekannte und für naturwissenschaftliche und technische Zwecke bereits genutzte Optimierungsmodelle zu nutzen. Sie wurden aber praktisch nie wirksam, weil die Inputs weitgehend unsicher waren und damit die »optimalen« Ergebnisse oft nicht realistisch bzw. nicht erreichbar waren.

Ökonometrische Modelle: Die Nutzung von Verflechtungsmodellen für die Prognose und Planvorbereitung erfordert die sinnvolle Verbindung von Extrapolation beobachteter und wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit unverändert oder variiert wirkender Entwicklungstendenzen mit normativen Inputs, die aus erwarteten bzw. konzipierten qualitativen Veränderungen gewonnen werden. Die extrapolative Methode beruht auf Regressionsgleichungen auf der Basis bisheriger Trends; die normative Methode geht von deren notwendiger Veränderung auf Grund neuer Ziele, Trendwenden, Sättigungspunkte usw. aus. Dabei ist die Einschätzung der künftigen Veränderung der durch Regressionsgleichungen ermittelten Regressionsbeziehungen nicht weniger wichtig als die für die Anwendung der Verflechtungsmodelle notwendigen exogenen Vorgaben.

Diesem gekoppelt extrapolativ-normativen Herangehen dienen ökonometrische Modelle. Sie sind Systeme von Regressions- und Definitionsgleichungen. Sie lassen die extrapolative oder die direkt normative oder auch die gekoppelt normativ-extrapolative Bestimmung wichtiger volkswirtschaftlicher Kennziffern zu. Sie können zur Vorbereitung von Verflechtungsrechnungen und ergänzend zu ihnen angewandt werden. Damit öffnen sie Raum zur Diskussion möglicher künftiger Reproduktionsstrukturen und damit für eine mögliche Demokratisierung des Planungsprozesses, was den Intentionen des NÖS entgegenkam. Aber sie können auch zur »Scheinwissenschaftlichkeit« von Planansätzen missbraucht werden durch die Manifestation von Wunschzielen in den normativen Inputs und durch die Auswahl *der* Regressionsfunktion (lineare oder unterschiedliche nichtlineare) als Prognosebasis, die innerhalb der für die Vergangenheit mit etwa gleich hohen Korrelationskoeffizienten ermittelten liegt und

deren Verlängerung in die Zukunft den Wünschen der Politiker bzw. Auftraggeber am nächsten kommt.

Fazit: Das Modell kann »mit seinen konkreten Parametern nur solange als gültig angesehen werden, wie die Modellvariablen einschließlich der latenten Wirkung nicht explizit erfasster Faktoren sich im Prinzip in der gleichen Weise entwickeln wie bisher«. So »ist das gesamte ökonometrische Modell nur so weit anwendbar, wie die extrapolierten endogenen, aber auch exogenen Variablen des Modells sich in den Grenzen des für den jeweiligen Planungshorizont vertretbaren Toleranzbereichs bewegen und die Kausalitätsbeziehungen zwischen den Variablen sich nicht wesentlich ändern« (Bilow/Grahl/Walter in Autorenkollektiv 1981: 59).

Eine *systemdynamische Modellkonzeption* für die langfristige Planung wurde von Wölfling entwickelt (in Autorenkollektiv 1981: 143ff.). Er schlug vor, die ökonometrischen Modelle als Instrumentarien der Volkswirtschaftsplanung durch systemdynamische Modelle und Instrumentarien zu ergänzen. Dies hätte wesentlich zur Qualifizierung, aber auch Zielrelativierung von mittel- und langfristigen Prognosen beigetragen. Denn bei der Erarbeitung der Inputs für die ökonometrischen Modelle genau wie für die Inputs für (insbesondere dynamische) Verflechtungsmodelle wären Rekursivität, Interdependenz und (teilweise zeitverzögerte) Rückkopplungen zwischen den volkswirtschaftlichen Daten berücksichtigt worden. »Die Rückkopplung der Wirkung auf die Ursache hat in jedem Fall einen zeitlichen Verzug, der im allgemeinen in der Volkswirtschaft größer ist als die Zeitverzögerung zwischen Ursache und Wirkung, weil diese Rückkopplungen zu einem nicht geringen Teil Ausdruck von Entscheidungen im Prozess der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sind.« (ebd. 147)

Diese scheinbar allgemeinen systemtheoretischen Aussagen bargen eine wirtschaftspolitische Brisanz, da z.B. Schlussfolgerungen der Partei- und Staatsführung aus negativen Abweichungen der Wirklichkeit von den Planzielen oft nicht zu Ursachenanalysen und zur Korrektur der mittel- und langfristigen Ziele bzw. Prognosen (meist nach unten) genutzt wurden, sondern zu normativen Festlegungen noch höherer als der bisher geplanten Wachstumsraten, um die ursprünglich anvisierten Ziele doch noch zu erreichen. Wie bereits der ungarische Ökonom Franz Janossy (1966) in seiner wirtschaftshistorischen Untersuchung zum *Ende des Wirtschaftswunders* Mitte der 1960er Jahre nachwies, musste das zu gravierenden Fehlprognosen führen.

Literatur

- Autorenkollektiv (1969): Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin
- Autorenkollektiv (1985): Methoden der volkswirtschaftlichen Prognose (russisch), Moskau
- Autorenkollektiv (1981): Planungs- und Prognosemodelle, Berlin
- Bärmann, Benni (2014): Transformatorische Aspekte der Commons Based Peer Production, in: Die Eigentumsfrage heute, Pankower Vorträge, Heft 187, Helle Panke, Berlin
- Behrens, Fritz (1992): Abschied von der sozialen Utopie, hrsg. v. Hannamaria Loschinski/Fiedrich Behrens/Uwe Behrens/Kristin Wanke, Berlin
- Behrens, Fritz (2010): »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein...!«, Texte von und über Fritz Behrens, hrsg. v. Günter Krause/Dieter Janke, Hamburg
- Best, Michael H. (2013): Produktive Strukturen und Industriepolitik in der EU (englisch, nicht autorisierte Übersetzung v. Hermann Böhmer)
- Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2013): Die »große Transformation« des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen, Hamburg
- Blümel, Hagen/Kigyossy-Schmidt, Eva/Schilar, Hans/Schwarz, Kunibert/Walter, Dieter (1975): Zur Darstellung ökonomischer Zusammenhänge zwischen den materiellen und einigen nichtmateriellen Bereichen der DDR mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Verflechtungsbilanz, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 11/1975, Berlin
- Bollinger, Stefan (1994): Die halbe Reform – Neues Ökonomisches System für eine effektivere Wirtschaft, aber nicht für einen demokratischen Sozialismus, in: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. IV, Bonn/Berlin
- Bollinger, Stefan (2005): Der »Richta-Report« – Vergessene marxistische Alternativen in: Zeiten der Produktivkraftrevolution, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 76, Berlin
- Brus, Wlodzimierz/Laski, Kazimierz (1990): Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg
- Busch, Ulrich (2000): Theoriedefizite des NÖS, in: Helle Panke (Hrsg.), ... eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte der DDR. Entstehen und Abbruch des Neuen Ökonomischen Systems in den sechziger Jahren, Pankower Vorträge, Heft 23/1, Berlin
- Busch, Ulrich/Land, Rainer (2012): Teilhabekapitalismus – fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 bis 2009, in: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.), Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht, Kapitel 4, Wiesbaden
- Crome, Erhard/Kirschner, Lutz/Land, Rainer (1993): Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre, Abschlussbericht zum DFG-Projekt CR 93/1-1
- Crouch, Colin (2013): Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit, Wien
- Deutsche Bundesbank (1999): Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975-1989, Berlin

- Deutscher Bundestag (2013): Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Schlussbericht, Berlin
- Dieterich, Heinz (2006): Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus, Berlin
- DIW (1987): Vergleichende Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR seit 1970, Teil B der Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 11/11 vom 18.2.1987, Berlin
- Dörner, Dietrich (2003): Die Logik des Misslingens, Hamburg
- Elm, Ludwig/Keller, Dietmar/Mocek, Reinhard (Hrsg.) (1996): Ansichten zur Geschichte der DDR, Band VI, Wirtschaft, Eggersdorf
- Gerfin, Harald (1964): Langfristige Wirtschaftsprognose, Tübingen/Zürich
- Gramsci, Antonio (1992): Gefängnishefte, Bd. 4, Berlin/Hamburg
- Habermann, Friederike (2014): Eigentum denken verlernen! Was die Linke von den Commons lernen kann, in: Die Eigentumsfrage heute, Pankower Vorträge, Heft 187, Helle Panke, Berlin
- Haeder, Wolfgang/Walter, Dieter (1990): Wirtschaftssysteme und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 5/1990, Berlin
- Harbach, Heinrich ((2011): Wirtschaft ohne Markt. Transformationsbedingungen für ein neues System der gesellschaftlichen Arbeit, Berlin
- Haustein, Hans-Dieter (1969): Wirtschaftsprognose, Berlin
- Haustein, Hans-Dieter (1970): Prognoseverfahren in der sozialistischen Wirtschaft, Berlin
- Hein, Ralf (1987): Zu einigen aktuellen Fragen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR, Berlin
- Helle Panke (Hrsg.) (2000): ... eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte der DDR. Entstehen und Abbruch des Neuen Ökonomischen Systems in den sechziger Jahren, Pankower Vorträge, Heft 23/1 und 23/2, Helle Panke, Berlin
- Heske, Gerhard (2009): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950-1989, Supplement Nr. 21 des Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln
- Heske, Gerhard (2013): Wertschöpfung, Erwerbstätigkeit und Investitionen in der Industrie Ostdeutschlands 1950-2000, Vol. 38, Historische Sozialforschung, Köln
- Hesse, E. (1987): Die Leistungen des nichtproduzierenden Bereichs mit gleichen Maßstäben messen, in: VWGR in der DDR, ZIW der AdW der DDR, Berlin
- Hobsbawm, Eric (2012): Wie man die Welt verändert, München
- Janossy, Franz (1966): Das Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt/M.
- Kinze, Hans-Heinrich/Müncheberg, Klaus/Sange, Heinz (Hrsg.) (1981): Langfristige Planung, Berlin
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg
- Klein, Dieter (2013a): Das Morgen tanzt schon im Heute. Doppelte Transformation: Eine neue soziale Idee für eine linke Strategie, Neues Deutschland, W 6, 6./7. Juli 2013
- Koziolk, Helmut (1979): Reproduktion und Nationaleinkommen, Berlin
- Koziolk, Helmut (1996): Hatte das Neue Ökonomische System eine Chance?, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 10, Berlin
- Krause, Günter (1998): Wirtschaftstheorie in der DDR, Hamburg

- Krause, Günter/Jahnke, Dieter (Hrsg.) (2010): »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein...!«, Texte von und über Fritz Behrens, Hamburg
- Krömke, Claus (1996): Das »Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« und die Wandlungen des Günter Mittag, hefte zur ddr-geschichte, Heft 37, Helle Panke
- Laitko, Hubert (2010): Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess, in: Klaus Fischer/Hubert Laitko/Heinrich Parthey (Hrsg.), Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft, Wissenschaftsforschung, Jahrbuch 2010, Sonderdruck
- Langzeitprogramm (1972): 1. Reihe: Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg
- Maier, Wilfried (1997): Studie zur Untersuchung der Preisbildung und Preisbindung in der DDR, Berlin (unveröffentlichtes Manuskript)
- Meyer, Christian (1984): Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR, München
- Ministerrat der DDR (1967): Mitteilungen Nr. 17, Ausgabetag 26. Oktober 1967, VD 28.67
- Misik, Robert (2012): Der Ökonomen-Krieg: Markt. Seit den Wirtschaftswissenschaftlern die Gewissheiten fehlen, kann sich die Politik nicht mehr auf sie verlassen, der Freitag, Nr. 21, 24. Mai 2012
- Mittelbach, Hans (2005): Entwicklungen und Umbrüche der Einkommens- und Vermögensverteilung in Ostdeutschland vor und nach der deutschen Vereinigung (1970-1994), Regensburg
- Mittelbach, Hans (2013): Lohn- und Kapitaleinkommen in Deutschland 1990 bis 2010. Zur Kritik neoklassischer und neoliberaler Modelle, Köln
- Mühlberg, Dietrich (2012): Planwirtschaft und Zockerbuden. Wer will aus der jüngsten Vergangenheit lernen? Anmerkungen zur Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Neues Deutschland, 27.10.2012
- Nick, Harry (2011): Ökonomiedebatten in der DDR, Schkeuditz
- Niemann, Heinz (2010): Zur Krise der DDR und der SED, GeschichtsKorrespondenz, Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, Mitteilungsblatt Nummer 1/16. Jahrgang, Januar 2010
- Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt, Tübingen
- Peche, Norbert/Ettl, Wilfried/Walter, Dieter (1990): Konzept einer radikalen Wirtschaftsreform 1990, in: Was heißt radikale Reform? Beiträge zur Wirtschaftsreform, Berlin
- Polanyi, Karl (1944): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/M. 1978
- Projekt Klassenanalyse (1976): Krise des Kapitalismus – SPD als Ausweg? Orientierungsrahmen '85, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 2/1976, Berlin (West)
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden

- Reuter, Norbert/Steinitz, Klaus (2013): Wie den Wohlstand messen? Probleme und sozial-ökologische Alternativen, in: Sozialismus, Heft 5/2013
- Richta, Radovan und Koll. (Hrsg.) (1971): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse, Frankfurt/M.
- Richtlinie für das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (1963), Berlin
- Roberts, Charles C. (1981): Konjunkturprognosen und Wirtschaftspolitik. Der SVR auf dem Prüfstand, in: WSI Mitteilungen 10/1981, Düsseldorf
- Roesler, Jörg (1995): Wirtschaftliche Transformationsprozesse in der DDR und ihren östlichen Nachbarländern im Vergleich, in: Pankower Vorträge, Heft 3, Helle Panke, Berlin
- Roesler, Jörg (1998): Demokratische und technokratische Wirtschaftsreformer in der DDR, in: WeltTrends Nr. 18, Potsdam
- Roesler, Jörg (2000): Unterschiedliche Ansätze zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des NÖS in den 90er Jahren, in: Pankower Vorträge, Heft 23/1, Helle Panke, Berlin
- Roesler, Jörg (2002): Das NÖS als »aufgeklärte Planwirtschaft«. Zielstellung, Verwirklichung, Kritik und historische Bedeutung, in: Stefan Bollinger/Fritz Vilmar (Hrsg.), Die DDR war anders. Kritische Würdigung sozial-kultureller Einrichtungen, Ergänzungsband, Berlin
- Roesler Jörg (2006): Aufeinander zu reformiert? Zur Charakteristik der Wirtschaftsreform in der DDR und BRD und die Entscheidungen des Jahres 1968, hefte zur ddr-geschichte, Heft 102, Helle Panke, Berlin
- Roesler Jörg (2012): Kurze Geschichte der DDR, Köln
- Roesler Jörg (2013): Was wäre geschehen, wenn... Nachdenken über Alternativen zum Verlauf der DDR-Geschichte, hefte zur ddr-geschichte, Heft 128, Helle Panke, Berlin
- Schanetzky, Tim (2007): Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966-1982, Berlin
- Šik, Ota (1965): Plan und Markt im Sozialismus, Wien
- Šik, Ota (1979): Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg, Hamburg
- Solodkow, M.W. (1978): Die nichtproduktive Sphäre im Sozialismus (russisch), Moskau
- Ständige Prognosegruppe des Ministerrates (1970): Prognose der volkswirtschaftlichen Wachstumsfaktoren, Band I und Band II, Berlin, vertrauliche Verschlussache, unveröffentlicht (zitiert als »PWF I« und »PWF II«)
- Staatliche Plankommission (SPK) (1970): Sektor Einsatzvorbereitung und Modellsystem: Konzeption zum System ökonomisch-mathematischer Modelle der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Zielvorstellung 1973), Berlin
- Staatliche Plankommission (SPK) (1979): Hauptabteilung Wissenschaft und Bildung: Ausgewählte Probleme der langfristigen Entwicklung der wichtigsten Proportionen der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum bis 1990/1995, Berlin, vertrauliche Verschlussache, unveröffentlicht
- Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin
- Steiner, André (1999): Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikte zwi-

- schen Effizienz und Machtkalkül, Berlin
- Steinitz, Klaus (2007): Erfahrungen, Probleme und Schlussfolgerungen aus dem Sozialismusversuch in der DDR – Defizite, Aufhebenswertes, Konsequenzen, in: Heinz Dieterich/Hans Modrow/Klaus Steinitz (Hrsg.), *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Erfahrungen aus Vergangenen und Gegenwärtigem – Vorstellungen für die Zukunft*, Berlin
- Steinitz, Klaus (2007): *Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert*, Hamburg
- Steinitz, Klaus (2007a): *Worin müsste sich ein demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert vom gescheiterten Realsozialismus unterscheiden*, Pankower Vorträge, Heft 100, Helle Panke, Berlin
- Steinitz, Klaus (2011): *Das Spannungsfeld von ökonomischer Forschung und Politik in der DDR und ein Vergleich mit der Bundesrepublik*, in: Krause, Günter/Luft, Christa/Steinitz, Klaus (Hrsg.), *Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands*, Berlin
- Steinitz, Klaus (2012): *Sozialistische Wirtschaft und Markt*, in: *Sozialismus*, Heft 5/2012
- Stibalova, B. (1978): *Möglichkeiten zur Quantifizierung des Beitrags der nichtproduktiven Sphäre zum ökonomischen Wachstum (tschechisch)*, in: *Politická Ekonomie*, Heft 11/1978, Praha
- Stiglitz, Joseph (2010): *Im freien Fall – Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft*, deutsch v. Thorsten Schmidt, München
- Stiglitz, Joseph (2012): *Der Preis der Ungleichheit – Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*, deutsch v. Thorsten Schmidt, München
- Thie, Hans (2013): *Rotes Grün, Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft*, Hamburg
- Walter, Dieter (1981): *Gesamtwirtschaftliche Prognose. Wirklichkeit und Wirtschaftsordnung – Fallbeispiel DDR*, Diskussionsentwurf in: »Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre«, Archive der Universität Leipzig und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
- Wehler, Hans-Ulrich (2008): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: *Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949-1990*, München
- Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2013): *Wege aus der Wachstumsgesellschaft*, Forum für Verantwortung, Frankfurt/M.
- Wenzel, Siegfried (1998): *Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen*, St. Katharinen
- Wolf, Herbert (1991): *Hatte die DDR je eine Chance? Der ehemalige Wirtschaftsminister Günter Mittag »enthüllt« die ökonomischen Probleme der Vergangenheit*, Hamburg
- Wolf, Herbert (1996): *Das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR – Möglichkeiten und Realitäten ihrer Entwicklung*, in: Elm, Ludwig/Keller, Dietmar/Mockek, Reinhard (Hrsg.), *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Band VI, *Wirtschaft*, Eggersdorf
- Ziegler, Jean (2011): *Wir lassen sie verhungern – Die Massenvernichtung in der dritten Welt*, München

VSA: Transformations-Projekte



Dieter Klein

Das Morgen tanzt im Heute

Transformation im Kapitalismus
und über ihn hinaus

Eine Veröffentlichung der Rosa-
Luxemburg-Stiftung

216 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-568-1

Die globalen Krisen fordern eine
erneute Große Transformation zu einem
zukunftsfähigeren Gesellschaftssystem
heraus.



Hans Thie

Rotes Grün

Pioniere und Prinzipien einer
ökologischen Gesellschaft

Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

176 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-552-0

»Grüner Kapitalismus« ist kompatibel
mit den Mächtigen, sorgt für das Flair
ökologischer Modernität. Aber er ist kei-
ne Antwort, wenn es um fundamentale
Zukunftsfragen geht. Wer Ökologie für
alle will, muss die Wirtschaftsordnung
ändern. Sattes Grün verlangt kräftiges
Rot.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de

VSA: Sozialistische Erfahrungen



Fritz Behrens

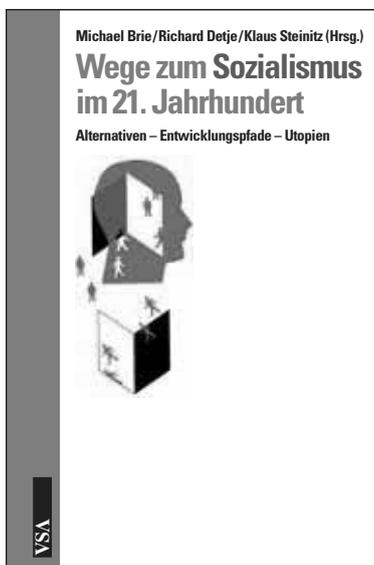
»Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein...«

Texte von und über Fritz Behrens
herausgegeben von Günter Krause
und Dieter Janke

224 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-405-9

Eine schonungslose Kritik der modernisierungstheoretischen Verflachung des östlichen Marxismus und zugleich höchst anregende Beiträge für eine moderne Sozialismuskonzeption.



Michael Brie/Richard Detje/Klaus Steinitz (Hrsg.)

Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert

Alternativen – Entwicklungspfade – Utopien

Michael Brie/Richard Detje/
Klaus Steinitz (Hrsg.)

Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert

Alternativen – Entwicklungspfade –
Utopien

216 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-457-8

Die Utopie einer auf Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität gründenden Gesellschaft ist nicht passé. Der Kapitalismus selbst setzt ihre Notwendigkeit immer wieder auf die Tagesordnung.

Olaf Klenke

Kampfauftrag Mikrochip

Rationalisierung und sozialer Konflikt
in der DDR

328 Seiten | € 22.80

ISBN 978-3-89965-300-7

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de